

SOZIALER PROTEST & POLITIK



Ulrich Brand
Probleme der
globalen sozialen
Bewegungen

Martin Künkler
Immer wieder
montags...
Proteste gegen
Hartz IV

**Björn Böhning/
Daniel Friedrich**
SPD und Gewerk-
schaften

Rudolf Welzmüller
Niedrige Arbeits-
einkommen

Im **Forum DL21**
schreiben u.a. Niels
Annen, Omid
Nouripour, Thomas
Spies, Martin Dulig,
Ines Diller und
Ulrich Commercon.

Von Thomas Westphal

Was ist Naivität? Gelegentlich ist man geneigt zu sagen, Naivität ist die Schlüssel-Qualifikation für Bundesminister im rot-grünen Kabinett. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ist so ein Fall. Im Getöse um die Gesetzgebung zur Hartz IV-Reform verlor Wolfgang Clement erst die Nerven und dann jede Furcht vor der Enttarnung seiner naiven Sicht auf die Gesellschaftslage in Deutschland. Er sei enttäuscht, hechelte Clement in ein Mikrofon, in der ihm eigenen Art des gehetzten und irgendwie immer drohenden Redens. Er sei enttäuscht, dass die Menschen in Deutschland so wenig Vertrauen in ihre eigene Wirtschaft hätten.

Warum enttäuschen wir unseren Bundesminister so? Warum vertrauen wir unserer Wirtschaft eigentlich nicht? Wer oder was ist eigentlich *unsere* Wirtschaft? Die Aktienbörse kann der Minister unmöglich gemeint haben. Erstens gehört Vertrauen genauso wenig zur Aktienkultur wie die Weight Watcher Diät zum Sumo Ringer. Zweitens würde kein Börsenprofi und Analyst in diesen Tagen davon sprechen, dass die Aktienbörse zum wesentlichen Stabilisator der Konjunktorentwicklung zählt. Im Gegenteil, die Kette der kurzfristig abgesagten Börsengänge namhafter Unternehmen zeigt, welchen Dämpfer die Aktienkultur in Deutschland durch die Spekulationsblase vor zwei Jahren erhalten hat. Bei keiner dieser abgesagten Börsengänge war ein Wirtschaftsminister zu hören, der sich enttäuscht über das fehlende Vertrauen der Manager in die Börse beklagte.

Vielleicht meint Clement wir sollten solchen Managern vertrauen, die Geschäftsmodelle entwickeln, wie der Computerhersteller Dell, der ohne Zwischenhandel und mit ausgereifter Logistik in der Lage ist, nur das zu fertigen, was bestellt wurde. „Business on Demand“ heißt das auf neu-deutsch. Mit diesem Geschäftsmodell trotzt Dell jeder Absatzkrise im PC-Markt und hängt die Konkurrenz von Hewlett-Packard spielend ab. Der Haken an der Sache: Dell produziert in Irland und die Rationalisierung der Abläufe hat eher Arbeitsplätze gekostet als geschaffen.

Vertrauen in den Aufschwung? In die Europäische Währungsunion, der Brüsseler EU-Kommission oder in die Deutsche Bank? Vergiss es, Wolfgang, möchte man dem Minister zurufen.

Kurzum: Das Gequatsche vom Vertrauen in die Wirtschaft ist deshalb naiv, weil es zeigt, dass der Absender der Botschaft sich entweder nicht darum schert, wie die Realität aussieht oder aber keine Vorstellung mehr vom realen Verhältnis der Bevölkerung zur Funktionswelt Wirtschaft hat.

*

Das Zauberwort, das im Alltag der organisierten Wirtschaftswelt, im Büro, in der Produktion, auf der Baustelle, im Labor etc. für Vertrauen und Konstruktivität sorgt, heißt Führung. In Deutschland wird Führung immer sehr schnell mit Autoritäten verbunden. „Der Fisch fängt vom Kopf her an zu stinken“ ist so eine schöne Volksweisheit, die das tief verwurzelte Verständnis aus-

drückt, dass Führung was mit Führer zu tun haben muss. Für ein schöpferisches Unternehmen, das neue Verfahren, neue Produkte und somit Märkte erschließen will, ist Führung jedoch ein kompliziertes Thema.

Der Gründer und Entwickler der VISA-Card, Dee Hock, hat drei Ebenen der Führung skizziert. Führung besteht erstens in der Aufgabe sich selbst zu managen und zwar unabhängig von der Funktion im Unternehmen. Hierbei denkt Hock weniger an das Zeitmanagement, als an das Herausarbeiten von Wissen und persönlicher Fähigkeiten im menschlichen Umgang, wie Urteilsfähigkeit, Charakterstärker, etc. Die zweite Ebene ist die Führung derjenigen die Autorität über uns haben: Chefs, Vorgesetzte, Direktoren, Controller, etc. Hock betont, dass wir unsere eigene Überzeugung und Pläne nur mit der Unterstützung der Chefs durchsetzen können. Die dritte Ebene ist die Führung Gleichrangiger, Kollegen und Mitarbeiter.

Stellen wir uns diese Ebenen eines unternehmerischen Führungssystems als eine Wirkungsform vor, die auf keinem Blatt Papier steht, die in keiner Geschäftsanweisung verankert ist und dennoch in jedem Unternehmen wirkt. Jedes Unternehmen, das dieses „heimliche Führungssystem“ lebt und pflegt, erzielt bessere Ergebnisse, vermeidet Fehler und stellt Schwachstellen schneller ab. In Deutschland können wir feststellen, dass dieses „heimliche Führungssystem“ in der überwiegenden Anzahl der Industrie- und Handelsunternehmen dem „Stellungskrieg der Führung“ gewichen ist. Die Allianz aus Vorgesetzten und Mitarbeitern ist in einer Art „kaltem Krieg“ um Zuständigkeiten, Eitelkeiten und Macht untergegangen.

Manager der zweiten und dritten Linie in den Konzernen haben den Anspruch auf Führung ihrer Chefs längst in die graue Theoriwelt verfrachtet. Misstrauen, Angst und Dienst nach Vorschrift lassen diese Manager zu reinen Erfüllungsgehilfen ihrer Chefs werden. Absurde Vorstellungen werden als solche nicht mehr hinterfragt, sondern vollstreckt. „Wenn der Vorstand das so will...“ In diesen Vorständen sitzen immer mehr seelenlose Zahlendreher die ihre Position mit einer Mauer der Macht schützen. Überzeugungen, Urteile, kreative Ansätze entstehen in diesem Klima nicht mehr.

Kurzum: Der rheinische Kapitalismus der auf Regulierung und Wohlfahrtsstaat gesetzt hat, ist in seinem Fundament im Alltag der Betriebe zerstört. Eine vertikale Verknüpfung der Schichten unserer Klassengesellschaft existiert nicht mehr. Jede (Klassen)fraktion lebt nach ihren eigenen Regeln, die der anderen interessiert sie nicht mehr.

Deshalb ist die Aussage von Clement so naiv. Er versteht die Radikalität des Problems nicht und ist selber von den Regeln und Klassenbrüchen in den Betrieben so weit entfernt, dass man sagen kann, entrückte Minister sind nicht Teil der Lösung, sie sind Teil des Problems einer desintegrierten deutschen Gesellschaft.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Klaus Dörre (Recklinghausen)
 Christel Riemann-Hanewinkel (Halle/S.)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Bochum)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 René Röspel (Hagen)
 Thomas Sauer (Mölin)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Dortmund)
 Ulrich Zachert (Apensee)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Ulf Banscheraus
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobellus
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Dirk Meyer
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Frank Schauf
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Olaf Schade
 Alfred Voges

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 34,-
 (bei Bankeinzug Euro 32,-)
 Auslandsabonnement Euro 37,-
 Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.
 Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Wenn möglich, sollen
 Manuskripte per E-mail oder auf einer
 MS-DOS/Windows-formatierten Diskette
 mit einem Ausdruck geliefert werden.

ISSN 0170-4613

© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2004.
 Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

Christian Kiel, Berlin

Satz- und Gestaltung:

Balf Schmitz, Leverkusen

Druck:

Nölte-Druck, Iserlohn
 1.-2. Tausend, Oktober 2004

Kurzum	2
<i>Niels Annen, Omid Nouripour</i>	
Die Wahlerfolge von NPD und DVU: Neue Dimension einer alten Bedrohung	4
<i>Thomas Spies</i>	
Gerechte Gesellschaft – Modell Bürgerversicherung	5
<i>Ottmar Schreiner, Sigrid Skarpelis-Sperk</i>	
Impulse für den Aufschwung	
Ein Sofortprogramm für mehr Arbeit, Wachstum und solide Staatsfinanzen	7
<i>Reinhold Rünker</i>	
NRW SPD: Schluss mit der Verzögertheit	9
<i>Martin Dulig</i>	
SPD Sachsen: Als kleine Partei große Wirkung erzielen	10
<i>Ines Diller</i>	
Alle lieben Matthias – Wahlen in Brandenburg	11
<i>René Röspel</i>	
Viel Lärm um nichts – Die überflüssige Klondebatte	12
<i>Ulrich Commercon</i>	
Saar-SPD: Höchste Zeit für Vollendung des Neustarts	13

SOZIALER PROTEST UND POLITIK

<i>Anja Kruke, Reinhold Rünker</i>	
Sozialer Protest und Politik – Einleitung zum Schwerpunkt	15
<i>Ulrich Brand</i>	
Verstetigung des Aufbruchs? – Merkmale und strategische Probleme der globalen sozialen Bewegungen	17
<i>Anja Kruke</i>	
Wie mit Meinungsforschung Meinung gemacht wird	23
<i>Martin Künkler</i>	
Immer wieder montags...	
Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen protestieren gegen Hartz IV	25
<i>Sönke Klages</i>	
Soziale Bewegungen in Hamburg: Fragiler Aufbruch im neoliberalen Versuchslabor	27
<i>Hans-Günter Bell</i>	
Soziale Bewegungen in Köln	28
<i>Silke Müter</i>	
Der Umbau des (Sozial-)staats unter Labour	31
<i>Horst Peter</i>	
Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften nach der Agenda 2010	33
<i>Björn Böhning, Daniel Friedrich</i>	
SPD und Gewerkschaften – kommt (wieder) zusammen, was zusammen gehört?	35

INTERNATIONALE POLITIK

<i>Sebastian Vollmer</i>	
Sinn und Unsinn privater Wasserversorgung in Entwicklungsländern	39
<i>Wolfgang Weinz</i>	
Wege nach Europa – Die Zukunft des europäischen Sozialmodells	43

THEORIE & STRATEGIE

<i>Reinhard Wegner</i>	
Verteilungsgerechtigkeit	46
<i>Rudolf Welzmüller</i>	
Niedrige Arbeitseinkommen – ein wachsendes Problem	48
<i>Toralf Pusch</i>	
Ein Mindestlohn für das Hochlohnland?	51
<i>Thilo Scholz</i>	
Es gibt keine sozial gerechten Studiengebühren	54
Rez.: Darnstädt: Die Konsensfalle (Thilo Scholle)	
Rez.: Gray: Die Geburt al-Qaidas aus dem Geist der Moderne (Ingo Zander)	58
Rez.: Bülow: Generation Zukunft (Thomas Wisiniewski)	59

Neue Dimension einer alten Bedrohung

Die Wahlerfolge von NPD und DVU

Von Niels Annen und Omid Nouripour

Mit 9,4 % der Stimmen ist die Nationaldemokratische Partei Deutschlands zum ersten mal seit über 30 Jahren wieder in ein Landesparlament eingezogen. Trotz dieser Schande sei unsere Demokratie nicht gefährdet. Dies bescheinigen sich Kommentatoren und Politiker gegenseitig. Rechtsextreme Parteien (NPD, DVU, Republikaner) und Rechtspopulisten (Schill) hätten es in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder geschafft, in die Landtage einzuziehen, wären aber bald darauf wieder rausgewählt worden. Die Gründe, so Beobachter, lägen auf der Hand: Rechtsextreme Parteien würden sich – mal aus Verachtung gegenüber der Demokratie, mal aus Unvermögen – an der parlamentarischen Arbeit nicht beteiligen. Ihr Personal bestünde aus „eingekauften“ Personen, die zur politischen Arbeit intellektuellen nicht geeignet seien und sich meist nach kurzer Zeit durch Flügelkämpfe selbst lahm legten.

So zutreffend diese Thesen für vergangene Wahlerfolge der Rechtsextremen gewesen sein mögen, so wenig sagen sie über die heutige Situation aus. Uns stellt sich angesichts des Erfolges der NPD in Sachsen die Frage, ob diese Parameter auch für das Jahr 2004 stimmen. Uns beschäftigt, ob die bundesrepublikanische Demokratie gefährdet ist

Aus unserer Sicht gibt es eine Reihe von Gründen, warum die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien vom 19. September 2004 in Brandenburg und in Sachsen nach genauem Hinsehen nicht mit dem früheren Abschneiden vor allem der NPD, aber auch von DVU und Republikaner vergleichbar sind und warum unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung sich auf eine neue Dimension der alten Bedrohung von Rechts einstellen muss.

Die Politik in unserem Land ist in einer tiefen Vertrauenskrise, die Zustimmung zur Demokratie auf einen historisch Tiefstand gesunken. Gerade in Ostdeutschland ist mittlerweile nur noch jeder dritte mit der Demokratie als Herrschaftsform zufrieden. Und der Berufsstand der Politiker ist Meinungsforschern zufolge in den Augen der Mehrheit der Menschen weniger glaubwürdig als der des Autohändlers. Zudem hat sich das kulturelle Klima in den letzten Jah-

ren in vielen Segmenten der Gesellschaft zugunsten der Rechtsextremen verschoben. Roland Schill, Martin Hohmann, aber auch Aktionen wie die ausländerfeindliche Unterschriftenkampagne Roland Kochs gegen die Novellierung des Staatsbürgerschaftsrechts haben zur Enttabuisierung des Rechtsextremismus beigetragen.

Die trotz berechtigter Kritik an Einzelpunkten notwendigen Reformen der sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik haben viele Menschen existenziell verunsichert. Keine Kraft in der Mitte des demokratischen Parteienspektrums lehnte die Reformen kategorisch ab. Wer dies tat, wählte auch bei den vergangenen Wahlen meist die Form der Wahlenthaltung. Die zum Teil geradezu hysterische Stimmung kam leider auch den Rechtsextremen zugute, deren einfache Parolen auf viel Zustimmung stießen.

Diskussionen über die Gefahr des islamischen Extremismus für Freiheit und Demokratie waren und sind berechtigt und sinnvoll, haben allerdings in weiten Teilen die Aufmerksamkeit von der Entwicklung der rechtsextremen Parteien abgelenkt. Konservative Politiker haben versucht, die beiden ideologischen Bedrohungen gegeneinander auszuspielen. Immer wieder wurde von Seiten der CDU und der CSU der Islamismus als die „größte“ Bedrohung für Deutschland genannt mit dem Ziel, finanzielle Mittel gegen den Rechtsextremismus zugunsten des Kampfes gegen den Islamismus abzuzweigen. Dieser „Relativismus der Bedrohungen“ hatte eine banalisierende Wirkung auf die Gefahr von Rechts und vermittelte den Eindruck, als sei der Rechtsextremismus nur ein lästiges, aber kein grundlegendes Problem. Das Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens aufgrund von formalen Fehlern hat ein politisch fatales Zeichen gesetzt. Viele Mitläufer, die sich nach Ankündigung des Verbotverfahrens aus Angst vor strafrechtlicher Verfolgung zurückgezogen hatten, sind nach der „Rehabilitierung“ – so die Sicht der NPD – der Rechtsextremisten wieder zu aktiven Mitgliedern geworden.

Durch den Verzicht der DVU und der NPD gegeneinander anzutreten, haben die rechtsextremistischen Parteien eine bisher nicht da gewesene strategische Handlungs-

fähigkeit erreicht. Mit dem Erfolg dieser Kooperation wächst die Gefahr eines gemeinsamen Vorgehens vor der Bundestagswahl 2006.

Neben der organisatorischen Konsolidierung der NPD, kann die DVU nun durch ihr Ergebnis bei der Brandenburger Wahl eine 10 jährige ununterbrochene Präsenz im Potsdamer Landtag erreichen und damit zu einem festen Bestandteil der politischen Kultur Brandenburgs werden.

Diese Gefahr ist insbesondere deswegen hoch, da das rechtsextreme Wählerpotential deutlich über dem Stimmanteil der DVU liegt. In Brandenburg sind mehrere Wählerinitiativen mit rechtsextremistischer oder rechtspopulistischer Programmatik angetreten, die zusammen mit der „rechten Partei für Wählerinnen“ – der Familienpartei – um die fünf Prozent der Stimmen erhalten haben. Diese Zahl zum Ergebnis der DVU addiert bedeutet, dass die Rechtsextremen nicht nur in Sachsen Potential von mehr als zehn Prozent haben.

Die politischen Rahmenbedingungen für das Erstarken der Rechtsextremen haben sich also verändert. Aber das allein macht nicht den Erfolg der NPD aus. Die NPD hat sich unter ihrem Bundesvorsitzenden Udo Voigt zu einer Kaderpartei „neuen Typs“ entwickelt. Im Gegensatz zu anderen Parteien am rechten Rand scheut die NPD den Kontakt zu bekennenden Neonazis nicht. Dies belegt das Beispiel der berüchtigten „Skinheads Sächsische Schweiz“, die häufig als „Ordner“ der NPD aufgetreten sind. Seit über zehn Jahren hat die Partei ihre Kräfte und vor allem ihr geschultes Personal auf den Einsatz in Sachsen konzentriert und dabei dramatische Erfolge gefeiert. Ihre Mitglieder können in weiten Teilen des Landes ungehindert auftreten, zu den Volksfesten und Wahlkampfveranstaltungen der NPD kommen bisweilen Tausende Menschen, und ihre Kandidaten präsentieren sich als rechtschaffende Bürger. Die bisher festzustellende Diskrepanz zwischen den Ergebnissen der Meinungsumfragen und dem realen Wahlergebnis sank in Sachsen auf einen historischen Tiefpunkt. Fazit: Wer NPD wählt sieht keinen Grund mehr, seine Gesinnung zu verbergen.

Das Ergebnis der „Nationalen“, wie sich die NPD nennt, ist also zuallererst das Ergebnis von zehn Jahren Aufbauarbeit, in der die Partei von den demokratischen Kräften nicht besonders gestört worden ist. Selbst am Wahlabend weigerte sich Ministerpräsi-

dent Milbradt noch, das Ergebnis in seiner ganzen Dramatik zur Kenntnis zu nehmen. Die Wähler der NPD seien weder Neonazis noch Ausländerfeindlich. Es sei eben eine „Protestwahl“ gewesen. Diese Ignoranz der Landesregierung hat der NPD mit den Weg geebnet. Wahlergebnisse von bis zu 20% in einigen Gemeinden zeigen, dass die demokratischen Parteien den Kampf um die kulturelle Hegemonie in vielen Teilen des Landes verloren haben. Es ist kein Zufall, dass Sachsen kein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus aufgelegt hat: für die Landesregierung existiert dieses Problem offensichtlich nicht. Bedauerlicherweise wird die Attitüde des Wegschauens und Kleinredens auch von der Union auf Bundesebene gepflegt. Nur wenige Tage nach den Wahlen in Sachsen und Brandenburg forderte der CDU-Abgeordnete Büttner die Streichung der Gelder zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Aber auch die Äußerungen von Herrn Rogowski, es gebe immer wieder ein paar Rechte, «die in die Parlamente einziehen», zeigt, dass das Problem berechnend ignoriert wird. Was ist zu tun? Die bisherigen Ansätze im Kampf gegen den Rechtsextremismus müs-

sen weiterentwickelt und aus dem Bekenntnis aller demokratischen Kräfte gegen den Rechtsextremismus politisches Handeln abgeleitet werden. Die Demokratie darf den Neonazis nicht das Feld überlassen. Auch dann nicht, wenn es sich nur um vermeintlich wenige Gemeinden im Osten handelt. Die demokratische Grundüberzeugung muss sich im politischen Alltag beweisen. In den Verfahren und den Ergebnissen demokratischer Politik muss sich die Überlegenheit der Demokratie gegenüber völkischen, rassistischen und autoritären Haltungen erweisen. Dies setzt eine explizit politische Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten voraus. Gerade in Bildung und Ausbildung muss die Vermittlung einer demokratischen Erziehung zur Fähigkeit des Umganges mit dem „Fremden“ gefördert werden. Was wir brauchen, ist nicht nur ein „Aufstand der Anständigen“, sondern vor allem ein Aufstand der Zuständigen. Bund, Länder und Kommunen müssen ihre Verantwortung ernst- und wahrnehmen. Dazu müssen die notwendigen Mittel bereit gestellt werden, um insbesondere Projekte und Initiativen zu unterstützen, die sich in den rechten

Hochburgen dem nationalistischen Trend entgegenstellen. Die Finanzierung des Bundesprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie“ ist bis 2006 gesichert. Dennoch sind viele Initiativen vor Ort unterfinanziert und fordern zurecht mehr politische Unterstützung. Ein klares Bekenntnis aller im deutschen Bundestag vertretenen Parteien zur aktiven und nicht nur deklamatorischen Unterstützung des Kampfes gegen Rechtsextremismus ist unserer Meinung nach lange überfällig. Dies gilt leider auch für viele Bundesländer. Die zwar betroffene, manchmal hilflose und leider allzu oft auch verharmlosende Art der Berichterstattung und Kommentierung der Ereignisse in Sachsen und Brandenburg stärkt die Tendenz, dass die meisten Demokraten die Gefahr von Rechts noch immer nicht ernst nehmen. Das Bewusstsein, dass Rechtsextremismus beispielsweise kein ost-deutsches Phänomen ist, bleibt trotz der vier Prozent für die NPD im Saarland unterentwickelt. Wichtig erscheint uns ein anhaltendes und eindeutiges politisches Engagement aller demokratischen Parteien. Das Wegsehen muss in Deutschland ein für alle mal ein Ende haben.

Forum DL21

Gerechte Gesellschaft – Modell Bürgerversicherung

Von Thomas Spies

1. Beyond Bismarck – at last

Mit dem Konzept der Projektgruppe Bürgerversicherung und dem Beschluss des Parteivorstands wird die SPD – endlich – die 120 Jahre alte, strukturell konservative und ursprünglich politisch gegen die Sozialdemokratie gerichtete Sozialversicherung sozialdemokratisch umzugestalten. Es wurde auch Zeit! Schauen wir zurück: in Lohnersatzversicherungen versicherten sich die Tagelöhner auch mit einem einbehaltenen Lohnanteil genannt Arbeitgeberanteil gegen das Risiko, Lohn-los und damit einkommenslos zu werden durch Alter oder Krankheit. Medizinische Leistungen gab es fast keine. Damen und Herren von Stand und Wohlstand dagegen waren von diesem System befreit. Solidarität wurde

nur als Ausgleich der Benachteiligten gedacht. Daran sollten wir uns erinnern, wenn wir so tun, als sei die Bismarck'sche Sozialversicherung schon der Ausbund der Solidarität.

2. Warum Bürgerversicherung?

Dennoch war das Bismarck'sche Modell in der Krankenversicherung erfolgreich. Es hat ein erstklassiges Gesundheitswesen ermöglicht und finanziert und damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen und wirtschaftlichen Stabilität des Rheinischen Kapitalismus geleistet. Inzwischen aber ändert sich die Erwerbsstruktur, verschwinden die „Normalarbeitsverhältnissen“, entstehen Patchwork-Erwerbsverläufen, mehr Selbstständigkeit und mehr Teilzeitarbeit. Sechzig Jahre Frieden auch Vermögen haben wachsen lassen. Ein



Thomas Spies

nur aus Lohn finanziertes System hat sich überlebt. Eine Kostenexplosion im Gesundheitswesen gab es nicht, der Anteil der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ist seit 30 Jahren stabil bei rund 6 Prozent. In der gleichen Zeit ist aber der Beitragssatz von 9,3 % auf fast 15 % gestiegen, weil es nur aus Lohneinkünften unter der Beitragsbemessungsgrenze von 3487,50 Euro finanziert wird. Durch kontinuierliches Absinken der Lohnquote bei alleiniger Finanzierung der Krankenkasse aus Lohn musste zwangsläufig

Dr. Thomas Spies, Mitglied des Hessischen Landtags, war Mitglied in der Projektgruppe „Bürgerversicherung“ beim SPD-Parteivorstand, lebt in Marburg

der relative Beitrag auf den Lohn erheblich ansteigen.

Das hatte auch sein gutes: erst durch diese Entwicklung entstand ein Handlungsdruck, der im gesamten politischen Spektrum zur übereinstimmenden Forderung führte, die Krankenversicherung von der alleinigen Lohnbindung abzukoppeln.

3. Unser Modell einer Bürgerversicherung

Die sozialdemokratische Lösung kann auch nur solidarische Bürgerversicherung heißen. Sie hat drei Kernmerkmale: alle Bürger, alle Einkommensarten und alle Einkommenshöhen werden gleich behandelt. Und zwar solidarisch, also nach Leistungsfähigkeit. Unter dieser Prämisse soll größtmögliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger sichergestellt sein.

Bürgerversicherung als Modell hat folgende wesentliche Merkmale:

- Prozentual einkommensbezogene Beiträge.
 - Kontrahierungszwang: jede Versicherung muss jeden aufnehmen.
 - Gesetzlicher Leistungskatalog
 - Sachleistungsprinzip
 - Teilnahme am Risikostrukturausgleich und Wettbewerb der Krankenkassen
 - Kostenlose Familienmitversicherung
- Bürgerversicherung ist also das, was gesetzliche Krankenkassen heute schon anbieten.

4. Public-Private Wettbewerb

Unter gleichen Wettbewerbsbedingungen (und nur dann) gibt es keinen Grund, warum nicht auch private Unternehmen Bürgerversicherung anbieten dürfen. Im Gegenteil: Wir werden sehen, ob privatwirtschaftliche Organisation im direkten, echten und fairen Wettbewerb tatsächlich erfolgreicher ist.

Entsprechend können die Bürgerinnen und Bürger ihre Kasse frei wählen. Wer gesetzlich versichert ist, kann zwischen den Bürgerversicherungsangeboten der gesetzlichen und der privaten Kassen wählen. Wer neu krankenversichert wird, geht sofort in eine Bürgerversicherung. Wer noch einen privaten Versicherungsvertrag nach altem Muster hat, kann diesen behalten oder in einen Bürgerversicherungsangebot seiner Wahl wechseln. Mittelfristig, also binnen weniger Jahre, werden ohnehin alle bürgerversichert sein.

5. Lastenverteilung gerecht gestalten – die zwei Säulen

Bürgerversicherung ist Umlagefinanziert. Durch das Zwei Säulen Modell werden die Einbeziehung aller Einkommensarten und eine an der Leistungsfähigkeit orientierte Belastung erreicht.

Die Einbeziehung aller Einkommensarten ist angesichts der sinkenden Lohnquote

unvermeidlich. Sie ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit, weil zur Leistungsfähigkeit alle Einkommen gehören. Allerdings ist das noch nicht „nach Leistungsfähigkeit“. Am einfachsten war das Modell der Hessen-SPD: alle, alle Einkommensarten, und keine Beitragsbemessungsgrenze. Damit wird wirklich jeder mit dem wirklich gleichen Anteil seines Einkommens, also seiner Leistungsfähigkeit, herangezogen. Behält man aber die Beitragsbemessungsgrenze bei, so entsteht ein Gerechtigkeitsproblems, wie folgendes Beispiel zeigt:

Arbeiter A hat monatlich 2000 Euro Lohn und 500 Euro aus Zinsen. Er leistet einen Beitrag auf 2500 Euro. Damit sinkt zwar der Beitragssatz, aber der Gesamtbeitrag bleibt dennoch höher als vorher.

Angestellter B hat monatlich 5000 Euro Gehalt und 1000 Euro Zinsen. Sein Beitrag sinkt: Grenze ist die Bemessungsgrenze von derzeit 3487,50 Euro. Allerdings sinkt wegen der zusätzlichen Einkünfte von A der Beitragssatz.

So steigt der absolute Beitrag von A, der weniger Einkommen hat, und der Gewinner ist B, der das höhere Einkommen hat. Das Problem entsteht bei jeder Beitragsbemessungsgrenze, so lange alle Einkommen bis zur gleichen Grenze verbeitragt werden.

Die Lösung ist das Zwei Säulen Modell. In der ersten Säule wird der Beitrag auf alle Arbeits- oder Erwerbseinkommen (bei Arbeitnehmern paritätisch) bis zur heutigen Beitragsbemessungsgrenze geleistet, also Lohn, Gehalt, Lohnersatzleistungen, Selbstständige, Unternehmer u.s.w.

Dazu kommt eine zweite Beitragssäule, in der Kapitalerträge oberhalb von 1340 Euro jährlich verbeitragt werden. Damit verdoppelt sich für Menschen mit hohem Kapitaleinkommen die Beitragsbemessungsgrenze. Da die hohen Kapitaleinkommen typischerweise bei den hohen Einkommen zu finden sind, wird so die angestrebte Lastenverteilung nach Leistungsfähigkeit erreicht und das oben geschilderte Gerechtigkeitsproblem vermieden. Und Kleinsparer bis ca 40.000 Euro pro Person sind durch den Freibetrag geschützt.

Es gibt eine Variante zu diesem Modell: Die zweite Säule könnte auch als Teil einer Abgeltungssteuer in Höhe von etwa 7% erhoben werden, der zweckgebunden in die Finanzierung der Bürgerversicherung fließt. Das hat den Vorteil, dass ein aus Steuern auf Kapitaleinkünfte finanzierter Zuschuss an die Krankenversicherung sofort von allen, auch den privat Versicherten, erhoben wird. Im Rahmen einer Abgeltungssteuer entfällt eine Beitragsbemessungsgrenze für Einkünfte aus Kapitalvermögen. Der Solidarbeitrag für alle Kapitaleinkommen wirkt sich sofort beitragsmindernd aus.

So werden kleine und mittlere Einkommen spürbar entlastet. Stärker belastet wird nur die, die über hohe Kapitaleinkommen verfügt.

7. Wie geht es weiter?“

Der Beschluss des Parteivorstandes sieht vor, die Umsetzung der Bürgerversicherung nach der Bundestagswahl 2006 in Angriff zu nehmen. Dafür gibt es zwei gute Gründe:

a) sofern es keine zustimmungsfreie Lösung gibt, kann man zwar nicht sicher vorhersagen, was aus dem Vermittlungsausschussverfahren dann herauskäme. Aber das es keine Bürgerversicherung sein wird, wie wir sie wollen, das ist sicher.

b) Bürgerversicherung stellt manche der neoliberalen Glaubenssätze, die in den letzten fünfzehn Jahren auf die Menschen niederprasselten in Frage. Sie muss vermittelt werden, das braucht Zeit. Die Partei muss die Chance haben, mitzukommen, das Projekt mitzutragen und es selbst auf jeder Ebene kommunizieren zu können. Wir brauchen keine Hetze, wir brauchen massenhaft Multiplikatoren!

Bürgerversicherung ist das linke Wahlkampfthema. Es erlaubt wie sonst fast kein Feld derzeit eine klare Polarisierung zum konservativen Lager. Und es ist eine Polarisierung, die Sozialdemokraten gewinnen werden, wenn eines gelingt: das Menschen uns glauben, wir würden tatsächlich nach einer nächsten Bundestagswahl Bürgerversicherung wirklich umsetzen. Daran müssen wir arbeiten, aber auch das ist eine Frage konsequenter Kommunikation des Projektes.

Die Liste der Gegner in Politik und Gesellschaft ist lang, aber nicht beunruhigend: die private Krankenversicherung fürchtet um ihr Geschäft und Ärzteverbände um die Privathonorare; die Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, aber das ist irrational und muss so deutlich werden; CDU, FDP und die ganze neoliberale Truppe, aber das ist auch der Reiz an der politischen Auseinandersetzung.

Dabei sind nicht die offenen Gegner das Problem, sondern die Weichspüler. Bürgerversicherung ist nur überzeugend, wenn sie mit einem Mindestmaß an Radikalität, also Spürbarkeit, daherkommt. Bürgerversicherung kommt nur, wenn alle wissen, was das ist – wollen werden sie es dann! Das ist die eigentliche Herausforderung an eine Linke, die ihren Erfolg feiern darf: Bürgerversicherung kommt. Und die die Grenze der Zugeständnisse erreicht hat, wenn Bürgerversicherung ein Erfolg sein soll. Es geht um den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Bürgerversicherung ist das Thema einer selbstbewussten und selbstbewusster werdende Sozialdemokratie. Forum DL21

Impulse für den Aufschwung

Ein Sofortprogramm für mehr Arbeit, Wachstum und solide Staatsfinanzen

Von Ottmar Schreiner und Sigrid Skarpelis-Sperk

DIE LAGE

Die deutsche Wirtschaft befindet sich noch immer in einer fragilen Lage. Zwar sind die wettbewerbsstarken Exportindustrien – getragen von einer weltwirtschaftlichen Erholung – zum Motor der Wirtschaftsbelebung geworden und ziehen die Ausrüstungsinvestitionen nach sich, aber ein nachhaltiger Aufschwung ist nicht in Sicht, der Wachstum und Beschäftigung sichert und auch für eine schrittweise Konsolidierung der Staatsfinanzen sorgt. Grund dafür ist die schwache Binnennachfrage in unserem Land – die schwächste unter allen Industrienationen Europas und der Welt. Seit drei Jahren ist die Entwicklung der Masseneinkommen massiv gedrückt und hat im Verein mit den seit dem Jahr 2003 deutlich reduzierten Sozialtransfers zu einer tief greifenden Konsumschwäche geführt. Große Teile unserer Bevölkerung sind tief verunsichert und so sparen sie als Verbraucher, verschieben Anschaffungen und warten ab. Ohne einen Richtungswechsel in der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialpolitik wird sich daran auch im kommenden Jahr nichts ändern. Dann aber wären Wachstumsschwäche und eine äußerst schwache Belebung am Arbeitsmarkt vorprogrammiert. Damit würde die Konsolidierung der Staatsfinanzen wie schon in den vergangenen zwei Jahren nicht gelingen und in diesem wie im kommenden Jahr die Maastrichtkriterien deutlich verfehlt. Deutschland hängt am Tropf der Weltkonjunktur – und wenn wir „Pech haben“, z.B. durch eine schwächere Konsumententwicklung in den USA, länger steigende Ölpreise oder eine deutliche Abschwächung des Wachstums in China – dann sind ein Rückfall in die Stagnation und steigende Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Eine solche Entwicklung lässt sich nur verhindern, wenn die Exporterfolge möglichst rasch von einer Belebung der Binnennachfrage begleitet werden – wie das bei früheren Konjunkturschwankungen auch gelang. Das heißt aber auch, aus diesen Erfahrungen zu lernen und Wirtschafts- und Finanzpolitik aktiv einzusetzen, d.h. ermuntern und nicht verunsichern oder einschüchtern, finanzpolitisch Gas geben und nicht abbremsen, den Konsum stabilisieren und nicht zum Angstsparen treiben. Am schlimmsten ist derzeit ohne Frage die hartnäckige Konsumschwäche: Sie ist aus der seit Jahren gedrückten Entwicklung der Masseneinkommen entstanden, weil die Zahl der Erwerbstätigen auch heute noch zurückgeht, die Lohnzuwächse nur sehr bescheiden ausfallen, die Sozialeinkommen deutlich beschnitten, staatliche Leistungen verteuert wurden und Wirtschaft und Staat permanent weniger Beschäftigte einstellen.

Im Bewusstsein großer Teile der Bevölkerung ist „das Ende der Fahnenstange“ in den Belastungen durch die Arbeitgeber wie den Staat noch nicht absehbar: Auf der Seite der Lohnentwicklung drohen Realeinkommensverluste und Mehrarbeit, bei den Sozial- und Gesundheitsleistungen geringere Zahlungen im Fall von Arbeitslosigkeit und Krankheit. Das ist kein Klima für fröhlichen Konsum.

Zudem trägt der Staat – vor allem in Ländern und Kommunen – immer weniger zu den Investitionen in das gesamtwirtschaftliche Sachkapital bei. Allein im letzten Jahr gingen die öffentlichen Investitionen um 4% zurück. In Deutschland liegt die öffentliche Investitionsquote gerade noch bei 1,5% des Bruttoinlandsprodukts – d.h. mehr als 1% unter dem Durchschnitt der Europäischen Union. Deutschlands Infrastruktur, seine Städte verkommen zunehmend.



Sigrid Skarpelis-Sperk

Ohne eine kräftige Belebung der Binnennachfrage und das heißt in erster Linie der Belebung des privaten Konsums, der öffentlichen Investitionen und eine Stabilisierung der Sozialeinkommen wird es nicht gelingen

- das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung nachhaltig zu beleben
- die Staatsfinanzen auf mittlere Sicht dauerhaft zu konsolidieren
- und den soziale Graben in unserem Land zwischen armen und reichen Regionen und die Verelendung (Verarmung) bedeutsamer Teile der Bevölkerung zu verkleinern.

WAS TUN?

1. VERTRAUEN in den Sozialstaat und die Wirtschaft schaffen

Alle politischen Parteien und die großen Wirtschaftsverbände müssen ihre inhaltlichen Vorschläge und ihre Öffentlichkeitsarbeit darauf ausrichten, dass die Bevölkerung wieder Vertrauen in die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit politischer Entscheidungen und die Zusagen von Wirtschaftsverbänden fasst. In die soziale Sicherheit, Investitionen und Lebensentscheidungen von Menschen darf nicht plötzlich und zu ihrem Nachteil eingegriffen werden. Vertrauensschutz muss es nicht nur für Investitionsentscheidungen von großen Unternehmen, sondern auch für die „normalen Menschen“ in ihren Alterssicherungs-, Arbeitslosen- und Gesundheitssicherungsentscheidungen geben.

Die Wirtschaft und ihre Verbände müssen einsehen, dass ihre Verunsicherungs- und Angstkampagnen den Ast absägen, auf dem sie selbst sitzen – als Arbeitgeber und als Verkäufer von Produkten. Wer auf Kostenkonkurrenz und Drohung mit Arbeitsplatzverlagerung setzt, darf sich anschließend nicht über Absatzprobleme und man-

Ottmar Schreiner, MdB, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für ArbeitnehmerInnenfragen in der SPD, lebt in Saarlouis. Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, MdB, spw-Herausgeberin, lebt in Kaufbeuren.

gelnde Kundentreue auf dem heimischem Markt beklagen.

2. Fehlentscheidungen korrigieren

Die Zusammenführung von Arbeitslosen und Sozialhilfe ist grundsätzlich sinnvoll, da Bürokratie abgebaut, Verschiebehahnhöfe zwischen Sozialhilfeträgern und Arbeitsagenturen vermieden und erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger in die Vermittlungsaktivitäten der Bundesagentur für Arbeit einbezogen werden.

Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ist darauf ausgerichtet, vor allem im Niedriglohnbereich und bei prekären Beschäftigungsverhältnissen (Leiharbeit, befristete Beschäftigung, Mini-Jobs, Kombilöhne) zusätzliche Beschäftigung zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, wird zum einen das Leistungsniveau der bisherigen Arbeitslosenhilfe (AHL) für einen Großteil der Betroffenen in Richtung Sozialhilfeniveau gekürzt oder ganz abgeschafft („Anreiz zur Arbeit erhöhen“).



Ottmar Schreiner

Zum anderen soll für die künftigen Bezieher von Arbeitslosengeld II (ALG II) jede Arbeit zumutbar sein. Diese Zielsetzung ist abzulehnen.

Schon jetzt verdienen über 2,5 Millionen Vollbeschäftigte weniger als 50 % des Durchschnittseinkommens. Sie sind nach der Definition der Armutsforscher arme Erwerbstätige. Die Neuregelung bedroht zudem das Tarifgefüge. Arbeitslose, denen die Hilfeleistungen massiv gekürzt werden und die jede Arbeit annehmen müssen, werden zur unmittelbaren Konkurrenz für regulär Beschäftigte. Damit wird der Druck auf die Absenkung Löhne verschärft und den Angriffen auf die Tarifautonomie, den Kündigungsschutz – bis hin zu Absurditäten wie der 50-Stunden-Woche – Tür und Tor geöffnet.

Alternativen zum Leistungsniveau:

Die Anspruchsdauer beim Arbeitslosengeld muss sich stärker an der Dauer der Beschäftigungszeit orientieren. Das Kernproblem des neuen Leistungsniveaus ist, dass Beschäftigte, die nach einem oft langen Erwerbsleben arbeitslos werden, nach kurzer Zeit von einem Einkommen auf Sozialhilfeniveau leben müssen. Es wird als zutiefst ungerecht empfunden, mit denjenigen auf eine Stufe gestellt zu werden, die vorher nie in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Auch das geltende Recht berücksichtigt das Äquivalenzprinzip nur unzureichend; die Neuregelung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld ab Februar 2006 verschärft diese Problematik weiter. Ähnlich wie bei der Rentenversicherung, bei der das Leistungsniveau an die Höhe der Beiträge und die Anzahl der Beitragsjahre gekoppelt ist, sollte auch beim Arbeitslosengeld die Beitragsäquivalenz gestärkt werden: Die Bezugsdauer ist nach Beitragsjahren zu staffeln. Hauptnutznießer wären die 35- bis 55-jährigen, für die ohnehin ein besonderes Sicherungs- und Schutzbedürfnis besteht. Auch die heutige Arbeitslosenhilfe soll, wiewohl steuerfinanziert und damit keine Versicherungsleistung, nach Ablauf des Arbeitslosengeldbezugs für die Betroffenen in einem zeitlich befristeten Umfang beibehalten und analog der Regelung beim Arbeitslosengeld nach Beitragsjahren gestaffelt werden. Damit würde dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen entsprochen und gleichzeitig die heutige Rechtslage geändert, wonach im Extremfall ein Beitragsjahr ausreicht, um zeitlich unbegrenzt Arbeitslosenhilfe zu erhalten.

Alternativen zur Zumutbarkeit:

Um eine Verbreiterung von Armuts- und Dumpinglöhnen zu verhindern, sind für die ALG II-Bezieher nur solche Beschäftigungsverhältnisse zumutbar, deren Entlohnung zu tariflichen oder ortsüblichen Bedingungen erfolgt.

Alternativen beim Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente:

Angesichts des hochdefizitären Einsatzes der neuen Hartz-Instrumente ist eine Evaluierung überfällig. Die klassischen Förderinstrumente sind wieder stärker zu gewichten. Aufgrund der Qualifikationsdefizite, insbesondere vieler Langzeitarbeitsloser sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildung und der beruflichen Weiterbildung vorrangig ausgearbeitet werden. Regelmäßige Wirksamkeitskontrollen sind ebenso unerlässlich wie eine genauere Differenzierung nach Zielgruppen. Qualifizierung sollte stärker mit Arbeitszeitpolitik verbunden werden (Bildungsfreistellungen, „investive Arbeitszeitpolitik“). Ar-

beitsbeschaffungsmaßnahmen sind dann einzusetzen, wenn andere Instrumente nicht greifen. Sie sollten noch stärker als bislang mit Qualifizierungselementen verbunden werden. Insgesamt sind die finanziellen Mittel der BA so anzuheben, dass die Arbeitsmarktpolitik den konjunkturellen Erfordernissen gerecht wird.

Eine aktive konjunkturgerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik für mehr Wachstum und Beschäftigung: ein SOFORTPROGRAMM

Eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik muss die außenwirtschaftlich geprägte Belegung finanzpolitisch begleiten, um einen nachhaltigen Aufschwung einzuleiten und abzusichern. Als Maßnahmen, die schnell und unbürokratisch Wachstum bringen und einen hohen Arbeitsmarkteffekt haben, schlagen wir als Sofortprogramm vor:

Ein kommunales Investitionsprogramm zur Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden mit dem Schwerpunkt Energiesparen in Höhe von 12 Mrd. EURO. Die Mittel sollen direkt vom Bund als 100prozentige Zuschüsse fließen und nach dem Windhundverfahren vergeben werden, um auch finanzschwachen Kommunen den Zugang zu ermöglichen. Um lange Ausschreibungsfristen, unnötige Kostenerhöhungen und europaweite Verfahren zu vermeiden, sollen die Lose im Umfang begrenzt sein (nach allen Erfahrungen gibt das einen Investitionsimpuls von 0,5% BIP und damit eine Wachstumswirkung von 0,7%).

Eine Verschrottungsprämie von 2000,- bzw. 1500,- Euro (Festprämie) für alle Wagen die älter als 10 Jahre (12 Jahre) sind. Gewährt wird die Prämie zeitlich begrenzt (1/2 Jahr) als Steuergutschrift beim Nachweis des Kaufs eines Neuwagens mit einem Verbrauch von unter 8 l / 100 km. Dadurch wird der Durchschnittsverbrauch und die Emission deutlich herabgesetzt (in Italien wurden 1997 bei einem ähnlichen Programm 1,6 Mio. Kraftwagen ausgetauscht).

Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation

Um das Lissabonner Ziel einer Erhöhung des Anteils der Forschungsausgaben auf 3 % am Bruttoinlandsprodukt im Jahre 2010 zu erreichen, müssen die FuE-Mittel des Bundes beginnend im Jahr 2005 jährlich um 750 Mio. Euro steigen, Wichtige Schwerpunkte müssen die Erhöhung der Mittel für die Projektforschung in den Bereichen Energie, Arbeitswelt und Gesundheit sein.

Um die Studienbedingungen an den deutschen Hochschulen zu verbessern, soll – nach dem Modell des Ganztagschulprogramms – 1 Mrd. Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden. Forum DL21

NRW SPD: Schluss mit der Verzagttheit

Ein langer Weg bis Mai 2005

Von Reinhold Rünker

Alle Parteien fühlten sich nach der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen als Sieger. CDU-Landesvorsitzender Jürgen Rüttgers feiert, dass er mit ihrem Ergebnis von 43,4 % auf einem guten Weg sei, im Mai 2005 Ministerpräsident zu werden. Dass die CDU aber tatsächlich 6,9 % gegenüber 1999 verloren hat, wurde ignoriert. Die Reaktionen aus der SPD-Zentrale waren ähnlich euphorisch. Offensichtlich noch inspiriert von der ersten Prognose am Wahlabend, die einen Verlust von unter 1 % und darüber hinaus die SPD als stärkste Partei in Köln prognostizierte, erschien das schlechteste Wahlergebnis in NRW aller Zeiten wie ein grandioser Sieg. Dazu beigetragen hatten natürlich die vernichtenden Umfragewerte des Sommers, in denen ein deutliches Abrutschen unter die 30-%-Marke bei den Kommunalwahlen angekündigt wurde. Das Ergebnis von 31,7 % (-2,2 %) bei erneut gesunkener Wahlbeteiligung zeigte insofern bestenfalls, dass die Talsohle der Wahlzustimmung erreicht scheint.

Bündnis 90/Die Grünen sind die modernen Liberalen

Von den gewonnenen Prozentpunkten sind die kleineren Parteien FDP (+ 2,5 %) und Bündnis 90/Die Grünen (+ 3,0 %) die Gewinner – und die große Zahl lokaler Wählergruppen. Während die FDP jedoch von einer sehr schwachen lokalen Basis startete (1999: 4,3 %), hatten sich Bündnis 90/Die Grünen ein deutlich besseres Ergebnis erhofft. Bei den Wahlen zum Europaparlament waren Hoffnungen genährt worden, in Köln, Bonn, Aachen und Münster die SPD überholen zu können. Davon ist nichts eingetreten. Zwar haben sie dort deutlich über 15 % und sogar Direktmandate gewinnen können, blieben aber überall drittstärkste Partei. Die Erklärung der Kölner Grünen-Fraktionsvorsitzenden Moritz kurz vor der Kommunalwahl, die Koalition mit der CDU fortsetzen zu wollen, hat sicher dazu beigetragen, dass viele ihr Kreuz doch bei der SPD gemacht haben.

Die Grünen haben sich programmatisch dem liberalen Positionen so weit geöffnet, dass sie damit der klassischen FDP diejenigen WählerInnen-Schichten abspenstig machen konnten, die zwar auch marktliberal denken, aber

eine sozio-kulturelle Offenheit und Modernität erwarten. Die FDP ist in weiten Teilen des Landes zur reinen marktliberalen – um nicht zu sagen radikalen – Klientelpartei der Besserverdienenden geworden. Den Grünen ist der Spagat zwischen dem Gestus des gepflegten Öko-Bewusstseins und kultureller Offenheit der Besserverdienenden einerseits und der alten Widerborstigkeit durch die Herkunft aus den neuen sozialen Bewegungen vor Ort (die sich ja nicht zuletzt gegen die etablierten Kräfte und Verkrustungen in den Großstädten richteten) andererseits bis jetzt gut gelungen. Das Beispiel Köln wird zeigen, ob die Partei diesen Spagat aushält.

Die SPD braucht eine Politik der „modernen Solidarität“

Diese Entwicklung ist für die SPD nicht erfreulich, denn ein Großteil der neuen grünen WählerInnen gehören zur sogenannten „Neue Mitte“, die ja seit Mitte der 1990er Jahre von der SPD umworben wird. Sie sind in der Regel gut qualifiziert, beruflich in der „Vorwärtsbewegung“, ohne bereits saturiert zu sein. Sie stehen den wirtschaftlichen Risiken offener gegenüber als die traditionellen WählerInnen-schichten der SPD, wissen aber gleichzeitig sozialstaatliche Sicherungen zu schätzen. Sie sind offen für sogenannte „weiche Themen“ und scheuen vor zur engen politischen Bindungen. Diese WählerInnen, die an Zahl zunehmen und bei den Bundestagswahlen 1998 und 2002 (hier schon weniger) überwiegend für die SPD votierten, drohen dauerhaft verloren zu gehen. Meines Erachtens müsste die SPD an das Bedürfnis auch dieser Milieus nach sozialer Sicherheit anknüpfen und ihr sozialpolitisches Profil schärfen.

Mit einem derart auf „moderne Solidarität“ zugespitzte Programmatik könnte es auch gelingen, die notwendige Verbindung zu den beiden Kern-WählerInnengruppen zu schlagen, die für die SPD zurück gewonnen werden müssen: Dies sind erstens die Facharbeiter und Angestellten in Industrie und Verwaltung, die die SPD nicht nur stiefmütterlich vernachlässigt hat, sondern deren Abstiegs- und Ausgrenzungängsten sie durch ihre Politik verschärft. Dieser sozialdemokratische Kern fühlt sich zunehmend nicht mehr repräsentiert,



Reinhold Rünker

geht nicht mehr wählen oder aber wird von rechtsextremen Parteien angesprochen. Zum zweiten muss sich die SPD auch wieder den Menschen zuwenden, die durch Arbeitslosigkeit und Armut an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. In dieser Bevölkerungsgruppe ist nicht nur der Anteil der WahlteilnehmerInnen ausgesprochen gering, sondern die SPD wird zum Teil sogar von der CDU oder gar den rechtsextremen Parteien abgehängt. In NRW hat Solidarität ein gute und lange Tradition. In Verbindung mit einer an den Kriterien der Nachhaltigkeit entwickelten Industrie- und Strukturpolitik, einer Bildungs- und Jugendpolitik, die Chancen öffnet, muss die SPD deutlich machen, dass sie weiterhin die Partei der Arbeit ist. Nur wenn die SPD eine Perspektive für alle drei Milieus bieten kann, wird sie im Mai kommenden Jahres bei der Landtagswahl wieder erfolgreich sein.

Schluss mit der Verzagttheit!

Das Kommunalwahlergebnis macht an der Stelle Mut, wo viele Genossinnen und Genossen aus der Jammerecke rausgekommen und sich der Diskussion mit den Menschen gestellt haben. Das war jahrzehntelang die Stärke der SPD – bei den Leuten zu sein, nicht über sie, sondern mit ihnen zu reden, mit ihnen zu handeln.

Das Motto „Schluss mit der Verzagttheit“ gilt auch für die SPD-Linke. Im Juni 2004 wurde auf einer DL21-Regionalversammlung ein Koordinationskreis für NRW gebildet, dem u.a. Abgeordnete, Unterbezirksvorsitzende sowie lokalen Mandats- und Funktionsträger angehören. Aktuell besteht die wesentliche Aufgabe darin, die unterschiedlichen lokalen und regionalen Gruppen miteinander zu vernetzen und für eine Mitarbeit in einer offenen Struktur DL21 NRW zu gewinnen. Auf regionalen Foren am 15. Oktober in Köln und am 30. Oktober in Münster werden die Perspektiven und Beiträge der Linken für die Landtagswahl 2005 diskutiert. Nähere Informationen finden sich demnächst unter www.forum-dl21-nrw.de.

Forum DL21

Reinhold Rünker, Historiker, lebt und arbeitet als Organisationsberater in Leichlingen, Mitglied der spw-Redaktion und des SPD-Unterbezirksvorstandes im Rheinisch-Bergischen Kreis

SPD-Sachsen: Als kleine Partei große Wirkung erzielen

Von Martin Dulig

„Dem Tüchtigen winkt das Glück“ oder „Den Seinen gibt's der Herr im Schlafe“ – für das Ergebnis der SPD bei der Landtagswahl in Sachsen ist das eine wie das andere Resümee nicht passend. Beide aber enthalten Spuren der Wahrheit. Die Wahl hat die politische Landschaft des Freistaats erheblich verändert. Die absolute Mehrheit der sächsischen CDU wurde gebrochen. Die sächsische SPD hat das schlechteste Resultat bei einer Landtagswahl überhaupt eingefahren. Das Ergebnis: Die Verlierer regieren gemeinsam. Und sehen sich einem Landtag gegenüber, in den zusätzlich zur stabilen PDS die von Hartz-Kritik verschonten Grünen, die seltsam inhaltsleere FDP und die rechtsextreme NPD eingezogen sind.

Die Wahlergebnisse

Die CDU ist der große Verlierer der Wahl. Sie hat nicht nur fast 16 Prozent der Stimmen verloren, sondern auch die so sicher geglaubte absolute Mehrheit. Den bayrischen Sonderweg wird die CDU in Sachsen nicht einschlagen können. Die CDU muss wieder lernen, andere Meinungen und Kompromisse zu akzeptieren. Die Gründe für die erdrutschartigen Verluste sind unter anderem bei Hartz IV zu suchen. Hatte die sächsische CDU im Vermittlungsverfahren noch auf wesentliche Verschärfungen der Arbeitsmarktreform gedrängt, wollte sie später im Wahlkampf kaum mehr etwas davon wissen. Die Distanzierungsversuche reichten bis zur Ansage des Ministerpräsidenten Milbradt, sich den Montagsdemonstrationen gegen die Reformen anzuschließen. Der Schlingerkurs bekam der Partei und ihrem Spitzenkandidaten nicht. Ebenso wenig die 14jährige Alleinherrschaft im Freistaat, die für andere Meinungen, für Mittelwege und Kompromisse nie einen Platz ließ. Die Arroganz der Macht war über das Parlament hinaus im ganzen Land spürbar geworden – bei der Diskussion um die Reform des Schulsystems genauso wie bei jener zu den Gemeindefinanzen, zur Hochschulfinanzierung oder zur Polizeireform.

Die PDS konnte sich nicht signifikant verbessern. Mit 23,6 Prozent legte sie zwar um

1,4 Prozent zu, doch im Gegensatz zur Brandenburger PDS gelang es ihr kaum, aus der angeheizten Stimmung gegen die Arbeitsmarktreform Stimmengewinne zu ziehen. Mit „Wir stehen Euch bei“ plakatierte die Partei ihre Solidarität zum Protest und begab sich in Erscheinungsbild und Diktion zuweilen in gefährliche Nähe zur rechtsextremen NPD. Die erreichte landesweit 9,2 Prozent, in ihren Hochburgen in der Sächsischen Schweiz wurde sie von jedem fünften Sachsen gewählt. Klare Töne bestimmten den rechten Wahlkampf: „Schnauze voll“, „Quittung für Hartz IV“ und „Grenze dicht“ waren die Kernaussagen. Ein guter Teil des NPD-Ergebnisses ist dem Protest zuzuschreiben. Bedenklich muss aber stimmen, dass die Partei bei den unter 30jährigen einen Anteil von 21 Prozent erreicht und dass Untersuchungen ein Stamm- und Überzeugungswählerpotential von mehr als 5 Prozent ausmachen.

Die FDP erreicht 5,9 Prozent der Stimmen. Wofür die Partei steht, dürfte den Wählern unklar geblieben sein. „Herz statt Hartz“, „Profis in den Landtag“, „Aufwachen, marsch, marsch“: solche Plakate lassen allenfalls den Schluss zu, dass der sogenannte sächsische Weg der Liberalen einer zwischen PDS- und NPD-Populismus ist. Die FDP ist in der Mitte der Protestgesellschaft angekommen und wird, mangels einer Mehrheitsbeschaffungsfunktion für die CDU, ihren Platz im Landtag zwischen den beiden Fundamentaloppositionsparteien suchen müssen.

Lange zittern mussten am Wahlabend die Grünen. Drin – draußen – drin, dieses Wechselbad hielt bis in die Nacht an, ehe die letzten Wahlbezirke der Hochburg Dresden dann Gewissheit und insgesamt 5,1 Prozent brachten. Die Grünen profitierten von ihrer Stärke in den großen Städten, wo sie sich kontinuierlich ein Stammwählermilieu aufgebaut haben. In der Dresdner Neustadt erreichten sie sagenhafte 35 Prozent. Der Einzug der Grünen bedeutete gleichzeitig das Aus für eine mögliche CDU-FDP-Koalition. Diesem Umstand verdankt es die SPD, nun als einziger Koalitionspartner für die CDU übrig geblieben zu sein.



Martin Dulig

Gründe für das Abschneiden der SPD

Der Wahlkampf wurde vor allem durch ein Thema dominiert: Hartz IV und die Arbeitsmarktreformen. Und natürlich wehte der SPD hier der Wind kräftig ins Gesicht. Zwar konnte man gegen Ende des Wahlkampfes eine „Normalisierung“ feststellen – die Menschen reagierten weniger aggressiv und zeigten stärkeres Interesse an und Verständnis für die Reformen – aber ein Stimmungsumschwung war es sicherlich nicht. Die von PDS und NPD aufgeheizte Stimmung war nicht zu kippen. Die Themenverknappung führte auch dazu, dass die SPD ihre landespolitischen Anliegen – Bildung und Mittstandsförderung – kaum vermitteln konnte. Landespolitik spielte bei der Wahl nur eine untergeordnete Rolle.

Aber es wäre falsch, die Ursachen für das schlechte Abschneiden der SPD ausschließlich im Bundestrend zu suchen. Die zeitgleich stattfindende Landtagswahl in Brandenburg zeigt, dass zwar auch hier Stimmenanteile verloren wurden, aber auf einem viel höheren Niveau und weniger, als noch wenige Wochen zuvor zu vermuten war. Seit Jahren krankt die sächsische SPD an Problemen, die sie scheinbar nicht in den Griff bekommt. Da ist zum einen die chronische Mitgliederschwäche. Weniger als 5000 Mitglieder in einem Bundesland mit 4 Millionen Einwohnern. In einer Zeit, in der die Wählerbindung sowieso immer stärker abnimmt, wirkt sich diese Mitgliederschwäche besonders aus. Es gelingt der SPD zu wenig, die Menschen in ihre Arbeit mit einzubinden und konstante Netzwerke zu errichten. Zum anderen fehlen der sächsischen SPD bekannte und beliebte Persönlichkeiten, die die Partei öffentlich tragen und bekannt machen. Gerade hier wird der Unterschied zu Brandenburg und seinem Ministerpräsidenten Platzeck schmerzhaft deutlich. Wäh-

Martin Dulig, Juso-Landesvorsitzender und SPD-Vorsitzender Dresden-Elbe-Röder, Mitglied des sächsischen Landtags

rend Platzek in den letzten Wochen viele Menschen für die SPD mobilisieren konnte, fehlt in Sachsen ein vergleichbares Zugpferd. Thomas Jurk konnte zwar seine Bekanntheit und das Vertrauen in seine Person deutlich steigern, startete aber von einem zu geringen Wert. Schließlich – und dieser Punkt hängt mit dem vorherigen eng zusammen – hat sich die sächsische SPD jahrelang in einem kräftezehrenden parteiinternen Machtkampf aufgerieben. Dieser trieb seltsame Blüten, sorgte für kuriose Videobotschaften, fingierte Pressemitteilungen und eine Kandidatur-Doppelspitze, die neue Probleme schuf, ohne alte zu lösen. Erst sehr spät, bei der Aufstellung der Landesliste im Juni 2004, entschloss sich die Partei, diesen Kampf auszutragen. Der Lis-

tenvorschlag der Parteiführung wurde zurückgewiesen, die Basis wählte nach hinten gesetzte Kandidaten wieder nach vorn, die Landesvorsitzende und Mit-Spitzenkandidatin Constanze Krehl trat zurück. Die Ausgangslage für einen Wahlkampf war natürlich denkbar ungünstig. Dennoch haben viele Genossen die Klärung in Döbeln als einen Befreiungsschlag für die sächsische SPD empfunden. Nach jahrelangem Streit hat die Partei nun wieder Gelegenheit, sich auf ihre eigentliche Aufgabe zu konzentrieren: die Menschen in Sachsen davon zu überzeugen, dass sozialdemokratische Politik gut für das Land und seine Einwohner ist. Führungs- und Flügelfragen sind geklärt. Und es ist dieser Prozess, verbunden mit dem glücklichen Umstand, trotz des

schlechten Ergebnisses nun in Regierungsverantwortung zu kommen, der einige Chancen für eine bessere Zukunft der SPD in Sachsen bereithält.

Es wird darauf ankommen durch aktive Regierungspolitik Zeichen und Prioritäten zu setzen um die SPD als innovative und gestaltende Kraft in Sachsen zu profilieren. Durch die glückliche Regierungsverantwortung haben wir beste Chancen dazu. Gleichzeitig müssen wir uns als Partei den Herausforderungen neu stellen. Wir müssen uns strukturell neu ausrichten, um auch als kleine Partei große Wirkung erzielen zu können. Das kann uns nur gelingen, wenn wir unsere Netzwerke stärken und uns stärker in der Gesellschaft verankern.

Forum DL21

Alle lieben Matthias!

Anmerkungen zum Wahlkampf in Brandenburg

Von Ines-M. Diller

Allen war seit Beginn des Wahlkampfes in Brandenburg klar gewesen, dass der Wahlausgang sehr knapp sein würde. Dabei wurden zwei Aspekte als besonders wichtig eingeschätzt: zum einen die Wahlbeteiligung und zum anderen die Person des Ministerpräsidenten. Auf diese beiden Gesichtspunkte wurde letztlich eigentlich der ganze Wahlkampf ausgerichtet.

Platzek, der Brandenburger

Die Zahlen zur Beliebtheit von Matthias Platzek im Lande waren die ganze Zeit genauso stabil, wie die Aussagen der Meinungsumfragen zu den Prozentzahlen für die Wahlergebnisse, ansonsten hin und her gingen. Eine Beliebtheit, die noch aus den Zeiten der Oderflut herührt, die aber auch aus der hohen Glaubwürdigkeit von Matthias Platzek als echter Brandenburger herührt.

So war es nur vernünftig, dass in diesem Wahlkampf die Person des Ministerpräsidenten ständig im Vordergrund stand und ein sehr personenbezogener Wahlkampf geführt wurde. Nicht nur dass Platzek im ganzen Land großformatig und mit zum Teil recht knappen Aussagen plakatiert wurde, auch alle anderen Wahlkampfmittel waren eindeutig auf seine Person ausgerichtet. Betont wurde dabei immer im Kontrast zu

Schönbohm, dass Platzek eben Brandenburger sei. Der Ministerpräsident war im ganzen Land unterwegs und hat sich auf öffentlichen Plätzen in den größeren und kleineren Orten der Diskussion, die stark von Emotionen, enttäuschten Hoffnungen und Verbitterung geprägt gewesen war, mit den Bürgerinnen und Bürgern gestellt. Die Diskussion mit der Bevölkerung hat dieser Strategie recht gegeben. Für viele schien dies ein Beweggrund gewesen zu sein, überhaupt zur Wahl zu gehen.

In dieser Atmosphäre war es notwendig den Menschen die Inhalte und Ziele der Reformen nahe zu bringen und der Enttäuschung die Spitze zu nehmen um überhaupt wieder für die Möglichkeiten der Politik Verständnis zu wecken. In ähnlicher Weise waren auch viele der DirektkandidatInnen und KandidatInnen der Landesliste unterwegs, was in erstaunlich sachlicher Form von den Medien beschrieben und so gewürdigt wurde.

Mobilisierungsprobleme

Noch nie hatte ich persönlich den Eindruck, dass Meinungsumfragen einen solchen Stellenwert im Wahlkampf, ja vielleicht sogar Einfluß auf die Wahl selbst hatten wie bei dieser Landtagswahl. Es gab in den letzten zwei Wochen vor der Wahl bei mir den subjektiven Eindruck, dass es eigentlich täg-



lich eine neue gab. Seit der Umfrage knapp eine Woche vor der Wahl gab es erstmals wieder die Prognose heraus, dass die SPD doch wieder stärkste Partei werden könnte. Diese Werte haben eindeutig in diese letzte Woche noch etwas mehr Schwung und Hoffnung gebracht, was den Wahlkampf dann doch ein wenig leichter machte.

Für viele war es der härteste Wahlkampf bisher, gleichzeitig war es auch ein Wahlkampf, der viele Kräfte und Personen mobilisiert hat, da es allen klar war, dass es diesmal wirklich darauf ankam, und das Feld nicht der CDU, die sich so lange auf der Siegerstraße gesehen hatte oder der PDS, die vor allem populistisch gegen Hartz IV geschossen hatte, einfach zu überlassen.

Natürlich hat die Diskussion um Hartz IV den Wahlkampf bestimmt wie kein anderes Thema. Auch in Brandenburg gab es regelmäßig die Montagsdemos, die aber doch von Woche zu Woche rückläufige Teilnehmerzahlen meldeten. In Potsdam kam es in der

Wahlkampfzeit zu Märschen zu den Parteizentralen der im Landtag vertretenen Parteien, die Ihre Landeszentralen hier in der Stadt haben. Diese Demos wurden nicht nur von der PDS stark instrumentalisiert, sondern auch von diversen kleinen Parteien, die sich so profilieren konnten. In Potsdam war die Familienpartei federführend, die es im vergangenen Jahr schon in die Stadtverordnetenversammlung von Potsdam geschafft hatte und nun auch landesweit kandidierte. Geholfen haben der SPD am Ende noch die Äußerung des Bundespräsidenten, die die Brandenburger wirklich zutiefst verletzt hatten, denn gerade in den strukturschwachen Regionen, wie der Prignitz und der Uckermark haben die Menschen in den letzten 15 Jahren ihre Flexibilität ja durch einen unübersehbaren Wegzug demonstriert. Viele empfanden den auch dieses Interview als

Schalg ins Gesicht. Nicht gerade förderlich waren allerdings auch die Bemerkungen des Kanzlers zur Mitnahmemetalität.

DVU-Wiedereinzug mehr als ein Schönheitsfehler

Nach der Wahl kann man wohl feststellen, dass die Strategie insgesamt erfolgreich war. Das Wahlziel stärkste Partei zu werden wurde erreicht, die Verluste gegenüber 1999 waren nicht so hoch, wie sie nach all den vorausgegangenen Wahlen und Umfrage zu erwarten waren. Die SPD stellt weiterhin den Ministerpräsidenten. Auch wenn der Wiedereinzug der DVU ist mehr als nur ein kleiner Schönheitsfehler ist, so war deren Ergebnis aber eben nicht so niederschmetternd wie in Sachsen und auch nicht so hoch, wie bei einer noch niedrigeren Wahlbeteiligung zu befürchten gewesen wäre. Gerade auch an

diesem Punkt wird klar, wo sich in den nächsten fünf Jahren sozialdemokratische Politik in Brandenburg hervortun muss.

Im Einsatz vor Ort muss klar werden, dass Extremisten keine Lösungen bieten und dass der Umbau der Sozialsysteme eine harte Arbeit für uns alle sein wird. Eine Arbeit aber, die dazu führen kann, dass dieses System noch weiter ein weitgehend solidarisches sein kann, welches die Sicherung weiter Schichten der Bevölkerung bedeutet. Für dieses solidarische System steht die SPD ein, auch wenn sie jetzt diejenige Kraft ist, die den Umbau vorantreibt und diese unpopulären Maßnahmen zu vertreten hat. Dort, wo sie dies allerdings verständlich und nachvollziehbar macht, bei den Menschen ist, kann sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.

Forum DL21

Viel Lärm um nichts – Die überflüssige Klondebatte

von René Röspel

Im August dieses Jahres wurde das Forschungsklonen mal wieder zum Medienthema. Die englische Überwachungsbehörde erteilt die Genehmigung, Stammzellen aus geklonten Embryonen zu gewinnen – keine Sensation, denn Großbritannien erlaubt bereits seit zwei Jahren das Forschungsklonen. Bisher war nur kein Antrag genehmigt worden. In dieses Fahrwasser begab sich auch der Nationale Ethikrat, der nach einem Medienspektakel im September seine seit über einem Jahr angekündigte Stellungnahme zum Klonen veröffentlichte. Auch dieser ist nichts Neues zu entnehmen, außer dass die jeweiligen Positionen im Beratungsgremium des Bundeskanzlers weit voneinander entfernt liegen. Man hat sich letztlich darauf geeinigt, das Forschungsklonen in Deutschland zur Zeit nicht zuzulassen (eine Empfehlung, die die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages vor über zwei Jahren schon detailliert begründet hat).

Die Technik: Klonen durch Zellkerntransfer

Klonschaf Dolly war 1996 eine biologische Sensation. Es wurde nicht über den natürlichen Weg der Befruchtung einer Eizelle

durch eine Samenzelle erzeugt, sondern durch Zellkerntransfer, ein technisches Verfahren, das von Protagonisten euphorisch als „Therapeutisches Klonen“ bezeichnet wird, richtigerweise aber Forschungsklonen genannt werden müsste. Bei dieser Technik wird einer Eizelle im Labor der Zellkern, der das Erbgut enthält, entfernt. In diese „erbgutfreie“, aber noch alle Substanzen für eine Embryonalentwicklung enthaltende Eizelle, wird nun der Zellkern – also die Erbinformation – einer Zelle eines lebenden (oder toten) Lebewesens eingebracht. Man verfügt nun über ein Zellkonstrukt, das einerseits über die Wachstums- und Entwicklungsfähigkeit der Eizelle verfügt, andererseits aber die genetische Information desjenigen trägt, dessen Zellen man nachbilden möchte. Das „Wunder“ bei Dolly bestand darin, dass diese auf technischem Wege in der Petrischale hergestellte Zelle eine normale Embryonalentwicklung durchlief und nach Einpflanzung in eine Gebärmutter schließlich Dolly wie ein normales Schaf geboren wurde. Allerdings gelang dies nur bei einem einzigen von 288 auf diesem Wege produzierten Embryonen. Alle anderen zeigten keine oder eine unvollständige Entwicklung, nisteten sich



René Röspel

nicht ein oder wiesen schwere Missbildungen auf.

Diese Herstellung genetisch identischer Lebewesen – das sog. Reproduktive Klonen – wird von allen verantwortungsvollen Wissenschaftlern und Regierungen aus ethischen Gründen einhellig abgelehnt. Anders verhält es sich beim Forschungsklonen. Diese Methode ist zunächst völlig identisch mit dem reproduktiven Klonen. Der Unterschied besteht darin, dass beim Forschungsklonen die Embryonalentwicklung in einem frühen Stadium in der Petrischale unterbrochen und das Embryonalstadium („Blastozyste“) nicht – wie beim reproduktiven Klonen – in eine Gebärmutter eingepflanzt wird. Stattdessen wird die Blastozyste zerstört und daraus die embryonalen Stammzellen (ES) isoliert. Bei den ES handelt es sich um jene „Alleskönner“-Zellen, aus denen sich noch fast alle ca. 220 Zelltypen des menschlichen Körpers entwickeln können. Sie sind das

heiß begehrte Objekt einiger Forscher und vieler Medien.

Der forschungspolitische Aspekt

Mit ES-Zellen wird die Hoffnung verbunden und geschürt, im Labor Ersatz für zerstörte oder funktionsgeschädigte Zellen eines Menschen herstellen und Krankheiten wie Parkinson, Diabetes, Multiple Sklerose usw. lindern oder heilen zu können. Hier lohnt es sich, genauer hinzuschauen, denn viele der genannten Krankheiten sind selbst mit funktionierenden Stammzellen nicht zu kurieren, weil es sich um Autoimmunerkrankungen handelt. Zwar könnte durch aufwändige Chirurgie die bei Diabetes (Typ I) zerstörten Inselzellen durch Stammzellen ersetzt werden, aber auch die würden dasselbe Schicksal wie die ursprünglichen Zellen erleiden und vom gegen sich selbst gerichteten Immunsystem des Patienten zerstört werden.

Zum Spiel mit der Hoffnung Kranker gesellt sich regelmäßig der Vorwurf, Deutschland würde im Vergleich mit z.B. den USA als Forschungsstandort zurückfallen, wenn wir nicht endlich auch das Forschungsklonen oder embryonale Stammzellforschung zulassen. Mit den gewaltigen Mitteln, die die USA in embryonale Stammzellforschung pumpen, kann Deutschland jedoch nicht konkurrieren. Wohl aber sind wir mit führend im Bereich der sog. Adulten Stammzellen, die aus geborenen Menschen gewonnen werden können. Sollte man seine Kräfte

nicht lieber bündeln, als auch noch in einen Bereich zu investieren, in dem andere viel weiter sind? Adulte Stammzellen werden seit 40 Jahren zu therapeutischen Zwecken bereits benutzt (Knochenmarktransfer bei Leukämie) und haben den Vorteil, weder Tumoreigenschaften aufzuweisen noch Abstoßungsreaktionen hervorzurufen. Gerade sie bergen gewaltiges Forschungs-, Therapie- und Wirtschaftspotenzial!

Ethische und gesellschaftspolitische Aspekte

Der Streit, inwieweit die Verwendung embryonaler Stammzellen ethisch zulässig ist, füllt ganze Bände. Der Feststellung, damit werde eine Grenze überschritten, weil menschliches Leben gegen die Kantsche Auffassung ausschließlich zum Zwecke Dritter zerstört werde, steht die „Ethik des Heilens“ (Pfarrer Peter Hintze) gegenüber. Unabhängig von der Frage, inwieweit die Verwendung menschlicher Embryonen zu Forschungszwecken gegen das Prinzip der Menschenwürde verstoßen könnte, ist die Frage nach den für das Klonen nötigen menschlichen Ressourcen von besonderer Bedeutung. Sollte das Verfahren funktionieren und könnte man Zellen oder Gewebe für eine Reparatur herstellen, so müssten Abertausende von Frauen Millionen von Eizellen spenden, um überhaupt Embryonen in ausreichender Zahl für einen kleinen Kreis von Patienten herstellen zu können. Hier besteht die große Gefahr, dass Eizellen zur begehr-

ten Ware werden und sich der Blick auf Frauen aus Entwicklungsländern richtet, die gegen geringe Entlohnung bereit wären, Teile ihres Körpers zu vermarkten.

Der Forderung – ständig wiederholt auch durch Wirtschaftsminister Clement –, das Parlament müsse sich wieder mit der Frage des Forschungsklonens befassen, kann nur eine Absage erteilt werden. Es gibt keinerlei wissenschaftliche Anhaltspunkte geschweige denn Erkenntnisse, die auch nur annähernd Anlass geben könnten, von der bisherigen Linie eines Verbotes abzuweichen. Der Bundestag hat vor zwei Jahren mit dem Stammzellgesetz einen fundierten Gesetzesrahmen geschaffen, der den Import und die Verwendung embryonaler Stammzellen für die Forschung regelt. Ein aktueller Bericht der Bundesregierung zu den Erfahrungen mit diesem Gesetz kommt zum Ergebnis, dass die darin getroffenen Regelungen völlig ausreichend sind beim jetzigen Stand der Forschung.

Die sog. „High-Tech“-Forschung, die zur Zeit die größten Chancen auf Förderung hat, ist zudem nicht immer das, was dringend gebraucht wird. Natürlich ist es wichtig und spannend, ein Alzheimer-Medikament zu entwickeln, aber die Situation vieler Hunderttausend Menschen (sowohl Pflegenden als auch Gepflegte) werden wir entscheidend verbessern, wenn wir solidarisch finanziert sicher stellen können, dass menschliche Zuwendung mehr Raum findet.

Forum DL21

Saar-SPD: Höchste Zeit für Vollendung des Neustarts

Von Ulrich Commerçon

Am 5. September 2004 wurde die SPD Saar erneut für fünf Jahre in die Opposition geschickt. Mit 30,8 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen verlor die Saar-SPD 13,5 Prozentpunkte nach dem ohnehin schmerzhaften, aber knappen Machtverlust 1999. Noch dramatischer sehen die Verluste in absoluten Stimmenzahlen aus. Hier verlor die SPD 110.000 Stimmen auf jetzt 136.000, also fast die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler und wurde damit zur Hauptverliererin der niedrigsten Wahlbeteiligung von nur noch 55,5 Prozent (1999: 68,7 Prozent) in dem bisher eher wahlfreudigen Land.

Auch die weiter allein regierende CDU büßte 44.000 Stimmen ein und blieb mit 47,5 Prozent weit hinter dem selbst gesteckten Ziel, deutlich über die 50-Prozent-Marke zu kommen. Nur durch die niedrige Wahlbeteiligung gelang auch Grünen und FDP diesmal der Sprung in das bisherige Zweiparteien-Parlament.

Bundespoleitik überlagert Landtagswahlkampf

Die entscheidende Ursache für das Ergebnis wird offensichtlich beim Vergleich der absoluten Stimmenzahlen. Bei allen landesweiten Wahlen der vergangenen beiden Jahr-



Ulrich Commerçon

zehnte lag die CDU ausnahmslos bei einer Stimmenzahl zwischen 210.000 und 265.000 Wählerinnen und Wählern, während die SPD zwischen 110.000 (Landtagswahl 2004) und 380.000 (Bundestagswahl 1998) bzw. 377.000 (Landtagswahl 1990) floatete. Mehr als zwei Drittel des sozialdemokratischen WählerInnen-Potenzials blieben dieses Mal einfach zu Hause.

Überlagert wurde der gesamte Landtagswahlkampf von der katastrophalen Einschätzung der Politik der Bundesregierung, gip-

Ulrich Commerçon (36) ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes und lebt in Saarbrücken

felnd in der völlig inhaltsleeren „Hartz-IV, nein danke“-Kampagne von der PDS über Oskar Lafontaine, die CDU Saar bis hin zur NPD. Dazwischen mühte sich die Saar-SPD, differenzierte Diskussionen zu führen, mit dem Ergebnis, dass die Bundesstimmung von 23 Prozent fast völlig überschwappte. Landespolitische Themen fanden im Landtagswahlkampf schlicht nicht mehr statt. Dass es dennoch gelang, sieben Prozentpunkte über dem Bundestrend zu liegen, ist nicht einmal ein schwacher Trost. Nur wenn sich das Ansehen der Bundesregierung – und deren Politik – deutlich verbessert, besteht überhaupt die Aussicht auf sozialdemokratische Mehrheitsoptionen in den Ländern.

Lafontaine: Einbindung sinnvoll – Verhalten schädlich

Dass Lafontaines Einbindung in den Saar-Wahlkampf mitentscheidend für die Niederlage gewesen sein soll, wie Berliner Führungskreise bis hin zum Parteivorsitzenden glauben machen wollen, ist und bleibt ein Ammenmärchen und zeigt lediglich, dass das Denken in Alternativen noch nicht überall wieder Einzug gehalten hat. Denn Lafontaine stand für die vor Ort den Wahlkampf tragende Generationen-Säule der Saar-SPD und den Löwenanteil der Mitgliedschaft. Ihn auszugrenzen hätte einen anderen Bruch bedeutet, der vor der Wahl eine noch tiefere Wunde geschlagen hätte. Sicherlich hat Lafontaine mit seiner unsäglichen „Linkspartei“-Diskussion vier Wochen vor dem Wahltag ein bis zwei Prozentpunkte gekostet; aber mit 33 Prozent hätte man auch nicht besser ausgesehen.

Die Einbindung Lafontaines in den Wahlkampf war also sinnvoll, sein Verhalten im Wahlkampf aber schädlich. Und: Dieser Wahlkampf war der letzte an der Saar, in dem die „Enkel“ diese zentrale Aufgabe an der Basis hatten. Seit dem 6. September 2004, und damit vor allem in Hinblick auf 2009 ist jetzt eine neue Generation in der Verantwortung.

SPD kommunal wieder stark

So schlecht ist die Ausgangslage nicht, wie es auf den ersten Blick scheint. Die saarländische SPD ist nach wie vor eine starke kommunalpolitische Größe: Überall dort, wo es gelungen ist, die Politikansätze und die Personen, die zur Wahl standen, in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung zu stellen, konnten vor der Landtagswahl wichtige Erfolge erzielt werden. Insbesondere in den Städten wurden Oberbürgermeister-Positionen verteidigt (Neunkirchen, Merzig) oder gar zurückgewonnen (Saarlouis).

Psychologisch von unschätzbarem Wert war vor allem der Sieg bei der OB-Stichwahl in Saarbücken nach dem Kopf-an-Kopf-Rennen im ersten, zeitgleich mit der Landtagswahl stattfindenden ersten Urnengang. Mit Charlotte Britz als neuer Oberbürgermeisterin

in der Landeshauptstadt konnte die oft als „wichtigstes Amt nach dem des Ministerpräsidenten“ in dem kleinsten Flächenland bezeichneten Funktion in SPD-Hand gehalten werden. Obwohl der Amtsvorgänger Hajo Hoffmann nach seiner Verurteilung vor dem Landgericht zurücktreten musste, obwohl einige Abweichler in der SPD-Fraktion der Stadt noch vor drei Jahren eine rot-grüne Koalition durch ihr Stimmverhalten ruinierten und damit die erste schwarz-grüne Koalition in einer Landeshauptstadt mitverursachten, obwohl die CDU ein Vielfaches an materiellen Ressourcen in diese Auseinandersetzung steckte und obwohl auch am 19. September der Bundestrend dagegen sprach, gelang es den Saarbrücker Genossinnen mit Hilfe der gesamten Landespartei, das unmöglich Scheinende Wirklichkeit werden zu lassen.

Das „geilste Geburtstagsgeschenk, das man einem 38-Jährigen machen kann“, wie der Landesvorsitzende Heiko Maas das Ergebnis am Abend des Wahlsieges kommentierte, ist gleichzeitig auch ein Beleg für das nach wie vor vorhandene sozialdemokratische Machtpotenzial.

Linke Politik mit dem Willen zur Macht

Aufgabe der runderneuten Fraktionsspitze im saarländischen Landtages wird es nun sein, diese starke kommunale Basis weiter auszubauen und gleichzeitig auch die landespolitischen Alternativen an der Saar endlich zum Vorschein bringen zu lassen.

Die neue Fraktion im Saar-Landtag ist dafür gut aufgestellt: Neben dem Landesvorsitzenden Heiko Maas, der weiter die Fraktion führt, stehen ausnahmslos frische kreative Köpfe vorne, die einen arbeitnehmerorientierten linken Politikansatz mit dem Willen zur Macht verbinden. Geprägt durch gemeinsame Erfahrungen aus der Juso-Zeit, verkörpert die Spitze der Fraktion den „Neustart 2004“, der bereits zum Claim des Wahlkampfes geworden war, in der bundespolitisch geprägten Diskussion aber wohl kaum einem Saarländer oder einer Saarländerin bekannt werden konnte.

In der nunmehr achtzehnköpfigen Fraktion versammeln sich bis auf vier Ausnahmen nur Abgeordnete, die nicht länger als eine Legislaturperiode auf dem Buckel haben. Im Gegensatz zur – vom „obersten Ortsvorsteher des Landes“ Peter Müller abgesehen – personell völlig ausgebluteten CDU wird es in den nächsten Jahren darum gehen, diese „neuen Gesichter“ bekannt zu machen und sozialdemokratische Alternativen zur öffentlich kaum wahrgenommenen Regierungspolitik zu formulieren.

Profilierungschancen an der Saar...

Trotz zweier Teilentschuldungen durch den Bund wird das Haushaltsnotlagen-Land bereits im Haushalt 2005 wieder eine Netto-Neuverschuldung von einer halben

Milliarden Euro ausweisen, bedingt in erster Linie durch die Neueinstellung von Personal im Regierungsapparat. Die in den Regierungsentwürfen immer schöngezeichnete Investitionsquote des Landes ist seit dem Regierungswechsel 1999 stets rückläufig und droht jetzt dramatisch abzusinken.

Bildungspolitisch herrscht ein Rückfall in die fünfziger Jahre: Die überhaupt nicht vorbereitete G8-Einführung an den Gymnasien soll kaschiert werden durch die Einführung von Benimm-Unterricht. Der – noch von Sozialdemokraten begonnene – Abbau von Lehrpersonal geht rigide weiter, anstatt endlich in Bildung zu investieren. Und der im Nachbarland Rheinland-Pfalz vorbildliche Aufbau eines flächendeckenden Angebots an Ganztagschulen wird aus ideologischen Gründen regierungsseitig abgelehnt.

Industrie- oder ansiedlungspolitische Erfolge sind selbst mit der Lupe nicht zu entdecken. Und die zweifellos im Bundesvergleich günstige Entwicklung der Arbeitslosenzahlen des letzten Jahrzehnts wird allein deshalb nicht so fortschreiten, weil die bisherige demographische Sonderstellung des Landes mit überdurchschnittlich vielen Menschen im Renten Eintrittsalter künftig eher ins Gegenteil umschlagen wird. Auch die Arbeitsmarkteffekte, die noch auf Ansiedlungs- und Industriepolitik der Regierungen Lafontaine und Klimmt zurückzuführen waren, werden in Ermangelung neuer Anstöße in der letzten Periode nicht fortschreiten.

... und in der Bundespartei

Bundespolitisch ist davon auszugehen, dass die Saar-SPD ihrer mittlerweile fast historischen Verankerung auf der Linken weiter treu bleiben wird. Heiko Maas hat sich nicht nur mit dieser Wahl endgültig aus der „väterlichen Umarmung“ Lafontaines gelöst, sondern bereits vorher begonnen, einen eigenständigen, manchmal auch eigenwillig-modernen, aber linken und gewerkschafts-, vor allem aber arbeitnehmerorientierten Kurs einzuschlagen und konsequent zu verfolgen. Dies bewies er nicht zuletzt demonstrativ durch die Nominierung des DGB-Landesvorsitzenden Eugen Roth im Wahlkreis Neunkirchen zu Lasten des bisherigen Parlamentarischen Geschäftsführers und Generalsekretärs der Landespartei. Seine frühere Nähe zu den „Netzwerkern“ hat er schon seit längerem nicht mehr stringent verfolgt. Die Linke innerhalb der Sozialdemokratie täte gut daran, ihm offen zu begegnen. Ein eigenständiges Profil wird er aber zweifellos auch jenseits gängiger Parteiströmungen aufbauen wollen und müssen, wenn er 2009 zum saarländischen Ministerpräsidenten gewählt werden will. Und das will er.

Sozialer Protest und Politik

Einleitung zum Schwerpunkt

von Anja Kruke und Reinhold Rünker

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Dieser Schwerpunkt ist entstanden in Fortführung unseres Diskurses zur Veränderung der Arbeits- und Lebensweise im Kapitalismus. Dabei ging es immer wieder auch um die Frage nach der politischen Artikulation von Interessen, nach Veränderungen im politischen System und der Möglichkeit, wie widerständige Positionen politisch wirksam werden könnten. Im Herbst 1998 hatten wir nach dem Wahlerfolg von SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Schwerpunkt zum Komplex „Macht – Hegemonie – Protest“ (spw 103) vorgelegt, in dem die Wechselwirkung von ökonomischer und politischer Macht und den Möglichkeiten des Protestes diskutiert wurden. In den Folgejahren haben wir uns immer wieder damit auseinandergesetzt, wie stark sich einerseits die polit-ökonomischen und sozio-kulturellen Rahmenbedingungen verändert haben, auf deren Grundlage sich das politische Handeln vollzieht, andererseits aber auch, wie weit sich die Sozialdemokratie von den Interessen der Menschen entfernt, für die sie einstmals angetreten war (vgl. z.B. zuletzt die Schwerpunkthefte in 2003 „Politik und Identität“, spw 129, sowie „140 Jahre SPD – Linke, was nun?“, spw 132).

Politischer und Sozialer Protest in Deutschland nach 1945

In der Geschichte der Bundesrepublik werden die Protestbewegungen nach 1945 in drei Wellen identifiziert, zunächst die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung seit Mitte der 1950er Jahre, dann die Hochphase der „neuen sozialen Bewegungen“ Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre mit den Massendemonstrationen gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen in Europa und schließlich Mitte der 1990er Jahre die zahlreichen „Lichterketten“ gegen Ausländerfeindlichkeit.

Interessanterweise sind die 1960er Jahre der „außerparlamentarischen Opposition“ von der Anzahl der Proteste keineswegs hervorragend, doch können die Jahre nach den Protesten 1968 als „zweite Gründung“ der Bundesrepublik und die Protestinitiati-

ven der siebziger Jahre als Kern eines neuen, ökologischen cleavage und daraus entstehenden grünen Milieus betrachtet werden.

Den politischen wirksamsten Protest entfalteten die „Montagsdemonstrationen“ in Ostdeutschland 1989, an deren Ende die Nachkriegsordnung umgewälzt worden war. Der Zusammenbruch der DDR und der realsozialistischen Staaten beendeten den Systemgegensatz und damit auch die Bedingungen, unter denen eine Interessenausgleich zwischen den gesellschaftlichen Kräften erzielt werden konnte.

Soziale Proteste, bei denen es z. B. um die Lohn- und Tarifpolitik, also die materielle Lage der abhängig Beschäftigten und ihrer Familien geht, sind in Deutschland aufs Engste verknüpft mit gewerkschaftlich organisierten Protesten etwa im Rahmen der Tarifaufinandersetzungen. Im Vergleich zu anderen Ländern gibt es in Deutschland relativ wenige, zumal dauerhafte Streikaktionen. Dies resultiert aus der spezifischen Verfasstheit des „Rheinischen Kapitalismus“, in dem sozialer Protest auf der betrieblichen Ebene frühzeitig in Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften kanalisiert wird.

Soziale Protestbewegungen mit überregionaler Bedeutung ohne gewerkschaftliche Beteiligung hat es selten gegeben. Allerdings haben sich die Gewerkschaften nicht nur betrieblicher Fragestellungen angenommen, sondern immer wieder auch soziale Proteste mit gesellschaftlichen Zielen verbunden. Gewerkschaften waren sowohl bei den sozialen als auch politischen Protestbewegungen nach 1945 wichtige organisatorische Träger und gesellschaftliche Verstärker. Zu nennen sind die zahlreichen Streiks und Demonstrationen zur Verkürzung der Arbeitszeit und Humanisierung der Arbeit in den 1960er und 1970er Jahren, die Proteste gegen Sozialabbau in der Endphase der Schmidt/Genscher-Regierung oder in der Kohl-Ära.

An den Protesten in der Geschichte der Bundesrepublik waren ganz unterschiedliche soziale Gruppen beteiligt. Gab es in den 1950er und 1960er Jahren noch einen relativ engen Zusammenhang zwischen Protestthema und Protestierern, so hat sich dies zumindest bezogen auf den politischen Protest in so weit geändert, als dass unterschiedliche soziale Gruppen grundsätzlich mobilisierbarer sind, wenn eine entsprechende mediale Zuspitzung gelingt. Ebenso haben sich die Protest-Formen im Laufe der Jahre gewandelt. In den sechziger Jahren kamen mit den Intellektuellen und dem civil-rights-movement in den USA auch andere, „medienaktivere“ Formen des Protests auf, die sowohl z. B. die Hausbesetzerzene aufgriff als auch in den daraus entstehenden ‚Lobbygruppen‘ wie Greenpeace seit den achtziger Jahren ihren Niederschlag mit medial spektakulären Aktionen fanden. Währenddessen gab es weiterhin die klassische Straßendemonstration mit Kundgebung, die als statthafte Manifestation von Protest in einer Demokratie anerkannt und ein alltägliches Phänomen wurde, doch eben auch so alltäglich wurde, dass größere Menschenzahlen kaum mehr für Medieninteresse und damit wirksamen, da öffentlichen politischen Druck sorgten. Dies mussten sowohl die Friedensbewegung als auch insbesondere die Gewerkschaften in den letzten zwanzig Jahren erfahren.

Medien wurden zunehmend als Verstärker oder Abschwächer von Protest erkannt; allgemein kann das globale Ereignis 1968 bereits als erste, medial inszenierte soziale Bewegung gelten, bei dem die Akteure von dem, was sie über andere Proteste wahrnahmen, lernten, als auch eine Art „Selbstbestätigung“/Motivation durch die Berichterstattung erfuhren. Diese Erfahrung mit Medien und neue Kommunikationsformen brachten schließlich in den letzten Jahren eine Art „Protestainment“ (Dieter Rucht) hervor, in dem die Demonstrierenden die Neuen Medien und die Aufmerksamkeitsbedingungen der Medien geschickt zu nutzen wuss-

ten. Auch Attac kann als ein solches mediales Phänomen betrachtet werden, die neuen Hartz IV-Demos jedoch kaum. Sie blieben in den alten Formen des Protests verhaftet, auch wenn das symbolische Kapital der „Montagsdemonstrationen“ gut genutzt wurde und auch ein Großteil der Proteste erst durch wachsende mediale Aufmerksamkeit an Fahrt gewann (z.B. im Westen der Republik).

Für Rot-Grün steht die Frage nach der politischen Wirksamkeit sozialen Protestes spätestens seit März 2003 auf der Tagesordnung, als Bundeskanzler Schröder die Agenda 2010 verkündete. Diese im Kern neoliberale Umwandlung sozialdemokratischer Regierungsprogrammatik ist in dieser und anderen Zeitschriften mehrfach kritisch diskutiert, Alternativen sind formuliert worden. Aber was resultiert zum Beispiel aus dem SPD-Mitgliederbegehren vom Frühsommer 2003, den zahlreichen kleineren und größeren Demonstrationen bis zu den jüngsten Demonstrationen am 02. und 03. Oktober? Wie hat sich die politische Lage verändert, seit einige langjährige SPD-Mitglieder und Gewerkschafter eine Initiative „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ gegründet haben?

Scheitern die Agenda 2010-Proteste?

Der Protest gegen die Agenda 2010 scheint im Herbst 2004 in sich zusammen zu fallen. Die Demonstrationen am 02. und 03. Oktober konnten weder quantitativ noch qualitativ an die Protestaktionen vom 03. April 2004 anknüpfen. Schon der innerparteiliche Protest bei Grünen und SPD hatte sich zum Jahreswechsel 2003/2004 zurückgebildet. Zum einen lag dies in der Erkenntnis begründet, dass es die noch verbliebenen Handlungsoptionen zu nutzen gelte, was gegenwärtig eine neue Phase der Reorganisation in der SPD-Linken einläutet, zum anderen Teil war es leider durch die Beendigung der Mitgliedschaft in der SPD bzw. bei den Grünen bedingt. Die unterschiedlichen linken lokalen Gruppen, die sich z.B. bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen zur Wahl

stellten, blieben jedoch deutlich hinter den Erwartungen zurück, auch wenn sie hier wie dort aufgrund der fehlenden 5%-Hürde einzelne Mandate erringen konnten. Ob vor diesem Hintergrund die „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ den Schritt zur Gründung als Partei vornehmen wird, erscheint unklarer denn je.

Manche Auguren prognostizieren, dass die Proteste gegen die rot-grüne Bundesregierung umso stärker wieder aufflammen, wenn erst zum Jahreswechsel die Arbeitslosengeld-II-Bescheide auf den Tisch gelegt würden. Doch ist diese Erwartung realistisch? Wir glauben nicht, denn unseres Erachtens haben die gegenwärtigen sozialen Proteste mindestens vier Schwierigkeiten zu überwinden, die auch für das kommende Jahr keine politischen Umwälzungen erwarten lassen, wie es manche heute erhoffen:

1. Der soziale Protest erschien von Anfang an inhaltlich rückwärts gewandt. Auch wenn sich Protest zunächst naturgemäß immer „gegen“ etwas artikuliert, so bedarf es zur Mobilisierung und Überzeugung doch auch immer darüber hinaus weisenden „konkreten Utopie“. Im Agenda-2010-Protest ist dieser utopische Überschuss, die Vorstellung von einer zukünftigen Gesellschaft, nicht vorhanden. Die Negativ-Ausrichtung ist letztlich auf die Protestierer wie ein Bumerang zurückgefallen und wurde gesellschaftlich nicht anschlussfähig.

2. Die Protestformen entsprachen weitgehend den traditionellen Mustern: Massendemonstrationen, Petitionen und ein weiterer Versuch, eine Partei links von der etablierten SPD zu gründen. Neuere Ansätze des „Protestainment“ waren kaum zu erkennen. So erschienen sowohl Form als auch Inhalt des Protestes letztlich nicht zeitgemäß.

3. Mit zunehmender Protestdauer und ausbleibender inhaltlicher und aktionsorientierter Modernisierung wurde und wird der Protest zum Tummelplatz verschiedenster politischer Grüppchen und Sekten, was wiederum die Tendenz zur Selbstbeschäftigung und Abschottung verschärft. Weder

die Montagsdemonstrationen noch die verschiedenen anderen Protestaufrufe konnten die erforderliche Brücke zwischen bereits Marginalisierten und von Marginalisierung Bedrohten einerseits sowie den Protestaktivisten und den gesellschaftlich-politischen Eliten andererseits schlagen, die notwendig ist, damit sozialer Protest – ist er nicht von

einer spontanen, umstürzlerischen Gewalt – eine politische Entsprechung findet.

4. Aus diesen Gründen konnte es nicht gelingen, gegen den neoliberalen Mainstream eine Öffentlichkeitsarbeit zu etablieren, in der Alternativen aufgezeigt und für die demokratische Berücksichtigung der Interessen der Protestierer geworben werden kann. Stattdessen geht die Reaktion zum Gegenangriff über mit Anzeigen wie „Auch wir sind das Volk“, in denen die Gutsituierten aus Politik, Kultur und Wirtschaft die Notwendigkeit scharfer sozialer Einschnitte nicht nur rechtfertigen, sondern weitere fordern.

Die Bürgerverdrossenheit der politischen Elite?

Das Fatale an der aktuellen „Lage der Klassenkämpfe“ scheint uns daher zu sein, dass von einer wirklichen gesellschaftlichen Auseinandersetzung kaum ernsthaft gesprochen werden kann. Nicht nur die ProtestiererInnen begeben sich zunehmend in eine radikalisierte Abschottung. Seit einiger Zeit setzt sich in der politischen Elite ein im Feuilleton unter dem Stichwort „Bürgerverdrossenheit“ diskutiertes Phänomen durch, das das Gegenteil bisheriger medial diagnostizierter „Verdrossenheits“-Phänomene darstellt: Die politischen Eliten der Parteien sind es überdrüssig, sich mit den tatsächlichen Wünschen und Bedürfnissen der Menschen auseinander zu setzen. Ihnen reicht das, was ihre Meinungsforscher als Aggregate ihrer Untersuchungen aufweisen, das, was ihnen als gefilterte Surrogate ihrer Zuträger geboten wird. Nur das, was abgefragt und beantwortet wird, existiert. Die Welt außerhalb der „Peer Group“ wird als tendenziell unwissend und lästig empfunden, man begegnet ihr entweder mit der Ignoranz, dass es keine Alternative gebe, oder aber überzieht sie mit einem medialen Trommelfeuer, in denen ihr die Alternativlosigkeit der beschlossenen Maßnahmen dargelegt werden soll.

Hinzu kommt: Das gesellschaftliche Terrain, auf dem Klassenkampf stattfindet, geht zunehmend verloren. Traditioneller Protest auf der Straße wird in der öffentlichen Meinungsbildung diskreditiert. Die mediale Streitkultur in Presse und Fernsehen findet allein zwischen den etablierten Kräften statt, in denen gesellschaftlicher Protest entweder als zu bestaunendes Phänomen oder der Protestler als Hofnarr betrachtet wird. Die betrieblichen Auseinandersetzungen, in denen es nicht nur um die harten materiellen Fakten der Entlohnung, sondern es auch um die Frage von Arbeits- und Lebensqualität in der Erwerbsarbeit geht, werden unter dem Druck der Globalisierungs-Ideologie oftmals zugunsten der Arbeitgeber entschieden. Die Hilflosigkeit steht Betriebsräten und Gewerkschaftern ins Gesicht geschrieben, wenn es ihnen immer weniger gelingt, geltende Vereinba-



Foto: Christian Kiel (Berlin)

rungen gegen den Druck der Arbeitgeber zu halten – und zwar auch deshalb, weil ihnen die eigenen Leute die Gefolgschaft verweigern aus der Angst heraus, dass nur durch den bereitwillig gewährten Verzicht auf Lohn und Humanisierung der Arbeit die Entlassungsgefahr reduziert werden könne. Es entsteht zunehmend eine Spaltung zwischen den Belegschaften sowohl innerhalb der Betriebe als auch gegenüber anderen Unternehmen und Branchen.

Lernprozesse

In Anlehnung an Michael Vester und E.P. Thompson verstehen wir Klassenkämpfe als Abfolge von Lernprozessen, da die Auseinandersetzungen widerstreitender Interessen – die Artikulation von Klassen – nicht linear aufsteigend und stets eindeutig zuzuordnen sind, sondern sich permanent im Kontext sich verändernder politökonomischer Rahmenbedingungen neu darstellen. Und dass längst nicht jeder Protest, der sich auf die Interessen von Benachteiligten und gesellschaftlichen Verlierern beruft, ein fortschrittlicher „linker“ Protest ist, wissen wir nicht erst, seitdem Neonazis in Ost- und Westdeutschland sich die jüngsten Hartz-IV-Proteste zueigen machen versuchten, sondern spätestens seit Marxens Analyse der französischen Klassenkämpfe im „18. Brumaire des Bonaparte“.

Wir wollen im folgenden vier Gedanken formulieren, welche Lernprozesse die Agenda 2010-Proteste der letzten 1 ½ Jahre bei uns angestoßen haben.

1. Die wichtigste Lehre, die für uns aus dem Umgang mit den Protesten der letzten Jahre hervorsieht ist die, dass der gesellschaftliche Diskurs noch weiter auf den neoliberalen Mainstream verengt wird. Diese Entwicklung zu bremsen wird u. E. nur gelingen, wenn es weiterhin Brücken zwischen den

Protesten einerseits und den politischen Plattformen andererseits gibt. Insofern plädieren wir weiterhin energisch dafür, die Linke in der SPD zu stärken und sie nicht durch Austritte weiter zu schwächen. Dieses Plädoyer für die Mitarbeit in der SPD bedeutet nicht, dass es nicht auch andere parteipolitische Formationen neben der SPD geben dürfe. Eine solche Formation hätte unseres Erachtens aber nur dann eine Aussicht auf erfolgreiche politische Artikulation, wenn es Menschen und Akteure für sich gewinnen würde, die im bisherigen politischen Kontext nicht aktiv waren bzw. vertreten werden. Der Kuchen wird nicht größer, indem er in mehrere Stücke geteilt wird.

2. An die SPD und die Linke ist also die Aufforderung zu richten, die eigene Brückenfunktion wieder wahr und ernst zu nehmen. Das, was bei den Jusos früher Doppelstrategie hieß, nämlich die Bezugnahme sowohl auf die politische Praxis als auch die innerparteiliche Auseinandersetzung, muss wieder gelebter Teil der politischen Kultur werden. Dazu bedarf es Mut und Entschlossenheit, dissidente Positionen nicht nur zu ertragen, sondern ihre Vertreter einzuladen und zu ermutigen, sie auch zu vertreten. Die Beispiele sozialen Protests vor Ort zeigen, dass BürgerInnen durchaus an der Gestaltung ihres konkreten Lebensumfelds interessiert und politisiert werden können. Wir müssen uns von den Abschottungstendenzen befreien, die auch in der Sozialdemokratie zunehmen. Wir brauchen eine Öffnung und Wiedergewinnung der Debattenkultur, ohne die die begonnene Grundsatzprogrammdiskussion aufgesetzt und inhaltsleer bleiben wird.

3. Sozialer Protest, der politisch wirksam werden will, braucht einen programmatischen Überhang, eine positive Aussage: Bisher fehlt eine Zuspitzung, die das „dage-

gen“ mit dem „wofür“ verbindet. Diese „konkrete Utopie“ muss sich in viele kleinere Aktionen und Initiativen ableiten lassen, wie sie in den Beiträgen von Hans-Günter Bell und Sönke Klages angedeutet werden. Für die Linke insgesamt heißt das, unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit, den Gesprächsfaden über Eckpunkte eines „politökonomischen Minimalkonsens“ wieder aufzunehmen. Die Forderung nach einer Bürgerversicherung als Einstieg in eine umfassende Reform des Sozialversicherungssystems, in die alle nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen, ist ein Element dazu. Weitere Eckpunkte müssten Strategien für eine regionalisierte Wachstums- und Beschäftigungspolitik sein. Die bildungs- und wissenschaftspolitischen Herausforderungen sind hier ebenso zu diskutieren wie die notwendige Re-Integration weiter Teile der Gesellschaft, die durch die sozialpolitischen Verwerfungen der letzten Jahre nicht nur ihre materielle Basis eingebüßt haben, sondern die ihre Integration in die Demokratie zu verlieren drohen.

4. Schließlich sollten wir uns von der Fixierung sowohl auf einzelne Protestwellen als auch einzelne Akteure lösen. So wichtig attac als neue Struktur gesellschaftlichen Protestes ist, weil sie viele neue (junge) AktivistInnen für gesellschaftskritische Arbeit gewonnen hat, und so groß die mediale Wirkung (die sich in letzter Zeit wieder erheblich reduziert hat) auch ist, sie können die traditionell der Sozialdemokratie nahe stehenden „alten sozialen Protestorganisationen“ wie Gewerkschaften und Sozialverbände nicht ablösen, sondern ergänzen sie sinnvoll und zeitgemäß. Auch die sozialdemokratische Linke tut also gut daran, nicht nur den Kontakt zu den neuen sozialen Bewegungen zu halten, sondern auch zu den traditionellen nicht zu vernachlässigenden.

spw 5 / 2004

Verstetigung des Aufbruchs?

Merkmale und strategische Probleme der globalen sozialen Bewegungen

von Ulrich Brand

Die jüngste Attac-Sommerakademie, die mit etwa 600 TeilnehmerInnen Anfang August in Dresden stattfand, zeigte ein gespanntes Verhältnis zwischen Menschen mit grundlegend-kritischen und jenen mit eher reformorientierten Ansichten. Der Netzwerk scheint nicht mehr das staatsfi-

xierte und mediengeile Zerrbild zu sein, das von vielen radikalen Linken in den letzten Jahren darauf projiziert wurde. Gleichzeitig gab es ein interessantes Insistieren vieler AktivistInnen auf grundsätzlichen Fragen. Mehrtägige Seminare oder einzelne Workshops zum Thema Imperialismus, kritischer

Staatstheorie oder Einführung in die Marxsche Theorie waren gut besucht. Pluralismus und die Suche nach grundsätzlicher Klärung scheinen angesagt: In den sozialen Bewegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts bzw. ihrem internationalistischen Teil scheinen in den letzten Jahren Lernprozesse stattgefunden zu haben, die ihren im Vergleich mit den Bewegungen der 70er und 80er Jahren differenten Charakter nochmals unterstreichen. Ein plurales Politikverständnis scheint genauso *common sense* zu sein wie das Aushalten von Widersprüchen

Dr. Ulrich Brand arbeitet an der Universität Kassel im Fachgebiet „Globalisierung & Politik“ und ist aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) sowie im wissenschaftlichen Beirat von Attac-Deutschland

und die Anerkennung dessen, dass grundlegende Systemkritik und alltägliches politisch-soziales Agieren sich nicht ausschließen. Diese Lernprozesse und Sichtweisen könnten auch den gegenwärtigen Protesten gegen Sozialabbau zugute kommen und diese aus ihrer verengten (national-)staats- und lohnarbeitsfixierten Politikoption befreien.

In diesem Beitrag soll es jedoch weniger um die aktuellsten Entwicklungen gehen, sondern in drei Teilen um ein etwas komplexeres Verständnis der Bewegungen bzw. ihrer dezidiert emanzipativen Spektren. Dabei beziehe ich mich auf jene, die unter dem Begriff „globalisierungskritisch“ gefasst werden.

Zum einen sollen ein paar keineswegs unwichtige „methodische“ Aspekte benannt werden, wie die globalen sozialen Bewegungen verstanden werden können. Zum anderen möchte ich einige Ambivalenzen skizzieren, welcher sich die Bewegungen in permanenten Diskussionsprozessen vergewissern und adäquate Umgangsweisen damit finden müssen. Daran schließen mir zentral scheinende strategische Fragen an. Insbesondere soll die politisch-strategische Ausrichtung eines Teils der globalisierungskritischen Bewegung am Leitbild eines globalen Keynesianismus hinterfragt werden. Dabei bleiben wichtige Bereiche unberücksichtigt, zu denen ich mich an anderen Stellen geäußert habe: eine genauere Systematisierung verschiedener „globalisierungskritischer“ Spektren, eine intensivere Auseinandersetzung mit Attac, die Frage, mit welchen Begriffen sinnvollerweise Politik gemacht werden sollte, Einschätzungen des Weltsozialforums oder die wichtiger werdende Diskussion um gesellschaftliche Alternativen (vgl. Literaturliste).

Aspekte der globalisierungskritischen Bewegung(en)

Die Einschätzungen der jüngsten Proteste sind sehr unterschiedlich. Längst haben wir eine heftige Diskussion darum, was diese Bewegung kennzeichnet. Ist es die „erste soziale Bewegung der Postmoderne“ (*Spiegel*), die „neue APO“ (*konkret*), eine „Network Guerilla“ (*Financial Times*)? Handelt es sich um ein Korrektiv oder eine grundsätzliche Opposition zur neoliberalen Globalisierung, kann überhaupt von einer Bewegung im Singular gesprochen werden oder sind es nicht eher Bewegungen? Und um was geht es ihr bzw. ihnen? Für eine Globalisierung mit menschlichem Antlitz, globale Gerechtigkeit, die Entwaffnung der (Finanz-) Märkte, eine Re-Regulierung der Weltwirtschaft, die Demokratisierung internationaler Organisationen, „smash capitalism!“, globalen Sozialismus oder Kommunismus? Gegen neoliberale Globalisierung, die Ökonomisierung immer weiterer Lebensbereiche („Die Welt ist keine Ware!“), negative Folgen

von Privatisierungen, die zunehmende Nord-Süd-Spaltung, Institutionen wie IWF/ Weltbank/WTO, gegen den Markenfetischismus („No logo!“) und die Herrschaft der Konzerne? Die Liste ließe sich fortsetzen und ist notwendig heterogen, weil die Spektren unterschiedlich sind. Die unterschiedlichen Interpretationen hängen aber auch damit zusammen, dass diese Bewegung(en) zu einem guten Teil erst durch ihre Rezeption in Medien oder spezifischen politischen Kontexten ihre Wirkung entfalten, d.h. *Resonanzen* erzeugen.

Die *Vielfältigkeit* der Bewegungen wird meist als Stärke gesehen. Manche AutorInnen weisen jedoch darauf hin, dass Pluralität nicht zu Beliebigkeit werden sollte. In der Tat kommen die Organisationen und Individuen nicht nur aus unterschiedlichen Spektren, sondern sind auch auf verschiedene Art und Weise aktiv: entwicklungs-, umwelt-, friedens- und bürgerrechtspolitisch, gewerkschaftlich, bäuerlich, feministisch und anarchistisch, Mitglieder linker und linksradikaler Parteien, kirchliche Gruppen, Intellektuellen-Netzwerke, auch nationalistische Gruppen (wobei es hier zwischen „Nord“ und „Süd“ wichtige Differenzen gibt). Den einen geht es um Aufklärung und friedlichen Protest, anderen um zivilen Ungehorsam und gewaltfreie Aktion, wieder anderen um direkte Konfrontation mit „dem Staat“. Eine genauere Typisierung ist schwierig, weil das Phänomen „Globalisierungskritik“ kaum zu fassen ist. Es erschöpft sich nicht in den internationalen Demonstrationen, sondern hat komplexe und wenig intendierbare Rückwirkungen in Alltagspraktiken, ermutigt und stärkt kritische Kräfte in Institutionen wie Gewerkschaften, Parteien, Universitäten und anderswo. Das Label „Globalisierungskritik“ umfasst auch theoretische und publizistische Aktivitäten, die sich nicht unbedingt als Teil sozialer Bewegungen verstehen. Bei der Benennung der Proteste als „globalisierungskritische Bewegung“ handelt es sich also um vereinheitlichende *Fremdzuschreibungen* durch Medien und andere interessierte Kräfte sowie um *Selbstzuschreibungen* bestimmter Akteure zur Schaffung eigener Identität.

Was ist neu? Von einer internationalen Protestbewegung kann m.E. seit den Auseinandersetzungen um das Multilaterale Investitionsabkommen (MAI) 1998 gesprochen werden, bei denen eine breite Kampagne zu massiver Kritik und schließlich zum Scheitern des Abkommens führte. Die Kritik am MAI konnte politisiert werden, weil es auch innerhalb der Gruppe dominanter Länder Widersprüche gab (zwischen den USA und der EU). Seit Seattle haben sich Proteste gegen unzählige formelle und informelle internationale Treffen neoliberaler Kräfte organisiert: Gegen das in Davos stattfindende „informelle“ *Weltwirtschaftsforum* (übrigens schon lange vor Seattle, aber mit

wenig öffentlicher Aufmerksamkeit) und gegen das „informelle“ Treffen der Regierungschefs der wirtschaftlich mächtigsten Länder „G7“, insbesondere in Genua im Sommer 2001, gegen formelle Treffen von IWF und Weltbank sowie EU-Konferenzen, gegen die Planungen einer gesamtamerikanischen Freihandelszone im Frühjahr 2002 in Quebec etc. Als qualitativer Sprung wird das seit 2001 in Porto Alegre bzw. Mumbai stattfindende *Weltsozialforum* angesehen, das seit 2002 zudem regionalisiert wird. Für die (west-)europäischen Bewegungen ist das *Europäische Sozialforum* zu einem wichtigen Bezugspunkt geworden. In Deutschland gibt es eine Vielzahl lokaler oder regionaler Sozialforen, denen im Juni 2005 nun erstmals ein bundesweites folgen soll.

Ein zeitlich früherer Bezugspunkt ist für Teile der Bewegung der Aufstand der Zapatistas seit 1994 und das im Sommer 1996 im mexikanischen Chiapas abgehaltene „Erste Treffen gegen Neoliberalismus und für eine menschliche Gesellschaft“. Heute weltweit verwendete Mottos wie „ya basta!“ (es reicht) oder „Eine andere Welt ist möglich!“ stammen von den Zapatistas.

Internationale Demonstrationen sind *Kristallisationspunkte* einer heterogenen und vielfältigen Bewegung. Der Blick auf die internationalen öffentlichen Ereignisse sollte aber eines nicht überdecken: Die internationale Protestbewegung hat sich zum guten Teil in lokalen und nationalen Auseinandersetzungen herausgebildet. Dabei sind auch traditionelle Organisationen wie etwa linke Gewerkschaften Teile der Bewegung. Bewegungen haben also komplexe und i.d.R. wenig sichtbare Entstehungs-, besser: *Fermentierungsprozesse*, sie sind nicht in Seattle Ende 1999 plötzlich „entstanden“. Damit wird zum einen nicht das bürgerlich-mediale Bild reproduziert, sie seien „vom Himmel gefallen“. Zum anderen droht einer „Stunde Null“-Metapher eine Entwertung anderer Kämpfe – jener, die bereits vorher stattfanden und jener, die sich nicht unter das Label der damit bezeichneten Bewegung wie etwa Attac zählen (lassen).

Die Internationalisierung von Protest und Bewegung, dies zeigte sich bereits vor Seattle, ist ein voraussetzungsvoller Prozess. Jackie Smith verwendet in ihrer kenntnisreichen Analyse der Proteste von Seattle den Begriff der „transnationalen sozialen Bewegungs-Organisation“, die das Rückgrat der internationalen Proteste bildeten. Sie seien in den 90er Jahren entstanden und antworteten auf die internationale neoliberale Wirtschaftspolitik. Die Unterscheidung zwischen mehr und weniger formalisierten Gruppen verdeutlicht eine gewisse Arbeitsteilung zwischen diesen. Das *International Forum on Globalization* (gegründet 1994) oder das *Third World Network* (gegründet 1984) werden als „Kaderorganisationen“ und „Paradigmenkämpfer“ (*paradigm*

warriors) bezeichnet, denen es mit ihrem öffentlichen Auftreten um Kritik am neoliberalen Paradigma und um grundsätzliche Alternativen geht. Die Rolle alternativer Expertise, Organisationserfahrungen und Identitätsbildung sei wichtig für kollektive Lernprozesse und wird eher von formalisierten Bewegungszusammenhängen beigetragen. Hier liegt m.E. auch die Bedeutung kritischer NGOs. Gleichzeitig sind laut Smith *extra-movement groups* wichtig, wie etwa Kirchen oder Gewerkschaften, die zwar in der Regel weniger weit reichende Ziele hätten, aber für breitere Beteiligung und Legitimität sorgten.

Bei den Protesten gegen das G7-Treffen in Genua war das ähnlich. Die breite Mobilisierung kam aus Italien, insbesondere von linken Gewerkschaften und der *Rifundazione Comunista*. In Prag war umgekehrt die Mobilisierung weniger stark, weil eben solche lokal-national mobilisierenden Akteure fehlten.

Für was stehen die jüngsten Ereignisse *politisch-inhaltlich*, und zwar nicht im Sinne eines „gemeinsamen Nenners“, sondern in den erzeugten politischen Effekten? Einer der interessantesten Aspekte liegt zweifellos darin, dass es den Bewegungen gelungen ist, eine neue Runde der Interpretation der gegenwärtigen Verhältnisse einzuleiten. Deutungen sind immer umkämpft, aber eine zentrale Stärke des Neoliberalismus liegt zweifellos darin, dass er zum Alltagsverstand wurde. In den jüngsten „Globalisierungskritiken“ wird dieser neoliberale Alltagsverstand erstmals etwas grundsätzlicher in Frage gestellt. Die Politisierung vormals „quasi-natürlicher“ Entwicklungen erfolgt über die zu Beginn des Abschnitts genannten Begriffe; als kleinsten gemeinsamen Nenner könnte man jenen der neoliberalen Globalisierung bezeichnen.

Auf allgemeinsten Ebene politisiert die Bewegung die *Widersprüche* des globalen Kapitalismus. Dies ist nach dem jahrelangen Glücksversprechen des Neoliberalismus in den Metropolen und seiner konstatierten Unausweichlichkeit in den Peripherien nicht wenig. Denn statt Freiheit, Selbstbestimmung und Wohlstand ist die Praxis neoliberaler Politik das Gegenteil. Im Zentrum stehen die Deregulierung und der damit verbundene Abbau sozialer Rechte sowie die weitere bzw. Re-Kommodifizierung sozialer Verhältnisse, z.B. durch Privatisierung öffentlicher Unternehmen, Abbau der Sozialhilfe oder Inwertsetzung von menschlicher und außermenschlicher Natur. Insbesondere die regulatorischen und systemischen Schwächen des globalen Finanzsystems werden immer offensichtlicher. Eine zentrale Forderung, nämlich die Einführung einer Steuer auf internationale Kapitaltransfers (sog. Tobin-Steuer), konnte deshalb politisiert werden, weil sie anschlussfähig ist an Kritiken, die auch aus

dem Establishment heraus, etwa von George Soros oder Joseph Stiglitz, formuliert werden. Dem werden Kategorien der Gerechtigkeit, eine Demokratisierung der Verhältnisse (wobei unklar ist, ob dies über die grundlegende Veränderung oder gar Abschaffung internationaler politischer Institutionen erfolgen soll), Diversität gegen Monokultur u.a. entgegengestellt. Dabei werden die Grenzen der parlamentarischen Demokratie, die nicht nur angesichts der Internationalisierung sozialer Prozesse offenkundig sind, für die undemokratische Durchsetzung des neoliberalen Projekts verantwortlich gemacht. Es gibt einen breiten Konsens, dass gewaltlose direkte Aktionen und ziviler Ungehorsam legitim sind.

Mit den jüngsten Protesten wird ein konfliktorisches Politikverständnis wieder gestärkt. So vereinfachend Slogans wie „Gegen Neoliberalismus“ oder „Gegen die Herrschaft der Finanzmärkte“ auch sein mögen – sie konstituieren, was jede Bewegung benötigt: einen Gegner. Es ist angesichts der jahrelangen Lähmung linker Positionen zunächst ein Vorteil, unter allgemeinen, schillernden und noch undifferenzierten Formeln verschiedene Spektren zu vereinen und handlungsfähig zu machen. Wichtig wird es aber in Zukunft sein, genauer zu analysieren, wo gesellschaftliche Widersprüche und soziale Spaltungslinien heute verlaufen.

Auffällig ist schließlich, dass insbesondere zu Beginn Kritik geäußert wurde, ohne gleich einen „konstruktiven Vorschlag“ parat zu haben. Der „bloße“ Protest scheint nach vielen Jahren der Diskreditierung eine öffentliche Rehabilitation zu erfahren – insbesondere wenn er die Form des Massenprotests annimmt. Dies scheint insbesondere mit der Krise des Parteiensys-

tems zusammenzuhängen, das sich immer mehr dadurch auszeichnet (die jüngsten Wahlen in Frankreich und Deutschland sind gute Belege), jenseits der „Realpolitik“ nichts mehr zuzulassen. Demgegenüber öffnen sich gerade über die Vielfältigkeit der Bewegungen Denk- und Handlungsspielräume.

Schließlich: Die wissenschaftliche und politiknahe Globalisierungsdiskussion bleibt von den nun ja schon seit einigen Jahren öffentlich diskutierten Protesten weitgehend unbeleckt. Ein Indikator ist die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft“, die in ihrem Endbericht von 2002 zwar zivilgesellschaftlichen Akteuren einen breiten Raum einräumt. Diese werden aber im kritischen Spektrum mit kooperationsbereiten NGOs synonym gesetzt; das Motiv des Protests kommt gar nicht vor.

Ambivalenzen der aktuellen Bewegungen Eine der Hauptgefahren besteht sicherlich darin, das Schicksal der in den 90er Jahren viel gepriesenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zu wiederholen. Mit ungeheurem Aufwand haben diese sich in politische Auseinandersetzungen begeben, wurden aber mehr und mehr zu einer doppelten Ressource für staatlich-neoliberale sowie internationale Politiken: Als Akteure mit Erfahrungen und großem Wissen über komplizierte politische und sozioökonomische Prozesse wurde zum einen selektiv auf sie zurückgegriffen, wenn es angemessen schien. Als „zivilgesellschaftliche“ Akteure dienten sie zum anderen der Legitimation der dominanten Entwicklungen – was konnte schon falsch laufen, wenn zumindest bei den umwelt-, entwicklungs-, menschenrechts- oder frauenpolitischen *soft issues* „die Zivilgesellschaft“ mit am Tisch saß.



Foto: Christian Kiel (Berlin)

Foto: Christian Kiel (Berlin)



„Harte“ militär- oder wirtschaftspolitische Themen wurden demgegenüber weiterhin unter Ausschluss möglicher kritischer Augen behandelt. Das relative Scheitern lag nicht zuletzt daran, dass den Aktiven ein kritisches Verständnis der Umbrüche, nämlich der neoliberalen Globalisierung, weitgehend fehlte. Auch den jüngsten Protestbewegungen (bzw. Teilen davon) könnte es mittelfristig passieren, dass sie zu einer Art institutionalisiertem schlechten Gewissen werden, mit dem die Mächtigen sich publikumswirksam treffen und welches sie immer wieder daran erinnert, sich doch auch der VerliererInnen und negativen Folgen der Globalisierung bewusst zu werden und hie und da (symbolisch) tätig zu werden. Bei aller Heterogenität würde eine solche Entwicklung den Ansprüchen des gesamten globalisierungskritischen Spektrums kaum genügen.

Kapital und Staat

Eine Form, die Krise des Fordismus anzugehen, bestand darin, Kapitalmacht zu stärken, insbesondere durch die politische Deregulierung von Kontrollen und die daraus folgende größere Mobilität. Dieser Sachverhalt wird von den verschiedenen Spektren gleichermaßen politisiert. Differenzen bestehen in der Einschätzung, ob es die gestiegene Macht des Kapitals insgesamt oder vor allem des Finanzkapitals ist, die einen Kern der neoliberalen Globalisierung

visch dem anti-sozialen Neoliberalismus entgegen. Für die internationale Politik dominiert im politikwissenschaftlichen Mainstream, aber auch in Teilen der aktuellen Protestbewegungen die Annahme, dass „die“ Politik den ökonomischen Globalisierungsprozess einzubetten habe. Hier liegt eine deutliche Ambivalenz: Damit sind erhebliche Politisierungsprozesse gelungen, denn es wird an einem anderen Element des Alltagsverständes angeknüpft, nämlich dass der Staat zuvörderst Gemeinwohlinteressen zu verfolgen hat. Allerdings läuft diese Interpretation Gefahr, Neoliberalismus als rein von oben durchgesetzt zu verstehen.

Es stellt sich die Frage, welche Rolle staatliche Politik in den jüngsten Veränderungen tatsächlich spielt. Wie gezeigt wurde, hat sie als institutionalisierter Teil gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse den neoliberalen Prozess aktiv mit vorangetrieben. „Die“ Politik auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene steht ja gerade nicht gegen „die“ Ökonomie und gesamtgesellschaftliche neoliberale Orientierungen, sondern sie sichert neoliberale Interessen institutionell und ideologisch ab. Daher ist es eine grobe Verkürzung, von politisch-staatlichen Akteuren nun anti-neoliberale Politik zu erwarten. In großen Teilen des „nördlichen“ globalisierungskritischen Spektrums wird die neoliberale Perspektive „Markt versus Staat“ reproduziert; der Staat als kapitalisti-

wie auch der aktuellen Krisendynamik ausmacht.

Ambivalenter sind die Positionen gegenüber dem Staat. Insbesondere seine neoliberale Transformation wird von den Bewegungen kritisiert. Staat wird von einem großen Teil der Bewegungen zwar als herrschaftsförmige Institution verstanden; gleichwohl wird diesem ein potenzieller Bezug auf das Allgemeinwohl unterstellt. Vorherrschend ist dabei eine Sichtweise, die sich von adäquaten staatlichen Eingriffen ein relativ krisenfreies Funktionieren des Kapitalismus verspricht. Pierre Bourdieu stellte die Entwicklung eines europäischen Sozialstaates perspektiv-

scher mit seinen grundlegenden (umkämpften) Funktionen sowie seine aktuelle Transformation zum Wettbewerbsstaat wie auch der dominante globale Konstitutionalismus werden nicht thematisiert. Zum einen ist mit dieser Perspektive durchaus die Politisierung von Menschen erreicht worden. Andererseits lassen sich die Akteure auf ein vorgegebenes Terrain ein, das es selbst zu hinterfragen gälte. Der von den Neoliberalen postulierten Zurückdrängung des Staates zu Gunsten des Marktes wird seine neuerliche Stärkung als zentraler Programmpunkt entgegengesetzt. Hinsichtlich internationaler Politik ist ein ähnliches Muster vorzufinden. Globalisierung wird als ökonomischer Prozess verstanden, den es nun politisch zu re-regulieren gelte.

Eine Paradoxie der aktuellen Gesellschaftstransformationen besteht darin, dass sie gegen die Illusion einer umfassenden emanzipativen Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse durch den Staat die Grenzen staatlicher Politik aufzeigen. Das sollte für linke Positionen kein Anlass zur Häme sein, denn damit werden grundlegende Rechte der subalternen Klassen abgebaut. Dennoch öffnen sich auch Räume für eine linke Kritik. Macht- und Herrschaftsverhältnisse müssen aus emanzipatorischer Perspektive umfassender in Frage gestellt werden. Der bürgerlich-kapitalistische Staat ist zentraler Akteur und Terrain der Aufrechterhaltung von Macht und Herrschaft und sollte eben nicht als Bollwerk gegen den Neoliberalismus (miss-) verstanden werden. Dies aufzunehmen und voranzutreiben ist eines der *Essentials* linker Politik. Gerade hier zeigt sich, dass ein wiederherzustellender Fordismus nicht als Folie der aktuellen Kritik dienen sollte. Gleichwohl, und dies stellt eine weitere Ambivalenz dar, ist die Verteidigung sozialstaatlich-fordistischer Errungenschaften ein wichtiger und weithin anerkannter Aspekt.

Konsens dürfte sein, dass der Nationalstaat weiterhin ein wichtiges Terrain von Auseinandersetzungen ist. Internationale Politik und ein über internationale Institutionen hergestellter „disziplinierender Neoliberalismus“ (Stephen Gill) wird als wichtig erachtet, aber WTO, IWF und Weltbank werden von den Bewegungen nicht alleine für die katastrophalen Entwicklungen unabhängig von Nationalstaaten verantwortlich gemacht.

Die gegenwärtigen Bewegungen haben m.E. durchaus das Potenzial, die praktische Staats- und Politikkritik zu radikalieren und zu internationalisieren, um den aktuellen Veränderungen Rechnung zu tragen. Eine kritische Thematisierung des herrschenden Politikbegriffs kann mit den aktuellen (internationalen, europäischen oder wo auch immer artikulierten) Protesten eine *Relativierung* und gleichzeitig eine *Radikalisierung* erfahren. Relativiert werden

kann er, wenn staatliche Politik nur als ein Teil umfassender Veränderungen verstanden wird. Dann geraten grundlegend veränderte Alltagspraxen in den Blick und es geht nicht (nur) um die Machtfrage, sondern um eine umfassendere Politisierung und Veränderung der Gesellschaft in komplizierten „Stellungskriegen“ (Gramsci). Die Radikalisierung bestünde darin, die Engführung von Politik und Staat aufzulösen. Dies gelingt den Bewegungen teilweise auch. Die praktische und theoretische Staats- und Politikkritik muss sich aber auch *internationalisieren*. Am Beispiel der neoliberalen internationalen Institutionen WTO, IWF und Weltbank kann dies verdeutlicht werden. Diese sind weiterhin Ausdruck eines neoliberalen Gesellschaftsumbaus – was insbesondere bedeutet: die Unterordnung sozialen Handelns unter den Imperativ internationaler Wettbewerbsfähigkeit und die kritiklose Akzeptanz kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse. Das internationale Institutionensystem ist kein Instrument der herrschenden Länder und Büttel des Kapitals. In ihm verdichten sich jedoch weltweite bürgerlich-kapitalistische und imperialistische Kräfteverhältnisse und Ergebnisse sozialer Auseinandersetzungen. Diese sind wiederum, formuliert als „nationales Interesse“, Ausdruck nationaler Kämpfe und Kräfteverhältnisse.

Hegemonie

Ein herrschaftstheoretisches Verständnis, das nicht von einem dichotomischen gesellschaftlichen „Oben“ und „Unten“ bzw. „Bösen“ und „Guten“ ausgeht, kann fruchtbar an den Hegemoniebegriff in der Tradition Gramscis anschließen.

Mit dem Begriff der *Hegemonie*, der wesentlich die Aspekte „politische Führung“ und „Konsens“ umfasst, nahm Antonio Gramsci eine entscheidende Erweiterung in der historisch-materialistischen Theorietradition vor. Hegemonie wird verstanden als Fähigkeit der herrschenden Gruppen und Klassen, ihre Interessen dahingehend durchzusetzen, dass sie von den subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden und dass es weitgehend geteilte gesellschaftliche Vorstellungen über die Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt. (Historisch-spezifisch formen sich nicht nur Klasseninteressen verschieden aus, sondern es gibt auch unterschiedliche, darüber hinausgehende artikulierten Interessen: demokratische, geschlechtsspezifische, „ethnische“, friedenspolitische oder sozial-ökologische Interessen. Vielfältige und widersprüchliche Strategien sowie umfassendere soziale Praktiken treffen in verschiedensten Auseinandersetzungen aufeinander und verdichten sich zu gesellschaftlichen Kompromissen, zu einem verallgemeinerten Konsens. Gesellschaftliche Hegemonie umfasst also nicht nur Klassen,

sondern auch andere politische Kräfte; entsprechend finden Kämpfe um Hegemonie immer in Bündnissen statt.)

Insofern erzeugt Hegemonie einen „aktiven Konsens der Regierten“. Damit ist nicht nur die ausdrückliche Zustimmung zu bestimmten Verhältnissen und Praktiken gemeint, sondern eine umfassende und alltägliche materielle Praxis. Konsens ist weder eine passive Angelegenheit noch ein harmonischer Interessenausgleich. Der Begriff ist vielmehr zu verstehen vor dem Hintergrund sozialer Kämpfe und sich im politischen Prozess artikulierender (und teilweise erst bildender) Interessen. Die relative Stilllegung oder Institutionalisierung von Kämpfen erfolgt über soziale (asymmetrische) Kompromisse, in denen sich die relevanten und artikulierten Interessen berücksichtigt sehen. Der gesellschaftliche „Ort“ der Kämpfe um Hegemonie ist nach Gramsci die Zivilgesellschaft. Die Verbindung zwischen Staat im engeren Sinne mit seinen verschiedenen Apparaten und der *società civile*, des privat organisierten Hegemonieapparates, fasst Gramsci mit dem Begriff des erweiterten oder integralen Staates. Hegemonie wird also nicht nur über den Staat, sondern gesamtgesellschaftlich hergestellt. Soziale Auseinandersetzungen fokussieren nicht nur auf den Staatsapparat, sondern auf die Kräfteverhältnisse im erweiterten Staat und im Bereich privatkapitalistischer Produktion.

Dies hat mindestens vier Implikationen. Die Durchsetzung der neoliberalen Globalisierung als gesellschaftliches Projekt impliziert zum einen, dass Alternativen dazu sich nicht nur auf staatliche Politiken fokussieren können. Es geht immer auch und gerade um die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Eine zu eng angelegte Reformperspektive droht – strategisch oder aus Überzeugung – dem Glauben aufzusitzen, die aufgeklärten Eliten mit entsprechendem „Druck von unten“ von einem notwendigen Politikwechsel überzeugen zu können. Eine Gefahr besteht zudem darin, kurzfristige mediale Erfolge mit der nachhaltigen Veränderung materieller Kräfteverhältnisse und herrschender Entwicklungen zu verwechseln. Um die neoliberale Hegemonie zu brechen, bedarf es jedoch umfassender gesellschaftlicher Lern- und Erfahrungsprozesse. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der „Politik in der Manege“ (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden. Emanzipative Politik „geht“ nicht schnell – wenngleich Sprünge vor allem auf der symbolischen Ebene und jener der positiveren Selbsteinschätzung unverzichtbar sind (deswegen sind Genua und Seattle wichtig) –, sondern ist kompliziert und muss an alltägliche Praktiken in Uni, Betrieb, Stadtteil, politi-

schen Organisationen oder persönlichen Beziehungen rückgebunden werden. Sonst wird nämlich unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen Ebene überaus erfolgreich war. Die Verschiebung gesellschaftlicher Strukturen und Kräfteverhältnisse findet nicht nur in öffentlichen Debatten statt. Gerade in Zeiten, in denen immer weniger öffentlich zur Diskussion steht und insbesondere die technologisch-ökonomischen Transformationskerne kaum zugänglich sind, wird eine solch verengte Perspektive problematisch.

Ein kritisch-hegemonietheoretisches Verständnis von Zivilgesellschaft impliziert zweitens, dass alternative Strategien oder gar gegenhegemoniale Projekte zwar innerhalb der Zivilgesellschaft entstehen können, aber nie durch die Zivilgesellschaft als Ganzes, da diese selbst von Spaltungen durchzogen ist und gerade hier die dominanten Klassen und Kräfte agieren. Außerdem bleibt der Bereich privater Produktion ein wesentliches Terrain sozialer Auseinandersetzungen. In Frage gestellt werden müsste also die neoliberale Gouvernamentalität, die offenbar für viele Menschen eine hohe Plausibilität hat. Dies geschieht, jenseits der Aufmerksamkeit schaffenden symbolischen Konfrontationen mit Staat, internationalen Institutionen oder Kapital, in vielfältigen Ansätzen politisch-sozialisierender Basisarbeit.

Von Hegemonie kann drittens gesprochen werden, wenn es den herrschenden Kräften gelingt, die diskursiven und institutionellen Terrains der Auseinandersetzungen und Kompromissbildungen vorzugeben. Auf der diskursiven Ebene haben die Bewegungen einige Erfolge zu verzeichnen, insbesondere – auch wenn man sich über gesamtgesellschaftliche Wirkungen keine Illusionen machen sollte – über die zunehmende Infragestellung des neoliberalen Alltagsverständnisses. Hier ist die Frage, inwieweit bestimmte „Diskurs-Settings“ akzeptiert werden, in denen Anerkennungs- und Unterordnungsverhältnisse reproduziert werden, etwa in Form des Lobbyismus. Die herrschaftsförmige Form der Politik wird dabei kaum mehr in Frage gestellt. Auf der institutionellen Ebene sieht es schwieriger aus. Wie die Auseinandersetzungen um das MAI, die WTO, IWF/Weltbank u.a. zeigen, werden gerade auf internationaler Ebene die sich herausbildenden Formen von Politik zunehmend in Frage gestellt, und zwar nicht nur von der internationalen Protestbewegung, sondern auch von einigen Regierungen. Die Streits zwischen den USA und der EU um das MAI wie auch die wachsende Kritik der Entwicklungsländer zeigen, dass die grundlegende Richtung keineswegs klar ist. Dies negiert nicht die Dominanz der internationalen Institutionen und die übergreifende Bedeutung eines „globalen Konstitutionalismus“, zeigt aber deren Brüchigkeit.

Die Frage internationaler Hegemonie führt zu einem vierten Aspekt, der Joachim Hirsch dazu veranlasste, bezüglich der aktuellen internationalen Politik von einer „nicht-hegemonialen Situation“ zu sprechen. Wenn Hegemonie darin besteht, dass die herrschenden Kräfte politische Führung ausüben in der Lage und zu materiellen Zugeständnissen an die beherrschten Kräfte bereit sind, dann haben Deregulierungen und Privatisierungen im Zuge der neoliberalen Globalisierung dazu geführt, dass die dominanten Staaten Hegemonie immer weniger ausüben können – ihnen fehlen, überspitzt formuliert, zunehmend die Mittel dazu. Das Projekt eines globalen Keynesianismus wird hier historisch-konkret brüchig. Darüber hinaus besteht eine allgemeine Grenze globaler Umverteilung darin, dass das internationale kapitalistische Staatensystem eben nicht nur durch Kooperation, sondern ganz entscheidend durch ökonomische und politische Konkurrenz geprägt ist. Auch diese Konstellation führt dazu, mit der Annahme eines globalen Keynesianismus und der Wiederkehr des Fordismus zu brechen.

Strategiefragen

Eine der wichtigsten Aufgaben sowohl innerhalb der als auch zwischen den verschiedenen Spektren wird in Zukunft vielleicht darin liegen, Lern- und Streitkulturen auszubauen, um vielfältige gegen- oder antihegemoniale Strategien zu entwickeln. Dann wird sich eine weitere Ambivalenz klarer konturieren. Sehr deutlich sind die Ziele und entsprechenden Strategien der Bewegungen (hier wäre am ehesten im Plural zu sprechen) jenseits der Postulate von „grundlegendem sozialen Wandel“ nicht. Der Bewegungsforscher Dieter Rucht weist darauf hin, dass es mit dem Wachstum und der Stabilisierung der Bewegung zu Klärungsprozessen und Entscheidungen kommen muss. Die große ideologische Bandbreite ist in der Formierungsphase

sinnvoll. Aber, so argumentiert Rucht, dieser Bogen drohe zu zerbrechen, sobald im Zuge von Organisations- und Strategiefragen auch politisch-ideologische Deutungsmuster verlangt würden, die langfristig einzuschlagende Richtungen begründen könnten. Angesichts der unvermeidlichen Spannungen zwischen erstens der notwendigen Bildung kollektiver Identität und einem zu scharfen und nach außen hin abschottenden gemeinsamen Nenner sowie zweitens zwischen fehlenden und zu starken Strukturen empfiehlt er, „eine prekäre Balance zu wahren“. Seiner Einschätzung einer künftig zu erwartenden, klareren politisch-ideologischen Kontur widerspricht einer der organisatorischen und intellektuellen Köpfe von Attac-Deutschland. Er sieht die Pluralität nicht nur als aushaltbar, sondern als konstitutiv, als „Produktivkraft“ an (in der Zeitschrift Z, April 2004).

Die Einschätzung von Rucht, dass es mit der Zeit einer stärkeren politisch-ideologischen Konturierung bedarf, um Strategien zu entwickeln, scheint plausibel. Aber jüngere Erfahrungen wie z.B. jene, die mit dem zapatistischen Motto des „preguntando caminamos“ (fragend schreiten wir voran) bezeichnet werden können, sollten zumindest die Möglichkeit offen lassen, dass eine große Spannung aushaltbar ist. Dass nämlich in Erfahrungs- und Klärungsprozessen Politisierung entsteht und Strategien entwickelt werden, die in engem Zusammenhang mit politisch-ideologischen Deutungsmustern stehen, *das eine also dem anderen nicht vorgängig ist*. Dann ist es aber in der Tat eine Frage von Reflexions- und Klärungsprozessen, Diskussionsorten, internen Kräfteverhältnissen und Überzeugungsarbeit.

Eine der wichtigsten Auseinandersetzungen liegt hier im Verhältnis zu den Gewerkschaften, was kein einfaches und ein intensiv diskutiertes Thema ist. Allgemein stellt sich die Frage, inwieweit nämlich insbesondere hierzulande die Gewerkschaften sich aus ihrer staatstragenden und sozialdemokratischen Fixierung zu lösen bereit und in der Lage sind.

Hinsichtlich theoretischer wie strategischer Fragen halte ich es in der nächsten Zeit für ungenau wichtig, neben der Dekonstruktion der Staatsillusion auch den Ökonomiebegriff zu entgrenzen. „Ökonomie“ ist eben nicht der „harte Kern“ gesellschaftlicher Entwicklung, sondern gesellschaftlich eingebettet und in vielfältige

Verhältnisse eingelassen. Mit der Abspaltung sozial-ökologischer Fragen oder der Ausblendung der Geschlechterverhältnisse reproduziert die Bewegung einen bürgerlichen Ökonomiebegriff und suggeriert, nun im Zentrum der Auseinandersetzungen angekommen zu sein.

Ein hauptsächliches Dilemma jeder kritischen-emanzipativen Bewegung besteht darin, dass sie entgegen ihrem Anspruch durchaus integriert werden und letztendlich modernisierend wirken können. Dagegen gibt es keinen Ausweg außer den der permanenten Reflexion der (Kräfte-) Verhältnisse und eigenen Strategien. Unter widersprüchlichen Bedingungen ist und bleibt auch kritisches und emanzipatorisches Denken und Handeln widersprüchlich. Mein Argument in diesem Beitrag lässt sich zuspitzen in der Frage, ob es den verschiedenen globalisierungskritischen Akteuren um eine Stabilisierung des Kapitalismus oder um eine umfassendere Herrschaftskritik geht. Diese Gegenüberstellung ist nicht synonym mit der immer wieder zu hörenden: hier die Bewegungsteile, die konkrete Forderungen stellen und dort jene, die „nur“ kritisieren. Das Verhältnis ist komplizierter, und mit einem kritischen Hegemoniebegriff geht es heute auch darum, Denk- und Handlungsräume jenseits der realpolitisch-plausiblen Orientierungen zu öffnen, die bei genauerer Betrachtung so real gar nicht sind.

Und schließlich: Pierre Bourdieu insistierte auf den wichtigen Umstand, dass gegen- bzw. antihegemoniale Praktiken einer stärkeren Bezugnahme von Bewegungen und Intellektuellen aufeinander bedürfen (www.raisons.org). Das neoliberal-postfordistische Projekt hätte in der Tat nicht seine Konturen bekommen ohne ihre organischen Intellektuellen, die zur Ausarbeitung von Konsensen und Legitimierung der Verhältnisse entscheidend beitragen. Gramsci betonte immer, dass auch subalterne Kräfte ihre eigenen Intellektuellen hervorbringen. Daher stellt sich gerade in der Konstitutionsphase eines möglichen Protestzyklus die Frage, wie sich kritische Intellektuelle auf die jungen globalisierungskritischen Bewegungen beziehen. Zunächst ist festzuhalten, dass es bislang im etablierten wissenschaftlichen Betrieb recht wenige kritische Intellektuelle gibt, die sich mit neuen Formen praktischer Kritik auseinandersetzen. Weit wichtigere Orte kritischer Reflexion sind heute NGOs oder außerakademische Netzwerke. Ein Problem ist dabei die Spaltung der Subalternen und die Orientierung an einem „korporativen Bewusstsein“, d.h. der Durchsetzung partikularer Interessen und der Aufgabe einer Perspektive umfassender gesellschaftlicher Veränderung. Eine zentrale Funktion kritischer Intellektueller liegt auch darin, Herrschaftskritik zuzuspitzen und in praktische Kritik einfließen



Foto: Christian Kiel (Berlin)

zu lassen. *Wie* das geschieht, ist eine Frage politischer und intellektueller Praktiken, die sich immer wieder neu herstellen müssen – einen „goldenen Weg“ gibt es dafür glücklicherweise nicht.

spw 5 / 2004

Literatur:

Brand, Ulrich (2004): Alternativen und Ambivalenzen der globalen sozialen Bewegungen: Wo besteht derzeit Diskussionsbedarf? In: Adelheid Biese-

cker/Martin Büscher/Thomas Sauer/Eckhard Stratmann-Mertens (Hg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancun*, Hamburg.

Wissen, Markus/Habermann, Friderike/Brand, Ulrich (2003): Vom Gebrauchswert radikaler Kritik. Perspektiven für eine gesellschaftsverändernde Praxis. In: BUKO (Hg.), *radikal global. Bausteine für eine internationalistische Linke*, Hamburg, 43-56.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2002): Ambivalenzen praktischer Globalisierungskritik: Das Beispiel Attac. In: *Kurswechsel* 3, S. 102-113.

Brand, Ulrich/Köhler, Bettina (2002): Porto Alegre: Aufbruch und Kristallisation statt „Trap Watching“. In: www.links-netz.de.

Brand, Ulrich (2002): Fragend geht's voran. Wie die Bewegung auf den Begriff kommt. In: *iz3w/BUKO* (Hg.), *Wo steht die Bewegung? Eine Zwischenbilanz der Globalisierungskritik*. S. 54-57.

Brand, Ulrich (2001): *Il popolo di Genova*. Eine Einschätzung der neuen internationalen Protestbewegung. In: *iz3w* (Hg.), *Gegenverkehr. Soziale Bewegungen im globalen Kapitalismus*. Sonderheft, S. 36-39.

Sozialer Protest und Medien

Wie mit Meinungsforschung Meinung gemacht wird

Von Anja Kruke

Wir konnten es gerade wieder in aller Ausführlichkeit beobachten: Die Meinungsforscher treten als Herren der Lage auf, die Daten sind das Maß aller politischen Dinge. Regelmäßig vor Wahlen suchen sie auch die Leser/Zuschauer, die sich ansonsten für die monatlichen Daten wenig interessieren, heim. Es wird gezählt, gewichtet und gedeutet. Welche Rolle spielt Hartz IV in den Landtagswahlen, welche in den Kommunalwahlen? Welches Thema ist wichtig, welche Person? Diese und anderen Fragen prasselten in den letzten Wochen des diesjährigen Wahlmarathons auf uns herab.

Ich möchte im Folgenden der Frage nachgehen, inwiefern sich eine solche „Mathematisierung der Politik“ auf den politischen Prozess auswirkt. Wenn alle am politischen Geschehen beteiligten Akteure (Parteien/Politiker, Medien/Journalisten, Zuschauer/Leser) sich an diesen Prozentzahlen orientieren, was heißt das dann für die Formulierung politischer Positionen und ihre Legitimation, ihre Durchsetzung in der Öffentlichkeit?

Parteien und Meinungsforschung

Zunächst einmal ist es jedoch notwendig, sich die Position der Meinungsforschungsinstitute zwischen Parteien und Medien vor Augen zu führen. Parteien beschäftigen seit den fünfziger Jahren Institute, die ihnen die Zahlen liefern. Seitdem ist die messtechnische Beobachtung der öffentlichen Meinung aufs Engste mit ihrer Bearbeitung verknüpft – Zahlen werden als Mittel der Steuerung öffentlicher Meinung begriffen und eingesetzt. Die Parteien verlassen sich

dabei nicht nur auf ein Institut; zumeist verfügen sie über ein „Hausinstitut“, vergeben aber auch anderweitig Aufträge und sammeln Daten. Die Medien verfahren ähnlich: Seit den achtziger Jahren haben sich Kooperationen verschiedener Medien mit Instituten herausgebildet, d.h. ein Institut arbeitet für verschiedene Medien. Gleichzeitig sind fast alle der Institute, die politische Demoskopie betreiben, auch beim Bundespresseamt für regelmäßige Umfragen unter Vertrag. Allein das Presseamt gibt jährlich knapp zwei Millionen Euro für Meinungsforschung aus. Fast jedes Institut, das politische Meinungsforschung betreibt – und das tun längst nicht alle Umfrageinstitute –, bedient mit seinen Umfragen das Presseamt, so dass sich die Auftraggeber in vielen Fällen überschneiden. Zumeist wird jedoch die so genannte Sonntagsfrage (und was sonst dazugehört: Aufgliederung nach diversen Kategorien, damit zusammenhängende Frage) eingekauft. Der Vorteil, den die Auftraggeber trotz Überschneidung erhalten, ist ein zeitlicher Vorsprung vor der Veröffentlichung (also einer möglichen Vorbereitung von Reaktionen) sowie die Möglichkeit, damit zusammenhängende Fragen zusätzlich stellen zu lassen. Damit operiert die Meinungsforschung in beiden Bereichen, Politik wie Medien, gleichermaßen. In beiden Sphären beruft sie sich auf die Objektivierbarkeit von öffentlicher Meinung in Zahlen und ihrer Wissenschaftlichkeit. Beide Aspekte reichen zwar nicht aus, um die Meinungsforschung unangreifbar zu machen, aber sie garantieren ihr einen argumentativen Vorzug gegenüber anderen Ansichten, die nun auf einzelne, verzerrte Mei-

nungen reduziert werden können. Wenn z.B. innerhalb der SPD bestimmte inhaltliche Aspekte und die Vorgehensweise diskutiert werden und Mitglieder auf eine bestimmte Sichtweise beharren, werden Umfragedaten dazu genutzt, die Meinung dieser Mitglieder als „Ingroup“, als eine verzerrte Wahrnehmung gegenüber der allgemeinen (öffentlich messbaren) Wahrnehmung zu entwerfen. Dies verdeutlicht einmal mehr, wie sehr Daten der Umfrageforschung ein gängiges Mittel politischer Auseinandersetzung darstellen. Doch wird hier die spezifische Funktion einer auf diese Art erfolgenden Hierarchisierung von Beobachtung deutlich: Während die aktiven Mitglieder Politik betreiben, können sie sich gerade deswegen jedoch nicht zuverlässig selber beobachten, eben weil sie nicht außerhalb der Partei stehen und sich und ihre Arbeit entsprechend betrachten können. Die Meinungsforschung dient damit als ein zuverlässigeres Mittel der Selbstbeobachtung als es die Mitglieder selber können: Die Demoskopien beobachten also für die Parteien, wie die Wähler die Parteien beobachten und die Parteien erhalten darüber Rückschlüsse auf sich selbst – manchmal werden die Daten anschließend auch intern oder extern als Werkzeug eingesetzt. Jedoch erhalten auch die Medien diese Daten (zumindest einen großen Teil, den sie ja ebenfalls bezahlt haben) und geben sie ebenso in spezifischer, interpretierte Form weiter: Vor allem die Printmedien berichten in den meisten Fällen verkürzt und geben die grundlegenden Daten zum Verständnis der Umfrage nicht an, übrigens im Gegensatz zu ihren Journalistenkollegen in den USA, wo der Kodex der Umfrageberichterstattung sich durchgesetzt hat.

Der Wähler im Fokus?

Was für Rückschlüsse ziehen die Parteien, was bedeutet diese Transparenz der Beobachtung für die Medien und vor allem für die Wählerschaft?

Zunächst einmal zu den Parteien: Sie haben in einem langen Lernprozess begriffen, dass Medien in gewissen Eigenlogiken funktionieren, dass sie ökonomischen Strukturen folgen, die an den Verkaufserfolg und damit an bestimmte Prinzipien der „Aufmerksamkeit“, die man auch als Nach-

richtenwerte beschreiben kann, wie z.B. Christiane Leidinger das in der letzten Ausgabe der spw getan hat, gebunden sind. Dementsprechend versuchen sie, Themen zu setzen und darüber, dass sie demoskopische Daten antizipieren, öffentliche Meinungsbildung zu steuern. Soviel ist zum grundlegenden Modell zu sagen – wenn das wirklich klappen würde, hätten sich einige Leute bestimmt vor dem Sommer allein über die semantischen Aspekte von Hartz IV bereits Gedanken gemacht. Grundsätzlich bleibt jedoch festzuhalten, dass die Strukturen der Medienberichterstattung begriffen wurden und Parteien sowie häufig einzelne politische Akteure versuchen, das auszunutzen. Damit betreiben Parteien wie Medien in einem gewissen Sinne das gleiche Geschäft, denn während Medien auf News bedacht sind, ist den Parteien an einer Zustimmungsmaximierung gelegen, die sich halt nur öffentlich erzielen lässt. Damit befördern die Parteien selbst aktiv die Personalisierung und Schlagwortorientierung der Politik. Die Meinungsforschung avanciert zu einem Element der strukturellen Kopplung zwischen Medien und Politik, da sie sowohl der Politik (und dabei zu beachten: allen Parteien gleichermaßen) als auch den Medien/Wählern die Maßstäbe der Bewertung in die Hand drückt: die Kuchengrafiken und Balkendiagramme der Zustimmung. Die Abbildung fordern zur Identifizierung, Stellungnahme, Abgrenzung heraus – jeder kann sich symbolisch beteiligen und in der Umfrage wiederfinden. Das, was jedoch nicht gefragt oder als Antwort angeboten wird, existiert nicht.

Diese Vereinfachung von Politik führt jedoch nur scheinbar zu einer Vereinfachung der Handlungs- oder Entscheidungsoption für die Politik: eher das Gegenteil ist der Fall. Es sieht zwar einfacher aus, aber die Interpretation und die Schlüsse aus den Ergebnissen sind umso komplizierter, weil nun mit viel sozialpsychologischer Fachkenntnis daran gearbeitet wird, wie das Ganze zu bewerten sei. Handlungsoptionen werden so zu einem Würfelspiel, Entscheidungen zu einer Risikoabwägung ihrer Folgen: Welche Wählergruppe verliert man, wo gewinnt man hinzu, was ist an Nebenfolgen einer Entscheidung zu beachten. Aus dieser Perspektive werden Nachrichtenwerte zu etwas Verlässlichem: Personen und bestimmte Einzelthemen als Aktualitätswerte werden in den Vordergrund gestellt. Abstrakte Fragen von Vertrauen und Glaubwürdigkeit drängen parallel in den Vordergrund der Selbstdarstellung. Daran schließen sich Fragen, wie man so etwas an den Wähler/die Wählerin bringt, an. Spätestens hier wären wir bei den seltsam anmutenden Stilisierungen von Politikern angekommen, bei den offensichtlichen Versuchen, in der Öffentlichkeit persönliche Images mit Themen zu verbinden. Prominentestes Beispiel

wäre hier als gezielte Stilisierung sicherlich Hans Eichels zum „Sparfuchs“ zu nennen. Ein gezielter Imagewandel zur Unterstützung der Regierungspolitik ist sicherlich die Spitze, aber ganz generell ist zu fragen, inwiefern die Personifizierung von Repräsentation, die eben durch die Kategorienbildung der Meinungsforschung mit gefördert wird, zu einer weiteren zielgruppenspezifischen Abbildung in Politiker-Personen führt. Gute Listenplatzierungen von MinderheitenvertreterInnen sind sicherlich auch inhaltlich voll vertretbar, aber anscheinend verdrängt personelles Image als Repräsentation von wie auch immer konstruierten Zielgruppenidentitäten parteipolitischen Images in zunehmenden Maße. Dass aber nun aus Partei-Repräsentanten Polit-Boygroups werden, ist in nächster Zeit wohl doch nicht zu befürchten.

Die „Regeln“ der Meinungsbildung

Ein anderer zentraler Aspekt der Rolle der Meinungsforschung für die politische Kommunikation besteht in den von den Demoskopern aufgestellten „Regeln“ Meinungsbildung und Entscheidung bei der Wählerschaft: Wer war noch nie genervt von der ewigen Rede eines „Kopf-an-Kopf-Rennens“? Dies ist eine der beliebtesten Bauernregeln der Meinungsforschung, da sie auch so gut als Nachrichten vermarktable ist. Mal dient sie (auch innerparteilich) dazu, die Leute gegen eine eigentlich Übermacht zu mobilisieren, mal dient sie dazu, eine allzu gewisse Wahlentscheidung zu vernebeln. Je nach Bedarf können so Regeln angewandt werden, um Wahlentscheidungen in die eine oder andere Richtung drängen zu wollen oder nachträglich zu rechtfertigen. Genauso gibt es Regeln, die sich von Daten ableiten lassen, die sich auch parallel in der Medienöffentlichkeit wiederfinden. Eine der wichtigsten Regeln ist die, dass es an der Glaubwürdigkeit der Politiker liegt, ob sie gewählt werden und dass diese Glaubwürdigkeit an bestimmte, demoskopisch erfassbare Merkmale geknüpft ist. In den vielfältigen „Persönlichkeitsprofilen“ von Politikern, die sich in den Umfragen aus zehn oder 15, häufig adjektivisch bezeichneten gegensätzlichen Eigenschaften ausdrücken (entschlossen/nicht entschlossen etc., auch als Skalenabfragen von 1–5), kann man dann herauslesen, wie ein Politiker aufzutreten hat, wenn er glaubwürdig und damit wählbar sein will. Manchmal taucht in diesen Profilen auch etwas auf, dass auf die Verlässlichkeit abzielt oder etwas, dass „Authentizität“ zu einem Faktor macht. Das sind nun nicht gerade Eigenschaften, auf die man vielleicht nicht ohnehin gekommen wäre, aber in Kombination mit Themen (dazugehörigen Untersuchungen) und aktualpolitischen Debatte erfahren diese Punkte eine neue Aufmerksamkeit: Dann nämlich,

wenn es gar nicht gut um die Profile und Prozentpunkte bestellt ist.

Sozialer Protest in der medialen Dramaturgie

Ein solches Phänomen kann man im Moment in der Öffentlichkeit gut beobachten: Insbesondere im Zusammenhang mit den Protesten in Bezug auf Hartz IV, aber auch schon zuvor in Bezug auf die Agenda 2010, wurde immer wieder auf die Frage der Standfestigkeit, der Verlässlichkeit verwiesen. Hier wird Widerständigkeit gegenüber der populären Meinung zu einem gewinnenden Aspekt der politischen Kommunikation gemacht. Diese auf „Führung“, „Durchsetzungsvermögen“ und „starke Persönlichkeit“ zielenden Kommunikationen erinnern eher an autoritative Vorstellungen von Meinungsbildung, sind aber dennoch nicht von der Hand zu weisen und müssen, so scheint es, bedient werden. Und an dieser Stelle spielen dann auch die Medien eine Rolle: Zunächst wurden die Proteste im Osten abgetan oder ignoriert, dann plötzlich im Sommer aufgenommen und zu einem wichtigen Thema gemacht, bis schließlich mit den Auftritten Lafontaines ein Kulminationspunkt erreicht wurde, der nur noch durch reaktives Regierungshandeln gesteigert werden konnte.

Neben dem Fakt, dass diese Handlung als Placebo vollzogen wurde, steht die Beobachtung, dass danach sich das Blatt zu wenden begann und die Protestler abgestempelt und de-legitimiert wurden, gleichzeitig aber die zuvor in die Defensive gedrückte Regierungspolitik als richtig erscheint, gerade in ihrem immer wieder explizierten Willen durchzuhalten, da man die getroffene Entscheidung für richtig hält. Sicherlich dürften genügend „Nachbesserungen“ aus der Vergangenheit zu diesem Verhalten beigetragen haben, aber auch die demoskopische Regel, dass bewusst eingegangene oppositionelle Entscheidungen gegenüber der Bevölkerungsmehrheit später zu einer umso stärkeren Zustimmung geführt haben. Das hat vielleicht auch ein Berater beim Blick auf die Geschichte anderer sozialstaatlicher Veränderungen wie z.B. der Einführung der dynamischen Rente entdeckt .. Das hieße, dass Glaubwürdigkeit im sichtbaren Durchhaltewillen, also auch einer bewussten Opposition gegenüber der Mehrheitsmeinung bestünde, die auf eine Bestätigung durch die Zeitläufe zielt oder besser: hofft. Doch dazu wäre vielleicht auch ein anderes Medienensemble und eine geringere Kurzatmigkeit vonnöten. Wir leben heute nicht mehr in den (massenmedial ganz anders gelagerten) fünfziger Jahren. Heute sind Medien tendenziell selber politische Akteure, wenn auch nicht auf Seiten einer der Parteien (oder zumindest nicht direkt).

Medien tendieren eher dazu, den politischen Willen des Bürgers stärker gegen die Politik in Stellung zu bringen, wie man es immer wieder am Schlagwort der Staats- und Politikverdrossenheit sehen kann. Diese Stichworte sollen eine allgemeine Desintegration bezeichnen, die bei den letzten Wahlen mit den Erfolgen der Rechten im Osten mit demoskopischen Daten zur Ablehnung der Demokratie unterstützt wurden. Dass dabei medial nur bestimmte Daten Verwendung fanden und andere Fragen, die eine positive Einstellung gegenüber der Demokratie als richtiger Staatsform zeigen, ignoriert wurden, wie es z.B. in Giovanni di Lorenzos Leitartikel der ZEIT nach den Wahlen von Sachsen und Brandenburg zu beobachten war, passt

wiederum in das Bild der medialen Strategie, die Proteste zunächst „hoch zu schreiben“, um sie nach einer bestimmten Phase als Protagonisten der News fallen zu lassen oder sogar „niederzuschreiben“. Dabei helfen Umfragedaten ungemein. Sie erfüllen damit eine äußerst ambivalente Rolle zwischen Information und Desinformation.

spw 5 / 2004

Foto: Christian Kiel (Berlin)



Immer wieder montags...

Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppen protestieren gegen Hartz IV

Von Martin Künkler

Manchmal kommt es anders. Während viele Organisationen und Initiativen – u.a. der Trägerkreis des Perspektivenkongresses und die UnterstützerInnen des europäischen Protesttages am 3. April – Aktionen gegen Sozialabbau für den Herbst vorbereiteten, wurden in ostdeutschen Städten zu „Montagsdemonstrationen“ gegen Hartz IV aufgerufen. Es wurde ein heißer Sommer angezettelt statt auf den heißen Herbst zu warten. Eine gute und richtige Entscheidung. Allerdings mit der Einschränkung, dass nicht in allen Orten frühzeitig und konsequent das Auftreten von rechtsextremen Parteien und Nazis auf den Montagsdemos verhindert wurde.

Angesichts der nur schwach entwickelten außerparlamentarischen Protestkultur in der Bundesrepublik sind die mittlerweile über Wochen stattfindenden Demos und die TeilnehmerInnenzahlen äußerst beachtlich. Und die Demonstrationen zeigten Wirkung. Zwar sind die „Konkretisierungen“ der Bundesregierung (bisher) lediglich kosmetischer Natur und ändern nichts daran, dass das Arbeitslosengeld II (ALG II) ein Verarmungsprogramm für Arbeitslose und ein Lohnsenkungsprogramm für Beschäftigte bleibt. Dass Rot-Grün aber überhaupt handelte und den bisherigen „Basta-Augen-zu-und-durch“-Kurs änderte sowie die verlogenen, peinlichen Distanzierungen von CDU/CSU und FDP, die programmatisch noch radikalere Einschnitte vertreten, sind ein ermutigendes

Signal dafür, dass Massenprotesten gegen Hartz IV die herrschende Politik verunsichern und ins Wanken bringen können. Die mittlerweile sinkenden Teilnehmerzahlen sind m.E. kein Beleg für eine zunehmende Zustimmung zu Hartz IV oder einen Erfolg der „Informationskampagne“ der Bundesregierung, sondern vielmehr normal und abzusehen gewesen: Massendemonstrationen im Wochenrhythmus (!) auf hohem oder gar steigenden Niveau sind wohl historischen Ausnahmesituationen vorbehalten.

Abstiegsangst

Die Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV in diesem Sommer kennzeichnen einige spezifische Merkmale: Begünstigt wurden die Proteste durch eine außergewöhnlich kritische Berichterstattung über das ALG II in den Massenmedien einschließlich der Boulevardmedien anlässlich der Verschickung der Antragsformulare. Diese veröffentlichte Meinung war weder zufällig noch übliches Sommerlochtheater sondern korrespondiert mit den Auswirkungen des ALG II in die Mitte der Gesellschaft: Wenn zukünftig selbst ältere Arbeitslose, die langjährig in die Sozialversicherungen eingezahlt haben, im Regelfall nur noch ein Jahr das reguläre Arbeitslosengeld erhalten, dann droht ihnen nach relativ kurzer Zeit der soziale Abstieg in das bedürftigkeitsabhängige System ALG II und somit vielfach der Absturz in die Armut. Diese berechnete

Angst vor dem sozialen Abstieg hat viele typische Arbeitnehmer „aus der Mitte der Gesellschaft“ rebellieren lassen. Spezifisch war an den Montagsdemonstrationen darüber hinaus, dass sie nicht von „der Linken“ oder etablierten Organisationen sondern vielerorts von kleinen Initiativen oder gar Einzelpersonen initiiert wurden und viele Menschen mobilisiert werden konnten, für die Demonstrationen nicht zum üblichen Handlungsrepertoire gehören.

Politische Orientierungen

In vielen Städten wurden und werden die Proteste von (gewerkschaftlichen) Arbeitsloseninitiativen aktiv mitgetragen. In der Vergangenheit dominierte innerhalb der gewerkschaftlichen Arbeitslosenszene im Westen eine parteipolitische Präferenz für die SPD – im Osten war diese Präferenz deutlich weniger stark ausgeprägt und konkurrierte mit einer stärkeren Orientierung auf die PDS. Nach dem Regierungswechsel 1998 und den enttäuschten Hoffnungen auf einen Politikwechsel nahm diese Präferenz für die SPD sukzessive ab, seit der Agenda 2010 und Hartz IV ist sie auf den Nullpunkt gesunken. Die SPD wird nicht (mehr) als Ansprechpartner und Interessenvertretung für Erwerbslose wahrgenommen, sondern ebenso wie CDU/CSU und FDP als politischer Gegner verortet. (Bündnis 90/ Die Grünen waren nie ein relevanter Bezugspunkt für die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen.) Diese Entwicklung kann wenig überraschen: Wirksame Initiativen der Bundesregierung zur Schaffung zusätzlicher, existenzsichernder Arbeitsplätze sind nicht erkennbar und gleichzeitig wird der Sozial-

Martin Künkler ist politischer Referent bei der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen und lebt in Berlin

staat für Erwerbslose zum Sozialhilfestaat demontiert.

Kampf um die Köpfe

Dieses Abwenden von der Sozialdemokratie bedeutet aber keinesfalls eine allgemeine Politikverdrossenheit. Primär setzen die gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen in der aktuellen politischen Auseinandersetzung *nicht auf Parteien*, sondern darauf, über Aufklärungsarbeit und Proteste auf der Straße *in der Gesellschaft* für eine grundsätzlich andere Politik im Interesse von Beschäftigten und Erwerbslosen zu werben. Neben diesem vorherrschenden strategischen Ansatz existieren noch zwei parteibezogene Orientierungen: Einige Aktive versprechen sich durch eine (wieder)erstarkte PDS, deren Programm große Überschneidungen mit Forderungen der Arbeitsloseninitiativen aufweist, einen positiven Einfluss auf die Realpolitik – u.a. vermittelt über den Druck einer „Konkurrenz von links“ für SPD und Bündnisgrüne. Andere versprechen sich den gleichen Effekt durch ein erfolgreiches Abschneiden der „Wahlalternative“ bei der nächsten Bundestagswahl. Über den „Umweg“ der Gesellschaft, den Kampf um die Köpfe und um Mehrheiten in der Gesellschaft soll versucht werden, die Ausrichtung der Parteien und die Kräfteverhältnisse in den Parlamenten zu beeinflussen. Inhaltlich ist es m.E. dabei sinnvoll – neben dem erbärmlichen Leistungsniveau des ALG II, das ein Leben in Armut bedeutet – das staatlich geförderte Lohndumping und die verschärfte Unterbietungskonkurrenz in den Mittelpunkt der Proteste zu stellen. Wer bei Arbeitslosen kürzt, der drückt die Löhne. Das ist keine ungewollte

Begleiterscheinung des ALG II sondern vielmehr der Kern der Operation. Die Zumutbarkeitsregelung, das Arbeitslose jede Arbeit zu jedem Preis akzeptieren müssen, ist der Kristallisationspunkt, an dem die gemeinsamen Interessen von Beschäftigten und Arbeitslosen und die verheerenden Wirkungen des ALG II für die Gesellschaft insgesamt aufgezeigt werden können. Erfreulicherweise werden die Proteste in vielen Städten von örtlichen Gewerkschaftsgliederungen mitgetragen. Der DGB-Bundesvorstand und die Vorstände der Einzelgewerkschaften rufen jedoch nicht zur Teilnahme auf. Begründet wird die Zurückhaltung u.a. mit der Sorge, die Demos würden zu „parteipolitischen Zwecken missbraucht“ und die Losung „Hartz IV muss weg“ sei zu „undifferenziert“. Zutreffend ist sicher: Eine gemeinsame Anlaufstelle für alle Langzeitarbeitslosen und die Gewährung von Hilfen aus einer Hand sind richtig und begrüßenswert. Nur hätte man diese Verbesserungen auch ohne Leistungskürzungen haben können und sie machen eben nicht das Wesen von Hartz IV aus. Im Kern geht es beim ALG II um den sozialen Abstieg in die Armut, die weitgehende Privatisierung der Absicherung durch die nahezu vollständige Anrechnung des Partnereinkommens und die Verbreiterung des Niedriglohnssektors. Insofern ist „Hartz IV muss weg“ zwar eine plakative und zugespitzte, aber die Sache treffende Forderung. Berechtigt ist auch die DGB-Kritik, dass mancherorts Parteien – wie etwa die MLPD – Erscheinungsbild und Ablauf der Demos dominieren. Dies ist ein Argument für verbindliche Absprachen vor Ort und, wenn es nicht anders geht, für getrennte Demonstrationen –

nicht aber für den generellen Verzicht auf Protestaktionen. Noch wesentlicher ist aber: Das Unrecht „Hartz IV“ hat Name und Adresse, ist von SPD, Grüne, CDU/CSU und FDP zu verantworten und wird in der öffentlichen Verantwortung vor allem der Bundesregierung zugeschrieben. Insofern ist das Agieren von Gewerkschaften (sowie Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und soziale Bewegungen) nie parteipolitisch neutral: Sie stärken bzw. schwächen parteipolitische Positionen, sowohl *mit dem Aufruf* als auch *mit dem Verzicht* auf Proteste. Die gewerkschaftlichen Arbeitsgruppen erwarten von ihren Gewerkschaften sich – auch in Wahlkampfzeiten – weiter zu emanzipieren und eigenständige Positionen offensiv zu vertreten, unabhängig davon, wer gerade die Bundesregierung stellt. Es gilt die lähmende Logik des „kleineren Übels“ aufzubrechen: Viele Kolleginnen und Kollegen in den Gewerkschaften treibt die Sorge um, dass die Proteste gegen die Agenda 2010 der schwarz-gelben Opposition in die Hände spielt. Nur: Rot-Grün ist nicht das kleinere, sondern ein ganz „besonderes Übel“ (IG BAU Chef Klaus Wiese-hügel). Die Vorlagen der Regierung sind geradezu eine Einladung an die Opposition, noch was draufzusetzen. Wer die noch dreisteren Absichten der Opposition verhindern will, muss somit die Regierungspläne bekämpfen. Denn die Agenda 2010 ist nicht die bessere Alternative zum „größeren Übel“, sie ist dessen Wegbereiter.

Wie geht es weiter?

Ende August wurde auf den beiden Koordinierungstreffen der „Montagsdemos“ verabredet, am 2. Oktober zentral in Berlin demonstrieren zu wollen. Eine aus meiner Sicht problematische und falsche Entscheidung, auch wenn die Motivation, die Proteste bündeln und zuspitzen zu wollen, verständlich sein mag. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob in der Kürze der Zeit eine machtvolle, zentrale Großdemonstration auf die Beine gestellt werden kann. Gerade weil der europäische Aktionstag am 3. April hierzulande ein beeindruckender Erfolg war, hängt die Messlatte hoch: Selbst bei 100.000 und mehr Menschen besteht die Gefahr, dass das Signal einer nachlassenden Gegenwehr vermittelt wird. Meines Erachtens ist es zur Zeit wesentlich erfolgversprechender, weiterhin dezentrale Protestaktionen durchzuführen und diese in bundesweit abgestimmten Aktionstagen rund und dem Bus- und Betttag zu bündeln. Auf diese Aktionswoche orientieren der Trägerkreis des Perspektivenkongresses und die Kräfte der sozialen Bewegungen, die zum 3. April aufrufen. Gerade wenn die Herausforderung darin besteht, die Proteste zu verbreitern und auch diejenigen mitzunehmen, die bisher noch nicht auf die Straße gehen, haben dezentrale Aktionsformen unschätzbare Vorteile, weil Aufwand und Hemmschwellen zur Teilnahme sehr niedrig sind.



NRW entscheidet

Die NRW Jusos veranstalten zur Vorbereitung der Diskussion über ein Landtagswahlprogramm der NRWSPD zwei

ExpertInnen-Hearings zu den Themen:

„Flexibel arbeiten und absichern“ am 25. Oktober ab 11 Uhr

„Neue Wege der Ausbildung“ am 29. Oktober ab 11 Uhr

Beide Veranstaltungen finden statt im ElecTronicPark Duisburg, Technologiezentrum 3, Konferenzraum 1+2, Bismarckstr. 142, 47057 Duisburg

Weitere Informationen gibt es unter www.jusos-nrw.de. Da die TeilnehmerInnenzahl begrenzt ist, bitten wir um eine verbindliche Anmeldung.

Juso-Landesverband NRW

Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf

fon 0211.13622-325, fax 0211.13622-303

info@jusos-nrw.de, www.jusos-nrw.de



2003 Wir in NRW 2004 Europa Kommunal 2005 Land 2010 Zukunft

Fragiler Aufbruch im neoliberalen Versuchslabor

Soziale Bewegungen in Hamburg

von Sönke Klages

In den letzten drei Jahren können wir in Hamburg einen zwar langsamen und fragilen, aber doch deutlichen Aufschwung sozialer Bewegungen und Kämpfe verzeichnen. Der Wahlerfolg der rechtspopulistischen Schill-Partei im Herbst 2001 und die folgenden zwei Jahre CDU/Schill/FDP-Senat haben zu einer politischen Polarisierung und Mobilisierung geführt, wie sie in den Jahren zuvor höchstens vereinzelt – v.a. gegen Sparmassnahmen im Bildungsbe-
reich – vorkam. Dabei gibt es seit ca. einem Jahr auch den Versuch einer organisierten Bündelung und Vernetzung, über sporadische Bündnisse und Konstellationen hinaus. Dieser Versuch, der Aufbau eines „Hamburger Sozialforums“, sieht sich jedoch bereits mit seiner ersten Existenzkrise konfrontiert: es droht der Untergang in der Zersplitterung, ausgelöst durch das Dominanzstreben kleiner linker Politsektoren.

Doch bevor wir uns dem näher zuwenden, sei kurz die zugrundeliegende politisch-ökonomische Entwicklung skizziert: In Hamburg ist der ökonomische Strukturwandel vom Industrie- zum Dienstleistungs-„Standort“ weit fortgeschritten. Trotz Airbus-Bau, Medizintechnik und Hafen-Boom hat der klassische industrielle Sektor enorm an Bedeutung verloren, der (schon immer überdurchschnittlich starke) Bereich von Dienstleistungen, Handel und Verkehr hat seine Dominanz ausgebaut, ebenso die Medienindustrie. Diese Bereiche konnten jedoch – trotz enormer Förderanstrengungen der bis 2001 stets SPD-geführten Landesregierungen – nie die Arbeitsplatzverluste im traditionellen Sektor ausgleichen; die Arbeitslosenquote liegt seit langem im oberen Bereich der westdeutschen Bundesländer. Zynischerweise wurde die SPD 2001 zu einer Zeit abgewählt, wo sich die Lage deutlich zu bessern begann. Doch zu diesem Zeitpunkt hatte sich in Folge der ökonomischen Strukturkrise bereits eine enorme soziale Polarisierung verfestigt, die auch stadträumlich deutlich zum Ausdruck kam. In der Kombination von „Modernisierungs-Verlierern“ aus den klassischen einheimischen ArbeiterInnen-Milieus und einer anwachsenden, schlecht integrierten Migrationsbevöl-

kerung entstanden in Randstadtteilen und Hochhaussiedlungen mit der Zeit regelrechte Ghettos, in denen sich die Herausbildung eines neuen Sub-Proletariats konzentrierte und in Abwärtsspiralen gegenseitig verstärkte. Während die v.a. türkischen und südosteuropäischen (in den letzten Jahren zunehmend auch russischen) Migrationsmilieus sich in Folge der rassistischen Wellen Anfang der 90er Jahre in ihre eigenen, weitgehend abgeschotteten Subkulturen zurückzogen, machte sich bei den deutschstämmigen arbeitslosen oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen befindlichen Menschen ein Gefühl des Abgehängt- und Ausgestoßenseins breit, eine Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit, die sich allmählich auch in politischer Resignation und Empfänglichkeit für ressentimentgeladene, rechtspopulistische „Protest“-Parteien manifestierte. Diese sozialökonomische und politische Marginalisierung hat die regierende SPD in ihrer Mehrheit lange Zeit entweder gar nicht wahrgenommen, oder für ein vorübergehendes Phänomen gehalten. In den 90er Jahren gab es zwar einerseits zaghafte Ansätze, mittels spezieller Entwicklungsprogramme für soziale Brennpunkte gegenzusteuern, andererseits wurden im Zuge der Haushaltskonsolidierungspolitik jedoch bereits damals großflächig soziale Infrastrukturen entweder abgebaut (Bücherhallen, Jugendeinrichtungen, Sprachförderung usw.), oder so verteuert, dass sie für breite Schichten nicht mehr erschwinglich waren (Kita-Plätze, Schwimmhallen). Bis heute haben weite Teile der Hamburger SPD jedoch nicht verstanden (oder verstehen wollen), dass diese (politisch eher noch verstärkte) soziale Marginalisierung großer, klassisch sozialdemokratischer Bevölkerungsgruppen eine nachhaltige Erosion der eigenen WählerInnen-Basis zur Folge hatte, und damit die eigentliche Ursache des Machtverlustes von 2001 darstellt. So traf der bereits 1997 erfolgte Absturz auf damals 36% nicht nur den Spitzenkandidaten Voscherau, sondern fast die gesamte Partei völlig unvorbereitet. 2001 gelang zwar sogar ein leichter Stimmenzuwachs, dennoch reichte es aufgrund hoher

Verluste der Grünen nicht mehr zur Mehrheit.

Was unter SPD-Ägide eine unerwünschte, verdrängte Folge der Sparpolitik (neben der dafür natürlich viel bedeutenderen Bundespolitik) war, ist unter der CDU-Regierung seit 2001 offen strategisches Projekt: die Verstärkung sozialer Ungleichheit, die sozialräumliche Polarisierung und Abdrängung der marginalisierten Schichten in Armutsinseln bzw. an die Ränder der Stadt. Die immer noch erheblichen Restbestände sozialer Infrastruktur incl. arbeitsmarktpolitischer Einrichtungen werden in rasantem Tempo zerschlagen, bremsende Verordnungen wie Mietbegrenzungen für bestimmte Stadtteile beseitigt, zivilisatorische Standards wie Lehrmittelfreiheit, kostenfreies Schwimmen, Schuldenberatung oder gebührenfreie Vorschul- und Hochschulbildung und noch vieles mehr aufgehoben. Dass dies alles nicht bloß konsequentes, „leider notwendiges“ Sparen ist (wie auch manche Sozialdemokrat/innen naiv meinen, nach dem intern durchaus geraunten Motto: gut, dass wir das nicht machen müssen), sondern strategisches Konzept eines gesellschaftlichen Umbaus, kann man im formulierten und öffentlich bekannten Leitbild der „Wachsenden Stadt“ nachlesen; es ist die Blaupause eines neoliberalen Stadtumbaus, der ganz auf die Erhöhung der „Standortqualität“ für gutverdienende, hochqualifizierte und mobile Menschen setzt, während die ökonomisch überflüssige „urban underclass“ einerseits marginalisiert, andererseits repressiv integriert wird (Zwangsarbeitsdienste, Ausbau der Gefängnisse). Aktuell geraten die sozial marginalisierten oder von Abstieg bedrohten Schichten und Stadtteile also unter doppelt gesteigerten Druck: einerseits durch die Leistungskürzungen durch Hartz IV, andererseits durch die Zerstörung der sozialen Auffangnetze in Hamburg.

Zentrales Element dieses Umbaus ist die schrittweise Privatisierung der (potentiell) profitablen öffentlichen Dienstleistungen – und gleichzeitig der Hauptkulminationspunkt des sozialen Widerstandes. Zuerst entwickelte sich in 2001 aus eigentlich randständigen „autonomen“ Demonstrationen gegen die Räumung eines Bauwagenplatzes ganz ungeahnt eine Protestbewegung gegen die (Sozial-) Politik des Rechtsensats allgemein, die über mehrere Mona-

Sönke Klages arbeitet als Assistent einer Hamburger Bürgerschaftsabgeordneten und ist in der Hamburger SPD aktiv als Ortsvereinsvorsitzender und Koordinator der „Hamburger Linken“

te anhielt und auch viele Menschen über die politischen Kerne hinaus erreichte. Vor allem die (in Hamburg bei weitem größte) Gewerkschaft ver.di überwand sehr schnell klassische Berührungängste und verfolgte eine kluge Strategie der Vernetzung und Bündelung sozialer Kräfte, gepaart mit einer klaren politischen Positionierung gegen die Senatspolitik. Ver.di ist nach wie vor die mit Abstand wichtigste Kraft der politischen Opposition und des sozialen Widerstands in Hamburg. Sie war es auch, die als erste das neue demokratische Instrument der Volksentscheide nutzte, um sozialen Widerstand gegen die Privatisierungspolitik zu mobilisieren und zuzuspitzen. Ihre Kampagne gegen die Privatisierung des stadt eigenen Krankenhauskonzerns mündete Anfang des Jahres in einem mit über 2/3 der Stimmen angenommenen Volksentscheid. Da dieser aber (wahrscheinlich) rechtlich nicht bindend ist, fühlen sich CDU und Kapital nach dem gleichzeitigen Wahlsieg stark genug, um sich über ihn hinwegzusetzen. Dennoch hat dies andere Initiativen nicht davon abgehalten, weitere Volksbegehren auf den Weg zu bringen. So haben vor wenigen Wochen sowohl eine Initiative gegen die Privatisierung der Wasserwerke (mit fast 150.000 Stimmen) als auch eine gegen die Teil-Privatisierung der beruflichen Schulen (mit gut 120.000 Stimmen) das nötige Quorum zur Erzwingung eines Volksentscheides von 5% der Wahlberechtigten (ca. 60.000) jeweils weit übertroffen. Da beide Forderungen alles andere als Selbstgänger sind (für die Wasserwerke gibt es noch keine offiziellen Verkaufspläne, und der Senat streitet solche Absichten ab; der problematische Charakter der Umwandlung der Berufsschulen in eine Stiftung betrifft direkt nur wenige und ist nicht unmittelbar einsichtig), ist dieser Erfolg umso beachtlicher und stützt meine These (in spw ...), dass es in der Bevölkerung mittlerweile eine verbreitete Einsicht in die Problematik der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastruktur ganz allgemein

gibt. So haben die beiden Initiativen sehr grundsätzlich dafür geworben, dass öffentliche Güter nicht in profitorientierte Waren umgewandelt werden dürfen. Die Hamburger SPD hat sich übrigens mittlerweile auch recht klar dazu bekannt und beide Initiativen aktiv unterstützt. Diese grundsätzlich privatisierungskritische Positionierung stellt für die Partei einen klaren Fortschritt gegenüber den 90ern dar.

Parallel zu diesen Kampagnen und inspiriert durch die zunehmende Vernetzung der globalisierungskritischen Bewegung als „Sozialforumsbewegung“ gibt es auch in Hamburg seit ca. einem Jahr den Versuch des Aufbaus eines „Hamburger Sozialforums“. Professionell vorbereitet, nahmen an den beiden bisher stattgefundenen Plenumsveranstaltungen im Frühjahr und Sommer d.J. jeweils gut 300 Menschen aus verschiedensten Gruppen teil: linke Gewerkschafter/innen und Betriebsräte, Arbeitslose, Beschäftigte aus sozialen Einrichtungen, Stadtteilkaktivist/innen, Leute aus linken Splittergruppen. Die politische Stoßrichtung richtete sich gleichermaßen gegen die Hartz-„Reformen“ der Bundesregierung und gegen die Senatspolitik. Unter den Aktiven gibt es eine relevante, aber keineswegs dominante Schnittmenge zur „Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit“. Auch beim Sozialforum hat sich ver.di zu Beginn offensiv eingeklinkt und offen zur Mitarbeit bekannt.

Dieser vielversprechende Aufbruch ist im Sommer allerdings in eine Krise geraten. Die Fragilität eines auf Offenheit und Basisdemokratie setzenden, neu entstehenden Zusammenhanges und der unbestimmte, changierende Charakter zwischen Organisations-Bündnis, Aktiven-Netzwerk und einem „offenen Raum sich frei assoziierender Subjekte“ birgt stets die Gefahr des Scheiterns aufgrund unterschiedlicher, teils widersprüchlicher Erwartungen. Dies machten sich denn auch linke Splittergruppen mit altbekannten Destruktionsmethoden

(und teils ebenso altbekannten Gesichtern) zunutze und versuchten, ihre Dominanz durchzusetzen und eine vulgär-antikapitalistische, gewerkschaftsfeindliche Orientierung zu etablieren. So wurden ad hoc und an den Gewerkschaften vorbei Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV angesetzt, die jedoch nur äußerst geringe Mobilisierung und Öffentlichkeitswirkung erreichen konnten. Die Kampfbereitschaft auch großer Teile der gewerkschaftlichen Basis wurde so eher erstickt als entfaltet.

Zur Zeit ist das Sozialforum faktisch gespalten, die widerstreitenden Akteure stehen sich z.T. feindselig gegenüber. Ob es zu einem erfolgreichen Neustart kommen kann, ist offen und hängt sicherlich davon ab, ob es gelingt, die sektiererischen Kräfte wirksam zu marginalisieren, ohne gleichzeitig die Offenheit und Breitenwirksamkeit des Prozesses zu gefährden. Dafür spricht, dass es mittlerweile in einigen Stadtteilen regionale Zusammenhänge gibt, und das Projekt einer Aktionswoche gegen die Senatspolitik im November, welche wiederum v.a. von ver.di vorangetrieben wird.

Für die SPD bieten sich in dem Maße Anknüpfungschancen, wie sie sich sozial- und gesellschaftspolitisch klar positioniert und sich am Protest gegen die Senatspolitik aktiv beteiligt, ohne ihn dominieren oder instrumentalisieren zu wollen. Wegen der Berliner „Agenda“-Politik wird die Distanz zwischen Partei und sozialen Bewegungen mittelfristig groß bleiben. Dennoch können allmählich Bezugspunkte hergestellt werden, wenn es der Sozialdemokratie gelingt, ein klares und kohärentes, alternatives Leitbild für die Hamburger Politik zu entwerfen: die konkrete Vision einer ökonomisch und sozial integrierenden, modernen Großstadtpolitik. Für die (mittlerweile als „Hamburger Linke“ wieder besser vernetzte) sozialdemokratische Linke gilt es, hier einerseits programmatischer Motor zu sein, und andererseits schon jetzt die Bezüge zu den sozialen Bewegungen und Kämpfen zu suchen.

spw 5 / 2004

Soziale Bewegungen in Köln

von Hans Günter Bell

Für einige Wochen weckten die „Montagsdemonstrationen“ die Hoffnung auf einen Aufschwung der sozialen Protestbewegung und ein Aufhalten der fortschrei-

tenden Demontage des Sozialstaates. Doch der Impuls kam im Westen nur schwach an, die TeilnehmerInnenzahlen an den Demonstrationen in den alten Bundesländern

erreichten selten einmal den vierstelligen Bereich. Nach anfänglichen kleineren Zugeständnissen kann die Bundesregierung ihr „Hartz IV“-Gesetz letztlich ohne substanzielle Änderungen durchsetzen.

Doch nicht um diese aktuellen Proteste soll es im folgenden gehen, sondern um Versuche, eine tragfähige und langfristig aktive Struktur sozialen Protestes in Köln aufzubauen. Natürlich bestehen in einer Stadt

Hans Günter Bell, Stadtplaner, Dipl. Sozialwissenschaftler, wissenschaftl. Angestellter an der Fakultät für Raumplanung der Uni Dortmund, wohnt in Köln und koordiniert den Arbeitskreis „Unfairteilen!“ und das Bündnis Soziale Bewegung Köln

wie Köln vielfältige solcher Ansätze und sind unterschiedliche Akteure auf verschiedensten ‚Baustellen‘ tätig. Hier kann nur ein kleiner Ausschnitt vorgestellt werden: Die Arbeitsgruppe „Umverteilen“ bzw. der Attac-Arbeitskreis „Umfairteilen!“ und das Bündnis Soziale Bewegung Köln.

Von der AG „Umverteilen“ ...

Bereits im Jahr 1999 ist die Arbeitsgruppe „Umverteilen!“ gegründet worden; das erste gemeinsame Vorhaben ist eine Tagung gewesen, auf der im Januar 2000 etwa 150 Menschen über den Niedriglohnsektor, Konzepte für eine soziale Grundsicherung, die Vermögens- und Einkommensverteilung und Repressionen gegen Arme diskutiert haben.

Das Thema „Umverteilen“ ist von uns nicht zufällig gewählt worden. Vielmehr ist es unsere Überzeugung, dass die Verteilungsfrage im Zentrum der gesellschaftlichen Zukunftsfragen steht. Die Um- und Neuverteilung von Erwerbsarbeit, aber auch von unbezahlter Haus- und Familienarbeit, von Einkommen und Vermögen erscheint uns entscheidend, wenn es darum geht, die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, in Erwerbstätige und Erwerbslose zu überwinden, den Sozialstaat zukunftsfähig und die Gleichstellung der Geschlechter möglich zu machen. Sie ist ebenso alternativlos für die Wende zu einer ökologischen Nachhaltigkeit, die den wirtschaftlich Schwächeren Garantien gibt, dass der Perspektivenwechsel von Mehr Haben zu Besser Leben für sie nicht in sozialer Deklassierung mündet.

Zusammengefunden hatte sich in der Arbeitsgruppe ein bunter Kreis von SozialdemokratInnen, (Ex)Grünen, von Aktiven aus PDS und DKP sowie von GewerkschafterInnen, die über alle Partei- und sonstigen Grenzen hinweg darin übereinstimmen: an eigenständiger politischer Initiative von unten führt kein Weg mehr vorbei. Nachdem wir die Erfahrung gemacht hatten, dass es auf der Linken über organisatorische Grenzen hinweg mehr Gemeinsamkeiten gibt als mit den jeweils ‚eigenen‘ Neoliberalen haben wir gemeinsame politische Selbsthilfe von links-unten für unumgänglich gehalten. „Raus aus der Zuschauerdemokratie!“ – war der gemeinsame Impuls.

Neoliberale Veränderung, Umverteilung von unten nach oben findet keineswegs nur in der ‚großen‘ Politik statt. Daher haben wir uns aktiv an den lokalen Protesten gegen die Abschaffung des „Köln-Passes“ beteiligt, der ärmeren Haushalten einige Vergünstigungen bei der Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen und Dienstleistungen gewährte. Es folgte eine Veranstaltungsreihe, auf der wir eine kritische Halbzeit-Bilanz der rot-grünen Bundesregierung zogen. Ab Februar 2001 setzten wir unsere Bemühungen, dem Thema „Verteilungsgerechtigkeit“ auch in Köln mehr Aufmerksamkeit zu verschaffen mit dem Projekt „Reichtum umfairteilen!“ fort.

Foto: Herbert Sachs



Kann in dieser Art, Politik diesseits von und quer zu Parteien zu machen, eine Chance liegen, das verbreitete, aber politisch sprachlose Unbehagen an der real existierenden Gesellschaftsentwicklung auf die Bühne öffentlicher Auseinandersetzung zu bringen? Wir wissen es nicht. Allzu oft ist linke Euphorie im Katzenjammer geendet. Eine Tagung in Köln, und sei sie auch noch so gut besucht, macht noch längst keine Bewegung, und ein noch so engagiert durchgeführtes Projekt einer so kleinen Gruppe, wie die AG „Umverteilen“ sie nun einmal war, bewegt letztlich nicht allzu viel. ... zum Attac Arbeitskreis „Umfairteilen!“

Parallel zu unserer Arbeit als AG „Umverteilen“ hat sich auch in Köln die pluralistische globalisierungskritische Bewegung Attac gegründet und an Gewicht gewonnen. Da einige unserer Mitglieder zu den Gründern der Kölner Attac-Gruppe zählten und wir schnell feststellten, dass sich sowohl die inhaltlich-programmatischen Konzeptionen als auch die Praxis sehr ähnelten, haben wir uns im Herbst 2001 als Arbeitskreis „Umfairteilen!“ der Kölner Attac-Gruppe angeschlossen.

Seitdem hat sich bei uns auch personell einiges verändert: Leider ist der Kontakt zu manchen gewerkschaftlich engagierten KollegInnen abgerissen, dafür haben wir neue MitstreiterInnen, die über Attac den Weg zu uns gefunden haben, gewonnen.

In unserem ‚neuen‘ Arbeitskreis stand im Jahr 2002 das Projekt „Soziale Sicherungssysteme durch Umverteilung sichern!“ im Mittelpunkt. Umverteilung zwischen Nord und Süd durchzusetzen, und dies ohne die soziale Schieflage ‚bei uns‘ zu verstärken – das war, kurz zusammengefasst, der zentrale Ansatz des folgenden Projektes „Global umfairteilen!“. Ab Herbst 2003 haben wir darauf hingearbeitet, das Bündnis Soziale Bewegung NRW auch in Köln zu verankern und „einer starken Bewegung für mehr Gerechtigkeit“ zu mehr Schlagkraft zu verhelfen.

Attac-Kampagne „Gesundheit ist keine Ware“

Zugegeben, etwas sperrig ist er schon, der Titel unseres Projektes: „Soziale Sicherungssysteme durch Umverteilung sichern!“. Aber die Materie ist auch nicht eben einfach: Der Demontage zunächst des Renten- und dann des Gesundheitssystems eine alternative, solidarische und sozialstaatlich orientierte Alternativen entgegenstellen zu wollen, erfordert viel Sachverstand und Engagement. Und Attac ist es mit seiner Kampagne „Gesundheit ist keine Ware“ gelungen, beides in die Waagschale zu werfen.

In Köln hatte es sich der Arbeitskreis „Umfairteilen!“ zur Aufgabe gemacht, mit dem o.g. Projekt einen Beitrag zu dieser bundesweiten Attac-Kampagne zu leisten.

Thematisch war dieses Projekt in zwei Phasen geteilt: Am Anfang stand unsere Einschätzung, dass der rot-grüne „Umbau des Sozialstaates“ eigentlich ein Systemwechsel vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat ist. Dieser Systemwechsel stützt sich auf die *Inszenierung des Sachzwangs*: Bei der Rente war es angeblich die demografische Entwicklung, die Risikoprivatisierung und Finanzmarktrente als „alternativlos“ erscheinen lassen sollte. Im Gesundheitswesen ist das die „Kostenexplosion“. Die vorherrschende Botschaft ist in etwa: „Die Ausgaben steigen und steigen, die Beiträge steigen, irgendwann kann das keiner mehr bezahlen. Der Systemkollaps droht, wenn nicht entschlossen auf die Kostenbremse getreten wird.“

Nachzuweisen, dass dies nicht den Tatsachen entspricht oder zumindest eine sehr einseitige Interpretation der Fakten ist, und damit dem Versuch, mit Desinformationen Politik zu machen, entgegenzutreten, vor diese Herausforderung sahen wir uns gestellt.

Nach dieser Auseinandersetzung mit der „Ausgabenseite“ folgte die Frage nach den „Einnahmen“: Ist Deutschland wirklich so arm, dass es sich seinen Sozialstaat nicht mehr leisten kann?

Offenbar nicht, denn das Bruttoinlandsprodukt als Maß für den gesellschaftlichen Reichtum steigt Jahr für Jahr. Dass dies ein äußerst ungleich verteilter Anstieg des Reichtums ist, zeigt allein schon ein Blick auf den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Dort ist die erstaunliche Zahl von 27.230 Einkommensmillionären (Bruttoeinkommen im Jahr 1995) nachzulesen. Und auch die ‚gegenerische‘ Presse – vom Manager Magazin, über Focus Money bis hin zur Frankfurter Allgemeine Zeitung – kam nicht umhin, einen kleinen Einblick darin zu geben, „was Deutschlands Bosse verdienen“: Im Jahr 2000 stand der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank, Rolf Breuer, mit geschätzten Bezügen in Höhe von 11,19 Mio. Euro an der Spitze.

Solche Zahlen sind den meisten Menschen nicht bewusst. Gelänge es uns, *das Ausmaß des Reichtums in der öffentlichen Wahrnehmung zu verankern*, wären wir in der Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme vermutlich einen wichtigen Schritt voran gekommen.

Unser bescheidener Beitrag zu dieser „ökonomischen Alphabetisierung“ der Bevölkerung bestand zwischen Dezember 2001 und August 2002 aus insgesamt neun Treffen, der Teilnahme an einer bundesweiten Tagung in Heidelberg und drei Straßenaktionen, auf denen wir versucht haben, die komplexen Zusammenhänge des Themas einer möglichst großen Zahl von Menschen ein wenig durchschaubarer zu machen und für unsere Alternativen zu werben.

BündnisSozialeBewegung NRW

Aus der „Zuschauerdemokratie“ heraustreten und Verteilung und Verteilungsgerechtigkeit zum Thema machen, wollte nicht nur der Attac Arbeitskreis „Umfairteilen!“, sondern auch die Gewerkschaft ver.di. Im Mai 2003 beschloss deren nordrhein-westfälische Landesbezirkskonferenz die „Castroper Erklärung“. Damit war der Startschuss für das BündnisSozialeBewegung NRW gegeben.

In dieser Erklärung bemängelt ver.di, dass das Solidarprinzip zunehmend vom Konkurrenzprinzip verdrängt werde. Die Billigung der „Agenda 2010“ durch erdrückende Mehrheiten in den Regierungsparteien und die teils noch radikaler in die gleiche Richtung zielenden Konzepte der Opposition hätten deutlich gemacht, *dass neue Perspektiven für Sozialstaat und solidarische Gesellschaft nur noch im Wege einer starken Sozialen Bewegung aus der Gesellschaft selbst heraus eröffnet werden könnten*. Angesichts dessen, dass der „harte Kern“ der herrschenden Reformpolitik in Umverteilung von unten nach oben bestehe, komme dem Thema Verteilung und Verteilungsgerechtigkeit eine übergreifende Bedeutung zu. Insbesondere werde es darum gehen, dies für die Sozialversicherungen zu konkretisieren.

Ein Bündnis (nicht nur) für NRW

Mittlerweile haben sich eine ganze Reihe von Organisationen und Persönlichkeiten diesem Bündnis angeschlossen. Sie haben zwar von Anfang an erkannt, dass es nicht ausreicht, sich allein auf Landesebene zusammenzuschließen, wollen jedoch nicht nur Abwarten und Zuschauen, sondern durch praktisches Engagement im eigenen Wirkungsfeld ein Beispiel geben. Und tatsächlich wäre schon Erhebliches gewonnen, wenn das Land NRW sein Gewicht in der Bundespolitik für eine andere Politik einsetzen würde.

Die Mitglieder des Bündnisses glauben nicht, kurzfristig den Druck aufbauen zu können, der nötig ist, um die Politik zu einem Richtungswechsel zu drängen. Deshalb setzen sie auf einen langen Atem. Maßstab des Erfolgs kann demnach vorerst nicht ein Richtungswechsel der Gesetzgebung sein, sondern die schrittweise Formierung und das Erstarren einer Sozialen Bewegung.

Und schließlich betonen sie, dass sich gute Ideen nur verbreiten können, wenn sie „Beine kriegen“: Eine Soziale Bewegung lebt vom freiwilligen Engagement vieler. Deshalb sieht es das Bündnis als eine vorrangige Aufgabe an, die Bildung oder Weiterentwicklung lokaler Bündnisse anzuregen, zu ermutigen und zu unterstützen.

BündnisSozialeBewegung Köln

Dieser Strategie folgend wurde im Dezember 2003 mit Hilfe der Koordination des NRW-Bündnisses zu einem ersten Vorbereitungstreffen zur Gründung eines entsprechenden Kölner Bündnisses eingeladen. Dann gründeten Ende April 2004 u.a. Attac, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, das Kölner Arbeitslosenzentrum, der Sozialverband Deutschland und die Gewerkschaft ver.di das BündnisSozialeBewegung Köln. Unmittelbar danach haben sich auch der AStA der Uni Köln, der Kölner Appell gegen Rassismus und das Sozialistische Forum Rheinland dem Bündnis angeschlossen. Damit umfasst das BündnisSozialeBewegung Köln aktuell elf Organisationen unterschiedlicher Größe und politischer Tradition; in NRW ist das BündnisSozialeBewegung mittlerweile in 22 Städten und Regionen vertreten.

Die „Castroper Erklärung“ dient auch dem Kölner Bündnis als Grundlage. Wir sind überzeugt: Eine andere, sozial gerechte Politik ist nicht nur möglich, sondern auch notwendig, damit unsere Gesellschaft zukunftsfähig und damit auch geschlechtergerecht wird. Dies zu verdeutlichen, diente auch unsere erste gemeinsame Aktion.

Erste gemeinsame Aktion: „Sozialraub Stopp!“

Ende Juli 2004 hat das Kölner Bündnis Industrie- und Handelskammer und Agentur für Arbeit mit einem symbolischen Band

ihrer Opfer verbunden. Während der Aktion haben die Arbeitslosen entlang einer Kreidelinie tatsächlich ‚auf der Straße‘ gelegen und wurden dort ‚mit Füßen getreten‘ – es geschah ihnen also bildlich das, wogegen sich auch der Protest richtete: Die erniedrigende Behandlung der Arbeitslosen, denen zuerst die Unternehmen die Arbeitsplätze vorenthalten und denen dann von der Politik die Arbeitslosenunterstützung gekürzt wird.

Gesprächsfaden zwischen Gewerkschaften und soziale Bewegungen

Insgesamt kann nach den Erfahrungen der letzten Jahre festgehalten werden, dass der Schulterchluss zwischen Gewerkschaften und soziale Bewegungen noch auf sich warten lässt, aber immerhin nähern sie sich einander an. Eine Vorreiterrolle hat hierbei zumindest in NRW die Gewerkschaft ver.di, während sich andere Gewerkschaften mit einer offensiven Mobilisierung gegen den rot-grünen Sozialabbau in Land und Bund schwer tun. Ausdruck hiervon ist u.a., dass nach wie vor ver.di die einzige Einzelgewerkschaft ist, die dem BündnisSozialeBewegung Köln beigetreten ist; auch der Kölner DGB und selbst die DGB-Jugend halten (noch) Distanz.

Doch insgesamt ist eine positive Entwicklung nicht zu übersehen. Während im Vorfeld der Großdemonstrationen im April 2004 die Beziehungen zwischen dem Kölner DGB und Organisationen wie Attac noch durch wechselseitige Fremdheit geprägt waren, ist mittlerweile immerhin ein Gesprächsfaden entstanden. Dies zeigt sich bereits bei den Kölner Montagsdemonstrationen, die von Arbeitslosen, dem Kölner Arbeitslosenzentrum und Attac organisiert worden waren. Hier sprach der Kölner DGB-Vorsitzende ebenso wie ein Mitglied des örtlichen ver.di-Kreisvorstandes, und beide betonten, ihre politische Unterstützung für die Demonstrationen.

Die Frage ist jetzt, ob es gelingt, diesen Prozess weiterzuentwickeln. Die bevorstehenden Proteste gegen Sozialkahltschlag und für Umverteilung („Herbstkampagne 04“) sind eine günstige Gelegenheit, hieran gemeinsam zu arbeiten. In Köln jedenfalls, ziehen die im BündnisSozialeBewegung Köln zusammengeschlossenen Organisationen an einem Strang und haben bereits konkrete Aktionen und Veranstaltungen verabredet, um weiterhin für soziale Gerechtigkeit und einen zukunftsfähigen Sozialstaat zu streiten.

Weitere Info im Internet unter:

<http://www.attac-koeln.de/ak-umfairteilen-03.html>

<http://www.verdi.de/nrw/lbz/buendnis-soziale-bewegung>

<http://www.alle-gemeinsam-gegen-sozialkahltschlag.de/index.htm>

Der Umbau des (Sozial-)staats unter Labour

von Silke Muter Goldberg

„Things can only get better“ war einer der Wahlkampfsongs von Labour im 1997er Wahlkampf. Angesichts von mehr als einem Jahrzehnt konservativen Sozialabbaus und anhaltendem Privatisierungsrausch in Schlüsselindustrien schien diese schlichte Aussage nicht nur die Situation in Großbritannien exakt zu beschreiben, sondern sie barg auch ein Versprechen, und somit auch die Erwartung, dass es wieder aufwärts gehen sollte.

Fast forward zu 2004, etwa ein bis anderthalb Jahre vor der nächsten Parlamentswahl und angesichts des erodierenden Vertrauens in die Regierung Blair stellt sich die Frage, ob sieben Jahre nach dem Amtsantritt der ersten „New Labour“ Regierung die Versprechen gehalten worden sind und ob sich die sozialpolitischen Erwartungen erfüllt haben.

Sozialbilanz der Blair Regierung

Seitdem statistische Daten zur Auswertung der Sozialpolitik der Labour-Regierung für den Zeitraum von 1997- 2002/3 vorliegen, ist es möglich, eine soziale Zwischenbilanz anhand von „harten Fakten“ zu ziehen: Die neuesten gesicherten Daten aus dem Steuerjahr 2001/2002 zeigen, dass die Einkommensarmut in Großbritannien zum ersten Mal unter den niedrigsten Wert der 1990er Jahre gefallen ist, und die Zahlen sind weiter im Sinken begriffen. (Alle in diesem Artikel zitierten Zahlen entstammen der Studie: „Monitoring poverty and social exclusion 2003“ von Guy Palmer, Jenny North, Jane Carr and Peter Kenway, die vom New Policy Institute veröffentlicht wurde. Ein Abdruck der Studie kann im Netz unter <http://www.poverty.org.uk/reports/mpse%202003.pdf> eingesehen werden.) Arbeitslosenunterstützung (Out-of-work benefits) für Familien im erwerbsfähigen Alter mit abhängigen Kindern und RentnerInnen haben seit 1999 stark zugenommen, und zwar nicht nur über dem Inflationsniveau, sondern auch über den durchschnittlichen Lohnanstieg hinaus. Das New Policy Institute geht davon aus, dass die Erhöhung dieser Hilfen einen spürbaren Effekt auf die Haushalte, die von sehr

geringen Einkünften leben müssen, haben.

Die Anzahl von Personen in Haushalten mit geringem Einkommen betrug im Steuerjahr 2001/2002 im gesamten Vereinigten Königreich 12,5 Millionen oder 22 % der Bevölkerung, davon waren etwa 3,8 Millionen Kinder, 2,2 Millionen RentnerInnen und 6,6 Millionen Erwachsene im erwerbsfähigen Alter. 53% aller Familien mit alleinerziehenden Elternteilen leben in einkommensarmen Haushalten. Im Vergleich mit den westeuropäischen Staaten schneidet die Insel schlecht ab: Dennoch stellen die 12,5 Millionen eine Verbesserung dar, da sich die Anzahl der einkommensarmen Personen in der Mitte der 1990er Jahre auf 13,4 Millionen belief. Das Hauptziel der Regierung richtet sich in der Armutsbekämpfung auf die Reduktion der Anzahl von in Armut oder einkommensschwachen Haushalten lebenden Kindern und Ziel ist es, Kinderarmut bis 2010 quantitativ zu halbieren und bis 2020 vollständig zu beheben. Allerdings gibt es bereits jetzt Zweifel daran, ob dieses Ziel überhaupt erreicht werden kann, da bis dato nur etwa zwei Fünftel des Streckenziels erfüllt sind.

Der Hauptgrund für einen Rückgang der Zahl der Menschen in Haushalten mit niedrigem Einkommen ist, dass mehr Menschen erwerbstätig sind. Gleichzeitig ist aber die Anzahl der Menschen, die in Niedrigeinkommenshaushalten leben, in denen zumindest eine Person einer bezahlten Erwerbsarbeit nachgeht, nicht gesunken. Zwar berücksichtigen die für 2001/2002 verfügbaren Zahlen die neuesten Reformen der tax-credits noch nicht, aber das Versagen, den Anteil der arbeitenden Armen zu senken, ist angesichts der Ansprüche, mit dem die Regierung angetreten ist, bedenklich.

Da die Arbeitslosigkeit stark gefallen ist, ist auch die Proportion der armen arbeitenden Haushalte von 28 % in den drei Jahren von 1994 bis 1997 auf 15 % in den drei Jahren von 1999 bis 2002 gefallen. Gleichzeitig ist jedoch die Anzahl der arbeitenden Armen stark angestiegen: Ihr Anteil an den armen Haushalten betrug im

den Jahren 1994 bis 1997 33 %, jedoch 41% in den Jahren 1999-2002. Dies entspricht einem durchschnittlichem Anstieg der „arbeitenden Armen“ von 3 Millionen (1994-1997) auf 3,5 Millionen von 1999-2000.

Alle Armutsindikatoren zeigen, dass Armut und soziale Ausgrenzung generell im Nordosten Englands wirksamer als in anderen Gegenden sind. London hat überdurchschnittlich große Probleme im Bereich der arbeitenden einkommensschwachen Familien, die zusätzlich durch hohe Wohnungs- und Transportkosten in der Hauptstadt belastet werden.

Bedarfsgeprüfte Hilfen und Steuerkredite

Im Jahr 2003 wurde das bisherige Wohlfahrtssystem radikal verändert: Was die Reform als radikal auszeichnet ist nicht nur die Reform der Struktur des alten Wohlfahrtssystems, (und oft ein neuer Name für die verschiedenen Hilfen), sondern auch die deutlich höheren Summen, die an Berechtigte ausgezahlt werden. So sind zum Beispiel Bedarfs-getestete Hilfen für Familien mit Kindern und RentnerInnen stark gestiegen. Die Erhöhung übertrifft dabei die Raten der Preisinflation und die Lohnanstiegsrate. Daraus resultierte im April 2003 ein 15prozentiger Anstieg von Arbeitslosenhilfe (out-of-work benefits) für Familien mit zwei oder mehr abhängigen Kindern und auch RentnerInnen verglichen mit den Daten von 1998. Jedoch: Da das Einkommen derjenigen Haushalte, die allein von staatlichen Hilfen (out-of-work benefits oder andere Formen der Unterstützung) leben, vor 1998 soweit unter der halb-offiziellen Armutsgrenze lag, hat dieser Anstieg es nicht vermocht, diese Haushalte über die Armutsgrenze zu bringen und hat daher auch nicht zu einer Senkung der Anzahl der Menschen, die in Armut leben, beigetragen.

Der vollständige Effekt der Reformen hinzu den In-work-benefits und den Tax-credits die im Jahre 2003 vollzogen worden sind, bleibt jedoch noch aus; zumindest werden noch bis zum ersten Quartal 2005 keine Daten vorliegen, die eine Messung und Auswertung der Reformen möglich machen. Fest steht jedoch, dass die Einführung des Working Families Tax Credit in 1999 nicht nur zu einem scharfen Anstieg

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Ruhe im Land? Bernhard Müller: Stichwort: Rechtsextremismus – Rechtspopulismus; Joachim Bischoff: Neoliberaler Systemwechsel; Toralf Pusch: Der neue Generationenvertrag; Wer bietet weniger? Volker Stork: Diskussionsbeitrag zur Programmatik der WASG; Heinz Bierbaum: Der Niedergang der Sozialdemokratie und die Schwäche der Gewerkschaften

Tom Adler/Matthias Fritz: Etappe auf dem Weg wohin? Eine Antwort auf Udo Abelmann und Uwe Meinhardt; Michael Wendl: Die Lohnbewegung im letzten Konjunkturzyklus (1923-2001); Richard Detje/Jörg Köhlinger: Der Diebstahl an Zeit

Otto Pfeiffer: Venezuela nach dem Referendum; Antje Trosien: Die aktuelle Lage der ANC Youth League

Joachim Bischoff/Hasko Hüning: Sebastian Herkommer (1.9.1933-3.9.2004)

Joachim Bischoff/Hans-Georg Draheim: Fritz Behrens und die heutige Linke; Marion Fisch: »Der Untergang« (Filmkritik)

Supplement: Bernd Riexinger/Joachim Sauerborn, Gewerkschaften in der Globalisierungsfalle Vorwärts zu den Wurzeln!

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)
Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/280 505 68
e-Mail: redaktion@sozialismus.de

der Empfangsberechtigten geführt hat, sondern die Anzahl der Empfangsberechtigten ist noch weiter im Steigen begriffen.

Gleichzeitig werden auch die ersten Probleme mit den neuen Hilfen deutlich: Das erste Problem liegt darin, dass bei weitem nicht alle Berechtigten die ihnen zustehenden Hilfen in Anspruch nehmen. Das zweite Problem ist, dass durch die Konzentration auf Kinder- und RenterInnenarmut die Hilfen an Haushalte mit erwerbsfähigen aber arbeitslosen Erwachsenen ohne Kinder um mehr als 25% seit 1999 gefallen ist. Ende 2002 erhielten etwa 2 Millionen Erwachsenen im Erwerbsalter (ca. 16-65) ohne Kinder Bedarfsgestützte Hilfen. Da etwa ein Drittel dieser Gruppe über 50 Jahre als sind, deutet diese Altersstruktur der SozialhilfeempfängerInnen auf ein weiteres Zunehmen der Altersarmut im kommenden Jahrzehnt.

Öffentliche Reaktionen

Derart horrenden Zahlen, wonach etwa ein Fünftel der Bevölkerung (und etwa 30% aller Kinder) in einkommensarmen Familien leben, sollten eigentlich breit angelegte soziale Proteste, wie sie in der BRD im Zuge der Einführung von Hartz IV statt finden, vermuten lassen. Betrachtet man zusätzlich noch die allgemeinen Arbeitsbedingungen in Großbritannien (48 Stunden Wochen sind keine Seltenheit, viele Arbeitgeber erwarten von den Beschäftigten, dass sie ein »Opt-Out-Agreement« unterzeichnen, mit dem sie dann auf die Rechte, die ihnen in der europäischen Arbeitszeitdirektive gegeben werden, wieder verzichten, der Mindestlohn von ungefähr £4.50 ist im Südosten des Landes schlicht zu wenig sowie die Transportkosten v.a. in London und dem gesamten Süden Englands), wird diese Vermutung noch verstärkt. Jedoch:

Massenmobilisierungsthemen waren in den vergangenen Jahren nicht die Sozialpolitik der Regierung Blair, sondern außen- und sicherheitspolitische Themen wie die Teilnahme der Großbritanniens an den sogenannten Anti-Terror-Kriegen gegen Afghanistan, und, umstrittener, gegen das Regime von Saddam Hussein im Irak. Die geplante Einführung von biometrischen Personalausweisen sowie gesundheitspolitische Nebenschauplätze wie die vorsichtige Dezentralisierung des nationalen Gesundheitssystem NHS mit der Einführung von sogenannten foundation hospitals haben vor allem bei Labour HinterbänklerInnen zu Anlass zu Protesten geboten. Zwar wird sowohl von den konservativen Tories als auch von Labour und den Liberal Democrats erwartet, dass der erwartet, dass der nächste Wahlkampf von sogenannten »bread-and-butter- issu-

es« wie Bildung und Gesundheit dominiert werden wird. Bislang ist davon in der gesellschaftlichen Debatte allerdings wenig zu spüren; die unterschiedlichen Verwicklungen der Regierung Blair in Geheimdienstinformationen zum Irak und den Massenvernichtungswaffen sowie dominiert. Die Gründe dafür sind vielfältig: Im Großbritannien der späten 80er und frühen 90er Jahren wurde ein derart radikaler Sozialabbau betrieben (angefangen vom right-to buy Ausverkauf der Sozialwohnungen zur Streichung des Schulumilchprogramms), dass die allgemeinen sozialpolitischen Erwartungen an die Regierung eher niedrig ausfallen.

Die Erwartungen und das politische Bewusstsein der jüngeren Generation, deren politischen Sozialisation während der Thatcher- und Major-Jahre stattgefunden hat, sind parallel zu den Deutschen, die unter Kohl's geistig-moralischer Wende politisch sozialisiert wurden, noch geringer.

Nach Thatcher und Major ist Blair unbestreitbar eine Verbesserung, da die derzeitige Labourregierung die erste ist, die eine aktive Armutsbekämpfung auf ihre Fahnen geschrieben hat und auch – wenngleich langsam und nicht hinreichend- auf die Erreichung dieses Ziels hinarbeitet.

Es gibt aufgrund des reinen Mehrheitswahlsystems auch keinerlei sozialpolitische Alternative; und auch »Old Labour« ist insgesamt zu schwach und in außenpolitische Debatten um den Irak Krieg verwickelt

Kurioserweise ist einer der wenigen öffentlich wahrnehmbaren Proteste der der RentnerInnen gegen die Erhöhung der Gemeindesteuer, die in einigen Gegenden Englands und Wales' um bis zu 20 Prozent angestiegen ist. Angesichts der relativ hohen Hausbesitzerrate in Großbritannien ist dies ein durchaus ernstzunehmender Protest, er ist aber nur wenig organisiert und es ist derzeit nicht abzusehen, dass sich die protestierenden RentnerInnen in die gesamtpolitische Debatte um ein gerechteres Großbritannien einmischen.

Fazit

Insgesamt kann gesagt werden, dass eine Art »Aufzugseffekt« eingetreten ist: Zwar ist es der Regierung Blair gelungen, das Einkommensniveau eines signifikanten Teils der einkommensschwachen Bevölkerung zu heben. Labour hat es aber (noch?) nicht geschafft, den britischen Trend zu mehr »arbeitenden Armen« zu stoppen und strukturelle soziale Veränderungen lassen aber in der nach wie vor klassengeprägten Gesellschaft Großbritanniens noch auf sich warten.

Zum Verhältnis von SPD und Gewerkschaften nach der Agenda 2010

Rede anlässlich der Sommergespräche der IG Metall Nordhessen

Von Horst Peter

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn ihr unter der Themenstellung „Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Parteien“ zu euerm diesjährigen Sommergesprächen einladet, signalisiert ihr, dass ihr dieses Verhältnis als gestört, wenn nicht sogar als krisenhaft anseht. Ich sehe das genauso. Die aktuelle Ursache heißt Agenda 2010, es gibt aber auch tiefer liegende Gründe. In meinem Diskussionsimpuls will ich drei Fragen nachgehen:

1. Wie hat sich das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt?
2. Ist die gegenwärtige Krise des Verhältnisses zu den Parteien, insbesondere zur SPD, von einer neuen Qualität?
3. Welche Strategien zur Überwindung der Krise müssen diskutiert werden?

Zu 1. Wie hat sich das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Parteien in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelt?

Zum Grundverständnis der Gewerkschaften nach dem Ende des zweiten Weltkriegs gehörten zwei aus den Erfahrungen der Weimarer Republik erwachsenen Grundüberzeugungen. Einmal, dass Einheitsgewerkschaften am wirksamsten die Interessen der Arbeiterschaft durchsetzen können. Zum anderen, dass die Gewerkschaften am der staatlichen Neuordnung Deutschlands mitwirken müssen. Damit sich der Faschismus nicht wiederholen kann. Daraus ergab sich, dass Gewerkschaften zwar parteipolitisch unabhängig sind, aber ihre Mitglieder in den Parteien aktiv an der demokratischen Neuordnung mitwirken und für gewerkschaftliche politische Forderungen eintreten. Die Gewerkschaften erheben damit den Anspruch auf ein umfassendes politisches Mandat.

Zwar sind die ursprünglichen Kernforderungen: staatliche demokratische Wirtschaftsplanung, Sozialisierung der Schlüsselindustrien, Wirtschaftsdemokratie und soziale Demokratie durch den gesellschaftlichen Kom-

promiss des Grundgesetzes, der den Einfluss von Gewerkschaften und Arbeitgeber auf die Regelung der wirtschaftlichen Angelegenheiten mit Artikel 9 einhegte nicht Wirklichkeit geworden, aber der sozialstaatliche Konsens des Grundgesetzes machte die Gewerkschaften zu unverzichtbaren Akteuren bei politischen Entscheidungen.

Dialogpartner waren grundsätzlich alle politischen Parteien, aber naturgemäß war die Nähe zu den Parteien des linken Spektrums stets am größten, einschließlich des Arbeitnehmerflügels der recht Volksparteien CDU und CSU. Die besondere Nähe zur SPD als der großen linken Volkspartei war nie spannungsfrei. Ich erinnere mich an die Massendemonstration von 80.000 IG-Metallern, die Franz Steinkühler zur Protestbekundung gegen den drohenden Sozialabbau durch die sozialliberale Regierung Schmidt/Genescher aufgerufen hatte.

Im Unterschied zu heute hat sich damals Herbert Wehner nicht durch das Diktat des Kapitals, dem Graf Lambsdorff in seinem Wendebrief seine willige Hand lieh, erpressen lassen. So endete die sozialliberale Koalition – nicht durch die linke Kritik am NATO-Doppelbeschluss, wie die Legende behauptet.

Wie erklärt sich die Bereitschaft der engagierten Gewerkschafter 1981/82, gegen die von ihnen gewollte und gestützte Regierung zu protestieren? Es ging damals wie heute um die Grundprinzipien des deutschen Sozialstaatsmodells, das über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg von der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung getragen wurde und wird.

Mit der Aussage von Artikel 20 (1) des Grundgesetzes „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ identifiziert sich fast jede Bürgerin und jeder Bürger. Unter aktiver Mitwirkung der Gewerkschaften haben sich die wichtigen Elemente dieses „historischen Kompromisses“ entwickelt:

- Die Primärverteilung des erarbeiteten Wohlstands durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf der Basis der Tarifautonomie

- Die Sekundärverteilung durch Steuergesetze des Staates auf der Basis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Steuerzahler und der Unternehmen.

- Die solidarische Absicherung der großen Lebensrisiken Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Armut im Alter, Arbeitslosigkeit, Pflegebedürftigkeit durch ein System von Sozialversicherungen.

- Staatliche Gesetze zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und für besondere Lebenslagen.

- Rechtsanspruch auf die Führung eines menschenwürdigen Lebens bei Armut.

Zusammenfassend lässt sich die Frage nach dem Verhältnis von Parteien und Gewerkschaften kurz beantworten: Gewerkschaften und linke Parteien stehen bei der zentralen gesellschaftlichen Konfliktlinie der Bundesrepublik seit Mitte der 1970er Jahre zwischen wohlfahrtsstaatlichen und einem marktliberalen auf Individualismus und Leistung ausgerichteten Verständnis von Politik auf der gleichen Seite.

Zu 2. Ist die gegenwärtige Krise des Verhältnisses zu den Parteien, insbesondere zur SPD, von einer neuen Qualität?

Ich beantworte diese Frage mit einem eindeutigen ja. Der Freiburger Wahlforscher Gerd Mielke analysiert in der Frankfurter Rundschau unter dem Titel „Das (bedrohte) Sein prägt das Bewusstsein“: Die politische Kultur hat die Konfliktlinie zwischen Sozialstaat und Marktliberalismus in ein Links-Rechts-Schema transponiert, auf dem die Bürgerinnen und Bürger sich selbst und auch die politischen Parteien einordnen. Die überwältigende Mehrheit der Gewerkschafter ordnet sich und die SPD links und die CDU rechts ein, obwohl Teile der CDU-Wählerschaft sich zum Sozialstaatsmodell bekennen. Nach der deutschen nationalen Wahlstudie 2002 ordneten sich 44,3 % der Wählerinnen und Wähler links von der Mitte ein, 73 % der Befragten, die SPD wählen wollten, ordneten sich als links von der Mitte ein, nur 7,3 % positionierten sich rechts von der Mitte. Vor der Agenda 2010 war die SPD nach Ansicht ihrer Wählerschaft eine linke Volkspartei.

Was stellt das Neue nach der Agenda 2010 dar?

Das Gefühl der Sicherheit bei den großen Lebensrisiken und die Überzeugung, dass

Horst Peter, war in den 1980er und 1990er Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages und Sprecher der SPD-Parteilinken im Frankfurter Kreis, seit 1999 Sprecher des spw-Arbeitsausschusses und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e. V., lebt in Kassel

der erreichte Lebensstandard gesichert sei, wird durch die ideologische Wende der SPD-Elite der Mehrheit der Bevölkerung genommen.

Die Agenda 2010 stellt eine Zäsur im sozialpolitischen Politik- und Gesellschaftsverständnis dar: Die Bundespolitik nimmt Abschied vom historisch gewachsenen Sozialstaatsmodell der Bundesrepublik mit dem doppelten Anspruch aller einigermaßen den erreichten Lebensstandard zu sichern und die großen Lebensrisiken solidarisch abzusichern. Nach der Agenda 2010 wird nur noch die Untergrenze verteidigt, unter die niemand fallen soll. Damit wagt die SPD-Führung den Sprung über die Grenze der gesellschaftlich das Bewusstsein prägenden Konfliktlinie zwischen Sozialstaats- und Marktmodell, und das ohne ein weiteres Identität stiftendes politisch-gesellschaftliches Projekt.

Gerd Mielke beschreibt diesen Wechsel: „Den ohnehin demoralisierten Traditions-kompanien ist gewissermaßen das Offiziers-korps abhanden gekommen. Es hat sich im Casino des Gegners eingerichtet.“

Diesen dramatischen Wechsel auf der Führungsebene, der mit Einschüchterung der Abgeordneten, unter Einsatz der Vertrauensfrage durch den Kanzler und Parteivor-sitzenden bei gleichzeitiger Behauptung der Alternativlosigkeit dieser Politik auf dem „Erpressungsparteitag“ in Berlin durch-gepaukt, ist die Mitgliedschaft und Anhän-gerschaft nicht gefolgt. Sie beharrt zu ei-

nem großen Teil auf den programmati-schen Vorstellungen der Sozialdemokratie. Das ist um so erstaunlicher, als sie sich un-ter dem Trommelfeuer einer öffentlichen Meinung behaupten muss, in der ihre Ein-stellung als Relikt einer vergangenen Epo-che und als hartnäckiger Widerstand gegen notwendige Reformen und wirtschaftlichen Fortschritt diffamiert werden.

Das Ergebnis dieses Paradigmenwechsels: Es gibt sozialdemokratische Wählerpotenzi-ale, aber keine Partei mehr, die sie vertritt. Ihre Partei hat auf der für den eigenen Standpunkt entscheidenden Links-Rechts-Achse die Position geräumt und ein politi-sches Vakuum hinterlassen. Für diese Wäh-lerinnen und Wähler – überdurchschnittlich den Gewerkschaften nahe stehend – ent-steht eine dreifache Vertrauenskrise:

Erstens: Verlust der ideologischen Orientie-rung auf eine Partei auf der linken Seite der Links-Rechts-Achse.

Zweitens: Eliminierung aus den meinungs-bildenden Medien.

Drittens: Ausgrenzung ihrer handfesten Notlagen und Ängste aus dem Prozess der politischen Entscheidungsfindung.

Dieser Zustand trifft auch die Möglichkeiten der Gewerkschaften ihr politisches Mandat erfolgreich wahrzunehmen.

Zu 3.: Welche Strategien zur Überwin-dung der Krise müssen diskutiert wer-den?

Die Frage nach der politischen Vertretung dieses Teils der Wählerschaft ist entscheidend für den ge-sellschaftlichen Zusammenhalt. Den Gewerkschaften, ob-wohl selbst in der politischen Defensive, fällt große Verant-wortung bei der Bewertung dieser Frage zu. Deshalb müssen sie sich in die Dis-kussion der verschiedenen Strategien zur Überwindung der Folgen des Agenda 2010-Kurses einmischen und eine eigene Strategie finden, die die weiterführenden politi-schen Forderungen klärt.

Ist es hinreichend mit be-trieblichen und tariflichen Kämpfen zu drohen und sich auf die Montagsdemonstrationen zu verlassen? Betriebliche und tarifliche Forderun-gen hängen von der Glaub-würdigkeit der Drohung des erfolgreichen Kampfes ab, dem sich die Arbeitgeber stellen müssen. Demonstran-ten, deren gemeinsamer Nenner „Jetzt reicht's!“ ist, lei-den unter dem gleichen Mangel des hinreichenden Drohpotenzials.

Kann eine neue linke Partei das politische Vakuum auf der linken Seite der Links-Rechts-Achse auf parlamentarischer Ebene füllen? Selbst wenn es zur Gründung einer solchen Partei kommt, ist nicht zu erwarten, dass diese Partei – im Bündnis mit der PDS oder nicht – mehr als 10 % erreicht. Das reicht wahrscheinlich nicht einmal, die Me-diensperre gegen abweichende Positionen zum politischen Hauptstrom des Marktmo-dells zu durchbrechen und lässt diejenigen, die nicht bereit sind, eine neue Partei zu wählen, orientierungslos zurück.

Gibt es Chancen für eine Veränderung der gegenwärtigen SPD-Politik?

Die Strategie der SPD-Führung

- hoffen auf konjunkturelle Besserungen mit propagandistisch-verwertbaren Besse-rungen auf dem Arbeitsmarkt;
- hoffen auf eine Aufklärungs- und Erklä-rungskampagne;
- hoffen auf Gewöhnung an die Kürzungen und Vergesslichkeit
- warnen vor CDU und FDP, die noch grau-samer das „soziale Netz“ einscheiden wür-den

darf nicht hingenommen werden. Die Schwachstelle der SPD-Führungsstrategie ist die Nichtvermittelbarkeit der Agenda 2010 bei den negativ Betroffenen und die Weigerung, auch Reiche in die Umverteilung einzubeziehen. Bleibt eine Strategie, die darauf abzielt, das sture Beibehalten des Agenda-Kurses zu brechen und gleich-zeitig Forderungen zu erheben, die die SPD zwingt, den Anpassungskurs an das Marktmodell durch einen Kurs der Gegenwehr gegen das Marktmodell zu ersetzen:

- Wenn es der Trend ist, im Unternehmen das Diktat der Aktionäre durchzusetzen, brauchen wir mehr Mitbestimmung;
- Wenn es der Trend ist, Mehrarbeit durch-zusetzen, brauchen wir ein wirksames Ar-beitszeitgesetz, das gesetzlich die Ober-grenze der Mehrarbeit festlegt.
- Wenn es der Trend ist, die großen Risi-ken zu privatisieren, brauchen wir eine um-fassende, solidarische Bürgerversicherung, in die auch die Reichen nach ihrer Lei-stungsfähigkeit einbezogen werden.
- Wenn es der Trend ist, Armen den Ver-brauch ihres Vermögens bei Erhalt von Für-sorgeleistungen vorzuschreiben, müssen die Vermögens- und Erbschaftssteuer her-angezogen werden.
- Wenn es der Trend der politischen Elite ist, sich der Verantwortung gegenüber ihren Wählern zu entziehen, brauchen wir Abge-ordnete, die bei ihrer Aufstellung glaub-würdig machen, dass sie sich diesem Trend widersetzen.

Meine Hoffnung als Gewerkschafts- und SPD-Mitglied ist es, dass die Resignation noch nicht so verfestigt ist und möglichen vielen Genossinnen und Genossen diesen Weg gehen.



Foto: Herbert Sachs

SPD und Gewerkschaften – kommt (wieder) zusammen, was zusammen gehört?

von Björn Böhning und Daniel Friedrich

I. Eine Alternative links der SPD?

Die SPD ist dabei ihr zentrales Kompetenzfeld, das der sozialen Gerechtigkeit, Preis zu geben. Die letzten Monate und Wahlen haben gezeigt: Das Problem der SPD ist ein inhaltliches – kein kommunikatives. Bei zentralen Reformmaßnahmen wird die soziale Ausgewogenheit in Zweifel gezogen. Ökonomisch ist ein Abbau der Arbeitslosigkeit nicht in Sicht. Die Akzeptanz sozialdemokratischer Politik ist auf dem Tiefststand. Noch nie hat eine Regierungspartei in der Mitte der Legislaturperiode einen solchen Mobilisierungsverlust hinnehmen müssen. Die Regierungsfähigkeit der Sozialdemokratie steht angesichts von verheerenden Umfragewerten und Wahlniederlagen auf dem Spiel.

Doch nicht nur das. Die Sozialdemokratie steht vor einer entscheidenden Weichenstellung: Schafft es die SPD noch als Bindeglied großer gesellschaftlicher – und vor allem arbeitnehmerischer – Milieus zu wirken oder nicht? Bleibt die SPD eine große, ja linke Volkspartei oder erleben wir eine Zersplitterung der Linken wie in vielen anderen europäischen Ländern auch? Wird die Linke mit einer geschwächten SPD auf Jahre hinaus handlungsfähig?

Die Bindekraft der SPD wird nur Bestand haben, wenn es gelingt eine Vision zu entwickeln, wie sozialer Fortschritt in Zeiten der Globalisierung gerecht gestaltet werden kann. Und sie wird nur Bestand haben, wenn diese Vision gemeinsam mit den Gewerkschaften entwickelt und vorangetrieben wird.

Für einen solchen Zukunftsdiskurs bedarf es keiner „Wahlalternative“ und auch keinen neuen Populismus. Dazu ist der Mut zwischen SPD und Gewerkschaften notwendig, wieder aufeinander zuzugehen und gemeinsam Positionen zu entwickeln. Dies wird nicht automatisch geschehen. Dazu bedarf es Initiativen, Netzwerke und Diskursräume weit über Organisations- und Parteigrenzen hinaus. Ziel muss es sein, das derzeit brachliegende, zum Teil desorien-

tierte und deprimierte Wählerpotenzial, das sich neben der SPD auftut, wieder für die linke Volkspartei zu gewinnen. Andernfalls wird auf Jahre hinaus dieses Potenzial in der Enthaltung versinken – oder aber von Rattenfängern mobilisiert.

Die andere Volkspartei hat ihr Potenzial weitestgehend ausgeschöpft. Mit ihrer marktradikalen Programmatik schaffen sie es nicht, neue Wählerschichten an sich zu binden. Das ist auch gut so. Die wichtigste Botschaft dieser Tage lautet deshalb: Die SPD und auch die Gewerkschaften haben ihre Zukunftsfähigkeit selbst in der Hand.

Agenda 2010 – Der Spalt wird sichtbar

Kaum etwas macht den aktuellen Spalt zwischen der SPD und den Gewerkschaften so sichtbar wie die Agenda 2010. Mit der am 14. März 2003 verkündeten Regierungsgeschäftsagenda wollte Gerhard Schröder einen Schlussstrich unter die chaotischen Regierungsarbeiten ziehen, die nach der Bundestagswahl 2002 eintrat. Höhepunkt dieses Chaos waren die verlorenen Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen sowie die großen Verluste bei der Kommunalwahl in Schleswig-Holstein. Die Agenda sollte ein Befreiungsschlag sein. Aber sie versagte. Nicht nur die Wähler wenden sich seit dem weiterhin konstant von der SPD ab, auch die Gewerkschaften können eine Politik gegen ihr Klientel nicht mittragen und wenden sich gegen die Partei. Dafür gibt es unter anderem zwei Ursachen:

Erstens ist der Inhalt der Agenda (bis auf wenige Ausnahmen) sozial ungerecht, belastet einseitig die Schwachen und wird darüber hinaus nicht erfolgreich sein. Ein Beispiel: Bei einer offiziellen Arbeitslosenquote von über 30 Prozent in Teilen Mecklenburg-Vorpommerns wird die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes und die Minderung des neuen Arbeitslosengeldes II keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Diese Maßnahmen werden aber die Lebensqualität der Menschen und der ganzen Region nachhaltig verschlechtern. Statt zu Erkennen, dass 20 Jahre neoliberale

Politik die Probleme erst recht verschärft haben und man staatlich gegensteuern muss, verfällt man lieber den Protagonisten des „Wir haben immer noch zu viel Staat, zu viel soziale Sicherheit und sind deswegen wirtschaftlich nicht erfolgreich“.

Zum zweiten ist aber auch der Umgang der Partei mit der Agenda 2010 und ihren Inhalten Teil des Problems. Die Lehre aus dem Jahr 2003 lautet: Die Entmachtung der Partei – insbesondere an den Leitplanken Kommunikation und Politikentwicklung – hat eine Sinnkrise hinterlassen die schwer zu schließen sein dürfte. Der andauernde Ruf nach parteilicher Geschlossenheit, die nicht auf einer Basis gemeinsamer Inhalte zustande kam, sowie der ständige Aufbau politischer Drohkulissen haben viele Parteimitglieder deprimiert. Das heute, kaum ein Jahr danach, so viele – die beim Agendaparteitag 2003 ihre zustimmenden Hände gehoben haben – die beschlossenen Projekte kritisieren und nicht kommunizieren, ist ein Ergebnis dieser Entwicklung. Die jetzige Politik als alternativlos darzustellen, tut ihr übriges dazu. Diese Haltung lässt keinen Dialog zu, sie verhindert einen Prozess der Menschen mitnehmen kann. Zudem erschüttert sie das Vertrauen der politisch Aktiven in ihre Partei. Das Durchstimmen der Agenda 2010, der Umgang mit ihren Zweiflern und Kritikern, ist genauso schlimm, wie ihr Inhalt. Erst mit dem Projekt der Bürgerversicherung ist es wieder gelungen, Politikentwicklung und inhaltliche Diskurse zurück in die Partei zu holen.

II. Die Gewerkschaften aus Sicht eines SPD'ler

Wie alle Großorganisationen haben auch die Gewerkschaften Probleme organisatorischer und inhaltlicher Bindekraft. Ebenso wie die SPD haben die Einzelgewerkschaften mit massiven Mitgliederverlust zu kämpfen. Interessant in der aktuellen Situation ist, dass sowohl diejenigen, die in der Mehrheit für die Agenda 2010 sind, als auch diejenigen, welche gegen die Politik der Bundesregierung mobilisieren, Mitglieder verlieren. Dies ist als ein erstes Anzeichen dafür zu werten, dass linke Volkspartei und Gewerkschaften ähnliche, ja mit aus gleichen Ursprüngen resultierenden Problemen konfrontiert sind. Denn der gesell-

schaftliche und ökonomische Wandel untergräbt die bisherige Form politischer Interessensvertretung. Innerhalb der Unternehmen sehen sich die Gewerkschaften mit immer mehr Druck auf die Beschäftigten konfrontiert. Die ökonomische Krise, vor allem aber auch Profitstrategien multinationaler Konzerne verschärfen die internationalen Wettbewerbsbedingungen, meist ohne das sich Gewerkschaften in ausreichendem Maße dagegen wehren können. Die daraus entstehenden Repräsentanzprobleme treiben einen immer schwerer wiegenden Keil zwischen die einzelbetriebliche Ebene und die Politik der Gewerkschaften. Der Druck, welcher von Unternehmensseite ausgeübt wird, produziert gesplante Realitäten: Im Einzelbetrieb wird konstruktiv mit der Unternehmensführung zusammengearbeitet, während nach außen die „Klassenkampf-Rhetorik“ geübt wird. Bei Siemens konnte die Unternehmensführung in zwei Werken in Nordrhein-Westfalen erfolgreich die 40-Stunden-Woche erpressen, während die Beschäftigten bei DaimlerChrysler ihrem Vorstand erfolgreich die Stirn bot. Diese „gesplante Realitäten“ müssen offen thematisiert werden. Das würde aber bedeuten, einzugestehen, dass auch die Gewerkschaften mit inhaltlich-strategischen Problemen konfrontiert sind, die sie zumindest kurzfristig nicht auflösen können. Ein solcher Diskurs würde auch den Verständnisraum verbreitern, für die Konflikte, die sich innerhalb der SPD auftun. Denn gesplante Realitäten und Persönlichkeiten sind auch in der SPD vorzufinden. Verständnis dafür zu schaffen, dass SPD und Gewerkschaften gemeinsame Konflikte zu bestehen haben, würde zu der Schlussfolgerung führen, dass beide die inhaltlichen und strategischen Zukunftsfragen gemeinsam zu bearbeiten haben. Reformfelder sozialen Fortschritts in neuen Zeiten zu er-

kämpfen, würde erst einmal bedeuten, diese zu benennen. Das haben auch die Gewerkschaften zu lange vernachlässigt. Die Jahre 2003 und 2004 haben sie auf diesem Weg sogar zurückgeworfen. Denn die Politik der Bundesregierung und das taktische Vorgehen der Gewerkschaften selbst hat sich innerhalb der Organisation eine Abwehrhaltung über alle Ebenen hinweg breitgemacht. Diese – politisch zweifelsohne notwendige – Abwehrhaltung hat allerdings eine Debatte um gesellschaftliche Reformprojekte nach der Agenda 2010 zunichte gemacht. Wo sind zum Beispiel die vielen fruchtbaren Ansätze geblieben, welche in der IG Metall Zukunftsdebatte diskutiert worden sind? Diese Fäden wieder aufzugreifen, wäre mehr als sinnvoll. Es würde die Gewerkschaften aus ihrer Defensivposition herausholen. Denn auch die Gewerkschaften müssen innerorganisatorisch und gesellschaftlich ein Klima für Veränderungen schaffen, in das sich linke Zukunftsprojekte einfügen können. Denn für die Gewerkschaften gilt ebenso wie für die SPD: Auch sie haben nicht nur ein Vermittlungsproblem, sie haben auch ein Akzeptanzproblem.

Die SPD aus Sicht eines Gewerkschafters

Wer von außen auf die SPD schaut, spürt eine gewisse Hilflosigkeit. Hilflosigkeit daher, weil es so viele Handlungsfelder gibt, die es anzugehen gelte. Man muss sich hier allerdings auf ein einzelne Bereiche konzentrieren. Zum einen ist es diese Mutlosigkeit, die von zu vielen SPD-Politikern ausgeht. Statt das politisch Richtige zu tun, wird über die Probleme der Umsetzung debattiert. SPD-Politik wird nur noch als gefälliger Begleiter der Wirtschaft, nicht als Gestalter der Gesellschaft wahrgenommen. Sie agiert nur noch im Praktikablen, macht nur noch was geht. Eine Vision, ein größerer Zusammenhang ist nicht erkennbar. Des weiteren schreckt das Tempo des Wechsels von Inhalten. In nur einem Jahr werden Parteitagebeschlüsse und -programme über den Haufen geworfen und das Gegenteil ihrer Inhalte in der Regierungspolitik umgesetzt. Ob die Positionen schon immer falsch waren oder sie zur Zeit einfach nicht realisierbar sind, ist ungeklärt. Es rächt sich nun, dass 1999 Partei und Gewerkschaften sich nur kurz mit dem Blair-Schröder-Papier auseinandersetzen. Ohne parteiinterne Diskussionen und dazugehörigen Beschlüssen wird der „Dritte Weg“ durch Regierungshandeln umgesetzt. Die Top-Down-Politik hat obisieg. Dies führt zum nächsten Kritikfeld. Es ist schon erschreckend, wie die Partei und die Parteiführung mit Kritikern und Zweiflern umging. Statt sie mitzunehmen, wurden sie vor dem Kopf geschlagen, ihre Argumente in den Wind geschlagen und der einzelne Kritiker wurde pauschal verurteilt, dass er die Zeichen der Zeit noch nicht er-

kannt habe. Wer so mit Minderheiten umgeht, der darf sich nicht wundern, wenn genau diese ihm den Rücken kehren. Die Massenaustritte im letzten Jahr machen dies deutlich. Am schwerwiegendsten trifft aber der eklatante Unterschied zwischen Theorie und Praxis, zwischen Parteitagebeschlüssen bzw. Wahlprogrammen und Regierungshandeln. Der Erhöhung der Arbeitszeit für die Beamten, die Kündigung der Arbeitszeitarifverträge im öffentlichen Dienst der Länder, die Verschlechterung des Kündigungsschutzes und die Kürzung des neuen Arbeitslosengeld II sind nicht vereinbar mit der verabschiedeten Programmatik der Partei.

Es wäre aber zu einfach, dies als SPD zu beschreiben. Die SPD ist mehr. Sie steht für Menschen, die sich vor Ort um die alltäglichen Problemen kümmern, sich für die Ortsumgebung einsetzen, für den Erhalt von kommunalen Arbeitsplätzen kämpfen und Stadt(teil)efeste für die Menschen organisiert. Politiker die gemeinsam mit den Gewerkschaften über die Zukunft des Hafens oder des Gewerbegebietes diskutieren. Die für die Bürgerinnen und Bürger ein offenes Ohr haben, sich ihrer annehmen und versuchen ihnen konkret zu helfen. Es wäre gut, wenn diese Menschen wieder mehr Rücken- statt Gegenwind aus Berlin bekommen.

III. 16 Jahre Kohl – Gemeinsam „Nein“-Sagen

Es lohnt einen Blick darauf zu werfen, wieso – anscheinend mit einem Schlag – das Verhältnis zwischen der SPD und den Gewerkschaften von heute auf morgen in Frage gestellt wird? Eine jahrzehntelange gute Gemeinschaft, deren gemeinsame Traditionen oft betont, ja teilweise beschwört wurde und wird. Vielleicht ist es die Oberflächlichkeit, mit der diese Partnerschaft insbesondere in den letzten zwanzig Jahren gepflegt wurde. Statt die Probleme, die sich in den letzten Jahren der Schmidt-Regierung zwischen den Gewerkschaften und der SPD (aber auch die innerhalb der SPD) herauskristallisierten, gemeinsam zu analysieren und neue, gemeinsame Antworten herauszuarbeiten, beschäftigten sich beide hauptsächlich mit sich selber. Die Gewerkschaften, an vorderster Front die IG Metall und die damalige IG Druck und Papier (heute Ver.di) kämpften für kürzere Arbeitszeiten, während gleichzeitig die SPD nach dem Ende der sozialliberalen Regierung ihre Wunden leckte und versuchte sich inhaltlich und personell neu aufzustellen. Gemeinsame Projekte und Diskussionen waren Mangelware. Eine Synchronisation zwischen den Partnern fand nicht statt. Dieses „Mono-Diskutieren“ wurde durch den Fall der Mauer und der deutschen Einheit weiter verstärkt. Die Gewerkschaften konzentrierten sich auf die Tarif- und Betriebspolitik



Foto: Christian Kiel (Berlin)

und kämpften hart um die Arbeitsplätze. Für die SPD kamen weitere Wahlen in den Kommunen und Ländern hinzu, nicht zuletzt die Bundestagswahl 1990, die deutlich verloren wurde. Die gemeinsame Klammer in der politischen Auseinandersetzung war das „Nein-Sagen“. Dies war nie falsch, wenn CDU und FDP anfangen den Sozialstaat zu demontieren. Mit der Erfahrung des sozialliberalen Sparpakets 1996 folgte dann auch das letzte starke Zusammenrücken von SPD und Gewerkschaften. Das Bündnis für Arbeit wurde von der Kohlregierung nur für die anstehenden Landtagswahlen ausgenutzt. Nach den Wahlen und dem Scheitern des Bündnisses machte die Regierung sich zum Erfüllungsgehilfen der Arbeitgeberverbände. Nicht zuletzt auf Grund dieser Erfahrung sprachen sich die Gewerkschaften dadurch massiv wie selten zu vor für einen Politikwechsel mit Rot-Grün aus und investierten mehrere Millionen Euro in die Kampagne „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“. Aber auch der Wahlerfolg 1998 schaffte keine neue Allianz. Das jahrelang gemeinsame „Nein“ war und ist zu wenig, wenn tragfähige Alternativen erarbeitet werden sollen.

„Parteifreiheit“ in den Gewerkschaften

Der ehemalige Vorsitzende der IG Metall, Hans Mayr, soll Bewerber, die im Vorstellungsgespräch eine Parteizugehörigkeit verneinten, sinngemäß gefragt haben: „Wie willst du die Interessen der Arbeitnehmer in diesem Parlamentarischen System vertreten, wenn du nicht Mitglied einer Partei bist?“ Er brachte es damit auf den Punkt. Gewerkschaften sind eigenständig und machtvoll. Über die Betriebs- und Tarifpolitik gestalten sie die Arbeitsbedingungen von Millionen von Arbeitnehmern. Für eine vollständige Vertretung reicht dies allerdings nicht aus. Das Parlament bestimmt weit über die Gestaltungskraft der Gewerkschaften die Regeln in unserer Gesellschaft. Die Grundlagen der Sozialversicherung, Arbeits- und Tarifrecht und das Bildungssystem sind durch Druck beeinflussbar, aber gestaltet wird es von den Parteien, die die Mehrheit im Bundestag haben.

Und genau in diesen Parteien engagieren sich immer weniger Gewerkschafter, beziehungsweise sind Mitglied. Dies gilt explizit für jüngere Gewerkschaftssekretäre/innen. Die Selbstverständlichkeit, dass hauptamtliche Gewerkschaftssekretäre auch Mitglied einer Partei – in der Regel in der SPD – sind, ist damit obsolet. Aber nicht nur bei den Beschäftigten der Gewerkschaften ist eine Parteithaltigkeit zu erkennen. Immer weniger Betriebsräte und Vertrauensleute haben ein Parteibuch, von Partei-Betriebsgruppen ganz zu schweigen. Kontakte zu Abgeordneten oder Kreisvorständen kommen zu meist nur in betrieblichen Krisensituationen zu-

stande. Dies hat neben der Arbeitsbelastung natürlich auch mit einer Unzufriedenheit mit der Arbeit der Parteien bzw. der Regierungen zu tun. Den Kritikern der Gewerkschaften im Betrieb wird allerdings entgegengehalten, dass sie sich ja einbringen können, die Gewerkschaften von innen verändern. Sie werden eingeladen die Gewerkschaft mitzugestalten, dadurch, dass sie sich einmischen. Bei den Parteien scheint den Gewerkschaftern dieses Selbstverständnis abhanden gekommen zu sein. Auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall im August 2003 warnte Berthold Huber: „Parteilpolitische Abstinenz stärkt nicht unsere Positionen, sie schwächt sie. Wir müssen uns auch in die Entscheidungsprozesse der Parteien einmischen, wenn wir uns nicht zur Reparaturkolonne der Politik degradieren lassen wollen.“ Das Tagungsprotokoll verzeichnete Beifall. Hoffentlich war dies nicht die einzige Bewegung in dieser Sache.

Wie in der Ehe, das Auseinanderleben nicht mitbekommen

„Wir haben einfach nicht mehr miteinander geredet. Und wenn doch, dann haben wir uns einfach nicht mehr zugehört!“ Nicht wenige Paare ziehen am Ende ihrer Beziehung dieses Resümee: Mangelnde Kommunikation. Sich nichts mehr sagen und nicht mehr zu hören, ist Gift für die Beziehung. Auch in der „Ehe“ von SPD und Gewerkschaften ist fehlende Kommunikation mit Schuld für die aktuellen Probleme. Nicht nur der Rückgang des ehrenamtlichen Engagements und das zunehmende Misstrauen gegenüber Großorganisationen hat es für jede Organisation für sich schon schwer genug gemacht. Für den Dialog miteinander reicht es nicht mehr. Die älteren Genossen und Gewerkschafter, für die eine beidseitige Mitgliedschaft und Mitarbeit, selbstverständlich war, wuchsen aus der politischen Arbeit heraus. Eine automatische Nachwuchs blieb aus. Wer aber nicht miteinander redet, der versteht sich auch nicht mehr. Wenn in den Parteien (auch in der SPD) hauptsächlich nur noch Lehrer, Akademiker und Beamte Politik machen, dann ist ein Abrücken von klassischen Arbeitnehmerpositionen unvermeidlich. Erst recht, wenn diese Politiker in ihren Orts- und Kreisverbänden nicht auf Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stoßen, die ihnen das „wahre“ Leben beibringen. Anders herum ist es unmöglich im Betrieb Sachzwänge, wie leere Kassen oder auch fehlende politische Handlungsmöglichkeiten bei kommunalen Problemen zu verstehen, wenn man nur über Politiker redet und nicht mit ihnen. Die Erkenntnis, dass man den Dialog zwischen SPD und Gewerkschaften wieder verstärken muss, ja sogar mit klaren Strukturen unterlegen muss, ist nicht neu. Schon Anfang der 90er wollten Björn

Engholm als damaliger SPD-Vorsitzender und sein Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing mit dem Programm „SPD 2000“ eine neue Beteiligungs- und Diskussionskultur implementieren. Nach dem Rücktritt von Engholm und dem personellen Wechsel an der Spitze der Partei verschwand dieser Ansatz in den Schubladen der Parteizentrale. Viele Ehen konnten gerettet werden, weil beide Partner sich bewusst über ihre Probleme wurden und beide sich entschieden, wieder stärker miteinander zu reden, zu diskutieren und einfach wieder mehr miteinander zu machen.

Jugendbündnisse

Es gibt aber einige erfolgreiche Kooperationen und Initiativen auf die man für die Zukunft aufbauen kann. Im Bereich Ausbildung hat sich in den letzten Jahren zum Beispiel eine fruchtbare Kooperation zwischen jungen Gewerkschaften und den Jusos herausgebildet. Die jahrelange gemeinsame Kampagne für eine Ausbildungsumlage hat bei Gewerkschaftsjugend und jüngerer Sozialdemokratie zur gegenseitigen Akzeptanz beigetragen und die Zusammenarbeit gestärkt. Allerdings bleibt zu befürchten, dass der unvollendete Erfolg der Kampagne durchaus auch zu Resignation beiderseits führt und die Quelle gemeinsamer Netzwerke versiegt. Die Ausbildungsthematik ist und bleibt ein wichtiger Kristallisationspunkt für beide Organisationen. Bei dem aktuell in der Novellierung befindlichen Berufsbildungsgesetz zeigt sich erneut diese Kooperationsbereitschaft. Bundesweit wurden verschiedene thematische Jugendbündnisse für eine fortschrittliche Reform gegründet. Solche Initiativen sind und bleiben wichtig, hängen jedoch entscheiden davon ab, wie sie vor Ort – im Land und in der Kommune – von Aktiven beider Organisationen aufgegriffen werden.

IV.

Wenn linke Politik wieder mehrheitsfähig gemacht werden soll – parlamentarisch wie gesellschaftlich – dann müssen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften wieder zueinander finden. Hierfür sollen ein paar Vorschläge unterbreitet werden, wie gerade auf der strukturellen Ebene Verbesserungen erfolgen können. Das notwendige zusätzliche inhaltliche Aufeinander zugehen, könnte dadurch erleichtert und untermauert werden.

Die Tradition als Chance erkennen – wieder miteinander reden

Wer über 100 Jahre Seite an Seite für eine bessere Gesellschaft gekämpft hat, wer dabei Bismarck, Weimar und das Dritte Reich überlebt hat, der darf dies nicht kampfflos aufgeben. Die gemeinsamen Wurzeln von SPD und Gewerkschaften ver-

pflichten beide Seiten zu einem Erneuerungsprozess. Auch wenn einige es glauben, beide können ohne den anderen nicht. Wie bei siamesischen Zwillingen, man kann sie trennen, aber das Leben nach der Trennung ist nie mehr wie vorher. Den Gewerkschaften wird der fehlende parlamentarische Arm vor die kaum lösbare Aufgabe stellen, Arbeitnehmerpolitik gleichberechtigt in die Parteienlandschaft einfließen zu lassen. Kurzzeitige Allianzen zwischen einzelnen Parteien und den Gewerkschaften können kurzfristig erfolgreich sein. Aber sie ersetzen keine dauerhafte Partnerschaft. Will die SPD (wieder) die Partei der sozialen Gerechtigkeit sein, braucht sie programmatische Unterstützung durch die Gewerkschaften. Zudem sind die Gewerkschafter auf Grund ihres täglichen Basisbezuges unverzichtbar für ein „hineinhorchen“ in die Wählerschaft. In einer Medienlandschaft, die fast ausschließlich Konservative und Neoliberale unterstützt, ist die SPD zudem auf Partner angewiesen, die direkt am Wähler sitzen. Dies ist unabhängig davon, ob die SPD sich an der Regierung oder in der Opposition befindet.

Die Sprachlosigkeit, mit der sich Sozialdemokraten und Gewerkschafter heute häufig begegnen, resultiert zudem nicht nur aus politischer Entfremdung, sondern vor allem auch fehlender politischer Orientierung, ja Verzweiflung, nicht mehr gemeinsame Fragen aus veränderten Zeiten zu finden und Anforderungen abzuleiten. Gerade deshalb sind großspurig angekündigte Gewerkschaftsaustritte auf Seiten der SPD und Parteiaustritte auf Seiten der Gewerkschaften nicht nur kontraproduktiv, sondern ein Herausstellen aus einer notwendigen Auseinandersetzung und Diskussion. Unkenrufe auf beiden Seiten helfen deshalb nicht weiter. Wer in der SPD meint, wir brauchen keine Gewerkschaften mehr, der muss die Frage beantworten: Auf welchen mobilisierungsfähigen Akteur außerhalb der SPD will man statt der Gewerkschaften setzen? Den BDI?! Und wer in den Gewerkschaften meint, eine starke SPD sei nicht notwendig, der muss die Frage beantworten: Ist eine Zersplitterung der Linken die Gewähr für eine sozialere, fortschrittlichere Politik? Beide Positionen sind strategische Sackgassen für die Durchsetzung einer linken, radikalreformerischen Politik.

Gemeinsamkeit kann man nicht verordnen. Gerade wenn man sich auseinandergeliebt hat, reichen nicht Worte. Auch das alleinige Treffen der Spitzen, z. B. im Gewerkschaftsrat, wird kaum zu einer Verbesserung der Gesamtlage führen. In den aktuellen strategisch wichtigen Politikfeldern müssen gemeinsam Positionen und Alternativen erarbeitet werden. Dabei darf nicht das „Recht behalten“ das Geschehen bestimmen, sondern vielmehr die gemeinsame richtige Position, die Diskussion darüber und das Bemühen um einen tragfähigen Konsens.

Gemeinsam an Alternativen zur aktuellen Politik arbeiten

SPD und Gewerkschaften müssen auf allen Ebenen gemeinsamer Arbeitsgruppen und Foren zu Zukunft des Steuersystems, der Kranken- und Rentenversicherung sowie der Bildungspolitik inklusive Forschung und Entwicklung einrichten. Darüber hinaus gibt es lokal und regional weitere bedeutsame Themen, in denen eine gemeinsame Erörterung sinnvoll erscheinen kann. Dafür ist ein neuer Diskussionsprozess notwendig. Eine neue Diskussionskultur. Kritik und Widerspruch müssen erlaubt, ja gar gewünscht sein. Start dieses Prozesses könnten Landeskonferenzen sein, in denen die oben genannten Themen in Workshops behandelt werden und die Teilnehmer sich zur Hälfte aus Gewerkschaftern und SPD'lern zusammensetzen. Aus den verschiedenen Gewerkschaftsräten konnten zudem Programmgruppen zu aktuellen Themen initiiert werden.

Begegnungen organisieren

Gerade für jüngere Sekretäre und Betriebsräte, aber auch für junge Abgeordnete, Parteibesetzte und Jusos sollten gemeinsame Bausteine in der Aus- und Weiterbildung angeboten werden. Gegenseitige mehrwöchige Praktika im Willy-Brand-Haus bzw. der Fraktion oder in den Gewerkschaftszentralen und ihren Gliederungen könnten Einblicke in die Partnerorganisation geben. Auch könnten die Ausbildungsprogramme der Gewerkschaften (z.B. beim Trainee-Programm der IG Metall) und der Partei stärker miteinander verzahnt werden. Dies mit programmatischen Inhalten zu untermauern, wäre in einer gemeinsamen zukünftigen Vorgehensweise hilfreich. Die Andersartigkeit anerkennen und akzeptieren

In einem gemeinsamen Prozess gilt es auch wieder zu lernen, dass die andere Seite „anders“ ist. In der SPD sind nicht nur die klassischen Arbeitnehmer organisiert. Beamte, Lehrer, Rechtsanwälte, Richter und sogar Selbstständige bestimmen neben den „Arbeitern“ die Politik. Zudem müssen SPD-Politiker in Parlamenten und als Regierungsvertreter Verantwortung übernehmen, quasi als Chef auftreten. Gerade, wenn „Mangel“ verwaltet wird, führt das zu erheblichen Problemen mit den Gewerkschaften. Als Interessenvertretung der Beschäftigten stellen diese erst einmal naturgemäß deren Schutz in den Vordergrund. Es wäre ein gutes Stück einfacher, wenn beide Seiten diese Unterschiedlichkeiten wahrnehmen und in den politischen Prozess einfließen lassen würden. Wenn es um konkrete Probleme geht, wird die andere Seite sie nicht einfach in meinem Interesse lösen, nur weil es die SPD oder die Gewerkschaft ist.

Netzwerke junger Gewerkschaften: „Jugendgewerkschaftsrat“

Politik braucht Diskurse. Die schwindenden Parallelmitgliedschaften von GenossInnen und KollegInnen erschwert diese Diskussion. Es besteht die Gefahr, dass – fernab von tagespolitischen Auseinandersetzungen – sich SPD und Gewerkschaften kulturell, politisch und persönlich über den Generationenwechsel entfremden. Deshalb wird es mehr und mehr wichtig sein, Netzwerke zwischen den Jungen in SPD und Gewerkschaften zu schließen. Gerade auch weil viele jüngere Sozialdemokraten und Gewerkschaften erkennen, dass der derzeitige Konflikt zwischen beiden Organisationen auch ein überholter Grabenkampf einer verkämpften Generation ist, bedarf es eines neuen, sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Bündnis für sozialen Fortschritt.

Die Jusos haben dazu mit zahlreichen jüngeren Gewerkschaften eine Initiative für ein Netzwerk „Jugendgewerkschaftsrat“ gestartet. In den kommenden Wochen und Monaten wird es darauf ankommen, diese Initiative in beiden Organisationen zu verankern und Diskurse über den Tag hinaus anzustoßen. Auf beiderlei Seiten ein Verständnis für unterschiedliche Organisationskulturen, aber auch politische Herangehensweisen zu erzeugen, sowie tradierte und blockierende Logiken und Handlungsweisen zu hinterfragen, wird dabei fundamental wichtig sein. Gleichzeitig wird es zur strategischen Herausforderung für alle, ein solches Netzwerk nicht zum „old-boys-network“ verkommen zu lassen, sondern einen offenen und projektorientierten Diskursraum zu etablieren. Bei dem Engagement zudem auch junge Frauen angesprochen werden.

Fazit

Diese Beispiele zeigen: Gewerkschaften und SPD werden gebraucht – sie werden gemeinsam gebraucht. Die Zukunftsaufgaben der Linken werden vor dem Hintergrund gesellschaftlicher und ökonomischer Umbrüche nicht weniger, sondern umfangreicher. Dem müssen sich KollegInnen und GenossInnen dann aber auch gemeinsam stellen. Eine Zersplitterung der Linken würde nur den Marktradikalen den Weg bereiten. Gerade deshalb bringt es auch nichts, sich dieser Auseinandersetzung durch Partei- oder Gewerkschaftsaustritt zu entziehen. Ohne mobilisierungsfähige Gewerkschaften kann die SPD keine linke Reformpolitik durchsetzen. Und ohne eine starke SPD sind die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Interessensvertretung begrenzt.

An das tradierte Verhältnis von SPD und Gewerkschaften werden neue Fragen gestellt. Diese Fragen zu beantworten oder sich zumindest auf die gleichen Fragen zu verständigen, wäre die zentrale Aufgabe von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten der nächsten Generation. Wenn dies nicht gelingt, birgt das Verhältnis beider Organisationen auf Dauer eine gefährliche Sprengkraft. Die Implosion aber gilt es zu verhindern.

Sinn und Unsinn privater Wasserversorgung in Entwicklungsländern

Die Beispiele Manila und Buenos Aires

Von Sebastian Vollmer

Allgemeine Entwicklung

Anfang der 90er Jahre kam es zu einem Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik. Um eine von angespannten Haushalten der Industrieländer verursachte Stagnation der Entwicklungshilfe zu kompensieren, setzte man vermehrt auf das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit in Form von Public-Private-Partnerships (PPP) bzw. Public-Sector-Participation. Damit war die Hoffnung verbunden, die überschuldeten Haushalte der Entwicklungsländer von Investitionen und Subventionen zu entlasten und dadurch den Weg für Investitionen in andere Bereiche wie Bildung oder Gesundheit zu ebnen. Gleichzeitig ist man davon ausgegangen, dass private Betreiber effizienter sind als ihre staatlichen Pendanten und somit bessere Leistungen zu günstigeren Preisen anbieten können. Stillschweigend wurde dabei vorausgesetzt, dass man die Interessen von privaten Investoren mit entwicklungspolitischen Zielen unter einen Hut bringen kann und öffentliche Institutionen in der Lage sind, Gemeinwohlinteressen gegenüber dem privaten Investor durchzusetzen. Das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit hat auch im Wassersektor Einzug gehalten. Abbildung 1 stellt die Volumina der Privatisierungsprojekte in diesem Sektor für den Zeitraum von 1990 bis 2001 dar.

Regional haben sich die PSP-Projekte in erster Linie auf Lateinamerika und Südostasien konzentriert, in den letzten Jahren wurden aber auch zunehmend Projekte in Afrika gestartet. Obwohl ein stetiger Anstieg der Investitionen im Wassersektor zu erkennen ist, bleiben diese jedoch weiterhin hinter anderen Bereichen wie zum Beispiel Elektrizität zurück. Dies hängt sicherlich damit zusammen, dass der Wassersektor nach wie vor als hoch sensibel gilt.

Trotz dieser erkennbaren Bemühungen ist die Erfolgsbilanz der Entwicklungspolitik bei der Lösung der globalen Wasserkrise eher bescheiden. In den 90er Jahren ist die Anzahl der Haushalte mit Wasseranschluss nur mäßig gestiegen, besonders in ländlichen Gebieten ist die Situation nach wie vor drama-

tisch. Abbildung 2 liefert einen Überblick über die Ausweitung der Wasserversorgung in den 90er Jahren.

Selbst wenn ein Wasseranschluss vorliegt, muss dieser in der Regel von mehreren Haushalten geteilt werden, was oftmals zu einer Überlastung der Versorgungssysteme führt. Zum Beispiel ist fließendes Wasser in Delhi durchschnittlich nur für vier Stunden pro Tag verfügbar, in Kalkutta sind es etwa 10 Stunden und in Manila 17. Darüber hinaus haben viele Städte nach wie vor mit Wasserverlust von über 50 Prozent zu kämpfen. (Vgl. World Bank (2003), S. 160.)

Auch wenn man sich über Erfolg oder Misserfolg der meisten PSP Projekte noch kein abschließendes Urteil erlauben kann, fällt die Zwischenbilanz der Entwicklungspartnerschaften im Wassersektor gemischt aus. Die Hoffnung durch PSP zusätzliche Investitionen in Entwicklungsländern zu erzeugen hat sich nur zum Teil erfüllt. Bei vielen deutschen Projekten z.B. in Afrika oder Ostasien liegt der Anteil öffentlicher Mittel am Gesamtvolumen nicht selten bei fast 100 Prozent. (Quelle: www.kfw.de, Stand vom 6. Februar 2004.)

Für die Behauptung, dass private Unternehmen effizienter und wirtschaftlicher arbeiten als öffentliche, fehlt bislang ebenfalls jeder empirische Nachweis. Es existieren zahlreiche Beispiele von privaten Wasserversorgungsunternehmen, die schlechtere Ergebnisse erzielen als ihre staatlichen Vorgänger (vgl. zum Beispiel in Abschnitt 4.2 die Bilanz von Ondeo in Manila). Auch die Ergebnisse empirischer Effizienzvergleiche zwischen Unternehmen im privaten und öffentlichen Eigentum sind nicht eindeutig, so dass weder dem einen noch dem anderen Modell aus Effizienzgesichtspunkten der Vorzug zu geben ist. (Für eine Zusammenfassung ver-

schiedener empirische Studien vgl. Stuchtey (2002), S. 67.)

Da es sich bei der Wasserversorgung in der Regel um ein natürliches Monopol handelt, ist Regulierung und öffentliche Kontrolle des Versorgungsunternehmens erforderlich, um Missbrauch durch den Monopolisten auszuschließen. Weil in den meisten Entwicklungs-

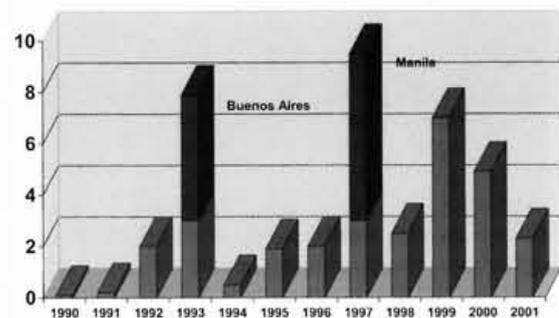


Abbildung 1: PSP-Projekte im Wassersektor von 1990 bis 2001 (in Milliarden USD)
Quelle: World Bank (2003), S. 166. Die Daten beziehen sich nur auf Entwicklungsländer.

ländern keine geeigneten Regulierungsinstanzen existieren, werden diese Länder in der Entwicklungszusammenarbeit beim Aufbau von Regulierungsbehörden unterstützt. Nichtsdestotrotz sind diese Behörden oftmals nicht in der Lage ihren Aufgaben angemessen nachzukommen.

Die Ausschreibung von Versorgungsverträgen ist für nationale Regierungen in vielen Fällen die einzige Möglichkeit, um günstige Bedingungen mit den privaten Betreibern auszuhandeln. Hierbei ist jedoch problematisch, dass sich nur wenige Unternehmen den Weltmarkt teilen und es dadurch bei Ausschreibungen zu geheimen Absprachen oder unrealistischen Versprechen kommen kann. Zudem ist bei den führenden Wasserkonzernen eine Strategie zu erkennen, sich nur noch bei Projekten ohne größere Risiken zu engagieren. Insbesondere bei der Betrachtung von ländlichen Gebieten wird klar, dass eine erfolgversprechende Lösungsstrategie für die globale Wasserkrise nicht ausschließlich aus PSP Projekten bestehen kann.

Privatisierung der Wasserversorgung in Buenos Aires

Nur wenige Monate nach dem Regierungswechsel in 1989 verabschiedete die neue argentinische Regierung unter Präsident Car-

los Menem ein Gesetz, das die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungsunternehmen ermöglichte. Nach Privatisierungen vom staatlichen Telekommunikationsunternehmen sowie Elektrizität- und Gaswerken folgte 1993 die erste große Privatisierung im Wassersektor. Für die Versorgung des Großraumes Buenos Aires wurde eine Konzession mit 30jähriger Laufzeit ausgeschrieben. Hierfür erhielt das von Suez Lyonnaise des Eaux geführte Konsortium Aguas Argentinas den Zuschlag, da es mit dem Versprechen, den Wasserpreis um 26,9 Prozent zu senken, das beste Angebot unterbreitete. Zudem verpflichtete sich Aguas Argentinas innerhalb der 30jährigen Vertragslaufzeit den Anteil der mit Wasser versorgten Personen von 70 auf 100 Prozent zu erhöhen und die Wasserverluste von 45 auf 25 Prozent zu reduzieren. (Vgl. Loftus / McDonald (2001), S. 189.)

Bei der Ausweitung des Versorgungsnetzes kann Aguas Argentinas eine positive Bilanz vorweisen. Nach eigenen Angaben hat Aguas Argentinas bis 1999 den Anteil der mit Wasser versorgten Personen auf 82,4 Prozent ausgeweitet und damit das vertraglich vereinbarte Ziel von 81 Prozent sogar noch übertroffen. Die Zählmethode des Unternehmens ist zwar nicht unumstritten, (Vgl. Loftus / McDonald (2001), S. 188f.) trotzdem kann davon ausgegangen werden, dass Arguas Argentinas das vereinbarte Zwischenziel auf dem Weg zur Vollversorgung bis zum Ende der Vertragslaufzeit nahezu erreicht hat. Darüber hinaus kam es zu einer Verbesserung der Wasserqualität. (Water and Sanitation Program (2001), S. 7.)

Die Zusage den Wasserpreis um 26,9 Prozent zu senken, hat Aguas Argentinas zunächst eingehalten. Allerdings ist anzumerken, dass der Wasserpreis zwei Jahre vor der Privatisie-

begründen sind, zum Beispiel weil das öffentliche Versorgungsunternehmen nicht kostendeckend gearbeitet hat, oder ob durch diese Preiserhöhungen nur das politische Klima für eine Privatisierung verbessert werden sollte.

Unabhängig davon, wie die Preiserhöhungen in Vorfeld der Privatisierung zu bewerten sind, kam es auch nach 1994 zu einer ersten Preiserhöhung um 13,4 Prozent. Als Grund wurde hierfür angeführt, dass die Infrastruktur in einem schlechteren Zustand war als erwartet und somit höhere Investitionen erforderlich waren. Um die Kosten des Netzwerkausbaus zu decken, wurde zudem eine Zugangsgebühr (die sog. Infrastructure charge) von \$415 für Wasser und \$606 für Abwasser erhoben. Die monatliche Rückzahlung von bis zu \$48 entsprach etwa 20 Prozent des Familieneinkommens der ärmsten Haushalte, welche von dieser Gebühr in erster Linie betroffen waren.

Nach argentinischem Recht konnte das Wasserversorgungsunternehmen alle Haushalte auch gegen ihren Willen an das Versorgungsnetz anschließen und dafür die besagte Zugangsgebühr verlangen. Da die ärmsten Haushalte sich diese Gebühr nicht leisten konnten, stellten sie schon bald die Zahlung ein. Dies führte bis Ende 1996 zu Zahlungsrückständen von \$30 Millionen und endete 1997 schließlich in einer Neuverhandlung des Konzessionsvertrages. (ebd. S. 5)

Die zum Start des Projekts eingerichtete Regulierungsbehörde wurde bei diesen Neuverhandlungen völlig übergegangen. Der neue Vertrag wurde von verschiedenen Regierungsbehörden direkt mit Aguas Argentinas ausgehandelt.

Hierbei wurde die Zugangsgebühr abgeschafft und durch eine geringere Gebühr von \$120 ersetzt, die von allen Konsumenten unabhängig vom Zeitpunkt ihres Anschlusses gezahlt werden musste. Durch die Möglichkeit zur zinsfreien Rückzahlung dieser Gebühr verteilt über mehrere Jahre, führte dies zu einem monatlichen Beitrag von \$4. Für existierende Konsumenten führten diese Änderungen zu einem Anstieg ihrer Wasserrechnung von durchschnittlich \$37 auf \$45 um knapp 20 Prozent.

Für neue Konsumenten, zu denen in erster Linie die ärmsten Haushalte der Stadt zählten, brachten die Änderungen eine Senkung ihrer Wasserrechnung von durchschnittlich \$61 auf \$16 um knapp 75 Prozent mit sich. (ebd. S. 6)

Im Zuge der Neuverhandlung kam es darüber hinaus zu mehreren Preiserhöhungen. Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass der Wasserpreis bis zum Ende des Jahres 1999 im Vergleich zum Preis vor der Privatisierung um ca. 19 Prozent angestiegen ist, bereinigt um den Preisindex der Lebenshaltung (consumer price index) entspricht dies einem effektiven Anstieg des Wasserpreises um 11 Prozent. (Vgl. Delfino / Casarin (2003), S. 158-159.)

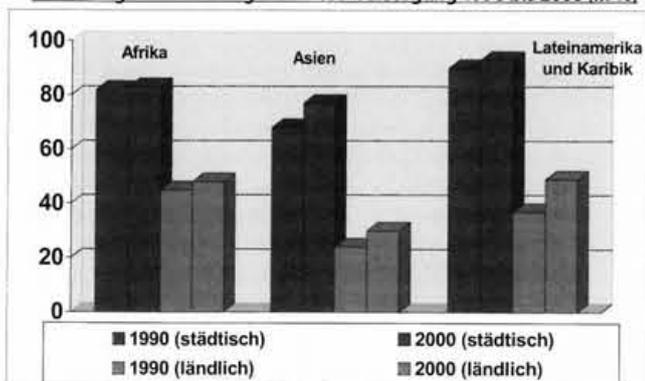
Abschließend ist die Frage interessant, wie sich die Reform der Wasserversorgung in Buenos Aires auf die Wohlfahrt der Bürgerinnen und Bürger ausgewirkt hat. Delfino und Casarin haben dies in einer Studie untersucht, indem sie die Konsumentenrenten mit Hilfe von Änderungen der Preise und des Konsumverhalten gemessen haben. Zunächst wurden dabei nur Haushalte betrachtet, die bereits vor der Privatisierung einen Wasseranschluss hatten. Zur besseren Unterscheidung der Auswirkungen der Reform auf Arme und Reiche, wurde die Bevölkerung dabei nach dem Haushaltseinkommen in Quintile aufgeteilt: (Für Details zum ökonomischen Modell, das zur Messung der Änderung der Konsumentenrente verwendet wurde (vgl. Delfino / Casarin (2003) S. 159-167.).

Wie Abbildung 3 zeigt, ist es in Buenos Aires bei den existierenden Konsumenten durch die Privatisierung der Wasserversorgung, insbesondere in ärmeren Teilen der Bevölkerung, zu spürbaren Wohlfahrtsverlusten gekommen.

Für Konsumenten, die erst nach der Privatisierung einen Wasseranschluss bekommen haben, ist ein anderes Bild typisch. In der Regel handelt es sich hierbei um besonders arme Haushalte, die ihr Wasser vorher zu Wucherpreisen von Wasserhändler beziehen mussten und allein durch den Anschluss an das Wassernetz sehr viel Geld sparen. Im Fall von Argentinien ist eine exakte Wohlfahrtsuntersuchung für neue Konsumenten allerdings schwierig, da man die Zeiten vor und nach der Neuverhandlung des Konzessionsvertrages 1997 getrennt betrachten müsste. Anschaulich ist die Situation durch die obigen Ausführungen allerdings klar. Vor der Neuverhandlung hatten neue Konsumenten durch den Anschluss an das Versorgungsnetz keinen Wohlfahrtsgewinn, da die Vorteile beim Wasserpreis durch die hohe Anschlussgebühr übertroffen wurden. Nach der Neuverhandlung hatten neue Konsumenten einen erheblichen Wohlfahrtsgewinn, der sich in der oben erwähnten Senkung ihrer Wasserrechnung um ca. 75 Prozent niederschlägt.

Ob ein öffentliches Unternehmen bessere Ergebnisse erzielt hätte, lässt sich zwar nur schwer beurteilen, trotzdem machen die Daten aus Buenos Aires deutlich, dass eine Privatisierung der Wasserversorgung bei schlechter Regulierung mit Wohlfahrtsver-

Abbildung 2: Ausweitung der Wasserversorgung 1990 bis 2000 (in %)



Quelle: World Bank (2003), S. 160.

rung zweimal deutlich erhöht wurde, einmal um 25 Prozent und ein weiteres mal um 29 Prozent. Wenige Monate vor der Ausschreibung wurde der Wasserpreis noch einmal um 8 Prozent erhöht. Es stellt sich die Frage, ob diese Preiserhöhungen ökonomisch zu

lusten verbunden sein kann. Durch bessere Regulierung und mehr Weitsicht zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses wären die Probleme für neue Konsumenten allerdings vermeidbar gewesen. Möglicherweise wären sogar Nettowohlfahrtsgewinne möglich gewesen, wenn die Wohlfahrtsgewinne der neuen Konsumenten die Wohlfahrtsverluste der existierenden Konsumenten übertrafen hätten. Positive Aspekte der Zwischenbilanz der Privatisierung in Buenos Aires sind die Verbesserung der Wasserqualität und die Verbreitung der Wasserversorgung.

Euphorie und enttäuschte Hoffnungen in Manila

Die Privatisierung der Wasserversorgung in Metro Manila von 1997 war mit ca. 11 Millionen betroffenen Personen bzw. etwa zwei Millionen Haushalten das größte Privatisierungsprojekt, das bis zu diesem Zeitpunkt weltweit durchgeführt wurde. Vor der Privatisierung hatten ca. 3,6 Millionen Menschen in Metro Manila keinen Wasseranschluss und waren auf fahrende Händler angewiesen, die das Wasser im Vergleich zum staatlichen Wasserversorger teilweise für den zehnfachen Preis verkauften. (Vgl. Grefe (2003).) Das staatliche Versorgungsunternehmen MWSS (Metropolitan Waterworks and Sewerage Systems) galt als hochgradig ineffizient und korrupt. Zudem war es mit \$880 Millionen verschuldet und musste Wasserverluste von etwa 60 Prozent hinnehmen. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 26. Juli 2003.) Die öffentliche Stimmung war zu dem Zeitpunkt also günstig für eine Privatisierung. So kam es, dass das philippinische Parlament 1995 nach der erfolgreichen Privatisierung der Stromversorgung das „Gesetz zur Wasserkrise“ verabschiedete, welches es der Regierung ermöglichte, auch die Wasserversorgung des Landes zu privatisieren. Der Anfang wurde 1997 in Metro Manila gemacht, wo die Stadt unter Beratung der Weltbank-Tochter IFC (International Finance Corporation) für zwei Konzessionäre in Versorgungsgebiete aufgeteilt wurde. Mit der Aufteilung in zwei Versorgungsgebiete war die Hoffnung verbunden, dass durch Leistungsvergleich zwischen den Konzessionären Wettbewerb erzeugt werden könnte. (Vgl. Grefe (2003).)

Den Zuschlag für den Ostteil erhielt das Konsortium Manila Water Company, dem Mitsubishi, Bechtel, United Utilities, die Bank of Philippine Islands und die Ayalas angehörten. Sie übernahmen die Versorgung von 4,5 Millionen Menschen, von denen 3 Millionen bereits einen Anschluss hatten. (Vgl. Montemayor (2003).) Und sie verpflichteten sich, innerhalb von zehn Jahren eine flächendeckende Versorgung herzustellen, die Wasserverluste bis 2021 nahezu zu halbieren, die Preise

um drei Viertel zu reduzieren und 10 Prozent der Altschulden von MWSS durch Konzessionszahlungen abzutragen. (Vgl. Hoering (2003), S. 3.)

Den Westteil übernahm Maynilad, ein Zusammenschluss von Ondeo mit der Benpres Holding. Maynilad war für die Wasserversorgung von 6,5 Millionen Menschen zuständig, von den etwa 4,3 Millionen bereits über einen Wasseranschluss verfügten. (Vgl. Montemayor (2003).) Sie verpflichteten sich, ebenfalls innerhalb von zehn Jahren eine flächendeckende Versorgung herzustellen, die Wasserverluste bis 2021 nahezu zu halbieren, die Preise um 44 Prozent zu senken und 90 Prozent der Altschulden von MWSS durch Konzessionszahlungen abzutragen. (Vgl. Hoering (2003), S. 3.) Der höhere Anteil von Maynilad an den Altschulden von MWSS wurde dadurch begründet, dass die Westzone als attraktiver galt.

Es ist unnötig zu erwähnen, dass für beide Konzessionäre erhebliche Investitionen erforderlich waren, um diesen Verpflichtungen nachkommen zu können. Das Gesamtvolumen der notwendigen Investitionen wurde auf mehr als \$7 Milliarden geschätzt. (Vgl. Frankfurter Rundschau vom 26. Juli 2003.) Zudem hat der Konzessionsvertrag die Einrichtung einer Regulierungsbehörde vorgesehen, welche die Einhaltung der Vertragsverpflichtungen kontrollieren und Anträge auf Tarifanpassung überprüfen sollte. Für den Konfliktfall wurde die Anrufung einer internationalen Schiedskommission vorgesehen. Die Bilanz der Privatisierung fällt insgesamt eher negativ aus. Zwar wurde die Zusage zur Senkung des Wasserpreises zunächst eingehalten, allerdings kam es wie zuvor in Argentinien auch in Manila im Vorfeld der Ausschreibung zu merklichen Preiserhöhungen. In einer Publikation der Weltbank heißt es: „In August 1996, about five months before the bid submission, the water tariffs were increased by about 38 per cent. This tariff increase was actually long overdue and would have been implemented regardless of privatization. [...] Nevertheless, it gave us a substantially greater chance that the

bids would be lower.“ (Dumol (2000), S. 42.)

Die Ankündigung einer zehnjährigen Preisstabilität wurde schnell verworfen. Bereits 1998 kam es zu ersten Versuchen von Maynilad und Manila Water, eine Preiserhöhung durchzusetzen, welche jedoch an der Regulierungsbehörde gescheitert

Abbildung 3: Wohlfahrtsverluste durch die Privatisierung der Wasserversorgung

(Beobachtungszeitraum: 1993 – 1999)

	Änderung der Konsumentenrente (in USD)	Änderung der Konsumentenrente (in Prozent vom Einkommen)
Durchschnitt	-48,56	-0,10*
Ärmste	-45,80	-1,85
2. Quintil	-47,16	-0,97
3. Quintil	-48,09	-0,66
4. Quintil	-48,32	-0,44
Reichste	-51,15	-0,22
Pensionäre	-44,67	-0,74

Quelle: Delfino / Casarin (2003), S. 165. Für das Konsumverhalten wurden Daten von März 1996 bis März 1997 zugrunde gelegt.

*Dieser Wert wird in der Originalquelle offenbar falsch angegeben, realistischer ist ein Wert um 0,9.

sind. Beide Unternehmen versuchten mit der geplanten Preiserhöhung einen Teil der Auswirkungen der Asienkrise, welche gerade zum Start des Projekts eine Abwertung des Peso um 50 Prozent gegenüber dem Dollar mit sich brachte, auf die Konsumenten umzulegen. Da ihr Anteil an den Altschulden von MWSS in Dollar zurückgezahlt aber in Peso erwirtschaftet werden musste, kam die Abwertung des Peso gegenüber dem Dollar für die Unternehmen einer Verdoppelung der abzutragenden Altschulden gleich. Maynilad wurde hiervon ungleich härter getroffen, da sie bei Vertragsabschluss 90 Prozent der Schulden übernommen hatten.

Im Frühjahr 2001 kam es schließlich zum zweiten Versuch eine Preiserhöhung durchzusetzen. Maynilad verlieh dieser Forderung Nachdruck, indem es im März 2001 die Konzessionszahlungen einstellte. Trotz starker Proteste von Nichtregierungsorganisationen und zwei Mitgliedern der Regulierungsbehörde, setzten die Unternehmen eine Vertragsänderung durch, welche es ihnen ermöglichte, die Wasserpreise unter Umgehung der Regulierungsbehörde an Wertverluste des Peso und andere äußere Einflüsse anzupassen. Die Konzessionszahlungen wurden von Maynilad nicht wieder aufgenommen, so dass seither von den philippinischen Steuerzahlern über \$100 Millionen

aufgewendet werden mussten, um die alten Auslandsschulden von MWSS zu tilgen. (Vgl. Grefe (2003).)

In Folge dieser Vertragsänderung stiegen die Preise rasant an. Gegenüber einem Preis von ca. 10 Peso pro Kubikmeter vor der Privatisierung verlangte Maynilad Ende 2001 etwa 20 Peso pro Kubikmeter, bei Manila Water waren es 12 Peso. (Vgl. Hoering (2003), S. 8.) Diese Preise liegen deutlich über den Ausschreibungsangeboten der Unternehmen und sind nicht mit der Abwertung des Peso zu rechtfertigen. Der Preis von Manila Water war fünfmal und der von Maynilad viermal höher als im Ausschreibungsangebot versprochen.

Auch die anderen Anfangszusagen wurden nicht oder nur zum Teil eingehalten. Zwar melden die beiden Betreiber bis 2001 mit 240.000 neuen Anschlüssen zwei Millionen Menschen zusätzlich Zugang zu Leitungswasser verschafft zu haben, was bei beiden einer Zielerfüllung bzw. im Falle von Manila Water sogar einer Übererfüllung gleichkäme. Die Regulierungsbehörde führt die Zahl von zwei Millionen jedoch auf Rechenricks der Unternehmen zurück, die mit unrealistischen Haushaltsgrößen rechnen. Maynilad rechnet mit neun Personen pro Haushalt und Manila Water mit sechs, beides ist mehr als MWSS aufgrund von Zensusdaten zugrunde legt. Die Regulierungsbehörde kommt zu dem Ergebnis, dass die beiden Betreiber das Ziel für 2001 zusammen um 10 Prozent verfehlen. (Vgl. ebd., S. 5.)

Bei der Verringerung der Wasserverluste haben die privaten Betreiber sehr unterschiedliche Zwischenbilanzen vorzuweisen. Manila Water hat es geschafft, die Verluste von 60 auf knapp über 50 Prozent zu senken, und hat damit das vereinbarte Zwischenziel erreicht. Im Gebiet von Maynilad sind die Wasserverluste hingegen leicht angestiegen. (Vgl. Grefe (2003).) Problematisch verhält es sich mit den von beiden Unternehmen angekündigten Investitionen im Umfang von \$7 Milliarden bis zum Ende der Vertragslaufzeit im Jahre 2021. Hier bleiben beide weit hinter dem vereinbarten Zwischenziel zurück. Bis zum Ende des Jahres 2001 investierte Maynilad \$82 Millionen, Manila Water investierte sogar nur \$30 Millionen. (Vgl. Hoering (2003), S. 7.)

Anfang Dezember 2002 hat Maynilad wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten den Konzessionsvertrag gekündigt und Schadensersatz von über \$300 Millionen gefordert, da MWSS angeblich nicht genug Rohwasser zur Verfügung gestellt und notwendige Preiserhöhungen verhindert hat. Im Falle einer Prozessniederlage bliebe der Staat neben dem Schadensersatz zusätzlich auf über \$500 Millionen Altschulden von MWSS sitzen und müsste die von Maynilad nicht getätigten Investitionen ins

Leitungsnetz selbst tätigen oder einem anderen privaten Betreiber übertragen. (Vgl. Montemayor (2003).) Manila Water hingegen arbeitet weiter.

Der Fall Manila wird häufig als Paradebeispiel herangezogen, um die Risiken und Probleme einer Beteiligung des privaten Sektors an der Wasserversorgung in Entwicklungsländern aufzuzeigen. Ob das Beispiel Manila ein Einzelfall ist oder allgemeine Aussagekraft besitzt, kann jedoch nur schwer beurteilt werden, da nicht klar ist, wie sich das Projekt ohne den Einfluss der Asienkrise entwickelt hätte. Trotzdem wird am Fall von Manila deutlich, dass Privatisierung in einem sensiblen Bereich wie der Wasserversorgung im Falle eines Misserfolgs mit sehr großen Risiken für Bevölkerung und Regierung verbunden ist. Zudem ist die Konzession von Manila ein weiteres Beispiel für schlechte Regulierung.

Schlussfolgerungen

Es ist deutlich geworden, dass mit Privatisierung, Liberalisierung und Public-Private-Partnerships Chancen verbunden sind, Kapital für die Lösung der Wasserkrise in Entwicklungsländern zu akquirieren, das auf andere Weise nicht für diesen Zweck zur Verfügung stünde. Insbesondere hat das Beispiel Buenos Aires gezeigt, dass sich die Frage nach einer pauschalen Ablehnung oder Befürwortung einer Beteiligung des privaten Sektors an der Wasserversorgung in Entwicklungsländern nicht stellt. Zumindest für die Ärmsten ist die Wasserversorgung in fast allen Großstädten des Südens fest in der Hand privater Tanklaster, die zum Teil das zehnfache des Preises von Leitungswasser verlangen können, weil die öffentlichen Anbieter bei der Versorgung der Ärmsten versagt haben. Eine pauschale Ablehnung von privaten Beteiligungen wird daher der Komplexität des Problems nicht gerecht.

Allerdings haben die dargestellten Fallstudien ebenfalls gezeigt, dass eine Privatisierung der Wasserversorgung auch große Probleme und Nachteile für die Bevölkerung mit sich bringen kann. Auch wenn dies in der Praxis nicht immer der Fall ist, sollte es Aufgabe der Politik sein, aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen und diese Erfahrungen in die Entscheidungen der Zukunft mit einzubeziehen.

Bei der Privatisierung von öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen sind immer wieder zwei zentrale Probleme aufgetreten. Erstens wurden regulierungsbedürftige natürliche Monopole in private Hände gegeben, ohne gleichzeitig starke und mit ausreichend Kompetenzen ausgestattete Regulierungsinstanzen zu schaffen. Dies hat dazu geführt, dass die Wasserversorger zum Teil überzogene Preispolitiken durchsetzen konnten und nur geringe Anreize für Qualitätsverbesserungen sowie eine kostengüns-

tige Einbeziehung der Ärmsten hatten. Zweitens lag das Risiko im Falle eines Scheiterns des privaten Versorgers nahezu komplett bei der jeweiligen Regierung, da Wasser ein so elementar wichtiges Gut ist, dass die Versorgung auch trotz Unternehmenspleiten sichergestellt sein muss.

Die Verbesserung von Regulierung ist wohl eine der wichtigsten Herausforderungen der Entwicklungspolitik in diesem Bereich. Hierfür ist eine transparente Auswahl von unabhängigen Regulierungsbeamten erforderlich, welche Schutz vor willkürlicher Abberufung genießen müssen. Des Weiteren ist zur Wahrung der Unabhängigkeit eine angemessene Ausstattung mit qualifiziertem Personal und Finanzmitteln erforderlich. Bei der administrativen Unterstützung sind in erster Linie unabhängige internationale Organisationen gefragt, finanzielle Hilfe wäre hingegen auch von den Herkunftsländern der profitierenden Wasserkonzerne denkbar. Eine Privatisierung von Gewinnen bei gleichzeitiger Verstaatlichung von Risiken ist nicht hinzunehmen. Daher ist es die Aufgabe der beteiligten Wasserkonzerne, die Risiken für den Fall ihres Scheiterns ausreichend abzusichern, zum Beispiel durch die Bildung geschützter Rücklagen oder durch Rückversicherung.

Wenn es gelingt, diese Probleme bei zukünftigen Projekten zu beseitigen oder zumindest zu verkleinern, könnten Privatisierungsprojekte tatsächlich einen Beitrag bei der Lösung des Entwicklungsziels, die Zahl der Menschen ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser in den nächsten Jahren zu halbieren, leisten. Gelingt dies nicht, ist Vorsicht angebracht.

spw 5 / 2004

Literaturverzeichnis

- Delfino, José / Casarin, Ariel (2003), „The reform of the utilities sector in Argentina“, in: Cecilia Ugaz und Catherine Waddams Price (Hrsg.), *Utility Privatization and Regulation: A Fair Deal for Consumers?*, Edward Elgar Publishing Ltd., S. 149-174.
- Dumol, Mark (2000), „The Manila Water Concession: A Key Government Official's Diary of the World's Largest Water Privatization“, World Bank, Washington DC.
- Grefe, Christiane (2003), „Wie das Wasser nach Happyland kam“, in: Die ZEIT, 21. August 2003, S. 22.
- Hoering, Uwe (2003), „Enttäuschte Hoffnungen: Privatisierungserfahrungen in Manila“, Brot für die Welt, Stuttgart.
- Loftus, Alexander / McDonald, David (2001), „Of liquid dreams: a political ecology of water privatization in Buenos Aires“, in: *Environment & Urbanization*, Vol. 13(2), S. 179-200.
- Montemayor, Carla A. (2003), „The Manila Water Privatization Fiasco and the Role of Suez Lyonnaise / Ondeo“, Presentation for the Summit for Another World (during G8 Summit in Evian, 2003), The Philippine Water Vigilance Network.
- Stuchtey, Bettina (2002), „Wettbewerb auf dem Markt für leistungsgebundene Trinkwasserversorgung“, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden.
- Water and Sanitation Program (2001), „The Buenos Aires Concession: The Private Sector Serving the Poor“, New Delhi.
- World Bank (2003), „World Development Report 2004: Making Services Work for Poor People“, Oxford University Press.

Wege nach Europa

Die Zukunft des europäischen Sozialmodells

Von Wolfgang Weinz

Mit der Erweiterung in 2004 ist der Prozess der Integration Mitteleuropas längst nicht beendet. Länder mit grossen Entwicklungsrückständen wie Bulgarien, Kroatien und Rumänien und der gesamte westliche Balkan begehren Einlass. Demgegenüber hat sich die Erweiterung ohne einen stabilen Aufbau von sozialen Sicherungssystemen und Arbeitsbeziehungen in den Beitrittsländern vollzogen. Dies wirft Probleme für die sozialen Akteure auf, zuvorderst für die Gewerkschaften in West- wie Mitteleuropa, da die bisher entwickelten Mechanismen des Sozialen Dialogs weder die neuen Realitäten – Lohn- und Sozialdumping – reflektieren noch geeignet sein dürften zu einer Lösung der Probleme beizutragen. Im Folgenden wird die Entwicklung des westeuropäischen Sozialmodells und die gesellschaftspolitischen Realitäten in Mitteleuropa nachgezeichnet, die Problemstellung aus sozial- und gewerkschaftspolitischer Sicht herausgearbeitet und deutlich gemacht, dass ohne eine tiefgreifende Europäisierung und Internationalisierung von Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen das Ende des sozialpolitischen europäischen Sonderweges vorgezeichnet ist.

Ankunft

Der politische Umbruch der Jahre 1989/90 ist in Mittel- und Osteuropa vielfach als „Rückkehr nach Europa“ verstanden worden. Zurück zu Rechtsstaat und pluralistischer Demokratie, weg aus dem Einflussbereich Moskaus. In diesem Licht sind die deutlichen Mehrheiten bei den EU-Referenden zu sehen. Sie standen immer auch im Kontext der NATO-Mitgliedschaft und waren ein klares Votum für ein Europa des Friedens und Wohlstands. Der 1. Mai 2004 war insofern der vorläufige Schlusspunkt einer Entwicklung, die Mitteleuropa wieder ins Zentrum der europäischen Politik befördert – nicht mehr und nicht weniger. Kritiker halten dagegen, dass der Beitritt unvollständig und mit einer schweren sozialen Hypothek belastet ist. Sie sehen das einzig Soziale der Osterweiterung im Zusammentreffen des Beitrittsdatums mit dem Tag der Arbeit.

Die mäßige Beteiligung der neuen EU-Bürger bei der Wahl zum Europäischen Parla-

ment mit lediglich rund 26 Prozent kann kaum verwundern, denn nicht nur die Ernüchterungen während des Beitrittsprozesses sind erheblich gewesen. Der Beitrittswille der mitteleuropäischen Staaten war immer stärker gekennzeichnet von wohl verstandener nationaler Interesse, denn von europäischer Euphorie. Wo sollte die auch herkommen?

Der Beitrittsprozess war in Ausmass und Geschwindigkeit von einer möglichst schnellen und umfassenden Privatisierung und Deregulierung geleitet. Der Aufbau gesellschaftlicher Organisationsformen, Strukturen der sozialen Versorgung und Sicherheit, sowie der Arbeitsbeziehungen rangierte weit hinter dem alles beherrschenden Turbo-Kapitalismus und der alles dominierenden Akquisition ausländischer Investoren

Während der grösste und historisch einmalige Feldversuch am lebenden Objekt, die Transformation von der Kommandowirtschaft zur Marktwirtschaft, in einem atemberaubenden Tempo gerade abgeschlossen ist und die Gesellschaften in Mitteleuropa um eine politische und soziale Selbstorganisation ringen, beobachten sie erstaunt eine westeuropäische Gesellschaft, die sich in Individualismus, Postmaterialismus und Ausgrenzung des Sozialen ergeht. Dort wo man soziale Demokratie und Wohlfahrt geortet hatte, findet nun die Demontage sozialer Sicherungssysteme und Leistungen – wenn auch auf vergleichbar hohem Niveau – statt.

Nun sind die 75 Millionen Neubürger der EU gerade dem realen Sozialismus entkommen, nähern sich dem siegreichen und verheissungsvollen Gegenmodell der sozialen Marktwirtschaft und da macht sich der Wohlfahrtsstaat auch gleich wieder aus dem

Staub. So hatte man sich das weder in Ost noch in West vorgestellt. Die in Europa Angekommenen müssen den Eindruck gewinnen, dass sich mit dem Ende des kalten Krieges das europäische Sozialmodell als das erweist, was es in der Hauptsache wohl immer war: Kampfansage und Systemalternative zum Kommunismus.

Nüchterne Begrüssung

Die Akteure einer sich entwickelnden mitteleuropäischen Zivilgesellschaft erleben den Sozialstaat im Abbau und die westeuropäische Gesellschaft im Abwehrkampf gegenüber gleich mehreren Bedrohungen: Zunächst die globale Herausforderung, die scheinbar unaufhaltsam alle Staaten und Weltregionen zu Objekten ökonomischer Dominanz und Sozialstandards zu Kosten- und Standortnachteilen degradiert. Sodann die Europäische Union, die in der Triade mit den USA und Ostasien hart um ihre Position kämpfen muss und getrieben von



Industrieinteressen zunächst den größten Binnenmarkt der Welt und dann die europäische Währungsunion auf den Weg brachte. Damit nicht genug, die Osterweiterung erzeugt zusätzlich interne und populistisch wie publizistisch wirkungsvoll und weidlich ausnutzbare Ängste und Bedrohungspotenziale: Migrationsgefahren hier, „brain and care drain“-Szenarien dort. All das macht den Beitritt schon vor der Ankunft der Neuen zu einem glanzlosen Ereignis.

Mit um mehr als zwei Drittel niedriger liegenden Löhnen und Arbeitskosten in Mitteleuropa wächst die Furcht vor Sozialdumping, vor Produktionsaus- und -verlagerungen bei niedrigen Steuersätzen und Lohnnebenkosten. Dies hat kurz vor zwölf zu hilflosen Rufen des Standortpatriotismus und zu ebenso unrealistischen Forderungen nach einer europäischen Steuerharmonisierung zur Schaffung „fairer Mindeststeuersätze“ geführt. Symptomatisch für eine europäische Diskussion, die sich – wenn sie überhaupt geführt wird – in nationalen Ab-

Dr. Wolfgang Weinz ist Projekt Koordinator bei der internationale Union der Lebensmittel-, Landwirtschafts-, Hotel-, Restaurant-, Café- und Genussmittelarbeiter-Gewerkschaften (IUL). Sie ist ein internationaler Gewerkschaftsbund, dem 348 Gewerkschaften in 124 Ländern mit über 2,7 Millionen Mitgliedern angehören und hat ihren Sitz in Genf.

wehrkämpfen ergeht, statt europäische Lösungen zu suchen.

Selbst einfachste ökonomische Fakten finden in diesem kollektiven Anfall europäischen Sozialdarwinismus kein Gehör. So zum Beispiel die Tatsache, dass zwar die Produktivität in Mitteleuropa steigt, nämlich um rund 4% pro Jahr, was angesichts des maroden Zustands vieler Produktionsanlagen nicht nur dringend notwendig ist, sondern auch eine positive Entwicklung darstellt, will man die beschworene Migrationswelle verhindern. Aber trotz dieser Entwicklung liegt das Produktivitätsniveau der Beitrittsländer mit 14,50 US-Dollar pro Stunde immer noch weit unterhalb der EU 15 mit 36,20 US-Dollar. Auch die Tatsache, dass gerade die enormen Exportgewinne im Handel mit den Beitrittsländern für Arbeitsplätze im Westen sorgen, findet wenig Beachtung.

Angst und Taubheit allüberall; das Soziale kommt zu spät, und weil das so ist, kommt es gehetzt, orientierungs- und konzeptionslos daher.

Mit dem Fall der Mauer erleben die Westeuropäer die zunehmende Dynamik eines propagandistisch orchestrierten Sozialdumpings zum Erhalt des Standorts und Sozialstaats, während auf der anderen, der mittel-europäischen, Seite die Instrumente und Strukturen sozialpolitischer und gewerkschaftlicher Arbeit fehlen, welche zum Abwehrkampf oder gar zur paneuropäischen

Gestaltungsoffensive nötig wären. Dies alles vor dem Hintergrund einer organisationspolitischen Malaise der mitteleuropäischen Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen, die sich *cum grano salis* so darstellt:

- Eine von Betriebsgewerkschaften dominierte Struktur der Arbeitnehmervertretung mit allen negativen organisatorischen, politischen und finanziellen Konsequenzen für den Aufbau effizienter Branchengewerkschaften.
- Fehlgeleitete Ressourcenverwendung und falsche Prioritätensetzung gehen einher mit der unzureichenden Qualifikation und Präsenz der Gewerkschaften in der betrieblichen wie sektoralen Tarifpolitik und vertiefen die Diskrepanz bzw. erhöhen die Konkurrenz zwischen betrieblicher Interessenvertretung und Branchengewerkschaft.
- Dies führt zu Misserfolgen und schliesslich Passivität in der Organisationsarbeit, die besonders in den transnationalen Konzernen als den wichtigsten und grössten Investoren in der Region notwendig wäre. Nicht zu reden von den sich entwickelnden kleinen und mittleren Unternehmen (KMU), die faktisch in gewerkschaftsfreien Zonen operieren.

Reputation und Verfassung der Gewerkschaften nach 1945 und 1989 konnten unterschiedlicher nicht sein. Das Ende des Faschismus hinterlässt eine moralisch wie politisch gestärkte Gewerkschaftsbewegung, während mit dem Ende des Kommunismus selbst sozialdemokratische Programmatik dem Stigma des unmodernen und verhassten Kollektivismus ausgesetzt ist.

Abschied vom Sozialmodell?

Worin besteht nun dieses europäische Sozialmodell, die versprochene „Zivilisierung des Kapitalismus“ durch sozial- und rechtsstaatliche Demokratie?

Das Versprechen der EU, formuliert bereits in den Römischen Verträgen, gründet sich auf die Verpflichtung „eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen auf dem Wege des Fortschritts“ herzustellen. Aber erst mit der Schaffung des europäischen Binnenmarktes unter Kommissionspräsident Jacques Delors setzt die Diskussion um eine soziale Flankierung der ökonomischen Integration ein. Die Philosophie des Binnenmarkts lautet Öffnung der Märkte und Beseitigung aller Handelshemmnisse. Deregulierung, nicht Schutz, freier Verkehr für Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen, nicht Für- und Vorsorge, sind die wesentlichen Elemente dieses Prozesses.

Getreu dem Subsidiaritätsprinzip – Wahrung der nationalen Vielfalt und Festlegung gemeinsamer Regelungen – ist der Rahmen für das Sozialmodell allerdings klar limitiert. Es gibt keine europäische Sozialpolitik für die materiellen Leistungs- und Versorgungsbe- reiche. Da die sozialen Sicherungssysteme (Gesundheit, Rente, Bildung, Arbeitslosen-

und Sozialhilfe etc.) unterschiedlich gewachsen und entwickelt sind, fehlen der EU hier die Kompetenzen.

Als operatives Glanzstück des sozialen Dialogs galt lange die Richtlinie 94/45EG zur Schaffung des Europäischen Betriebsrats (EBR). Mittlerweile ist Ernüchterung eingetreten; nicht nur was die begrenzten Möglichkeiten der „Unterrichtung und Anhörung“ in transnationalen Unternehmen angeht. Nach zehn Jahren Erfahrung wird deutlich, dass die erhoffte Europäisierung oder gar Internationalisierung der Betriebsräte und ihrer Gewerkschaften ausgeblieben ist. Immer noch stehen simple Sprachbarrieren, aber auch Standortkämpfe zwischen den nationalen Betriebsstätten einer Europäisierung der Betriebsräte in transnationalen Konzernen entgegen. Das ist besonders deswegen bedenklich, weil in den Europäischen Betriebsräten der EU der 25 mit dem eklatanten West-Ost-Lohngefälle der unternehmensinterne Standortwettbewerb dramatische Ausmasse annehmen wird. Dies führt nicht nur zu tarifpolitischen Angriffen im Westen. Es sind Beispiele bekannt, wo aus vermeintlichen Standortinteressen auch die Belegschaften in Mitteleuropa Nullrunden oder gar Lohnverzicht zustimmen. Die lohnpolitische Konkurrenz erwächst den mitteleuropäischen ArbeitnehmerInnen aus der Ukraine oder Moldawien. Ein Unterbietungswettbewerb ohne Grenzen, denn das nächste Billiglohn- und -steuerland steht vor der moldawischen Tür – Russland und China.

So wie die Sozialpolitik nach wie vor Domäne der nationalen Regierungen bleibt, so gehört die Tarifpolitik zur exklusiven Zuständigkeit der nationalen Gewerkschaften. Fassen wir zusammen und versuchen wir zugleich die mittel- mit der westeuropäischen Realität in Relation zu setzen.

- Das Konzept des Sozialen Dialogs der EU basiert auf einem Defizit. Die Heterogenität der nationalen Arbeitsrechtsgesetzgebungen, der sozialen Leistungssysteme und der Akteure in den Mitgliedstaaten hat eine europäische Struktur der Arbeitsbeziehungen oder gar eine europäische Arbeits- und Sozialpolitik nicht zugelassen. Der Soziale Dialog braucht entwickelte arbeitsrechtliche und gewachsene institutionalisierte Austausch- und Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichen Organen, Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften.

- Die Transformation in Mitteleuropa hat wegen der Priorität des Ökonomischen und aufgrund des Tempos nicht zum Aufbau solcher institutioneller Formen und korporatistischen Mentalitäten geführt. Sowenig wie es ein einheitliches europäisches System der Arbeitsbeziehungen der EU der 15 gibt, so wenig ist es in Mitteleuropa gelungen auch nur Ansätze einer homogenen Struktur sozialer Institutionen und Arbeitsbeziehungen aufzubauen. Die Osterweiterung vergrössert dieses Defizit und verschärft die Heterogenität

LINKSNET^{DE} Portal für linke Wissenschaft und Politik

Sozialismus * Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung
* Blätter für deutsche und internationale Politik *
Das Argument * Praxia * Forum Recht * Forum
Wissenschaft * Wissenschaft und Frieden * IZSW * Das
Blättchen * Ossietzky * Peripherie * SPW - Zeitschrift
für sozialistische Politik und Wirtschaft * Utopie
Kreativ * Express * Alaska * Memo-Forum * Initial

**Gemeinsam gegen den
neoliberalen Einheitsbrei.
Eine menschliche,
nachhaltige und soziale
Politik verwirklichen.**

**Eine andere
Politik ist
machbar!**

tät der Arbeitsbeziehungen auf niedrigem Niveau

- Das Gegen- und Nebeneinander betrieblicher Interessenvertretung, von Betriebsräten und Gewerkschaften und die beharrliche Verweigerung eines Verhandlungsmandats auf Arbeitgeberseite hat nennenswerte sektorale Vereinbarungen oder Branchenabkommen verhindert. Zur gleichen Zeit in der in Westeuropa gegen die Flächentarifverträge und gegen das Tariftkartell argumentiert wird, reduziert sich die tarifpolitische Arbeit in Mitteleuropa auf Unternehmensvereinbarungen oder, schlimmer noch, auf tariffreie Zonen in den prosperierenden KMU. Handlungsfähige Akteure für den Dialog in Mitteleuropa existieren genauso wenig wie Tarifvertragsstrukturen.

Wenn in dieser prekären Lage der Blick der Gewerkschaften in Mitteleuropa auf die westeuropäische Situation fällt, so werden die entscheidenden Fragen lauten: Hat das Sozialmodell im Westen zur Sicherung der Arbeitsplätze geführt, die Rechte der Arbeitnehmer verbessert, die sozialen Sicherungssysteme erhalten und die Gewerkschaften durch mehr Mitglieder gestärkt? Und wenn die Antwort des Westens ein Nein ist, so bedeutet das über kurz oder lang, dass Gewerkschaften in West wie Ost von einigen liebgewonnenen Selbstverständlichkeiten bzw. illusionären Erwartungen werden Abschied nehmen müssen. Vor allem Abschied von Konzepten, die rein gar nichts mit der mitteleuropäischen Realität zu tun haben, aber auch Abschied von Konzepten, die sich selbst im Westen als untauglich erwiesen haben.

Richtungssuche

Man muss kein Prophet sein, um zu prognostizieren, dass die unvollendete Osterweiterung das bisher bekannte europäische Sozialmodell hinterfragen und herausfordern wird. Das ist vor dem entworfenen düsteren Bild nicht verwunderlich und sollte als Chance für eine gesamteuropäische Diskussion und Revision der sozialen Dimension in der EU der 25 verstanden werden.

Eine realistische und zielorientierte Strategie muss sich folgender Wahrheiten bewusst sein:

- Das westeuropäische Konzept des Sozialen Dialogs braucht auf der Basis der zurückliegenden Erfahrungen wie der mitteleuropäischen Realitäten eine Revision. Andernfalls läuft der Dialog Gefahr in einem teuren und nutzlosen Monolog zu enden.

- Die Zeiten sind vorbei – falls sie je existierten –, in denen Gewerkschaften in West wie Mitteleuropa sich auf die EU, ihre Kommission, ihre Agenturen oder auf die nationalen Regierungen verlassen konnten. Im Gegenteil, überall ist ein munterer Wettlauf nationalstaatlichen Überbietungswettbewerbs um Industrieansiedlung und Standortsicherung zu Lasten des Sozialstaats in vollem Gang.

- Die Achillesferse der Gewerkschaften ist die labile betriebliche Interessenvertretung und die Abwesenheit einer sektoralen Tarifpolitik in Mitteleuropa. Es mangelt nicht nur am Willen, sondern schlicht an den Parteien, besonders auf der Arbeitgeberseite, um Tarifverhandlungen auf Branchenebene führen zu können. Dies hat sicherlich auch mit der etatistischen Ausrichtung der Akteure im tripartistischen Dialog zu tun. Es ist aber viel mehr das Resultat erfolgloser Organisationsarbeit der Gewerkschaften. Die historische Evidenz zeigt, dass erst ein kampffähiger Organisationsgrad – also die Konflikt- und Streikfähigkeit – in den Betrieben und Branchen die Arbeitgeberseite schliesslich dazu veranlasst den Gewerkschaften als Tarifpartei gegenüber zu treten. Nicht nur der Kampf um die Anerkennung als Verhandlungspartner, sondern auch die Fähigkeit, erzielte Ergebnisse bei den Mitgliedern um- und durchzusetzen, macht von jeher die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften aus. Ohne diese Macht wird sich kein Arbeitgeber zu Verhandlungen herablassen.

Fakt ist, dass Arbeitsbeziehungen nach wie vor zu 95 Prozent national geregelt werden. Das heisst im Umkehrschluss, dass ohne lokale und nationale gewerkschaftliche Stärke auch von der europäischen Ebene nichts erwartet werden kann. Es führt also nichts an der ganz banalen Erkenntnis vorbei, dass – Europa hin, Europa her – gewerkschaftliche Stärke zu Hause entsteht und mit der Organisationskraft in ursächlichem Verhältnis steht. Dies führt zu mindestens zwei Schlussfolgerungen. Zum einen bedarf es der sektoral wie national ausdifferenzierten Konzentration auf strategische Unternehmen und Branchen, um in einem überschaubaren Zeitraum wirksame Rekrutierungsoffensiven durchzuführen. Jede erfolgreiche Organisationsarbeit holt neue Mitglieder da ab, wo sie sich befinden: im Betrieb und vor dem Werkstor. Wer diesen Weg nicht geht, wird sonstwo keine Mitglieder finden.

Dies bedeutet zum zweiten, dass sich die Beziehungen zwischen betrieblicher Vertretung/Betriebsrat und Branchengewerkschaft auf eine konstruktive strategische Allianz hin entwickeln müssen. Dabei geht es um mehr als um Ignorieren oder Tolerieren, sondern um den Aufbau einer funktionierenden Kooperation.

Die Osterweiterung ist mit dem Beitritt längst nicht abgeschlossen – wie das ostdeutsche Beispiel auf traurige Weise zeigt. Im Gegenteil, die grösste Erweiterung in der Geschichte der europäischen Union um die ärmsten Länder des Kontinents ist auf eine gefährliche Weise unvollendet. Ihr fehlt eine soziale Dimension, welche die unterschiedlichen West-Ost-Wirklichkeiten akzeptiert, reflektiert und realisierbare Instrumente für eine Harmonisierung der Arbeitsbeziehungen anbietet. Das soziale Defizit der Osterweiterung hat sich bereits auf die Steuer- und Tarifpolitik, die sozialen Sicherungssysteme,

das Arbeitsrecht und die gesellschaftspolitische Rolle der Gewerkschaften ausgewirkt.

Auswege

Man kann darauf warten, dass der Aufholprozess, die Wirtschaftsleistung und das Wachstum in Mitteleuropa in ein bis zwei Dekaden zu einer Angleichung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse führt und damit, ähnlich wie kommunizierende Röhren, die Lohn- und Sozialleistungen angleicht. Dieser Ansatz ist fatalistisch, da das Abwarten einen enormen sozialpolitischen Flurschaden hinterlassen wird. Je länger nämlich im Osten das gewerkschaftliche Vakuum anhält, desto niedriger wird nach Dekaden der Angleichung der Pegelstand in den beiden Röhren und damit die sozialpolitische Harmonisierung sein.

Der pro-aktive Ansatz besteht in einer gesamteuropäischen Gewerkschaftsstrategie, die auf der Grundlage einer schonungslosen Analyse eine Selektion und Modifikation der gewerkschaftlichen Instrumente vornimmt. Dynamik und Dramatik der Entwicklung zwingen zum Pragmatismus. Neben der Revision des Sozialmodells muss mit Nachdruck dafür gesorgt werden, dass mit dem Beitritt ratifizierte Standards umgesetzt und eingehalten werden. Es handelt sich vielfach nicht um das Problem von Niedriglohn-, als vielmehr Niedrigkostensländern. Dabei geht es um Normen, Kontrollen, Standards, gesetzliche Bestimmungen, also zum Beispiel im Arbeits- und Gesundheitsschutz, bei Hygienevorschriften, im Umweltschutz etc. die von einer Implementierung oder gar Kontrolle weit entfernt sind. Dass dies zu Kostenvorteilen und lamentablen Arbeitsbedingungen gleichermaßen beiträgt, ist evident.

Der zweite – wesentlich schwierigere – Aspekt besteht in der Überwindung des Widerspruchs zwischen europäischer Rhetorik und organisationspolitischer Gewerkschaftsrealität. Versteht man transnationale Unternehmen als die Flaggschiffe der Globalisierung und weltweiten Standardsetzung, so ist die Arbeit dort ein Element hin zur dringend benötigten Internationalisierung der Arbeitsbeziehungen. Denn nur so können Regelungsmechanismen und Mindeststandards geschaffen werden, um dem mörderischen Unterbietungswettbewerb ein Ende setzen zu können.

In der Nachkriegszeit bestand die Erfolgsgeschichte der EWG in der Schaffung von Wohlstand und der Abwesenheit von Krieg und Gewalt. Für die Zeit nach Ende des Kalten Krieges muss das soziale Wertesystem Europas für Akzeptanz und Integration sorgen. Schliesslich würden damit die europäischen Gewerkschaften Teil oder gar Motor einer dringend gebotenen Diskussion zwischen Politik und Bürgern – nicht über das resignierte „Ach Europa“, sondern über das zukunftsweisende „Wo hin Europa?“

Verteilungsgerechtigkeit

Von Reinhard Wegner

Der Begriff „Verteilungsgerechtigkeit“ ist unter jüngeren SPD-Politikern, den sogenannten „Netzwerkern“, die den Reformkurs der Agenda 2010 im Prinzip unterstützen, geradezu zu einem Unwort geworden. Das ist umso bemerkenswerter, als gerade dieses Konzept mehr als ein Jahrhundert lang zu sozialdemokratischer, ja linker Politik überhaupt gehörte. „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ waren die Grundwerte der Französischen Revolution. Die heftigsten Auseinandersetzungen gibt es bis heute um den Grundwert der Gleichheit. Die einen, die späteren Liberalen, haben von Anfang an gesagt: Mit Gleichheit kann nur die staatsbürgerliche Gleichheit, die Gleichheit vor dem Gesetz gemeint sein. Die anderen, die späteren Sozialisten, wollten „Gleichheit“ auch auf Gleichheit der Lebensverhältnisse ausgedehnt wissen: Chancengleichheit und gerechte Verteilung von Gütern und Privilegien. Auch die Sozialdemokraten fühlten sich dieser Auslegung verpflichtet. Im Godesberger Programm von 1959 heißt es: „Die Marktwirtschaft gewährleistet von sich aus keine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung. Dazu bedarf es einer zielbewußten Einkommens- und Vermögenspolitik.“

Im Berliner Programm von 1989 steht unmissverständlich:

„Gerechtigkeit erfordert mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht, aber auch im Zugang zu Bildung, Ausbildung und Kultur.“

Aus der Distanz des Historikers formuliert Paul Nolte (2004, S. 31) diese Auslegung des Grundwertes der Gleichheit 2004 immer noch als eine Grundorientierung der SPD, die sie von der Programmatik anderer Parteien unterscheidet:

„Anspruch auf soziale Egalisierung: Es kann nicht mehr darum gehen, alle Unterschiede der Leistung, der Qualifikation, des Einkommens einzuebnen. Aber die SPD wird sich auch in Zukunft von anderen Parteien dadurch unterscheiden können, dass sie einer Politik der Gleichheit im Zweifelsfall ein größeres Gewicht gibt. Das schließt Mechanismen der materiellen Umverteilung nach wie vor ein, auch wenn sich die Kriterien dafür teilweise verändern werden.“

Warum nun von einigen Sozialdemokraten zum Teil eine Abkehr von dieser Tradition ge-

fordert wird und warum neben der Gleichheit vor dem Gesetz nur noch die Chancengleichheit zu den Orientierung gebenden Grundwerten gehören soll, lässt sich nicht ohne einen Rekurs auf eine längere Diskussion im liberalen Lager verstehen, durch die die Position des „egalitären Liberalismus“ entstand.

Der wichtigste Denker dieser Richtung ist der amerikanische Sozialphilosoph John Rawls. In seinem Hauptwerk „Eine Theorie der Gerechtigkeit“ (1975) beschäftigt er sich mit der Frage, wie Ungleichheit ethisch vertretbar ist, bzw. nach welchen Kriterien eine ungleiche Verteilung von Gütern und Privilegien noch als gerecht angesehen werden kann, und zwar nicht nur aus der Perspektive der Meistbegünstigten – das wäre eine triviale Fragestellung – sondern aus der Perspektive der am wenigsten Begünstigten. Sein Ergebnis sind zwei Prinzipien (S. 81):

„Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, daß (1) vernünftigerweise zu erwarten ist, daß sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (2) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen.“

Das klingt recht gut. Tatsächlich würde die Einhaltung dieses Prinzips zwar nicht verhindern, dass die Reichen immer reicher werden. Aber das ginge nicht unbedingt damit einher, dass die Armen immer ärmer werden. Vor allem aber hätte jedes Gesellschaftsmitglied die Chance, seine Situation zu verbessern. Die Einschränkung der Verteilungsgerechtigkeit durch das erste Prinzip wird durch die stark betonte Chancengerechtigkeit des zweiten Prinzips gewissermaßen kompensiert.

Die Theorie der Gerechtigkeit von John Rawls wurde sozialdemokratische Programmatik durch „New Labour“. Margaret Thatcher hatte sich mit einem erheblichen Sozialabbau einen Namen gemacht und den Arbeitsmarkt dereguliert. Tony Blair hat deren Wirtschafts- und Deregulationskurs einerseits im Wesentlichen weitergeführt, andererseits aber ganz im Sinne von Rawls Chancengerechtigkeit (Inklusion) zum Hauptprinzip seiner Sozialpolitik gemacht. Der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit sollte vor allen Dingen für die langfristig vom Arbeitsmarkt Ausgeschlossenen verbessert werden.

Eine entsprechende Modernisierung des Sozialstaats wird auch im sogenannten Schröder/Blair-Papier von 1999 für Deutschland

angemahnt. Wie sehr die Theorie der Gerechtigkeit von Rawls aber bereits Eingang in die Programmdiskussion der SPD gefunden hat, ist aus einem Papier der Grundwertekommission von 1999 ersichtlich, das als kritische Antwort auf das Schröder-Blair-Papier gedacht war. Zur Verteilungsgerechtigkeit heißt es dort (S. 30):

„Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten bzw. politische Maßnahmen, die diese verstärken, sind nur dann zu tolerieren, wenn sie den am wenigsten Begünstigten nicht nur zugute kommen, sondern für diese aus der politischen Entscheidung auch der größte Nutzen fließt; wenn also bestimmte Ungleichheiten jedem nutzen, indem sie sozial und wirtschaftlich nützliche Fähigkeiten und Energien mobilisieren, können sie dann als sozial gerecht angesehen werden, wenn die unteren sozialen Schichten aus dieser wirtschaftlichen Dynamik so profitieren, daß sie danach besser gestellt sind als zuvor.“

Die Notwendigkeit einer Abkehr vom traditionellen Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit wird damit begründet, dass der aufgeblähte Sozialstaat soziale Ungerechtigkeit eher vergrößert als verkleinert. Die Verteuerung der Arbeit durch Sozialabgaben erschwert die Entstehung neuer Arbeitsplätze. Die finanzielle Belastung des Staatshaushaltes verhindert Investitionen, durch die die Wirtschaft belebt und Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Höhere Steuern im Gegenzug würden die Wirtschaft dämpfen mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf Investitionen und Arbeitsmarkt.

Hier liegt in der Tat ein Problem vor, das man aber wohl kaum der Anwendung des Prinzips der Verteilungsgerechtigkeit zuschreiben kann. Allenfalls lässt sich eine missbräuchliche Anwendung dieses Prinzips feststellen. Dass nun die Außerkraftsetzung von Grundsätzen der Verteilungsgerechtigkeit eine Lösung des Problems bewirken soll, ist nur zu begründen, wenn man sehr verzerrte oder verkürzte Konzepte von Verteilungsgerechtigkeit einsetzt. Und die trifft man in der Tat in Diskussionen von Prinzipien sozialer Gerechtigkeit an. Im sog. Schröder/Blair-Papier heißt es:

„In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit Kreati-

vität, Diversität und herausragender Leistung.“

Eine solche Vorstellung von Verteilungsgerechtigkeit ist natürlich ein Zerrbild, das ernsthaft in der Sozialdemokratie so nie vertreten wurde. „Mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht“ heißt nicht einfach „Gleichheit im Ergebnis“ und schon gar nicht „egal, wie das Ergebnis zustande gekommen sein mag“. Gegen ein blindes Verteilungsprinzip lässt sich gut polemisieren.

Erwähnenswert ist auch der Versuch von Olaf Scholz (2003), das Konzept der Verteilungsgerechtigkeit durch eine einseitige Auslegung des Begriffs „Verteilung“ auszuhebeln. Unter „Verteilung“ versteht man gewöhnlich das quantitative Vorkommen eines Merkmals in einer Population: z. B. die Verteilung der Körpergröße in einer Schulklassen. In diesem Sinne ist auch die Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht in einer Bevölkerung zu verstehen. An einer solchen Verteilung als Ergebnis sind viele Faktoren beteiligt.

„Verteilung“ kann man aber auch als die Tätigkeit eines Akteurs verstehen: Der Lehrer verteilt Schokolade in der Klasse. Und genau diese zweite Bedeutung schreibt Scholz dem Begriff „Verteilung“ bei der Diskussion um die Verteilungsgerechtigkeit zu. Seine Ablehnung dieses Konzepts ist dann ganz plausibel: Man kann nur verteilen, was man hat, also z. B. erwirtschaftete Überschüsse. Und die sind in der gegenwärtigen Situation nicht vorhanden. Also erübrigt sich z. T. ein solches Konzept wie das der „Verteilungsgerechtigkeit“.

Aber auch bei korrekter Auslegung des Konzepts der Verteilungsgerechtigkeit wäre es denkbar, dass es zur Lösung der anstehenden Gerechtigkeitsprobleme nicht mehr die beste Leitlinie vorgibt und durch ein Konzept der Chancengerechtigkeit abgelöst werden müsste. Das größte Gerechtigkeitsproblem ist zweifellos z. T. die Massenarbeitslosigkeit. Wolfgang Merkel schreibt dazu (2004, S. 208):

„Es muss ein zentrales Ziel gerechtigkeitsorientierter Politik sein unfreiwillige Arbeitslosigkeit zu verhindern. Denn Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein ökonomisches Problem, das allein durch großzügige Transferzahlungen zu lösen ist. Es stellt vor allem eine ethische Herausforderung dar ... Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit zumal, beschädigt die individuelle Autonomie, führt zu einer Verletzung des Selbstwertgefühls und in der Regel auch zu nicht mehr auszugleichenden Nachteilen bei der Wahrnehmung zukünftiger Lebenschancen. Solange in den entwickelten Gesellschaften nicht nur Einkommen, sondern auch Status, Selbstwertgefühl und soziale Zugehörigkeit primär über die Erwerbsarbeit verteilt werden, muss dem Thema der Inklusion in den Arbeitsmarkt besondere politische Aufmerksamkeit gelten.“

Überprüfen wir also anhand der Vorschläge zur Lösung des Arbeitslosenproblems die Stichhaltigkeit der Argumente für die Beibehaltung oder die Ersetzung des Konzepts der Verteilungsgerechtigkeit.

Unmittelbar aus dem Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit abgeleitet sind alle Maßnahmen zu einer gerechteren Verteilung der vorhandenen bezahlten Arbeit: Verkürzung der Wochenarbeitszeit, der Jahresarbeitszeit (mehr Urlaub, Bildungsurlaub), der Lebensarbeitszeit (nicht durch Frühverrentung, denn das führt zur Ausgliederung qualifizierter Älterer, aber durch Kinderbetreuungs- und Qualifizierungszeiten, eventuell verknüpft mit Halbtagsarbeit). Dazu gehört aber auch die Einschränkung von Überstunden und die wirksame Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Maßnahmen dieser Art werden zur Zeit stark abgewertet. Ihre Schwäche liegt angeblich darin, dass sie nicht eine Steigerung wirtschaftlicher Dynamik (einschließlich globaler wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit) erwarten lassen. Es ist allerdings nicht erwiesen, ob nicht die Beteiligung aller an der wirtschaftlichen Wertschöpfung Wachstumsimpulse freisetzen würde.

Da Vollbeschäftigung auch durch wirtschaftliches Wachstum allein in absehbarer Zeit (vielleicht nie mehr) erwartet werden kann, bleibt jedoch die Verteilung vorhandener bezahlter Arbeit eine Option zur Lösung des Arbeitslosenproblems.

Zu den Vorschlägen, die vom Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit inspiriert sind, gehören auch alle Maßnahmen, durch staatliche Finanzierung Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Ausweitung des öffentlichen Dienstes scheint gegenwärtig völlig indiskutabel zu sein, obwohl Schweden, das seine Wirtschafts- und Arbeitsmarktprobleme besser im Griff hat als Deutschland, immer noch prozentual doppelt so viele öffentlich Bedienstete hat als Deutschland. Diskutiert

wird aber die staatliche Teilfinanzierung von Arbeitsplätzen in der freien Wirtschaft (Kombilohn).

Die zur Zeit am meisten favorisierten Vorschläge zur Lösung des Arbeitslosenproblems orientieren sich eher am Prinzip der Chancengerechtigkeit. Als wichtigste Voraussetzung dafür, dass überhaupt wieder Spielräume für neue Arbeitsplätze entstehen, wird der Abbau von Lohnnebenkosten angesehen. Dabei wäre noch zu unterscheiden zwischen Entlastungen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder nur für Arbeitgeber. Finanziert werden sollen solche Maßnahmen durch Abbau von Sozialleistungen und/oder aus Steuermitteln. Bei einseitiger Entlastung der Arbeitgeberseite kommt praktisch auch Lohnverzicht hinzu. Gerechtigt werden Einschnitte oder Belastungen dieser Art durch ein höheres Arbeitsplatzangebot – entstanden durch Wirtschaftswachstum und/oder die Bereitschaft der Unternehmen, auf stärkere Rationalisierungen oder Verlagerungen von Arbeitsplätzen ins Ausland zu verzichten. Parallel dazu werden Qualifizierungsmaßnahmen verschiedenster Art vorgeschlagen, die in der Regel aus Steuermitteln finanziert werden müssen, damit Arbeitnehmer die Chancen auf dem Arbeitsmarkt wahrnehmen können und damit es auch vermehrt zu Neugründungen von Unternehmen kommt. Die direkte finanzielle Unterstützung von Unternehmensneugründungen (Übergangsgeld und Ich-AG) gehört auch in diesen Zusammenhang.

Einen weiteren Komplex vorgeschlagener Maßnahmen zur Lösung des Arbeitslosenproblems, der auf Erhöhung von Chancengerechtigkeit abzielt, kann man mit Arbeitsmarktflexibilität oder -deregulation umschreiben. An erster Stelle steht die Reduzierung des Kündigungsschutzes. Wolfgang Merkel (2004, S. 214): „Es lässt sich kaum bestreiten, dass eine leichtere Entlassung auch wieder zu schnelleren Einstellungen führt.“

horizonte 8, Herbst 2004 erschienen:



Schwerpunkt: Der skandinavische Weg

K. Mohr: Die Auswirkungen von Hartz IV, *Kommentare*: Neue Linkspartei?, *T. Pusch*: Zeit für einen neuen Generationenvertrag?

Der skandinavische Weg: *M. Brodtkorb*: Drei Typen von Wohlfahrtsstaaten, *Im Gespräch*: Reiner Ludwig, *Z. Wikner-Strid*: Die schwedische Grundskola, *Erik Gurgsdies*: Schweden im Zeichen der Globalisierung, *F. W. Scharpf*: Steuer- oder Abgabenstaat?, *S. Sass*: Aktivierender Sozialstaat in Finnland

Aus den Rubriken: *S. Diedrich*: Van Austköst, Oornbier un Erntefest, *R. Dankert*: Käte Woltemath, *M. Krempien*: Demmler und die Sozialdemokratie, *M. Retzar*: Fünfeichen, *S. Bliemel*: H. Sakowskis Roman »Die Geliebte des Hochmeisters«, *U. Dembski*: Warum Greifswald anders wählte

kostenlose Probehefte unter: www.horizonte-magazin.de
Magazin für sozialdemokratische Politik in MV

Merkel fügt jedoch hinzu: „Allerdings wäre eine Politik der Entlassungserleichterung aus sozialdemokratischer Sicht nur dann zu rechtfertigen, wenn dadurch die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit drastisch gesenkt werden kann, wenn man die Requalifizierungsprogramme der aktiven Arbeitsmarktpolitik ausbaut, eine effiziente Arbeitsvermittlungorganisation existiert und Arbeitslosenunterstützung in ausreichender Höhe gewährt wird.“

Weitere Flexibilisierungsmaßnahmen sind Lohnöffnungsklauseln nach unten zur Förderung von Dienstleistungsjobs im unteren Qualifikationsbereich. Auch hier fügt Merkel hinzu (2004, S. 214): Solche Maßnahmen „müssen mit Lohnsubventionen, Kombilohnmodellen und vergleichbaren Maßnahmen verbunden und dadurch die Lohnneinbußen so weit wie möglich kompensiert werden.“

Es ist interessant, dass man als Sozialdemokrat bei der Forderung nach Kombilöhnen ankommt, ob man von Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit oder der Notwendigkeit der Arbeitsmarktflexibilität ausgeht.

Am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik lässt sich zeigen, dass Gesichtspunkte der Verteilungsgerechtigkeit keineswegs irrelevant geworden sind, auch wenn man Chancenge-

rechtigkeit stärker betont. Maßnahmen zur Verbesserung von Chancengerechtigkeit müssen durch Kürzungen von Sozialleistungen oder aus Steuermitteln finanziert werden. Wie diese Lasten verteilt werden, bleibt eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit.

Darüber hinaus haben alle Maßnahmen zur Lösung von Wirtschafts- oder Arbeitsmarktproblemen kurzfristig, mittel- und langfristig immer auch eine Verteilungswirkung. Daran müssen sie politisch gemessen werden. Maßnahmen, die kurzfristig einigen Bevölkerungsgruppen größere Opfer abverlangen, sind nur dadurch zu legitimieren, dass tatsächlich mittelfristig die Arbeitslosigkeit erheblich abnimmt und mittel- und langfristig die Reichen nicht immer reicher und die Armen nicht immer ärmer werden.

Verteilungs- und Chancengerechtigkeit sind keine Gegensätze. Die Herstellung und gerechte Verteilung von Chancen sind wesentliche Bestandteile von Verteilungsgerechtigkeit. Die Ausrichtung auf Chancengerechtigkeit ohne Berücksichtigung von Effekten der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht kann allerdings dazu führen, Maßnahmen zur Verbesserung von Chancen nur als Alibi für ungerechte Umverteilungen zu nutzen. Umgekehrt übersieht eine Sozialpolitik, die nicht den Chancenaspekt ins Auge fasst,

leicht die Kreativitäts- und Selbsthilfepotenziale der Menschen.

Es darf nicht darum gehen, Verteilungsgerechtigkeit und Chancengerechtigkeit gegeneinander auszuspielen. Beide Gerechtigkeitsformen sind in ein umfassendes Konzept sozialer Gerechtigkeit aufzunehmen. Menschen jedes Alters brauchen Freiräume für eigene Gestaltungen, aber auch die Absicherung, in Notlagen, bei Krankheit und im Alter den erarbeiteten Status nicht zu verlieren und auch längerfristig einen der Gesamtgesellschaft angemessenen Lebensstandard aufrechterhalten zu können.

spw 5 / 2004

Literatur:

- Das Schröder/Blair-Papier (1999): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag von Gerhard Schröder und Tony Blair vom 8. Juni 1999
Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (Hg.) (1999): Dritte Wege – Neue Mitte. Berlin, im September 1999
Merkel, Wolfgang (2004): Soziale Gerechtigkeit, Arbeitsmarkt und Reform des Sozialstaates. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die neue SPD – Menschen stärken – Wege öffnen. Bonn: Dietz, S. 207 – 217
Nolte, Paul (2004): Sozialdemokratisches Programm: Politik in neuen gesellschaftlichen Spannungsfeldern. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.): Die neue SPD – Menschen stärken – Wege öffnen. Bonn: Dietz, S. 27 – 36
Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
Scholz, Olaf (2003): Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert. Internet

Niedrige Arbeitseinkommen – ein wachsendes Problem

Sind Mindestlöhne die Lösung?

von Rudolf Welzmüller

Mittlerweile werden Niedrigeinkommen als soziales Problem wahrgenommen – bisher wurden sie vor allem als Teil der Lösung des Beschäftigungsproblems propagiert.

Lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit, jahrelange Netto-Realeinkommensverluste, verschlechterte sozial- und arbeitsrechtliche Bedingungen (u.a. Hartz IV), Lücken in der Tarifbindung und nicht zuletzt die Öffnung der vorher national verfassten Arbeitsmärkte im Zuge der voranschreitenden europäischen Integration haben zu anhaltendem Druck gerade auf die Ausdifferenzierung der Niedrigeinkommen geführt. Der Anteil der Niedriglohnbezieher, d.h. der Arbeitnehmer mit einem Bruttostundenverdienst, der mehr als 25 % unter dem länderspezifischen Durchschnitt liegt, ist in Deutschland, Irland, Niederlande und dem Vereinigten König-

reich am höchsten. 54 % der gering qualifizierten Arbeitnehmer sind in Deutschland Niedriglohnbezieher – ein Anteil der weit über dem EU-Durchschnitt von 34 % liegt. Vgl. EU-Kommission, Beschäftigung in Europa 2003, Brüssel Juli 2003, S. 106, Tabelle 37 (S. 111)

Die Debatte über Mindestlöhne hat sowohl bei den politischen Parteien als auch in der politischen Öffentlichkeit an Brisanz gewonnen. Die politischen Kommentatoren sind sich noch nicht einig, wie sie die überraschende Hinwendung der SPD zu diesem Thema durch Müntefering werten sollen. Die einen vermuten darin ein Angebot zum politischen Tauschhandel nach dem Motto: „Wir geben euch den Mindestlohn, ihr akzeptiert Hartz IV“. (Vgl. Süddeutsche Zeitung, Jonas Viering, Mit dem Mindestlohn ein Geschäft machen, 17.8.2004) Die anderen sehen darin

eher den geschickten Versuch, die Debatte zu öffnen, um sie zum Verstummen zu bringen (Vgl. N. Fickinger, Im Fangnetz der Tarife, FAZ, Nr. 217, 17.9.2004). Letzteres wird wohl nicht so leicht gelingen. Denn das Thema bietet hinreichend Gründe für politisches Handeln, wie nachfolgend gezeigt werden wird.

Unzureichende rechtliche Verankerung: Regeln für ein verbindliches unteres Arbeitseinkommenniveau neu fassen

Prinzipiell herrscht bei Lohnvereinbarungen Vertragsfreiheit – also Marktwirtschaft pur. Für Gewerkschaftsmitglieder, die bei tarifgebundenen Arbeitgebern beschäftigt sind, gelten dagegen die Tariflöhne als Mindestbedingungen. Diese können durch Allgemeinverbindlicherklärung auch auf Nicht-Verbandsmitglieder ausgeweitet werden. Das geschieht bei Lohnverträgen selten – es scheidet vor allem am Widerstand der Arbeitgeber.

Dort, wo es keine Tarifbindung gibt, sind der Lohnkonkurrenz Tür und Tor geöffnet. Allerdings lässt die Rechtsordnung Deutschlands keine unbegrenzte Absenkung der Arbeitsentgelte zu. Die Grenze für untertarifliche Entlohnungsvereinbarungen zieht Paragraph 138 BGB. Danach verstößt ein Arbeitsvertrag gegen die guten Sitten, wenn unter Ausbeutung einer Zwangslage Leistungen vereinbart werden, die in auffälligem Missverhältnis zur Gegenleistung stehen.

Den Maßstab für ein „auffälliges Missverhältnis“ hat mittlerweile das Bundesarbeitsgericht vorgegeben (Urteil vom 23. 5. 2001 – 5 AZR 527/99 – in EzA Nr. 29 zu § 138 BGB). Demnach sind Entgelte dann sittenwidrig, wenn sie um 1/3 unterhalb des vergleichbaren Tariflohnes *oder* des ortsüblichen Lohnniveaus liegen.

In der Regel ist der „vergleichbarer Tariflohn“ höher als der „ortsübliche Lohn“. Letzterer erhält vor allem in jenen Regionen, in denen der Tariflohn nur noch eine geringe Rolle spielt – so vor allem in den neuen Bundesländern –, verstärkt Bedeutung. Denn – so auch die Begründung in Gerichtsurteilen – gerade in diesen Gebieten bestimmt sich der objektive Wert der Arbeitsleistung nicht mehr nach dem Tariflohn. „Der Tariflohn stellt dort nicht die verkehrsmäßige Vergütung dar.“ (LAG Sachsen, Az. 3 Sa 1025/03 – 12 CA 2181/03 ArbG Chemnitz, 28.4.2003). Deshalb müsse auf das allgemeine (ortsübliche) Lohnniveau Bezug genommen werden (hierfür: BAG, Urteil vom 23. 5. 2001, a.a.O.). Konkret heißt dies, dass der ohnehin schon unterhalb des Tariflohnes liegende ortsübliche Lohn nochmals um 1/3 unterschritten werden darf, ehe die als sittenwidrig definierte Grenze der Entlohnung erreicht wird.

Die gesetzliche Untergrenze zieht also die Grenzen äußerst weit und ist letztlich nicht hilfreich, wenn es um die Vermeidung von Lohnunterbietung und die Sicherung auskömmlicher Arbeitseinkommen geht. In der Realität kann es sogar zu Arbeitsverhältnissen kommen, die selbst diese niedrige Entgeltgrenze nicht einhalten. Denn es gilt der Grundsatz: „Wo kein Kläger, da kein Richter.“ Bezahlung unter Tarif bzw. unterhalb des ortsüblichen Lohnes ist kein Tatbestand, bei dem der Staatsanwalt oder die Gewerbeaufsicht eingreifen. Es muss der individuelle Klagegegner gegangen werden – Verbandsklage gibt es nicht. So ist es nicht verwunderlich, dass die betroffenen Arbeitnehmer häufig nicht klagen – denn sie riskieren alltägliche Schikanen des Arbeitgebers bis hin zum Arbeitsplatzverlust. Schon allein aus diesen Gründen ist eine rechtsverbindliche untere Lohngrenze erforderlich.

Tariflöhne sind Mindestlöhne – doch wie weit reichen sie?

Bis vor Jahren konnte man davon ausgehen, dass die Arbeitsentgelte einer breiten Mehrheit von Branchen und Beschäftigten durch Tarifverträge definiert waren – auch wenn es immer schon nicht tarifgebundene Arbeitsverhältnisse gab, so waren die Tariflöhne doch die repräsentative Bezugsgröße für die mindestens zu zahlenden Entgelte. Auch die tariflichen und „ortsüblichen“ Arbeitsentgelte unterschieden sich nur selten. Der tarifliche Lohn war insofern auch für die gerichtliche Auseinandersetzung der in den meisten Fällen typische Bezugsgröße bei der Be-

messung von sittenwidrigen Löhnen.

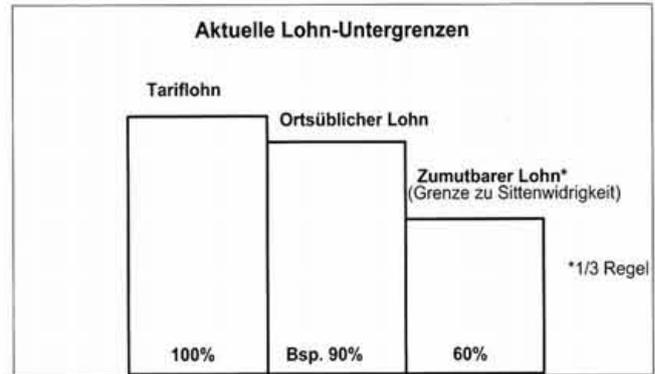
Das ist nicht mehr der Fall, da die Tarifverträge in manchen Branchen und Regionen, vor allem in den neuen Bundesländern, nur noch einen kleinen Teil der Beschäftigten abdecken. Auch in den Organisationsbereichen der IG Metall – insbesondere im Metallhandwerk, bei Textil-/Bekleidung, Holz und Kunststoff – trifft dies zu. Auf diese Weise werden die niedrigeren „ortsüblichen Löhne“ in zunehmendem Maße zur Referenzgröße.

Damit sind für den Unterbietungswettbewerb neue Freiräume entstanden. Diese werden sich ausweiten, wenn die beabsichtigte EU-Richtlinie zur Liberalisierung der Dienstleistungen so beschlossen werden sollte wie sie derzeit formuliert ist. Künftig soll demnach das „Herkunftslandprinzip“ gelten – also jene Entgelte bezahlt werden, wie sie im Herkunftsland des die Dienstleistung ausführenden Unternehmens gelten. Auf diese Weise würde das mühsam im Rahmen des Entsendegesetzes durchgesetzte „Arbeitsortprinzip“ (gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort) für die Entlohnung bei der grenzüberschreitenden Entsendung von Arbeitskräften innerhalb der EU unterlaufen (ausgenommen wären nur jene Branchen, für die jetzt das Entsendegesetz gilt, also im wesentlichen der Bau- und baunahe Sektor). Da „Dienstleistungstätigkeiten“ nicht branchengebunden sind, sich vielmehr in *allen* Branchen finden (man denke nur an Gebäudemanagement, Reinigung, Sicherheitsdienste, Wartung, Instandhaltung, software-Beratung etc.), würde es folglich zum Lohnunterbietungswettbewerb quer über die Branchen hinweg in den mittlerweile 25 EU-Mitgliedsländern kommen.

Eine weitere Relativierung der Tarifentgelte als Mindestlöhne ergibt sich schließlich durch die neue „Zumutbarkeitsregel“ bei der Vermittlung von Arbeitslosen. Löhne, die unterhalb des Tariflohnlevels liegen, sind demnach zumutbar – die Grenze zieht nur die oben beschriebene und wenig hilfreiche gesetzliche Schranke der sittenwidrigen Entgelte.

Ein verbindliches unteres Arbeitsentgelt: Wie gestalten?

Gewerkschaftliches Ziel ist, Lohnunterbietung (Lohndumping) zu verhindern und ein auskömmliches Arbeitseinkommen zu sichern. Mindestlöhne können prinzipiell garantieren, dass es nicht zu einem weiteren Abrutschen der gezahlten Löhne am unte-



ren Ende kommt. Doch auch dies gewährleisten sie nur dann, wenn gesetzliche Mindestlöhne *mindestens genauso hoch wie die derzeitigen untersten Tarifentgelte* sind. Das ist erheblich zu bezweifeln.

Denn ein gesetzlicher, für alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen anzuwendender Mindestlohn würde sich allenfalls am Durchschnitt der jetzt existierenden untersten Lohngruppen – also einschließlich der Branchen Gaststätte, Reinigungsgewerbe etc. – orientieren. Da zudem der sogenannte „ortsübliche Lohn“ – also der in einer Region durchschnittlich effektiv gezahlte Lohn – schon heute in vielen Fällen niedriger als der Tariflohn liegt, wird die zu erwartende Höhe eines bundesweiten Mindestlohnes auch davon beeinflusst sein.

Das bedeutet: Ein *nationaler* Mindestlohn, der quer über alle Branchen und Regionen hinweg einheitlich festgesetzt würde, läge mit hoher Wahrscheinlichkeit unterhalb der untersten Tarifgruppe der Metallindustrie, des Metall-Handwerks, der Holz- und evt. sogar der Textil-/Bekleidungsindustrie. Unterbietung wäre dann gewissermaßen gesetzlich „erlaubt“ – nicht im engen rechtlichen Sinne, aber in der politischen Auseinandersetzung. Denn jede Branchen- bzw. Unternehmenskrise würde natürlich dazu genutzt, die Beschäftigten zu erpressen. Standort- bzw. Beschäftigungssicherung wäre nur zu haben, wenn die Löhne zumindest für Teilbereiche der Beschäftigten auf die niedrigeren Mindestlöhne abgesenkt würden.

Daraus folgt, dass in vielen Tarifbereichen – auch jenen der IG Metall – ein *nationaler* Mindestlohn nicht helfen, sondern eher Probleme machen würde. Man kann sich aber sehr wohl einen *auf die Branche bezogenen gesetzlichen Mindestlohn* vorstellen. So etwas gibt es ja mittlerweile. Denn der Mindestlohn entsprechend dem Entsendegesetz ist ja auf die Branche bezogen und muss von Entsendefirmen bezahlt werden.

Praktisch könnte dies wie folgt aussehen: Künftig wird gesetzlich festgelegt, dass das *unterste Tarifeinkommen einer Branche* zugleich zum *gesetzlichen Mindesteinkommen dieser Branche* wird. Dieses gesetzliche Branchen-Mindesteinkommen gilt für alle

Beschäftigten/Unternehmen der Branche, *unabhängig von ihrer Zugehörigkeit zu den jeweiligen Tarifverbänden*. Italien hat gleichfalls eine branchenbezogene Mindestlohnregelung: „Nach Auslegung der Zivilgerichte (preture), die in Italien die Funktion von Arbeitsgerichten haben, entspricht der „Lohn, der ... ausreichend sein muss, ... ein freies und würdiges Leben zu gewährleisten“, dem in der Branche vereinbarten tariflichen Mindestlohn für die jeweilige Berufsgruppe. Diesbezügliche Urteile der Zivilgerichte wurden bei Berufungsverfahren von den Kassationsgerichten (cassazione) stets bestätigt. Somit sind Arbeitgeber verpflichtet, den Grundlohn zu zahlen, selbst wenn sie keiner Tarifpartei angehören. Laut Auslegung der Gerichte umfasst der „Grundlohn“ ein 13. Monatsgehalt, auf das nun jeder Arbeitnehmer in Italien seinen Anspruch hat, aber kein 14., 15. oder 16. Monatsentgelt.“ Bispinck, R., Kirsch, J., Schäfer, C., Projekt Mindeststandards für Arbeits- und Einkommensbedingungen und Tarifsystem für das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit des Landes Nordrhein-Westfalen, Projektbericht, S. 297

Maßstab ist jener Tarifvertrag, der von der für den jeweiligen Wirtschaftszweig „repräsentativsten Organisation der Tarifvertragsparteien“ (Zitat aus EU-Entscheidung-Richtlinie, Art. 3) geschlossen worden ist. Ein bestimmtes *Mindest- oder Höchstmaß an Tarifbindung* („Quorum“) ist *nicht erforderlich*. Durch den Verweis auf die jeweils „repräsentativste Tarifvertragspartei“ wird aber vermieden, dass von „gelben Gewerkschaften“ vereinbarte Tarife zur Grundlage für den branchentypischen gesetzlichen Mindestlohn werden.

In Bereichen, in denen *keine einschlägigen Tarifverträge existieren*, werden die Tarifverträge *vergleichbarer Bereiche herangezogen* oder die für die *Leiharbeiter vereinbarten Tarifsätze* als Bezugsgröße genommen. Denn der heute existierende Tarifvertrag für Leiharbeiter ist von seinem Charakter her eine bundesweit für alle Branchen gleichermaßen gültige Vereinbarung, die schon jetzt branchenübergreifend beim Einsatz von Leiharbeitnehmern angewandt wird. Das macht ihn auch als Bezugsgröße

für Bereiche ohne tarifliche Bindung so geeignet.

Die *Vorteile eines auf Branchenebene verallgemeinerten Mindestlohnes* liegen in folgendem:

- (1) Es wird kein neues Mindestlohniveau eingeführt, vielmehr werden die unteren Tarife für die jeweilige Branche verallgemeinert. Dadurch entsteht ein verbindlicher unterer Branchen-Referenz-Lohn, der auch bei Arbeitsvermittlung und vor Gericht bei Einzelfallentscheidungen maßgeblich wäre;
- (2) Das Verhältnis von Mindestlohn und Sozialeinkommen wird nicht durch ein neues niedrigeres allgemeines Mindestlohniveau zu Lasten der Sozialeinkommen verändert;
- (3) Die bestehenden Lösungen gemäß Entsendegesetz und Zeitarbeiternehmer können gut integriert werden;
- (4) Es entstehen keine neuen (politischen) Abhängigkeiten und auch keine neuen bürokratischen Einrichtungen bei der Gestaltung der (unteren) Arbeitseinkommen;
- (5) Die Anpassung der unteren Löhne an die wirtschaftliche Entwicklung erfolgt im Rahmen der regelmäßigen Tarifverhandlungen, geschieht also zeitnah und in Verbindung mit der ökonomischen Lage der Branche. Die Tarifparteien haben es selbst in der Hand, das angemessene Niveau des jeweiligen Mindesteinkommens je Branche zu bestimmen.
- (6) Die Tarifautonomie wäre nur marginal berührt.

Mindestlohn – nur ein Element, um Armut zu verhindern

Der Arbeitslohn und damit auch der Mindestlohn ist immer auf den einzelnen Beschäftigten bezogen. Er kann diesem eine angemessene Bezahlung zur Sicherung der *individuellen Reproduktion* garantieren. Doch er kann nicht automatisch Armut verhindern: Armut ist auch bei Arbeitseinkommen, die weit *über* dem unteren individuellen Sicherungsniveau liegen, möglich. *Denn der Tatbestand der Armut ist erst bei Kenntnis der spezifischen Bedarfslage gemäß der jeweiligen Haushalts- bzw. Familiensituation und des gesamten verfügbaren Haushaltseinkommens feststellbar*. Zum verfügbaren Einkommen zählen neben den Arbeitseinkommen

auch alle sonstigen Einkommen aller Haushaltsmitglieder (soziale Transfers; Zinsen, Mieten etc.). Aus der Armutsforschung ist bekannt, dass Einkommensarmut vorrangig bei Familien mit Alleinverdiener, Familien mit zwei und mehr Kinder; sowie bei Allein-erziehenden auftritt. Die *spezifischen Be-*

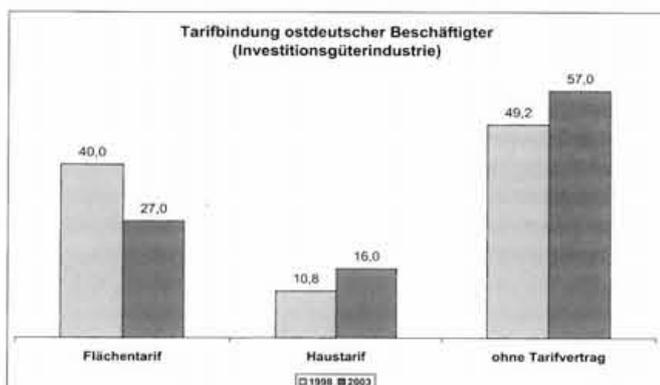
darfslage ist vor allem abhängig von der Haushalts- bzw. Familiensituation: Kinder, nicht berufstätige Haushaltsmitglieder, Pflegebedürftige etc. erhöhen den Bedarf. Nun kann aber die vollständige materielle Sicherung dieser spezifischen Familien- bzw. Haushaltssituation systematisch gesehen nicht in jedem Fall über das jeweilige *individuelle* Arbeitseinkommen gesichert werden. Geschehe dies, dann würden sich negative Arbeitsmarktkonsequenzen für jene ergeben, die besondere existentielle Zusatzbedarfe *in ihrem Lohn* abgegolten sehen wollen. In der gewerkschaftlichen Diskussion wurde dies frühzeitig erkannt. Im Verlauf der Nachkriegszeit kam es zur systematischen „Entmischung“ von „Soziallohn“-Bestandteilen und Individuallohn – Zuschläge für Verheiratete, für Kindererziehung und ortsbedingte Sondersituationen des Lebens („Ortszuschläge“) sind nun weitgehend aufgelöst und in die Sozial- und Steuerpolitik integriert. Folglich sind nun für eine umfassende materielle Sicherung weitere Einkommenselemente zu garantieren, wie vor allem:

- sozialpolitische Einkommenshilfen wie Kindergeld, Pflegegeld, Wohngeld, Sozialhilfe etc.
- steuerpolitische Regelungen, die das Verhältnis von Netto- zu Bruttolohn anheben, wie die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums; kinderspezifische Steuer-Klassen („Kinder-Lastenausgleich“ statt Ehegattensplitting) etc.
- Entlastung bei Sozialversicherungsabgaben für untere Einkommen.

Die wirksame Bekämpfung von Einkommensarmut muss deshalb neben den Arbeitseinkommen auch sozialpolitische und steuerliche Regelungen umfassen. Die materielle Sicherung der Lage der abhängig Erwerbstätigen kann nur in einem funktionierenden differenzierten System von Arbeitseinkommen, Steuersystem und Sozialeinkommen gelingen. Vermeidung und Bekämpfung von Armut muss alle Instrumente dieses Systemzusammenhangs nutzen. Es greift zu kurz, dies *nur* über den Mindestlohn lösen zu wollen.

Resümee: Mindestlohn – notwendiges Element im System der Einkommenssicherung

Gesetzliche Regelungen zu Mindestarbeits-einkommen bieten sich als Ersatzlösung an, wenn die bisher üblichen Instrumente zur Regelung unterer Arbeitsentgelte (Tarifvertrag; Tarifbindung, Rechtsprechung) eklatante Regelungsdefizite aufweisen. Dort, wo tarifliche Entgelte nur noch oder überwiegend in Einzelunternehmen ausgehandelt werden und dort, wo Tarifverträge nur noch einen geringen Teil der Arbeitseinkommen rechtlich erfassen, drängt sich eine gesetzliche Fixierung der unteren Lohngrenze geradezu auf. Übrigens nicht nur aus Grün-



den der Sicherung eines auskömmlichen Arbeitseinkommens, sondern auch aus (unternehmerischen) Gründen der Vermeidung „unlauteren Wettbewerbs“ und aus gesamtwirtschaftlichen Gründen der Vermeidung von deflationären Tendenzen, wie sie bei einem nach unten völlig offenen Lohnsystem einträten. („The less wage negotiations take place on an industry level the more govern-

ment set minimum wages become necessary.“ Herr, Hansjörg, Wages, Employment and Prices, Working Papers of the Business Institute Berlin at the Berlin School of Economics (FHW-Berlin), Berlin June 2002, S. 43) Klassischerweise fand man Mindestlöhne bisher vor allem in jenen Ländern, in denen die gewerkschaftliche Organisation schwach und die flächendeckende Wirkung

der Tarifverträge äußerst lückenhaft sind (z.B. Frankreich, Vereinigtes Königreich, USA). Insofern sind gesetzlich abgesicherte Mindestentgelte als „Lückenfüller“ eher die zweitbeste Lösung – aber sie sind als Bestandteil eines umfassenderen tarif-, steuer- und sozialpolitischen Konzeptes der Einkommenssicherung unumgänglich geworden.

spw 5 / 2004

Ein Mindestlohn für das Hochlohnland?

von Toralf Pusch

Kommt der Ausbau des Niedriglohnssektors nun doch mit Rot-Grün? Hartz IV und einige Debatten im sozialdemokratischen Spektrum deuten auf eine Forcierung der Niedriglohnstrategie hin. Der vorliegende Beitrag bietet eine Einschätzung der Entwicklung im Kontext deutscher und amerikanischer Politik.

„Es ist die Wirtschaft – Dummkopf!“ soll Bill Clinton einmal gesagt haben. Der politische Fuchs wusste: Wirtschaftskompetenz ist entscheidend für die Stärke einer Regierung. Auch die Bundesregierung erkannte früh die Bedeutung von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik. An Reformeifer ließ sie es nicht mangeln – vor allem der Kostenbelastung am Standort Deutschland galt dabei das Augenmerk. Logische Folge waren die Steuerenkungen in der ersten Regierungsperiode. Die Umsetzung der Hartz-Vorschläge und der Agenda 2010 folgten. Rot-Grün scheint sich inzwischen darauf festgelegt zu haben, dass eine Überwindung der Massenarbeitslosigkeit nur noch auf Basis zweitbestser Lösungen möglich ist. Ein solcher Ansatz kann der Ausbau des Niedriglohnssektors sein. Die Diskussion dieser politischen Strategie erscheint gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Hartz-Debatte interessant.

Hartz IV und der Mindestlohn

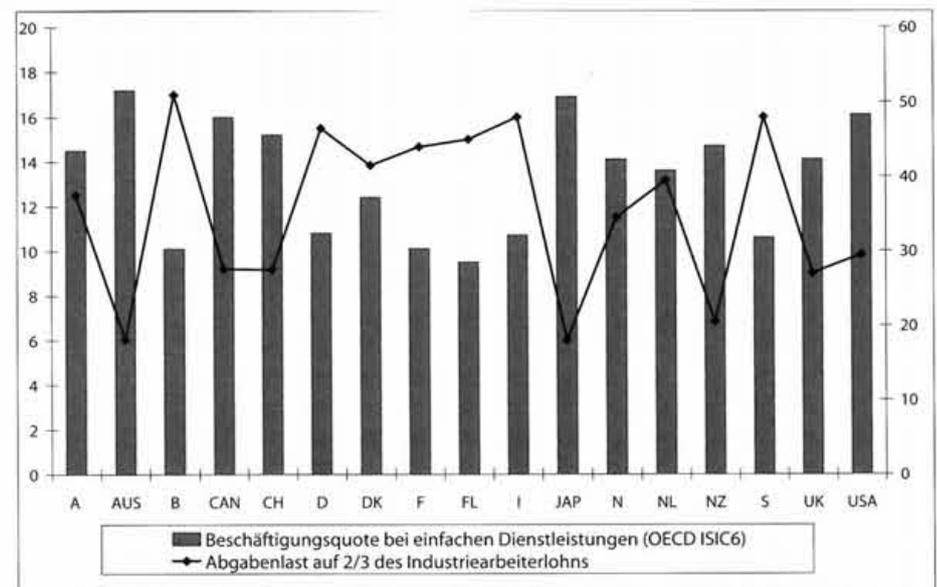
Eine wahre Vermittlungs-Revolution sollte mit den Hartz-Reformen losgetreten werden. Von einer Halbierung der Arbeitslosigkeit spricht heute freilich niemand mehr. Zwei Jahre nach der Vorlage des Hartz-Berichts ist der Neuigkeitseffekt verbraucht und die Bundesregierung arbeitet sich wieder an ihr altes Credo der Kostensenkung heran. Im Gespräch sind z.B. 1-Euro-Jobs für Arbeitslose. Die zuletzt im Bündnis für Arbeit vererbte Diskussion um den Ausbau des Niedriglohnssektors kommt so wieder in Fahrt. Doch einige Unwägbarkeiten gibt es

noch. Was sind z.B. die Folgen für das allgemeine Lohnniveau und mithin: die Staatseinnahmen? Diese Frage scheint sich mittlerweile auch die Bundesregierung zu stellen. Franz Müntefering hat kürzlich den Vorschlag gemacht, einen „Mindestlohn“ einzuführen, um dem möglichen Lohndumping vorzubeugen. Von vielen wird dies als Zugeständnis an die Gewerkschaften gedeutet.

Die Stoßrichtung von Hartz IV ist klar. Zum einen sind da die Einsparungen durch die Ab-

nen Eingriff in die Tarifautonomie. Der Konflikt mit den Gewerkschaften wird billigend in Kauf genommen, denn die Priorität von Rot-Grün ist die Vermittlung *in Arbeit* – *heraus* aus der staatlichen Unterstützung. Die neue sozialstaatliche Aktivierungsstrategie geht in eine Richtung, die in Amerika mit dem Slogan „from welfare to work“ verbunden wird.

Doch schauen wir uns das amerikanische Beispiel etwas genauer an. In den 90er Jahren führte die Regierung Clinton weit rei-



schaffung der Arbeitslosenhilfe. Auf die ALG II-Empfänger soll ein hoher Druck zur Beschäftigungsaufnahme ausgeübt werden. Jede nicht sittenwidrige Arbeit soll vermittelbar sein. Es liegt auf der Hand, dass das ortsübliche Lohnniveau dadurch von Seiten der staatlichen Arbeitsvermittlung unter Druck gerät. Damit grenzt die neue Vermittlungsstrategie an einen unausgesproche-

chende Arbeitsmarktreformen durch. Damals wurde das Recht auf den Bezug von Sozialhilfe mit der Bedingung verknüpft, dass eine Arbeit ausgeübt wird. An die Stelle von *welfare* (bedarfsgeprüfte Sozialleistungen ohne Gegenleistung) tritt seitdem das Prinzip *workfare* (ebenfalls bedarfsgeprüfte Sozialleistungen neben der Arbeit). Mit dem so genannten *Earned Income Tax Credit* (EITC) werden sozialstaatliche Leistungen als negative Einkommenssteuer für Geringverdiener ausgezahlt (Schelke, 2000). Die Einführung des EITC wurde in Amerika mit einer Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns

verknüpft (preisbereinigt +17% im Zeitraum 1989-1997). Ziel war die Begrenzung des bei der Einführung des IITC unvermeidlichen Drucks auf die Löhne im Niedriglohnsegment der Wirtschaft. Ohne Mindestlohn wäre das EITC-System außerdem sehr hohen finanziellen Belastung ausgesetzt gewesen. Debattenanstöße für einen Niedriglohnsektor in Deutschland

In der Bundesrepublik wurde ein EITC-System z.B. vom Ifo-Institut (Sinn 2004, S. 202) vorgeschlagen. Ein Mindestlohn ist dabei nicht vorgesehen. Auch im Bündnis für Arbeit gab es derartige Überlegungen (Fels et al 1999, S. 5); die Vorschläge konzentrierten sich aber auf eine Förderung von niedrig qualifizierten Dienstleistungen durch eine Subventionierung der Sozialversicherungsbeiträge (SV-Beiträge). Diese Subventionierung kann sowohl beim Arbeitgeber- als auch beim Arbeitnehmeranteil ansetzen, um Effekte bei Arbeitsangebot und -nachfrage zu erzielen. Z.B. konzentrierte sich das Mainzer Modell auf die Förderung des Arbeitnehmeranteils, um die Beschäftigung für Geringverdiener attraktiver zu gestalten. Neben der gezielten Förderung einer vom Arbeitsmarkt ausgegrenzten Gruppe sollte so die Arbeitslosigkeit gesenkt werden. Im Zusammenhang mit der Einführung einer Gleitzone bei den Arbeitnehmerbeiträgen wurde das Mainzer Modell inzwischen eingestellt.

In dem kürzlich erschienenen Buch „Die neue SPD“ hat Fritz Scharpf einen etwas weiteren Blick auf die Dienstleistungsproblematik geworfen. Der Wissenschaftler am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung bringt das Beschäftigungsproblem Deutschlands auf eine populäre Formel: Hierzulande gäbe es so wenig Beschäftigte im staatlichen Sektor wie in Amerika und so wenig Beschäftigte im Bereich der einfachen Dienstleistungen wie in Skandinavien (Scharpf 2004a, S. 97). So kommt es, dass unsere Gesamt-Beschäftigungsquote mit 66,7% deutlich niedriger ist als in den USA (70,4%) und in Schweden (72,8%). Die Beschäftigungsquote misst dabei den Anteil der Beschäftigten an den 15-65-Jährigen. Indem wir uns nicht zwischen den Alternativen entscheiden oder etwa einen Mittelweg gehen, würden bei uns massiv Beschäftigungschancen für Geringqualifizierte vergehen. Auf diesen Beitrag von Scharpf soll hier etwas genauer eingegangen werden.

Einfache Dienstleistungen erfordern keine besonders hohe Qualifikation und werden daher im allgemeinen auch nicht besonders hoch entlohnt. Länder mit einer hohen Beschäftigungsquote im Bereich der einfachen Dienstleistungen haben nach Scharpf die Gemeinsamkeit, dass sie die Belastung niedriger Löhne durch SV-Beiträge gering halten und relativ geringe Mehrwertsteuern auf das Produkt aufschlagen (siehe Abb.). Eine Erbringung der Dienstleistungen in Eigenregie er-

scheint deswegen nicht so lukrativ, da sich die Kosten im wesentlichen an den Arbeitskosten orientieren. Es entsteht also zusätzliche Nachfrage nach einfachen Dienstleistungen. Scharpf strebt also eine Umfinanzierung des Sozialstaates auf Steuerbasis oder eine verminderte Beitragslast niedriger Löhne an. Als ersten Schritt in diese Richtung schlägt er die Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente vor. Nachdem die Bundesregierung aber gerade erst mit Verve die Einkommenssteuern abgesenkt hat, scheint dieser Weg abgeschnitten zu sein. In einem anderen Artikel (Scharpf 2004b) wird daher die Erhöhung der „Ergänzungsabgabe zur Einkommenssteuer“ empfohlen, die keiner Zustimmung des Bundesrats bedarf. Mit den zusätzlichen Mitteln sollen dann Freibeträge bei der Sozialversicherung finanziert werden.

Die Argumente für einen Zusammenhang von SV-Beiträgen und einfachen Dienstleistungen haben eine gewisse Plausibilität. Gegen die von Scharpf vorgebrachten empirischen Belege gibt es jedoch einige Einwände. So muss beim Vergleich der Beschäftigungsquoten innerhalb Europas die internationale Arbeitsteilung berücksichtigt werden. Z.B. erbringen die südeuropäischen Staaten viele Tourismusdienstleistungen und haben gleichzeitig aufgrund ihrer bescheidenen Sozialstaaten geringe SV-Beiträge (Bosch 2003). Auch der Einfluss unterschiedlichen Teilzeitquoten kann die Ergebnisse verzerren. So hatten z.B. die häufig hervorgehobenen Niederlande im Jahr 1999 mit 50,4% eine deutlich höhere Beschäftigungsquote im Dienstleistungsbereich als Westdeutschland mit 41,6%. Servicewüste Deutschland – könnte man meinen. Doch die Normierung auf die Arbeitszeit zeigt ein anderes Bild. In den Niederlanden war die durchschnittliche Dienstleistungs-Arbeitszeit pro Kopf der Erwerbspersonen mit 16,2 Wochenstunden nur leicht höher als in Westdeutschland mit 15 Stunden pro Woche.

Ergebnisse einer Simulationsstudie des WSI Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) hat in seinem Standortbericht 2004 verschiedene Varianten der Umfinanzierung des Sozialstaats simuliert (Hein et al, 2004). Dabei ging es um die nicht durch Beiträge gedeckten Leistungen, für das Jahr 2002 sind das 60 Mrd. €. Betrachtet wurden Varianten mit einer Umfinanzierung auf Basis von: Umsatzsteuern, Ökosteuern sowie Gewinn- und Vermögenssteuern.

Am deutlichsten fallen die positiven Beschäftigungseffekte bei den Varianten 2 und 3 aus. Arbeitsplatzgewinnen in Höhe von ca. 800.000 in der 5-Jahres-Frist steht ein langfristiger Zugewinn von ca. 200.000 (Gewinn- und Vermögenssteuern) und 100.000 (Ökosteuern) gegenüber. Wie nach den obigen Argumenten nahe liegt, schneidet die Erhöhung der Umsatzsteuer deutlich schlechter

ab. Mit ca. 200.000 Arbeitsplätzen ist der Zugewinn in der kurzen Frist geringer. Langfristig ist sogar mit einem Arbeitsplatzverlust von ca. 700.000 zu rechnen.

Die Ergebnisse der WSI-Studie stehen im Einklang mit den obigen Argumenten über die Beschäftigungswirksamkeit niedriger SV-Beiträge und Mehrwertsteuersätze. Sicherlich lassen sich auch andere Argumente für den Beschäftigungsaufbau ins Feld führen, wie beispielsweise die regressive Verteilungswirkung von Umsatzsteuern. Verwunderlich ist angesichts dieser Zahlen allerdings die Reaktion des DGB auf die Studie. Im Einblick 13/04 lautet die Zusammenfassung der Forschungsergebnisse des gewerkschaftsnahen Instituts: „Sozialversicherung: Steuerfinanzierung bringt kaum Arbeitsplätze“. Vor dem Hintergrund eines häufig vorgebrachten Urteils über die Gewerkschaften, nach dem sie sich nur für die Interessen der „Arbeitsplatzbesitzer“ oder „Insider“ einsetzen, erscheint diese Haltung als besonders generös.

Niedriglohnsektor und Dritter Weg

Es soll hier gar nicht bestritten werden, dass ein Niedriglohnsektor nicht unter speziellen Prämissen ein möglicher Weg zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein kann. Die Befürworter einer solchen Strategie sollten sich aber darüber im Klaren sein, dass damit die Gefahr einer Verfestigung gesellschaftlicher Spaltungen verbunden ist. Wie verträgt sich dies mit den Werthaltungen bei dem noch immer gewichtigen politischen Akteur der Sozialdemokratie? Hier ist ein Blick auf die derzeitige Programmdebatte in der SPD angebracht.

Einer der Vordenker der jüngeren sozialdemokratischen Programmatik ist der englische Soziologe Anthony Giddens. In seinem 1999 erschienenen Buch „Der dritte Weg“ vollzieht er eine entscheidende Wandlung im sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriff. Gerechtigkeit soll nicht mehr wie früher etwas mit Umverteilung zu tun haben. Entscheidend ist für Giddens nicht eine „gerechte“ materielle Verteilung sondern die *Inklusion* in die Gesellschaft. In einer Arbeitsgesellschaft wird Inklusion vor allem über den Arbeitsmarkt gewährleistet: „Um die unfreiwillige Exklusion aufzuheben, ist eine wirkliche Integration in den Arbeitsmarkt erforderlich...“ (Giddens 1999, S. 129) Für Giddens ist der umverteilende Sozialstaat dabei eher ein Hindernis, denn dieser hätte die freiwillige Exklusion erst geschaffen. An Stelle der materiellen Umverteilung fordert er den „Sozialinvestitionsstaat“ (ebd., S. 137), der das Humankapital fördert, um zu einer Umverteilung der Chancen zu kommen.

Auch für die Netzwerker um Sigmar Gabriel und Ute Vogt bilden Lebenschancen einen zentralen Bezugspunkt. So heißt es in ihrem Impulspapier zur SPD-Programmdebatte: „Es geht um gleiche Startchancen ... das ist

fair. Was aber, wenn das nicht reicht, weil später im Leben – etwa durch Arbeitslosigkeit – Bedingungen eintreten, die zunichte machen, was der Einzelne aus seinen Startchancen gemacht hatte? Es muss also um gleiche Lebenschancen gehen.“ (FES 2004, S. 307). Wie die SPD-Spitze sind die Netzwerker zu einer engen Auslegung der Zumutbarkeitskriterien bereit. Es „ist jede Arbeit, die zur Unabhängigkeit von Sozialleistungen führt und ein eigenverantwortliches Leben ermöglicht, eher zumutbar als Arbeitslosigkeit.“ (ebd., S. 326) Gleichzeitig wird aber damit die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn verbunden. Die Gefahr einer gesellschaftlichen Spaltung durch große Unterschiede in der Verteilung wurde also erkannt.

Die starke Betonung der sozial investiven und präventiv wirkenden Rolle des Staates müsste die Netzwerker eigentlich zu weiteren kritischen Punkten einer strikten Inklusionsstrategie führen. Bereits heute ist es beispielsweise so, dass das familiäre Umfeld erhebliche Auswirkungen auf die Startchancen in der Gesellschaft hat. Als eine der Netzwerkerinnen weist Nina Hauer in der Berliner Republik auf Familien in der dritten Sozialhilfegeneration hin und stellt die Frage: „Ist es nicht so, dass die Lebenschancen bei uns ungleich und ungerecht verteilt sind?“ (Hauer 2004, S. 55). Unter dem Stichwort „Bildungstrichter“ wird ein Phänomen zusammengefasst, nach dem bspw. im Jahr 1996 von 100 Kindern aus sozial schwachen Familien nur 33 den Abschluss einer hochschulführenden Schule erreichten, von denen wiederum nur 8 tatsächlich eine Hochschule besuchten („Der Matthäus-Effekt“, horizonte Nr. 7). Wird bei einem Auseinanderdriften oder einer Drittelung der Gesellschaft nicht gegengesteuert, so droht eine Verfestigung der gesellschaftlichen Spaltung über Generationen hinweg. Bei einer konsequenten Förderung von Lebenschancen müsste es für die Netzwerker daher eigentlich heißen: „Willkommen im skandinavischen Sozialstaat!“ Gerade dem Bildungssektor käme dabei eine besondere Bedeutung zu, denn nichts entscheidet bei uns so sehr über die Laufbahn eines Kindes wie das Elternhaus, in das es hineingeboren wird.

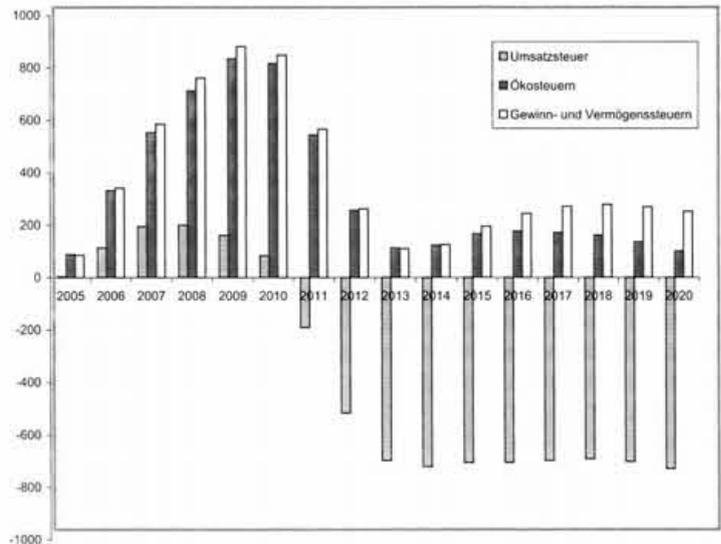
Die Bildungsexpansion ist freilich nicht in einem Kostensenkungsszenario zu haben – an diesem Punkt wird unmittelbar der Ausbau hoch qualifizierter staatlicher Dienstleistungen erforderlich. Insofern stellt eine konsequente Politik der Lebenschancen vielleicht doch einen Fortschritt gegenüber der Rot-Grünen Beliebigkeit dar. Unter den Forderungen der Netzwerker findet sich z.B. der Punkt: „Langfristig muss die vorschulische Bildung kostenfrei werden.“ (FES 2004, S. 330) Gleichzeitig wird hier aber eine Handlungsbeschränkung deutlich. Schließlich waren zwei der Rot-Grünen Kernprojekte im Regierungs-

geschäft die Verringerung von Unternehmens- und Einkommenssteuern. So wurde der Staat systematisch arm gemacht. Doch auch eine konsequente Politik der Lebenschancen braucht einen handlungsfähigen Staat.

Durchwurschteln mit Rot-Grün

Sofern man der Bundesregierung noch eine Strategie zutraut, sollte auch die Frage nach dem weiteren Sinn eines Mindestlohnes erlaubt sein. Die Debatte scheint vor dem Hintergrund der deutschen Arbeitsmarktreformen eine doppelte Funktion zu haben. Sicher ist die Besänftigung der Gewerkschaften im Zusammenhang mit Hartz IV ein Motiv. Diese stemmen sich teilweise dagegen – mit Verweis auf die Tarifautonomie. Bei der derzeitigen öffentlichen Meinung über die Gewerkschaften müssen solche Ängste sicher ernst genommen werden. Indes wäre die Einführung eines Mindestlohnes nicht zwangsläufig gegen die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften gerichtet. Der deutsche Arbeitsmarkt ist in Teilbereichen bereits heute durch Lohndumping gekennzeichnet (daher auch die freiwillige Mindestlohnregelung im Baubereich). Diese Entwicklung spielt sich außerhalb der Reichweite gewerkschaftlicher Tarifpolitik ab. Sicher wäre es nicht zum Nachteil der Gewerkschaften, wenn diese Spirale nach unten gestoppt würde.

Tatsächlich ergeben sich aus meiner Sicht weitere Optionen, um Hartz IV zum Erfolg für die Arbeitslosenstatistik zu machen. So könnten bei einem Mindestlohn von ca. 5/ Stunde Arbeitslose gezielt in die von der Bundesregierung eingeführten *Midijobs* (Gehaltsklasse zwischen 400 und 800 • brutto) gedrängt werden. Bei einer Teilzeitbeschäftigung würde die Entlohnung in der Nähe des ALG II liegen. Die *Midijobs* sind wegen ihrer vergleichsweise geringen Abgabenbelastung attraktiv und könnten verstärkt in Konkurrenz zu den ca. 8 Mio. *Minijobs* (Verdienst bis 400 •) treten. Für die Arbeitsmarktstatistik haben die *Minijobs* nämlich einen Nachteil: Sie können kein Auskommen sichern und werden häufig als Nebenbeschäftigung betrieben (bei einem Sozialhilfe-Regelsatz von ca. 300 • dürften auch die 4,4 Mio. ausschließlich geringfügig Beschäftigten größtenteils über zusätzliche Geldquellen verfügen). Daher könnte ein erhöhter Anteil von *Midijobs* zu einer Ent-



lastung der Arbeitsmarktstatistik führen. Als schlechender Einstieg in eine Niedriglohn-Strategie können auch die neuen Zuverdienstmöglichkeiten für ALG II-Empfänger angesehen werden. Künftig darf dieser Personenkreis 15%-30% des Zuverdienstes zum ALG II für sich behalten. Der maximale Selbstbehalt von 30% ist im Einkommensbereich von 400 bis 900 • angesiedelt, was sich ziemlich genau mit dem Gehaltsbereich der *Midijobs* deckt. ALG II-Empfängern wird also der Teilzeit- und/oder Niedriglohnbereich schmackhaft gemacht. Sollte der Ausbau des deutschen Niedriglohnssektors tatsächlich vor allem auf den Gehaltsbereich um 800 • zielen, so käme sehr viel darauf an, welche weitere Perspektive den davon betroffenen Menschen geboten wird. Anders formuliert: welche Aufstiegschancen werden *Midijobber* haben und wie steht es um die Zukunftschancen ihrer Kinder? Würde hier alles dem Markt überlassen, so wäre es um die Mehrheitsfähigkeit auch dieses neu-sozialdemokratischen politischen Entwurfs schlecht bestellt.

spw 5/2004

Literatur:

- Gerhard Bosch (2003), Sind Niedriglöhne der Motor für Dienstleistungen?, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1/03
- Fels et al (1999), Bericht der Wissenschaftlergruppe der Arbeitsgruppe Benchmarking über Möglichkeiten zur Verbesserung der Beschäftigungschancen gering qualifizierter Arbeitnehmer, Online-Version, www.bundesregierung.de
- FES (Hg.) (2004), Die neue SPD
- Anthony Giddens (1999), Der dritte Weg
- Nina Hauer (2004), Wolfgang Thierse meint es gut, in: Berliner Republik 3/04
- Eckhard Hein et al (2004), WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung – ein Standortproblem?, in: WSI-Mitteilungen 6/04
- Fritz Scharpf (2004a), Staatsaufgaben heute, in: FES (2004)
- Fritz Scharpf (2004b), Steuer- oder Abgabenstaat?, in: horizonte 8
- Waltraud Schelke (2000), Vom großen Bruder lernen?, Beitrag auf der Tagung „Niedrig qualifiziert = niedrig entlohnt?“, www.diw.de
- Hans-Werner Sinn (2004), Ist Deutschland noch zu retten?

Es gibt keine sozial gerechten Studiengebühren

Von Thilo Scholz

Die Wirkungsweise von Studiengebühren auf die sozialen Milieus von Wohlfahrtsstaaten

Durch die Klage einiger unionsgeführter Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgerichts zur Zulässigkeit des Studiengebührenverbots durch das Hochschulrahmengesetz (HRG) hat dieses Thema wieder Eingang in die öffentliche Debatte gefunden. In der Folge soll nach den Auswirkungen von Studiengebühren auf die soziale Zusammensetzung bei den Studierenden geforscht werden. Um dieses leisten zu können, sollen zwei theoretische Grundkonzeptionen zur Sozialanalyse Anwendung finden, die vorab vereinfacht angerissen werden: (I) Die „Drei Welten der Wohlfahrt“ des dänischen Soziologen Göran Esping-Andersen und Wolfgang Merkels geben Einblick in die Organisationsformen von Sozialstaaten. (II) Der Milieuansatz von Pierre Bourdieu und Michael Vester (siehe bspw. spw 129, S. 16f.) fächert innerhalb der Sozialstaaten die gesellschaftlichen Gruppen und ihre (Bildungs-) Strategien auf.

(I) Studiengebühren in den drei Wohlfahrtsstaatstypen

1. Der skandinavisch-sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaat: Dieser Staatstypus sichert seine BürgerInnen egalitär und solidarisch ab, setzt auf staatliche Regulierung und eine aktive Arbeitsmarktpolitik, finanziert seine Sozialleistungen zumeist über Steuern, verfügt über ein solidarisches Gesamtschulsystem und erhebt keinerlei Studiengebühren. Zu dieser Staatengruppe gehören Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark.

2. Der angelsächsisch-liberale Wohlfahrtsstaat: Lediglich rudimentäre Absicherung der BürgerInnen in extremen Notlagen („Selbsthilfe“), das Fürsorgesystem kompensiert nur die Auswüchse des Marktes, der die Zentralinstanz bildet. Der Arbeitsmarkt ist dereguliert und die Politik setzt auf laissez-faire. Das Schulsystem besteht aus – teils konkurrierenden – Gesamtschulen, die Studiengebühren sind oft hoch bis sehr hoch, werden aber nach unterschiedlichen Prinzipien erhoben. Bekannte Staaten dieses Typus sind Großbritannien, die USA, Kanada, Australien und Neuseeland.

3. Der kontinentaleuropäisch-konservative Wohlfahrtsstaat: Die paternalistische Sozialversicherung zielt auf den Stuserhalt der Betroffenen. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherung dominiert oftmals die Politik und wirkt gesellschaftlich segmentierend. Der Arbeitsmarkt ist für Arbeitslose tendenziell abgeschottet, die Frauenrollen sind besonders traditionell geprägt. Bezüglich der Studiengebühren agiert dieser Wohlfahrtsstaatstypus uneinheitlich. Lehnt sich ein Großteil der Staaten an das skandinavische steuerfinanzierte Hochschulwesen an (Frankreich, Italien, Deutschland u.a.), erheben die Niederlande traditionell und Österreich seit 2001 vergleichsweise geringe Studiengebühren.

(II) Die Bildungsstrategien der sozialen Milieus

Die modernisierte Klassengesellschaft stellt lediglich ein vertikales Gesellschaftsmodell dar, in dem es die Ober-, die Mittel- und die Unterschicht gibt. Um die ausdifferenzierte Gesellschaft im Sinne einer Klassenlandschaft beschreiben zu können, ist eine zusätzliche horizontale Differenzierungsachse notwendig. Diese beschreibt – neben der Macht in der vertikalen Achse – das kulturelle Kapital der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, die in der Folge soziale Milieus genannt werden.

In der bundesdeutschen Gesellschaft sind – vereinfacht gesagt – zwölf dieser Milieus der alltäglichen Lebensführung vertreten. Sie unterscheiden sich in ihrem Habitus, in ihren Lebensbewältigungsstrategien oder ihrem Verantwortungsverständnis und unterteilen sich in drei Schichten.

1. Die Oberschicht: Die drei Milieus der Oberschicht – das Postmoderne Milieu (ca. 5% der Bevölkerung), das Liberal-Intellektuelle Milieu (ca. 10%) und das Konservativ-Technokratische Milieu (ca. 10%) – umfassen in Deutschland rund ein Viertel der Menschen. Diese sind überdurchschnittlich gut gebildet und verfügen über viel Finanzkapital.

2. Die Mittelschicht: In der Mittelschicht finden wir zwei große Milieulinien: Die Traditionslinie der ArbeitnehmerInnen und die der Bürgerlichen. Dazu gesellt sich das „klassische Jugendmilieu“ der HedonistInnen. Alle

zusammen umfassen rund 64% der Bevölkerung.

Die HedonistInnen (ca. 11%) sind Jugendliche, zumeist in ihrer Ausbildungsphase und somit in einer Art persönlichem Moratorium. Sie ordnen sich im Regelfall später einem der anderen Milieu zu, oft dem elterlichen bzw. seiner teilmodernisierten Form.

Die ArbeitnehmerInnen-Traditionslinie zerfällt in drei Milieus (Traditionelles ArbeitnehmerInnenmilieu mit ca. 5%, Leistungsorientiertes ArbeitnehmerInnenmilieu mit ca. 18% und Modernes Arbeitnehmermilieu mit ca. 7%). Diese Menschen handeln recht eigenverantwortlich, grenzen sich von autoritärem Verhalten ab und setzen stark auf Bildung zum Aufstieg.

Die bürgerliche Traditionslinie unterteilt sich in das Kleinbürgerliche ArbeitnehmerInnenmilieu (ca. 15%) und das Moderne Bürgerliche Milieu (ca. 8%). Diese gesellschaftliche Gruppe orientiert sich tendenziell an Autoritäten, verfügt über ein hierarchiegeprägtes Gesellschaftsdenken und setzt auf partielle Modernisierung der Bildung als Aufstiegsinstrument. Stärker jedoch setzt diese Gruppe auf Finanzkapital zum Stuserhalt bzw. -ausbau.

3. Die Unterschicht: Die Unterschicht, die gemeinhin als Traditionslose ArbeitnehmerInnenmilieus bezeichnet wird, umfasst die Teilgruppen der Unangepassten, der Resignierten und der Statusorientierten. Diese ca. 11% der Gesellschaft umfassende Gruppe besitzt einen Habitus der Notwendigkeit, ist stark praktisch Veranlagt und auf Gelegenheiten orientiert. Einem Vorwärtskommen durch Bildung misstraut diese Gruppe tendenziell, das Abbrechen der Schule z.B. gilt hier oft als „Kavaliersdelikt“.

Studiengebühren in den USA

In den USA ist zwischen dem öffentlichen Hochschulwesen (zu 51% vom Staat finanziert) und dem privaten (10% öffentliche Mittel) zu unterscheiden. In den vergangenen zehn Jahren stiegen die Studiengebühren stark an, für die Familien aus den unteren sozialen Milieus hat sich der Prozentsatz ihres Einkommens, das sie für das Studium ihrer Kinder ausgeben müssen, von 13% auf 26% verdoppelt. Die zusätzliche jährliche Verschuldung von dieser Studierenden-gruppe von auf 7.600 \$ auf 13.000 \$.

Die Studiengebühren liegen bei rund 3.500 \$ per annum an einer staatlichen und ca. 15.000 bis 25.000 \$ an einer Privathochschu-

le. Die „Nebenkosten“ wie Wohnheimplätze verdoppeln im Regelfall die jährlichen Kosten für das Studium.

Oft vergeben Hochschulen bei zwei gleichqualifizierten BewerberInnen einen Studienplatz alleine nach dem zu erwartenden Spendenpotential der Eltern. Nur besonders benachteiligte Gruppen wie die Angehörige von Minderheiten oder sozial besonders Schwache erhalten Stipendien. Jedoch ging die Zahl der sozial schwachen StipendiatInnen in zehn Jahren von 79% auf 58% zurück. Der wachsende Anteil fließt in die Begabtenförderung unabhängig von der sozialen Bedürftigkeit mit der Folge der Förderung von oberen Mittelsichts- und Oberschichtkindern, da diese im Regelfall die Besten ihrer Schulklassen sind.

Dieses System reproduziert die Reichtumsverteilung der US-Gesellschaft. Die Obersicht hält offenbar die Eliteuniversitäten für sich alleine vor und frischt diese durch die Begabtesten aus Unter- und Mittelschicht auf.

Da in den USA keine Berufsausbildung besteht, übernehmen größtenteils die Hochschulen diese Aufgabe. Ohne ein Studium ist ein Aufstieg noch weniger möglich als in Gesellschaften mit beruflicher Ausbildung. Die US-Gesellschaft ist somit hochgradig ständisch und abgeschottet.

Studiengebühren in Australien

Australien erhebt seit 15 Jahren nachgelagerte Studiengebühren und gilt in Deutschland als Beispiel für sozial gerechte Studiengebühren. Australien weist ein rein staatliches Hochschulsystem auf. Die Zulassung der Studierenden erfolgt nach Kriterien ähnlich der ZVS. 20% der Hochschuleinnahmen resultieren aus Studiengebühren, der Rest besteht aus staatliche Zuschüssen und aus zumeist staatlichen Forschungsaufträgen.

Wie auch in den USA sind in Australien die Studiengebühren nach Fächern gestaffelt. Jedoch sind sie innerhalb eines Faches landesweit identisch und die Fächer werden zu Gruppen zusammengefasst: Die „Billigstudiengänge“ wie Kunst, Sozialwissenschaften und Pädagogik kosten 2.000 Euro/Jahr, Fächer wie Naturwissenschaften, Informatik, Wirtschaftswissenschaften und die Ingenieurwissenschaften liegen bei 2.750 Euro/Jahr und Jura sowie Medizin bei 3.235 Euro/Jahr. Bei der Einführung lagen die Studiengebühren pauschal bei 1.041 Euro im Jahr. Bei der Zahlung der Studiengebühren am Semesteranfang erhalten die Studierenden 25% Rabatt.

Seit wenigen Jahren dürfen Hochschulen bis zu 25% ihrer Studienplätze über die in den Zielvereinbarungen festgelegte Zahl anbieten und frei am Markt verkaufen. Für diese teureren und gewinnträchtigeren Studienplätze senken die Hochschulen die Aufnahmekriterien stark ab und ermöglichen somit

Kindern aus zahlungskräftigen Familien ein Studium.

Mit 37 Jahren hat der durchschnittliche australische Studierende sein Studiendarlehen abbezahlt; jedoch haben Männer ihre Darlehen aufgrund des höheren Einkommens und der besseren Erwerbsquote sechs Jahre früher abbezahlt. Rund 7% der männlichen, aber 33% der weiblichen HochschulabsolventInnen haben ihr Darlehen – so eine Hochrechnung – mit 65 Jahren noch nicht zurückbezahlt und werden deshalb freigestellt. Bei freiwilligen Rückzahlungen gewährt der Staat 15% Rabatt.

Für Studierende existiert ein staatliches Stipendienprogramm. Die Gewährung und die Höhe ist vom Elterneinkommen abhängig und ein Teil der Hilfen ist nach demselben Verfahren wie die Studiengebühren zurückzuzahlen.

Die Zahl der Studierenden in Australien ist seit der Einführung der Studiengebühren stark angestiegen. Jedoch ist der Zuwachs von Studierenden alleine auf ausländische Studierende zurückzuführen. Der Anteil der australischen Studierenden ging von 86% 1992 auf 75% 1997 bei den Neueinschreibungen zurück. Die Hochschulen werben als Anbieter wissenschaftlicher Dienstleistungen im Ausland aggressiv um zusätzliche Studierende. Das Werben um diese zahlungskräftige Gruppe lässt ein geringes Engagement der Hochschulen um einkommensschwache australische Studierende vermuten.

Der Staat zog sich trotz anders lautender Bekundungen bei der Studiengebühreneinführung mehr und mehr aus der Hochschulfinanzierung zurück. Die Regierung Australiens betont, die Studiengebühren hätten keinen Rückgang von Studierenden aus einkommensschwachen Familien zur Folge gehabt, was den unterrepräsentierten Status dieser Gruppe fortschriebe. Unabhängige ForscherInnen glauben sogar an einen Rückgang dieser Gruppe und verweisen insbesondere auf die Weigerung der australischen Regierung, eine Studie mit dieser Fragestellung in Auftrag zu geben.

Studiengebühren in England und Schottland

Großbritannien weist zwei Studiengebührenmodelle auf. Während England, Wales und Nordirland sofort zu entrichtende Studiengebühren aufweisen, herrscht in Schottland das nachgelagerte Studiengebührenmodell vor. Es ist eine Auseinanderentwicklung der beiden Wohlfahrtsstaats-Pfadmodelle von Schottland auf der einen und dem Rest Großbritanniens auf der anderen Seite zu beobachten. Offenkundig lehnt sich das Labour/Liberal-regierte Schottland bei seiner Ausgestaltung von Sozial-, aber auch von Schul- und Hochschulpolitik stärker an das sozialdemokratisch-skandinavische Modell an, während die anderen Landesteile

trotz einer Labourregierung die Marktköffnung aller Lebensbereiche im Sinne des (neo-) liberalen Wohlfahrtsstaats voran treiben.

In England betrug die Studiengebühren 2003 rund 1.650 Euro im Jahr, im Januar 2004 verabschiedete das britische Parlament mit knappster Mehrheit eine Erhöhung der Gebühren. Demnach können die Hochschulen die Höhe künftig selber festlegen und bis zu 4.800 Euro/Jahr verlangen, ab dem Jahr 2007 sogar bis zu 12.000 Euro/Jahr. Diese Gebühren sollen künftig nach schottischem Vorbild nachgelagert erhoben werden.

Die finanziellen Zuschüsse an die Studierenden sind seit dem Jahr 1999 in Darlehen umgewandelt worden; besonders Bedürftige erhalten 25% ihres Darlehens weiterhin aus Zuschuss.

Seit 2001 zahlen die schottischen Studierenden nachgelagerte Studiengebühren. Die nachgelagerten Studiengebühren liegen für das gesamte Studium bei 3.075 Euro, die an einen Bildungsfonds zurückzuzahlen sind. Die finanzielle Belastung der schottischen Studierenden ist somit ungleich geringer als die der restlichen britischen Studierenden. Die Studierendenzahlen stiegen in Schottland in den vergangenen Jahren stark (zwischen 5 und 10% Zuwachs pro Jahr seit 1999), während im restlichen Land nur ein leichter Zuwachs zu beobachten ist (zwischen 1,6 und 2,3% seit 1999).

Im Vergleich ist festzuhalten, dass der Abschreckungseffekt durch die vergleichsweise niedrigen und nachgelagerten Gebühren sowie die zinsfreien Darlehen zur Lebenshaltung relativ gering ist. Schottland schöpft damit seine Begabungsreserven deutlich besser aus als England, Wales und Nordirland. Wie sich die radikale Gebührenerhöhung auf das Studierendenverhalten auswirkt und ob bzw. wie diese Erhöhung auch in Schottland umgesetzt wird, bleibt abzuwarten.

Studiengebühren in Österreich

Die österreichische Regierung führte Studiengebühren von 730 Euro pro Jahr ein. In den folgenden Monaten brachen die Studierendenzahlen erheblich ein: – 19,5% bei allen Studierenden. Zwar rechnete die Regierung mit einem Rückgang, da vielen Studierenden ein rein formales Einschreiben zur Erlangung von Vorteilen durch den sozialen Status eines Studierenden unterstellt wurde. Auch bei den Neueinschreibungen ging die Zahl um 14,9% zurück. In den Jahren vor der Einführung der Studiengebühren stieg die Zahl der Erstsemester jährlich um 8% an. Rund 20% der Studierenden bleiben aus sozialen Gründen von den Studiengebühren ausgenommen. Aufgrund der kurzen Phase seit der Einführung der Gebühren existieren keine Studien über die sozialen Folgen. Der Bildungsexperte Nagel stellt jedoch zum Studienrückgang fest: „Die Vermutung liegt

nahe, dass es sich dabei eher um bildungsferne Schichten, häufig ohne Reifeprüfung, handelt. Der Rückgang [der Erstsemester dieser Gruppe] dürfte rund 34% betragen. [...] In dieser Gruppe ist der Rückgang bei den Frauen deutlich größer als bei den Männern und beträgt 44%." Da im Jahr 1996 entscheidende Einsparungen bei der Studierendenförderung vorgenommen wurden, liegt die Vermutung in der Tat nahe, besonders Jugendliche aus ArbeiterInnenhaushalten und aus Haushalten mit geringem Bildungsniveau blieben den Hochschulen fern.

Studiengebühren als Reproduktionsmechanismus der Klassengesellschaft

Die Erfahrungen aus anderen Staaten mit Studiengebühren besagen, dass die Studierendenquote in Deutschland im Einführungsfall nicht automatisch sinken muss. Jedoch ist bei der Einführung von Studiengebühren in dem einzigen Land (Österreich) mit einem dualen Berufsausbildungssystem ähnlich dem bundesdeutschen die Studierendenquote stark gesunken, weil eine Alternative zum Studium bestand und die Milieus ihre Bildungsstrategien schnell und konsequent umstellten.

In anderen Staaten mit Studiengebühren ist ein Studium aufgrund der fehlenden beruflichen Bildung unverzichtbar (z.B. USA, GB, Australien). Aber auch dort gibt es Unterschiede beim Studierendenverhalten: In den USA beispielsweise bleibt die Oberschicht in den Eliteuniversitäten unter sich und für die Angehörigen der Unterschicht bleiben im Studienfall die schlecht gerankten staatlichen Hochschulen.

Im stets als Vorbild gepriesenen Australien sank die absolute und relative Studierenden-

quote von AustralierInnen. Insbesondere die Angehörigen der unteren Milieus werden verdrängt; die Frauenbenachteiligung in diesem System ist besonders gravierend.

Prognose der sozialen Auswirkungen von Studiengebühren in Deutschland

Zur Ausschöpfung von Begabungsreserven eines Staates muss dieser ein Bildungssystem entwickeln, das die Bildungsstrategien aller Milieus einbindet. Das gegliederte Schulwesen in seiner überkommenen Art repräsentiert eine alte Form der drei gesellschaftlichen Schichten, die heute erstens in dieser Zusammensetzung und zweitens in den ursprünglich gegebenen Größenverhältnissen nicht mehr existieren.

Die Veränderungen seit den Bildungsreformen Ende der 1960er Jahre haben viele Bildungschancen eröffnet. Studiengebühren sind eine Möglichkeit, das Hochschulwesen im Sinne der herrschenden Oberklasse zurückzuerobern. Über Stipendien können angepasste AufsteigerInnen aus der Mittel- und Unterklasse in das Gesellschaftssystem integriert und somit eine scheinbare Durchlässigkeit simuliert werden.

Von einigen sozialen Milieus ist ihre Bildungsskepsis bekannt. Besonders bestimmte Teile des Kleinbürgerlichen Arbeitermilieus werden ein gebührenpflichtiges Studium ihrer Kinder genau unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten abwägen und ihre Bildungsstrategien darauf umstellen. In diesem Milieu ist ein deutlicher Rückgang der Studierendenzahl zu erwarten und ggf. ein Umschwenken in Bereiche der höheren beruflichen Bildung (Meisterschulen etc.); zumal Verschuldung für dieses Milieu etwas ausgesprochen „unanständig“ ist.

Auch andere Angehörige der „praktischen Intelligenz“ wie aus dem Traditionellen Arbeitnehmermilieu könnten sich in ihrer Skepsis gegenüber „denen da oben“ bestätigt sehen und ihre Kinder auf „solide Berufe“ orientieren, anstatt sich in das Wagnis eines teuren Studiums zu begeben.

Für Deutschland sind deshalb folgende Annahmen wahrscheinlich: Die Zahl der Studierenden aus der Unterschicht und der unteren Hälfte der Mittelschicht sinkt deutlich ab. Diese Gruppe konzentriert sich künftig auf das Berufsausbildungssystem. Je nach Art der Studiengebühren wird bei fachspezifischen Studiengebühren vermutlich diese Gruppe bestimmte Fächer nicht mehr auswählen, Studiengänge mit längerer Ausbildungsdauer meiden etc.

Die Übersicht dagegen setzt im verstärkten Maße auf ein Studium. Durch das Wegbleiben von Studierenden aus der Mittel- und Unterschicht steigen die Berufschancen deutlich an. Die Selbstrekrutierung dieser Gruppe wäre wieder hergestellt.

Frauen würden noch stärker als bisher benachteiligt. Nicht nur ihr Anteil an den Studierenden (siehe Österreich) dürfte abnehmen – insbesondere bei einer Herkunft aus den sozial schwächeren Milieus. Auch würden die noch studierenden Frauen weiterhin in traditionelle Studiengänge gezwungen, da dieses zugleich die finanziell günstigen sind (siehe die Erfahrungen aus Australien), insbesondere bei einer Herkunft aus der bürgerlichen Traditionslinie. Anzunehmen, Studiengebühren führten innerhalb der Studierendenschaft nicht zu einer grundlegenden Veränderung der sozialen Zusammensetzung zugunsten der Übersicht und zu weniger weiblichen Studierenden, ist entweder naiv oder politisch im Sinne der Übersicht motiviert.

spw 5 / 2004

Wachstum ist möglich!

spw-Jahrestagung/Innovationswochenende Jusos NRW

am Samstag, 13.11.2004, in Dortmund, DASA

- 9.45 Uhr Begrüßung durch Jusos NRW und Horst Peter, Vors. spw-Arbeitsausschuss
10.00 Uhr Impulsreferat „Politik“: Wolfram Kuschke, Staatsminister in der Staatskanzlei NRW
Industrie- und Wachstumspolitik am Beispiel NRW
10.45 Uhr Impulsreferat „Wissenschaft“: Dr. Klaus Dörre, FIAB Recklinghausen
Regionale Cluster, globaler Wettbewerb und Beschäftigung
11.30 Uhr Diskussion zu den Referaten
12.30 Uhr Mittagspause
13.30 Uhr Arbeitsgruppen:
(1) Medienwirtschaft (2) Produktionsnahe Dienstleistungen
(3) Logistik und Güterverkehr (4) Gesundheitsdienstleistung – Gesundheitsindustrie,
(5) Energiewirtschaft
15.30 Uhr Streitgespräch: **Neues Wachstum – neue Jobs – neue Qualifikation**
Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung des Landes Nordrhein-Westfalen (angefragt)
Alexander Bercht, Juso-Landesvorsitzender NRW

Infos und Anmeldungen bitte an: Jusos in der SPD Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestraße 16/III, 40213 Düsseldorf, info@jusos-nrw.de oder an jahrestagung@spw.de.

Die Konsensfalle

Thomas Darnstädt, *Die Konsensfalle – Wie das Grundgesetz Reformen blockiert, München, 2004, 188 Seiten,*

Die Kritik am Grundgesetz ist so alt wie die Verfassung selbst. In den letzten Jahren konzentrierte sich die öffentliche Debatte vor allem auf zwei Themen: Die Diskussion über den Einfluss von Parteien und Verbänden auf staatliche Entscheidungen (Stichwort: „Der Staat als Beute“), sowie eine eher allgemeine Debatte über die Fähigkeit oder Unfähigkeit des politischen Systems, die wichtigsten Zukunftsprobleme des Landes (Rente, Arbeitslosigkeit, Gesundheit, usw.) zu lösen. Als Grund dafür wird zunehmend die verwickelte Kompetenzverteilung zwischen dem Bund und den Ländern in den Blick genommen. Zumeist ausgespart bleibt die Frage, welche Wirkungsmöglichkeiten nationalstaatliche Verfassungsordnungen im Kontext einer stetig fortschreitenden ökonomischen und politischen Integration in Rahmen der EU und anderer internationaler Organisationen wie der WTO bleiben.

In der die Arbeit der im Jahr 2003 eingesetzten Kommission zur Reform des Föderalismus begleitenden Diskussion finden zunehmend Stimmen gehör, die einem kompletten Umbruch der Verfassung unter ökonomistischen Vorzeichen das Wort reden. In diesen Kontext gehört auch das Buch „Die Konsensfalle“ des „Spiegel“-Autoren Thomas Darnstädt. Kernforderung des Buches: Die Bundesländer sollen in einen „scharfen Wettbewerb“ untereinander treten.

Begründet wird diese Forderung einmal mit dem Verweis auf die Bürokratie der 16 Bundesländer, deren Koordinationsbedarf stets zu einer Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner führe. Daneben wird vor allem der Einfluss des Bundesrates als ein mit Vertretern der Landesregierungen bestücktes Gremium auf Entscheidungen des Bundes kritisiert, die keinen wirklichen Bezug zu Belangen der Länder aufweisen, und letztendlich politischen Stillstand produzierten. Das Land befinde sich damit in der „Konsens-Falle“.

Vorbild für eine Neuordnung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern soll unter Berufung auf den Deutschland-Chef der Unternehmensberatung McKinsey, Jürgen Kluge, die „Entscheidungsstruktur großer Unternehmen“ sein: Die grundsätzliche Entscheidungsbefugnis solle beim Bund liegen, und nur Bereiche, die keiner Lösung auf zentraler Ebene bedürften sollten auf Ebene der Länder entschieden werden. In welche Richtung diese Aufteilung dann in der Praxis gehen soll, wird schnell deutlich: Ländersache sollten vor allem jene Kom-

petenzen werden, die einen kompromisslosen Wettbewerb zwischen den Ländern um die Ansiedlung von Unternehmen ermöglichen. Der internationale „Standortwettbewerb“ soll damit auf die Ebene der Bundesländer übertragen werden. Würde dem armen Bundesland A beispielsweise die Möglichkeit eröffnet, die Steuern für Unternehmen oder auch die Einkommenssteuer zu senken, würde dies zum einen Land A neue Arbeitsplätze zuführen, zum anderen aber auch Land B – aus dem die Arbeitsplätze abgewandert sind – zu neuen Leistungen anspornen. Das in einer solchen Vorstellung auch für Instrumente wie den Länderfinanzausgleich kein Platz mehr ist, leuchtet ein. Die „Gleichmacherei“ lähme durch den Abfluss von Finanzmitteln die „Starken“, und auch zugleich die „Schwachen“, da der Leidensdruck so nie das für entschlossene Lösungen notwendige Niveau erreiche. Die europäische Ebene taucht in den Überlegungen des Autors lediglich als (nicht belegter) Nachweis größerer Effizienz bei der politischen Entscheidungsfindung auf. Die Frage, wie sich seine Vorschläge in den Rahmen einer enger werdenden politischen Integration in der EU einordnen lassen, beantwortet er nicht.

Weiteres Übel des politischen Systems seien die Parteien. Sie hätten sich zuviel Macht aufgeladen, und zudem würden sie mit dem parlamentarischen Fraktionszwang kreative Lösungen der Probleme verhindern. Nötig sei eine Stärkung der Exekutive, die eine Legitimation unanhängig vom Parlament erhalten müsse – beispielsweise durch die Direktwahl des Bundeskanzlers. Letztendlich geraten Darnstädt's Ausführungen in die Nähe dezisionistischer Politikkonzepte. Die politische Entscheidung soll Vorrang für demokratischer Legitimation erhalten. Insgesamt zielen die Vorschläge darauf ab, solidarischen Lösungen in der Politik ihre institutionelle Grundlage in der Verfassung zu nehmen. Zwar ist die Erkenntnis, das die Kompetenzverteilung des Grundge-

setzes in eine Schieflage geraten ist, nicht erst seit der Posse um das Zuwanderungsgesetz im Jahr 2002 deutlich geworden. Ein durch die grundgesetzliche Kompetenzverteilung erzwungener Wettbewerb zwischen den Ländern wird aber zwangsläufig zu einem sozialpolitischen „Race to the Bottom“ führen.

Entscheidungen der Landesregierungen finanz- und wirtschaftsstarker Bundesländer hätten unmittelbare Auswirkungen auf schwächere Länder. Zugleich blieben solche Entscheidungen aber dem politischen Einfluss der jeweiligen Wählerinnen und Wähler der übrigen Bundesländer entzogen. Damit könnte sich fortsetzen, was auf internationaler Ebene Realität ist: Die Entscheidungen großer industrialisierter Staaten haben unmittelbare Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft einer Vielzahl weiterer Staaten, ohne dass diese Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Entscheidungsfindung besitzen.

Die Diskussion um eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland ist nötig. Leitmaxime kann dabei nur sein, Möglichkeiten zu einer solidarischen Politik zu ermöglichen. Eine Diskussion, die die internationale Dimension wirtschaftlicher und politischer Verflechtung ignoriert wird zu kurz springen und scheitern.

Thilo Scholle (Lünen)

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

46

Marktregime und Subjekt im Neoliberalismus

Reform und Regulierung des Sozialen; Moderne Zwangsarbeit, Neues Arbeitsmarktregime, Geschlechterverhältnisse, Gesundheitsrisiken; Macht und Subjektivierung; Gouvernamentalität und Sicherheit; Ordnungsmacht Psychiatrie; Demütigung und Gewalt; Fitness und Konformität

G. Treusch-Dieter, J. Brodie, G. Notz, A. Pelizzari, E. Tomforde, I. Langemeyer, K. Pühl, Th. Lemke, K. Lemons, P. Purtschert, Y. Winter, M. Rufer, E. Modena, B. Jung

Diskussion

B. Walpen: Kaderschmiede des Neoliberalismus
H. Hartmann: Nationalkonservative Hegemonie?
W. Eberle / H. Schäppi: Machtkartell und Linke
R. Atzmüller: Regulationstheorie – eine Bilanz
M. Madörin: Apartheidklagen und die Schweiz

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

228 Seiten, € 16,- (Abonnement € 27,-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 0041 1 - 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Die Geburt al-Qaidas aus dem Geist der Moderne

John Gray: „Die Geburt al-Qaidas aus dem Geist der Moderne“, Antje Kunstmann Verlag 2004, 175 Seiten

John Gray, der als Professor für European Thought an der London School of Economics arbeitet, hält die weit verbreitete Interpretation für Unsinn, der Terror al Qaidas sei ein Rückfall ins Mittelalter. Es gebe viele Arten, modern zu sein, und einige davon seien „monströs“. Dennoch sei der Glaube, es gäbe nur Art modern zu sein und diese sei auch noch unbedingt verbreitet, unbedingt gut, tief verwurzelt. Vom achtzehnten Jahrhundert an habe sich die Überzeugung durchgesetzt, wissenschaftlicher Fortschritt und die Emanzipation der Menschheit gingen Hand in Hand. Gray spricht in diesem Zusammenhang von einem „Glauben der Aufklärung“, der schon bald religiöse Züge angenommen habe – am deutlichsten im Positivismus des frühen 19. Jahrhunderts, aber auch noch bis in die Gegenwart. Sicherlich ist dies eine Beobachtung, die etwas für sich hat – man hätte allerdings erwarten dürfen, dass Gray beispielsweise auf den berühmten Positivismus-Streit zwischen Adorno und Popper von Anfang der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts wenigstens hingewiesen hätte. Aber diese Stärke einer aktuellen politischen Abhandlung liegt nur selten in ausgewogenen Analyse – man lernt oftmals eher von etwas bizarren Thesen, die zuspitzen, als von „zwei-links-zwei-rechts-aber-es-könnte-auch-anders-sein“-Skizzen.

Also: Gray vertritt die provozierende These, dass der radikale Islam vielmehr ebenso stark von westlichen Ideologien geprägt ist wie von islamischen Traditionen. Al Qaida sieht er als eine Begleiterscheinung der Globalisierung seit den 90er Jahren, als die finanzielle Deregulierung riesige überseeische Vermögen geschaffen habe und das organisierte Verbrechen zu einem globalen Phänomen geworden sei.

Das auffälligste Merkmal der Globalisierung – „die weltweite Verbreitung einer privatisierten Form der organisierten Gewalt – war in der Vergangenheit unmöglich“, notiert Gray. „Auch der Glaube, durch Aufsehen erregende Akte der Zerstörung eine neue Welt herbeizwingen zu können, findet sich im Mittelalter nirgends“. Die zeitlich nächsten Vorläufer von al-Qaida identifiziert Gray in den europäischen Anarchisten des späten 19. Jahrhunderts. Mit den Marxisten und den Neoliberalen – den beiden Polarisierern des von der Globalisierung abgelösten Ost-Westkonflikts – betrachteten die Islamisten die Geschichte als Vorspiel zu einer neuen Welt. „Sie alle sind überzeugt

davon, den Menschen neu erschaffen zu können. Wenn es einen wahrhaft modernen Mythos gibt, dann ist es dieser“, meint Gray. Er ist überzeugt davon, dass al-Qaida kein Relikt der Vergangenheit sei – eine irreführende Überzeugung der Proselyten des „Krieges gegen den Terror“.

Gray charakterisiert den Konflikt zwischen al-Qaida und dem Westen als einen Religionskrieg und meint im Westen damit vor allem das Christentum. Denn die aufklärerische Idee einer universalen Zivilisation, die der Westen dem radikalen Islam entgegensetze, sei christlichen Ursprungs. Er geht soweit, von einer Religion der Humanität oder einem säkularen Kult zu sprechen und spitzt seine Analyse zu der These zu: „Beide Protagonisten des heutigen Konflikts werden von Überzeugungen angetrieben, die sie selber nicht durchschauen.“

Gray meint überraschenderweise der ebenfalls monotheistischen Religion des Judentums quasi eine extra-territoriale Position attestieren zu müssen. „Wenn man Geschichte im Hinblick auf die Rettung der Menschheit interpretiert, ist der einzige Rivale des Christentums der Islam, der wegen seines militanten Universalismus zum ‚Westen‘ gehört. Auch das Judentum ist eine historische Religion, aber es befasst sich nur mit der Geschichte der Juden, nicht mit der gesamten Menschheit.“ Gray schärft den Blick auf die ideengeschichtliche Affinitäten der Konfliktparteien – was bisher im öffentlichen Diskurs über den Islamismus sicherlich zu kurz gekommen ist. Es frapportiert allerdings, dass Gray den Antisemitismus im radikalen Islam ausklammert, weil er anders als beim Christentum und Islam keinen ideenpolitischen Konflikt zwischen Islamismus und jüdischem Glauben konstatiert.

Provokant ist Grays Überzeugung, dass der al Qaida-Mythos nicht bekämpft werden könne, sondern wie alle kollektiven Mythen in sich selbst zerfalle werde. Die neue Welt, wie sie sich al Qaida vorstellt, sei das Produkt einer revolutionären Phantasie, nicht das Rezept für eine lebensfähige moderne Gesellschaft. Soll man abwarten, bis der islamistische Terror an der eigenen Erschöpfung implodiert?

Gray überreizt seine ideenpolitische Dekonstruktionsleidenschaft fundamental, wenn er den radikalen Islam mit dem Mythos der Menschheit parallel setzt. Eine Politik und Philosophie, die sich nicht dem Mythos Menschheit und damit der Humanität verpflichtet fühlt, hat schon einen Schritt in die Barbarei getan.

Auf der Basis von Grays Thesen könnte man ein Gedankenexperiment weiterhelfen. Was wäre aus der al Qaida entstanden, wenn es die Globalisierung seit den 90er Jahren nicht gegeben hätte? Also die UdSSR wie China als Staat weiterexistiert und der Staatenzerfall in Afrika und Teilen

Asiens nicht stattgefunden hätte? In den Hochburgen des Kapitalismus der seit den 30er Jahren existierende „New Deal“ des Wohlfahrtsstaates erhalten geblieben wäre und der Internationaler Währungsfond und die Weltbank der armen Bevölkerung auf dem Globus eine realistische Aussicht auf verbesserte Lebensbedingungen ermöglicht hätten? Wäre al Qaida ohne die Globalisierung der 90er Jahre dann lediglich eine lokal agierende Terrorgruppe aus und in Saudi-Arabien geblieben – nicht unähnlich der IRA?

Gray hielte ein solches Gedankenexperiment wahrscheinlich grundsätzlich für vergebliche Liebesmüh. Seine Weltanschauung wurzelt nämlich tief in einer konservativen Anthropologie. „Diese Menschheit ist selbst ein Mythos... In Wirklichkeit gibt es bloß Menschen, die das wachsende Wissen, dass die Forschung ihnen liefert, benutzen, um ihre widerstreitenden Ziele zu verfolgen.“ Sicherlich beschreibt er damit einen großen Ausschnitt der Realität. Aber eben nur partiell – denn in vielen Regionen der Welt orientierten und orientieren sich die Menschen durchaus in ihrem Handeln an der Norm Menschheit – handeln also solidarisch. Pragmatisch betrachtet ist es nicht von Bedeutung, ob sie dies aus Eitelkeit im Sinne Nietzsches oder aus Altruismus tun. Diese Kräfte politisch zu stärken, wäre ein Beitrag in der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Terrorismus, der den Erosionsprozess des al-Qaida-Mythos beschleunigen will.

Al-Qaida, werde vermutlich nicht länger als ein Jahrzehnt im Zentrum des Widerstands gegen die US-Gewalt stehen, glaubt er. Der radikale Islam dürfte nur die erste einer ganzen Reihe von Angriffen auf die amerikanische Hegemonie sein. Mittelfristig stünden die Chancen der USA, ihre Position als einzige Supermacht zu halten, nicht besonders gut. Eine Einschätzung, die man teilen kann. Wenn Gray konstatiert, Mitte des 21. Jahrhunderts löse China die USA als globale Hegemonialmacht ab, scheint mir darin eher die besonders in den USA weit verbreitete traditionelle Angst vor China (seit der Machtübernahme der Kommunisten) zum Ausdruck zu kommen. Grays intellektuelles Verdienst dürfte darin liegen, noch einmal die Bedeutung des politisch-ideologischen Vakuums seit der Auflösung des Ostblocks ins Blickfeld zu schieben. Vor dreißig Jahren – so meine vielleicht etwas bizarre These – dürfte ein Teil der Islamisten Kommunisten oder Nationalisten geworden sein. Und wenn diese Einschätzung stimmt, wird erschreckend deutlich, was uns noch an irrationaler Gewalt im Kontext des ungebändigten Kapitalismus in der Welt aufgrund der Schwäche der Linken (damit meine ich jetzt nicht Nationalisten oder autoritäre linke Regimes) ins Haus steht.

Von Ingo Zander (Kerpen)

GENERATION ZUKUNFT

Marco Bülow, *GENERATION ZUKUNFT Ein Plädoyer für verantwortungsbewusstes Handeln*, 288 Seiten, 18.- Euro, Riemann-Verlag

Null-Bock-Generation, Generation Golf, Spaß-Generation – dies sind Stempel für Phänomene von Gestern. Viele Jugendliche wenden sich von den Organisationen alten Stils ab. Parteien, Gewerkschaften und Vereinen geht der Nachwuchs aus. Manche Jüngere sind unpolitisch, anderen stinkt die Art und Weise der Politik und einige engagieren sich in ganz anderen Formen fernab des Establishments. Alle haben jedoch noch viele Jahrzehnte ihres Lebens vor sich.

Vor der jüngeren Generation türmen sich viele Probleme und Herausforderungen, die ihnen teilweise ungelöst übergeben werden. Es gibt viele Chancen, die nicht erkannt oder bisher nicht ergriffen wurden. Vor allem junge Menschen brauchen eine positive Perspektive, um mit Zuversicht die Zukunft anzugehen. Dazu müssen wir uns bewegen. Es müssen Konflikte ausgefochten werden: Gegen den Teil der Älteren, die nicht bereit sind, an die nachfolgenden Generationen zu denken, aber auch gegen die Jüngeren, die aus Karrieregründen bereitwillig die planierten Pfade der Mächtigen beschreiten. Und der Kampf muss gegen die Bequemlichkeit geführt werden, die viele in Unwissenheit hält. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von heute sind nicht sprachlos, aber sie ahnen zum Teil nicht, welche Chance sie haben, mit zu gestalten, zu verändern. Sie besitzen mehr Kraft, als sie sich bisher zutrauen und ihnen täglich suggeriert wird. Will die kommende Generation sich und ihren Kindern gute Lebensverhältnisse bewahren, dann muss sie jetzt damit beginnen, einen Einstellungswechsel mit zu gestalten. Dabei ist es egal, in welchen Bereichen der Einzelne aktiv wird. Wichtig ist, das Engagement des anderen zu respektieren und seine eigene Verantwortung zu erkennen. Es wird Zeit für ein neues Denken, es wird Zeit für die erste Generation Zukunft.

So steht es im Werbetext zu Marco Bülow's Buch „Generation Zukunft“. Der Journalist sitzt seit zwei Jahren für die SPD im Bundestag. Er kommt aus Dortmund und gehört mit 33 Jahren zu den jüngsten Abgeordneten in Berlin. Energiepolitik bildet den Schwerpunkt von Bülow's parlamentarischer Arbeit. Zudem setzt er sich intensiv mit den Themen Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit auseinander. Diese bilden deshalb auch den Kern seines Buches. Ende September präsentierte Marco Bülow das Buch erstmalig in Berlin vor über 60 Politikern und Journalisten. Die Vorstellung übernahm der Partei- und Fraktionsvorsitzende der SPD, Franz Müntefering

In der Einleitung des Buches: heißt es: „Ich schreibe dieses Buch als Vertreter der jungen Generation, die es leid ist, dass der Begriff der Generationengerechtigkeit heute sinnentleert nahezu jede politische Rede schmückt. Es ärgert mich, dass der Begriff immer wieder aus dem Gesamtzusammenhang gerissen wird. Politiker, Journalisten und Unternehmer benutzen das Wort Generationengerechtigkeit, weil es ihnen an einem inhaltlichen Punkt in ihr Konzept passt oder ihre PR-Berater es für verkaufsfördernd halten. Gerechtigkeit zwischen den Generationen ist aber viel mehr als eine Modeerscheinung oder ein schmückendes Beiwerk. Das Buch ist keine wissenschaftliche Abhandlung, sondern eine politische Meinungsbekundung. Ich werde versuchen, Zusammenhänge aufzudecken, aufzurütteln und zum Einmischen zu motivieren. Im Gegensatz zu vielen „Allwissenden“ habe ich nicht auf alles eine Antwort. Ich bin aber überzeugt, dass es zunächst einmal wichtig ist, die richtigen Fragen zu stellen, unbequemen Sachverhalten nicht auszuweichen, nachzubohren und weiterzudenken. (...) Verschnelle Lösungen, natürlich alternativlos präsentiert, sind mir zuwider. Die einfache und deshalb gerechte Steuerreform, das Allheil bringende Wachstum oder die Wunder wirkende Anhebung der Wochenarbeitszeit sind nur drei dieser alternativlosen Lösungen, die uns täglich vorgebetet werden, um uns für dumm zu verkaufen.“

Für das Vorwort konnte Marco Bülow den engagierten Mediziner Prof. Dr. Grönemeyer gewinnen: „Marco Bülow kritisiert in seinem Buch vehement eine Wachstumsideologie, die nur auf dem Materiellen basiert. Mehr Wachstum führt nicht automatisch zu mehr Lebensqualität, ganz im Gegenteil, wie viele Untersuchungen mittlerweile bestätigen. Also steht hier eine Redefinition an. Es kann bei der Entwicklung einer lebenswerten Gesellschaft nicht um Gewinnmaximierung allein gehen, nicht um immer größer, immer weiter, immer schneller: sondern es geht um Qualität, um die Inhalte, um den Sinn des Lebens überhaupt. (...) Und hier setzt Marco Bülow an: Er fordert auf, nicht den Kopf in den Sand zu stecken, sich lähmen zu lassen, sondern vielmehr die Grundlagen der bisherigen Gesellschaft zu überdenken, neu zu definieren und dann auch engagiert für positive Ziele einzutreten.“

Man muss nicht alle Gedanken von Marco Bülow teilen. Ihm ist es wichtiger, dass man sich wieder intensiver mit den Zukunftsfragen auseinandersetzt und bei allem Pragmatismus die Vision, die Ideale nicht völlig auf der Strecke bleiben. Bülow möchte zum Diskurs einladen. Es lohnt sich das Buch zu lesen, nicht nur wegen der Inhalte, sondern weil der Stil sich wohltuend von der üblichen Politikersprache abhebt.

Das Buch von Marco Bülow ist im Riemann-Verlag erschienen:

(Thomas Wisniewski, Dortmund)

PROKLA

Zeitschrift für kritische
Sozialwissenschaft

Angesichts des europaweiten Abbaus sozialer staatlicher Sicherungen fragt PROKLA 136 zum einen, ob der Klassenkompromiss, der den sozialstaatlichen Regelungen zugrunde lag, am Ende ist und nach der Bedeutung der Zwänge der Weltmarkt Konkurrenz für sozialstaatliche Regelungen. Zum anderen durchleuchtet sie die disziplinierenden Wirkungen auf die Arbeitskräfte, die der Sozialstaat entfaltet und die die jüngsten "Reformen" noch verstärken. Nur: Welches sind die Perspektiven dieses Umbaus? Und welche Perspektiven hat der mehr oder weniger starke Widerstand, den diese Umbrüche in den verschiedenen europäischen Ländern erfahren?

PROKLA 136
Umbrüche des Sozialstaats
2004 - ca. 160 Seiten
ISBN 3-89691-336-0

PROKLA 135
Ressourcenkonflikte
2004 - 165 Seiten
ISBN 3-89691-335-2

PROKLA 134
Deflation und Krise
2004 - 165 Seiten
ISBN 3-89691-334-4

PROKLA 133
Imperialistische Globalisierung
2003 - 158 Seiten
ISBN 3-89691-333-6

PROKLA 132
Gesundheit im Neoliberalismus
2003 - 156 Seiten
ISBN 3-89691-332-8

PROKLA 131
Korruptes Empire
2003 - 176 Seiten
ISBN 3-89691-331-X

Die PROKLA erscheint viermal im Jahr mit einem Gesamtumfang von mindestens 640 Seiten. Das Einzelheft kostet € 10,50. Im Abo kostet die PROKLA jährlich € 33,00 (plus Porto) statt € 42. AbonnentInnen können bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbestellen (bis einschließlich Heft 85 für € 6,80, Heft 86-109 für € 7,50).

www.prokla.de

Verlag Westfälisches Dampfboot
Hafenweg 26a - D-48155 Münster
Tel.: 0251 39 00 48 0 - Fax: 0251 39 00 48 50
info@dampfboot-verlag.de



25 Jahre spw – jetzt abonnieren und zugreifen!

Wer jetzt spw abonniert, erhält als Prämie eines dieser Bücherpakete!

Paket 1

Perspektiven rot-grüner Politik



Edelbert Richter
Eine zweite Chance? Die Sozialdemokratie unter dem Druck der „Globalisierung“
300 S., EUR 15,50, sFr 27,80,
VSA-Verlag 2002

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 3

Sozialistische Politik und Wirtschaft



Wolfgang Fritz Haug und Frigga Haug (Hrsg.)
Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden
256 Seiten, EUR 8,-; SFR 14,40

Ulla Burchardt/Reinhold Rünker (Hrsg.)
Nachhaltigkeit als Reformprinzip – Festschrift zum 65. Geburtstag von Horst Peter
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 2

It's the economy, stupid!



Beck, Stefan; Caglar, Gülay; Greven, Thomas (Hrsg.)
Nach der New Economy – Perspektiven der deutschen Wirtschaft
233 S., EUR 15,30 - SFR 27,80, Verlag Westfälisches Dampfboot 2002

Andrea Nahles/Benjamin Mikfeld (Hrsg.)
Jobs, Jobs, Jobs! Wie weiter auf dem Arbeitsmarkt?
136 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Paket 4

Sparen wir uns zu Tode?



Joachim Vockel
Kreislauf und Krise - Wirtschaftstheorien im Überblick. Eine illustrierte Skizze zur Einführung in die Volkswirtschaftslehre
PapyRossa
Hochschulschriften 40
131 Seiten, EUR 15,- SFR 26,-

Detlev von Larcher (Hrsg.)
Jenseits des Sparzwangs – Perspektiven für eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik
100 S., EURO 9,90, spw Verlag 2002

Abo unter www.spw.de oder per eMail an verlag@spw.de